

Birkand

Statistischer und prognostischer Jahresbericht 1974

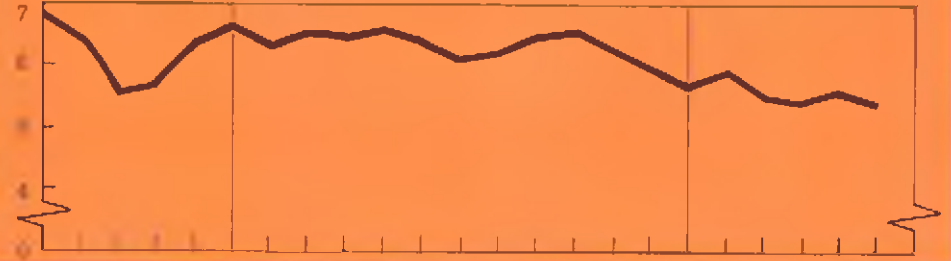
Heft 2

**Baden-
Württemberg**



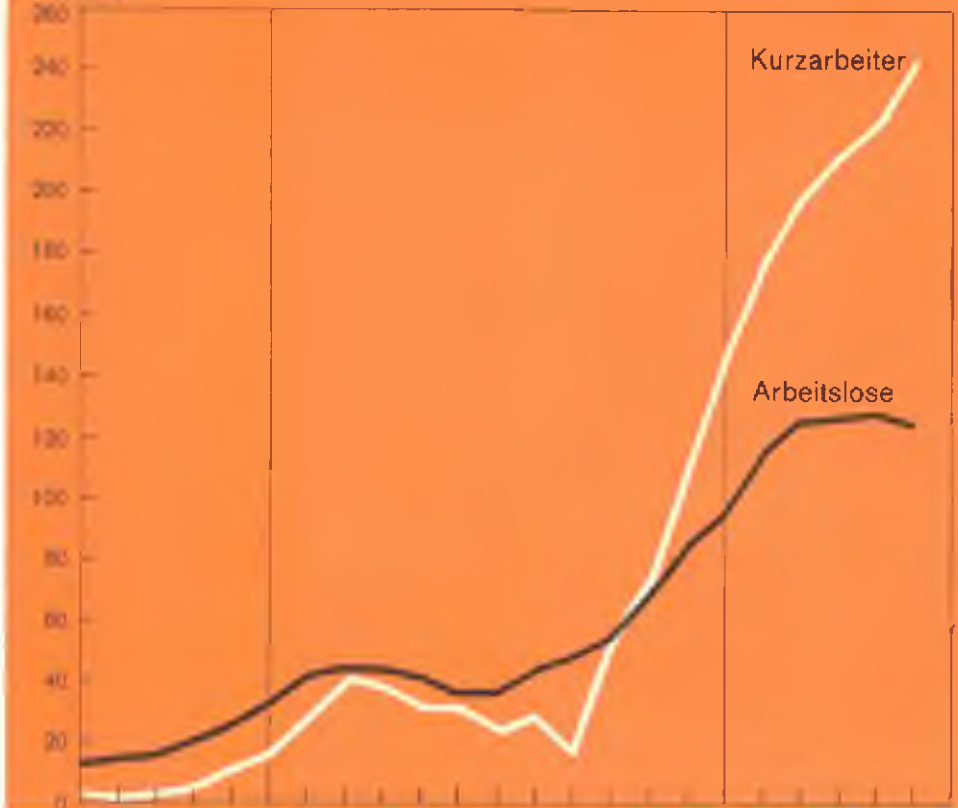
Preisindex für die Lebenshaltung

% Veränderung gegenüber Vorjahr



Arbeitsmarkt

in Tausend



Auftragseingänge der Industrie

% Veränderung gegenüber Vorjahr



**Statistischer
und
prognostischer
Jahresbericht 1974**

1114_75001

**Herausgegeben von der Landesregierung
Baden - Württemberg in Zusammenarbeit mit dem
Statistischen Landesamt**

Vorwort

Der Ministerrat hat im Juni dieses Jahres den vom Statistischen Landesamt in enger Fühlungnahme mit den Ministerien erarbeiteten Statistischen und prognostischen Jahresbericht 1974 verabschiedet. Dieser Bericht, der hiermit vorgelegt wird, schließt sich an den im letzten Jahr zum ersten Mal erarbeiteten Bericht an, mit dem in der Bundesrepublik Neuland betreten wurde und ergänzt diesen sowohl bei den langfristigen Prognosen als auch bei den Einzeluntersuchungen zu politischen Schwerpunktproblemen um wichtige Aussagen.

Die Entwicklung des Jahres 1974 war in vielen Bereichen des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens durch eine grundlegende Struktur- und Tendenzwende gekennzeichnet. Die bisher prognostizierten Entwicklungen wurden vielfach unterbrochen. Diese Entwicklung hat die Landesregierung eingehend verfolgt und die notwendigen Maßnahmen rechtzeitig ergriffen, um dieser neuen Situation sowohl kurz- als auch längerfristig gerecht werden zu können.

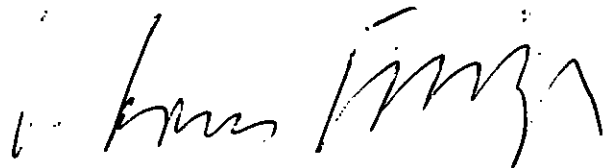
Der Statistische und prognostische Jahresbericht 1974 berücksichtigt in seinen Voraussetzungen bereits die Entwicklung des Jahres 1975. Er macht transparent, welche Probleme in der Zukunft zu erwarten sind und die landespolitische Diskussion bestimmen werden. Damit wird der Bericht zu einer wichtigen Informationsquelle und einem bedeutenden Prognoseinstrument für die künftige Landespolitik. Auch dieser Jahresbericht trägt zu einer effektiveren Kontrolle der Wirksamkeit der Maßnahmen der Landesregierung bei und schafft somit die Voraussetzungen, um frühzeitig die notwendigen Kurskorrekturen einleiten zu können.

Die wirkungsvolle Ergänzung des aus Regierungserklärung, Landesentwicklungsplan, Arbeitsprogramm, mittelfristiger Finanzplanung und Investitionsprogramm bestehenden Instrumentariums der Landesregierung zur Planung und Erfolgskontrolle durch einen Statistischen und prognostischen Jahresbericht hat sich bewährt. Seine weitere Fortschreibung ist daher gerechtfertigt.

Der Bericht zeigt deutlich, daß die Landesregierung die Akzente ihrer Regierungsarbeit richtig gesetzt hat; eine Auffassung, die der Sachverständigenrat zur Beurteilung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland anläßlich einer Diskussion mit der Landesregierung bestätigt hat.

Für die Erarbeitung des Statistischen und prognostischen Jahresbericht 1974, der allen interessierten Bürgern und Stellen einen umfassenden Überblick über den Stand und die zu erwartende Entwicklung in unserem Land ermöglicht, gebührt dem Präsidenten des Statistischen Landesamts, Herrn Professor Dr. Szameitat und seinen Mitarbeitern der Dank der Landesregierung.

Stuttgart, im Juni 1975



Ministerpräsident
Dr. Hans Filbinger

Inhalt

	Seite
Teil 1	Das Jahr 1974: Grundzüge der Entwicklung und Ausblick
	7
Teil 2	Langfristige Vorausschätzungen bis 1990
	17
2.1	Vorbemerkung
	17
2.2	Voraussichtliche Entwicklung der Bevölkerung
	19
2.3	Vorausschätzung der Schüler und Studierenden
	20
2.4	Vorausschätzung der Erwerbspersonen
	23
2.5	Vorausschätzung von Haushalten
	24
2.6	Vorausschätzung der wirtschaftlichen Entwicklung
	24
2.7	Anhaltspunkte für die künftige Beschäftigungslage
	28
2.8	Vorausschätzung finanzwirtschaftlicher Eckwerte
	30
Teil 3	Einzeluntersuchungen zu politischen Schwerpunktbereichen
	32
3.1	Bestandsaufnahme nach der Gemeindereform
	32
3.2	Ausländer
	40
3.3	Bildung
	43
3.4	Sozialer Bereich
	50
1.	Sozialbudget
	50
2.	Medizinische Versorgung der Bevölkerung
	55
3.	Die Lebensverhältnisse älterer Menschen
	61
3.5	Freizeit
	66
3.6	Wirtschaft
	69
1.	Entwicklung der Industrie unter besonderer Berücksichtigung strukturell und konjunkturell betroffener Branchen
	69
2.	Energie- und Rohstoffabhängigkeit der Industrie vom Mineralöl
	75
3.	Einige Aspekte zur Lage "mittelständischer Betriebe" des Verarbeitenden Gewerbes
	78
3.7	Landwirtschaft
	82
3.8	Bauwirtschaft
	92
3.9	Umwelt
	97
1.	Regionale Entwicklung der Flächennutzung
	97
2.	Umweltschutz
	103
3.10	Steuerreform – Auswirkungen auf den Haushaltsplan 1975/76
	106
Anhang	Größere Tabellen und Regionaldaten zu allen Beiträgen befinden sich im Anhang (vgl. die dortige Übersicht).

Das Jahr 1974: Grundzüge der Entwicklung und Ausblick

Das Jahr 1974 unterscheidet sich in mancher Beziehung von den vorhergehenden Jahren. Auf vielen Gebieten wurden die bisherigen Entwicklungslinien unterbrochen oder sie nahmen einen entgegengesetzten Verlauf. In vielen Bereichen zeichnet sich damit eine grundlegende Struktur- oder Tendenzwende ab. Diese Zeichen haben zu einer kritischen Überprüfung bisheriger Vorstellungen, Annahmen und Planungen geführt.

Zum ersten Mal Bevölkerungsrückgang

Die Bevölkerungsentwicklung Baden-Württembergs war in der Nachkriegszeit bisher immer durch eine stetige jährliche Zunahme gekennzeichnet. Sie wurde bestimmt durch einen Geburtenüberschuß und in den letzten Jahren in verstärktem Maß durch die Zuwanderung, vor allem ausländischer Arbeitskräfte und ihrer Familien.

Zum ersten Mal hat nun 1974 die Bevölkerungszahl geringfügig abgenommen, so daß am Jahresende ein Einwohnerstand von rund 9,23 Millionen zu verzeichnen war. Der Rückgang ist zwar nicht gravierend aber immerhin doch erstmalig, und vielleicht wird damit eine neue Entwicklung eingeleitet. Maßgeblich für diese Entwicklung war nicht ein Geburtendefizit und auch nicht eine verstärkte Abwanderung, sondern ein Rückgang der Zuwanderung. Nach wie vor war nämlich noch ein leichter Geburtenüberschuß zu verzeichnen, der allerdings allein dem ausländischen Bevölkerungsteil zuzuschreiben ist. Bei der deutschen Bevölkerung ergab sich auch 1974 wieder ein Geburtendefizit von fast 14 000 Personen. Ein Rückgang der deutschen Bevölkerung war 1974 aber trotzdem noch nicht zu verzeichnen, da das Geburtendefizit durch die Zuwanderung nahezu aufgewogen wurde. Ob das auch in den folgenden Jahren noch der Fall sein wird, wenn die Anziehungskraft freier Arbeitsplätze unter Umständen nicht mehr so groß ist, ist fraglich. Es muß also durchaus damit gerechnet werden, daß die deutsche Bevölkerung in Zukunft leicht zurückgeht.

Weniger Ausländer

Die Zahl der Ausländer betrug Ende 1974 rund 896 000, was einem Anteil an der Wohnbevölkerung von 9,7 % entspricht. Der Anteil der ausländischen Arbeitnehmer an den erwerbstätigen Personen belief sich sogar auf 14 %. Rund ein Drittel der hier ansässigen Ausländer lebt bereits 6 Jahre und

länger im Bundesgebiet, ein Zeichen für die zunehmende Verlängerung des durchschnittlichen Arbeitsaufenthaltes. Bei der Entwicklung der Ausländerzahlen, die in den letzten Jahren durch eine stetige Zunahme bestimmt waren, scheint sich eine Wende abzuzeichnen, zumindest in der Richtung, daß vorerst keine weiteren Zunahmen zu erwarten sind. Tatsächlich waren Ende 1974 rund 12 000 Ausländer weniger registriert als noch vor Jahresfrist. Maßgebliche Ursache für diese Verringerung war allerdings noch nicht eine verstärkte Abwanderung, sondern ein nachlassender Zustrom aufgrund der konjunkturellen Abkühlung und des Anwerbestopps für Nicht-EG-Länder. Dies betrifft allerdings ausschließlich erwerbstätige Personen, bei den nicht-erwerbstätigen Ausländern war im Rahmen der Familienzusammenführung gegenüber dem Vorjahr immer noch ein Zuwachs zu verzeichnen.

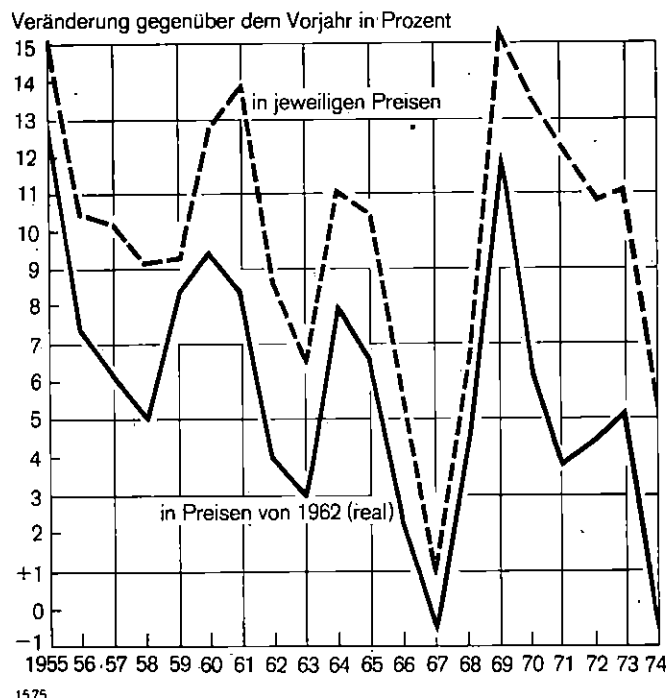
Bildungswesen

Der seit Mitte der sechziger Jahre anhaltende Geburtenrückgang hat im Grundschulbereich erstmals zum Schuljahr 1972/73 zu rückläufigen Schülerzahlen geführt. Im Herbst 1974 wurden bereits 6000 Schüler weniger eingeschult als im Vorjahr. Nach den zur Einschulung heranstehenden Jahrgangsstärken kann auch in den folgenden Jahren mit Rückgängen gerechnet werden. Bemerkenswert ist, daß die Übergangsquote auf Realschulen (24,2 %) zwar unverändert geblieben ist, die Übergangsquote auf Gymnasien mit 28,2 % aber auch diesmal wieder leicht hinter der des Vorjahres (28,6 %) zurückblieb. Es liegt nahe anzunehmen, daß diese Zurückhaltung unter dem Eindruck der Diskussion über den künftigen Akademikerbedarf und der Schwierigkeiten, die mit der Aufnahme eines Studiums verbunden sind, erfolgte.

Die Studienverhältnisse an den Hochschulen des Landes haben sich zwar noch nicht gebessert, aber, wenigstens was die Universitäten anbetrifft, auch nicht so drastisch zugespitzt, wie man hätte erwarten können. Im Wintersemester 1974/75 waren an den Universitäten des Landes 83 900 Studenten eingeschrieben, das sind etwa 3900 Studenten mehr als im Vorjahr (+ 5 %). Eine so niedrige Zuwachsrate war seit vielen Jahren nicht mehr zu verzeichnen gewesen. Nach wie vor erbringt Baden-Württemberg große finanzielle Leistungen für Studenten aus anderen Bundesländern, denn der Anteil der „Landeskin-der“ an den deutschen Studierenden ist sogar nochmals zurückgegangen und beträgt nun 67,3 %.

Schaubild 1

Wachstum des Bruttoinlandsproduktes 1955 bis 1974



Eine besonders expandierende Entwicklung haben die Pädagogischen Hochschulen zu verzeichnen, die schon im letzten Jahr bei rund 20 000 Studenten überlastet waren und jetzt eine weitere Zunahme von 16 % erfahren haben. Mit dem nunmehr erreichten Stand von 23 500 Studenten haben sich die Kapazitätsengpässe an den Pädagogischen Hochschulen noch erheblich verstärkt. Mit der vom Ministerrat beschlossenen Einführung von Höchstzulassungszahlen an den Universitäten und Pädagogischen Hochschulen zum Wintersemester 1975/76 kann erwartet werden, daß u.a. die Kapazitäten und die Zahl der zu erwartenden Lehramtsbewerber mit dem künftigen Bedarf an Lehrern und den finanziellen Möglichkeiten in Einklang gebracht werden.

Konjunkturelle Abschwächung

Die wirtschaftliche Entwicklung des Jahres 1974 war ganz allgemein durch eine konjunkturelle Abflachung gekennzeichnet, die sich in den einzelnen Bereichen und Branchen allerdings unterschiedlich auswirkte, ferner durch einen beträchtlichen Anstieg der Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit und einen anhaltenden Preisauftrieb.

Diese Entwicklung wurde schon im letzten Jahresbericht nach den damals vorliegenden Indikatoren angedeutet, besonders in Anbetracht der Abschwächung der Auftragseingänge bei der Industrie und der Auswirkungen der Mineralölkrise. Das Ausmaß ließ sich allerdings zu Anfang des Jahres noch nicht voll absehen. Das gesamtwirtschaftliche Wachstum stagnierte, wenn auch auf hohem Niveau. Alarmie-

rend war die Lage auf dem Arbeitsmarkt, die in der zweiten Jahreshälfte durch ein selbst in der Rezession 1966/67 nicht gekanntes Ausmaß von Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit gekennzeichnet war. Einen starken Rückhalt fand die Konjunktur im Auslandsgeschäft, von dem im Gegensatz zur Inlandsnachfrage immer noch expansive Impulse ausgingen, wodurch die Konjunktur gestützt und ein noch stärkeres Abgleiten vermieden wurde.

Das Bruttoinlandsprodukt, d.h. die Gesamtheit aller erzeugten Güter und Dienstleistungen, betrug bei einer Steigerung von 5,1 % annähernd 151 Mrd.DM. Unter Ausschaltung der Preisentwicklung hat sich aber keine reale Zunahme ergeben. Man kann also beim Jahresergebnis insgesamt, das immerhin ein beachtlich hohes Niveau gehalten hat, von einem sogenannten Nullwachstum sprechen, wobei insbesondere das Warenproduzierende Gewerbe einen Rückgang hinnehmen mußte.

Die konjunkturelle Abkühlung und die damit verbundenen strukturellen Anpassungsprozesse, die nun nicht länger wie bisher durch eine Übernachfrage verdeckt wurden, haben 1974 die Zahl der Insolvenzen beträchtlich ansteigen lassen. Auch das ist ein Zeichen der veränderten wirtschaftlichen Situation.

Insgesamt wurden bei den Amtsgerichten des Landes 1088 Konkurse angemeldet, davon 788 von Wirtschaftsunternehmen und freien Berufen, das sind um die Hälfte mehr Insolvenzen als im Vorjahr. Die bei den Zahlungseinstellungen insgesamt geltend gemachten Forderungen verdoppelten sich wertmäßig (+ 104 %) und erreichten damit die Rekordhöhe von 964 Mill.DM. Besonders stark erhöhte sich die Zahl der Millionenkonkurse, die von 74 auf 133 Anmeldungen anstieg.

Besonders betroffen war das Baugewerbe mit 184 Insolvenzen, aber auch der Handel verzeichnete mit 210 Zahlungseinstellungen eine überdurchschnittliche Zunahme.

Industrieproduktion schwächer – hohe Exportquote

Die konjunkturelle Abkühlung kam vor allem bei der Nachfrage nach Industrieerzeugnissen zum Ausdruck. Die Auftragseingänge erreichten zwar wert-

Tabelle 1

Konkurse

Wirtschaftliche Gliederung	1974	1973
Unternehmen und freie Berufe	788	431
darunter		
Verarbeitendes Gewerbe	223	137
Baugewerbe	184	76
Handel	210	103
Dienstleistungen	156	94

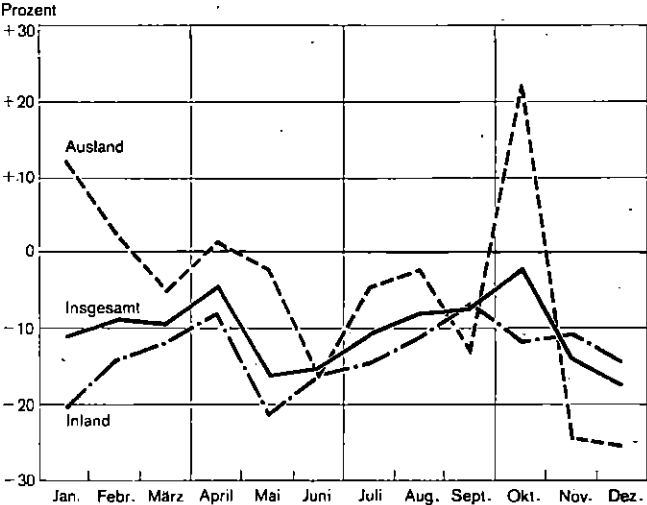
mäßig ungefähr die Höhe des Vorjahres, preisbereinigt kam dies jedoch einem Rückgang von rund 11 % gleich. Die Auftragseingänge aus dem Inland fielen besonders zurück, sie lagen preisbereinigt 14 % unter dem Volumen des Vorjahres. Dagegen erwies sich die Auslandsnachfrage als Konjunkturstütze, denn sie erreichte preisbereinigt immerhin das hohe Vorjahresvolumen. Deshalb verspürten einige Wirtschaftszweige, die noch stark im Exportgeschäft engagiert waren, wie der Maschinenbau, Feinmechanik und Optik, noch etwas konjunkturellen Aufwind. Von der Inlandsnachfrage dagegen wurde der Geschäftsverlauf deutlich gedämpft.

Betroffen davon waren vor allem große Teile der Verbrauchsgüterindustrien, besonders die verbrauchsnahen Bereiche wie Leder und Schuhe sowie Textil. Einen Rückgang der inländischen Nachfrage von rund 25 % verzeichnete der Fahrzeugbau, wobei zu bedenken ist, daß davon auch eine große Zahl von Zulieferbetrieben betroffen wurde.

Der Rückgang des Nachfragevolumens wirkte sich infolge bereits bestehender Lieferverpflichtungen auf die industrielle Produktion in vielen Fällen erst mit einer längeren Verzögerung aus. Bis einschließlich Mai lag das Produktionsniveau insgesamt aufgrund des noch vorhandenen Polsters an Auftragsbeständen immer noch leicht über dem Vorjahresstand. Da der danach einsetzende Rückgang der Produktionstätigkeit im großen ganzen gemäßigt verlief, konnte im Jahresergebnis insgesamt das Vorjahresvolumen nahezu erreicht werden (– 1,5 %).

Bei einigen Wirtschaftszweigen waren allerdings beachtliche Produktionseinschränkungen zu verzeichnen, so z.B. bei der Textilindustrie (– 7,3 %), der Ledererzeugung (– 12,6 %) und Schuhherstellung

Schaubild: 2
Auftragseingänge der Industrie 1974
Veränderung gegenüber dem Vorjahr unter Ausschaltung der Preissteigerungen



(– 9,6 %). Die Investitionsgüterindustrien verfügten noch über ein verhältnismäßig großes Auftragspolster und konnten deshalb trotz volumenmäßig verminderter Bestelleingänge (– 9,0 %) noch eine leichte Produktionszuwachsrate (+ 0,8 %) erzielen. Maßgeblichen Anteil an dieser verhältnismäßig günstigen Entwicklung hatten vor allem drei in Baden-Württemberg bedeutsame Industriegruppen, nämlich Maschinenbau (+ 5,6 %), Elektrotechnik (+ 1,4 %), Feinmechanik und Optik (+ 4,6 %) sowie die Tatsache, daß der Fahrzeugbau, entgegen der Bundesentwicklung, nur zu verhältnismäßig leichten Produktionseinschränkungen gezwungen war (– 5,6 %).

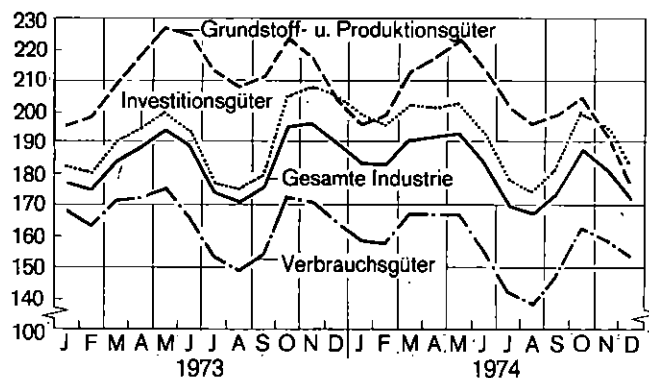
Tabelle 2
Industrieentwicklung 1974

Monat	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %					
	Auftragseingang			Produktion	Umsatz	
	Insgesamt	Inland	Ausland		in jeweiligen Preisen	in konstanten Preisen
Januar	– 2,3	– 11,7	+ 27,6	+ 4,4	+ 13,5	+ 1,8
Februar	+ 2,0	– 3,6	+ 18,0	+ 5,2	+ 11,7	– 1,4
März	+ 2,3	– 0,5	+ 10,2	+ 4,5	+ 9,6	– 4,1
April	+ 8,2	+ 4,3	+ 19,4	– 0,2	+ 15,2	+ 0,3
Mai	– 4,3	– 10,5	+ 14,7	+ 0,5	+ 9,0	– 5,4
Juni	– 4,1	– 5,0	– 1,5	– 1,7	+ 3,1	– 10,2
Juli	+ 1,8	– 2,4	+ 13,2	– 7,3	+ 7,6	– 6,5
August	+ 5,0	+ 0,9	+ 16,1	+ 2,7	+ 9,8	– 4,8
September	+ 5,6	+ 6,3	+ 3,4	– 2,4	+ 13,0	– 2,1
Oktober	+ 12,0	+ 0,8	+ 45,1	– 3,4	+ 9,2	– 5,3
November	– 2,4	+ 1,5	– 12,3	– 4,8	+ 4,4	– 8,5
Dezember	– 7,2	– 4,1	– 14,6	– 13,4	+ 4,1	– 7,9
Januar – Dezember	+ 1,3	– 2,2	+ 11,0	– 1,5	+ 9,1	– 4,6

Schaubild 3

Industrielle Produktion (gleitender 3-Monatsdurchschnitt)

1962 = 100



1375

Die große Bedeutung des Exports für die baden-württembergische Industrie kommt darin zum Ausdruck, daß nahezu ein Viertel des Gesamtumsatzes auf das Auslandsgeschäft entfiel (Exportquote 24,6 %). In grober Vereinfachung läßt sich deshalb sagen, daß nahezu jeder vierte Arbeitsplatz in der baden-württembergischen Industrie direkt vom Export abhängt. Bei einigen unserer wichtigsten Industriegruppen ist der Auslandsanteil noch wesentlich höher, so beträgt er beim Maschinenbau 45,5 %, beim Fahrzeugbau 43,8 % und bei der Feinmechanischen und Optischen Industrie 39,8 %. Allein auf diese drei Industriegruppen entfällt aber bereits ein Drittel aller Beschäftigten der Industrie.

Zweifelloos hat sich die hohe Exportquote in Baden-Württemberg bisher vorteilhaft ausgewirkt, weil die Konjunktur seit einiger Zeit in erster Linie vom Auslandsgeschäft gestützt wurde. Es muß allerdings in Betracht gezogen werden, daß eine starke Exportabhängigkeit auch einen besonderen konjunkturellen Risikofaktor darstellt, wenn aufgrund rezessiver Vorgänge in den Abnahmeländern die Auslandsnachfrage zurückgeht.

Krise bei der Bauwirtschaft

Die Lage der baden-württembergischen Bauwirtschaft wurde 1974 entscheidend von der Tendenzwende auf dem Gebiet des Wohnungsbaus geprägt. Sie wird vor allem in stärkerem Maß die weitere Entwicklung bestimmen. Ins Jahr 1974 ging die Bauwirtschaft noch mit einem Überhang von 189 000 genehmigten, jedoch noch nicht fertiggestellten Wohnungen. Die Beschäftigungslage war deshalb zum Jahresbeginn noch verhältnismäßig günstig und die Baufertigstellungen erreichten im Laufe des Jahres noch eine Größenordnung von 105 000 Wohnungen. Dabei hat es sich aber schon seit 1972 gezeigt, daß die Wohnungsunternehmen zum Teil beträchtliche Schwierigkeiten hatten, die Wohnungen abzusetzen. Die Zahl der Firmen, die in Zahlungsschwierigkeiten gerieten, häufte sich.

Daß sich bei der Bauwirtschaft nach der hektischen Bautätigkeit der vergangenen Jahre — zum Teil eine Folge der inflationären Entwicklung und der Flucht in die Sachwerte — ein Umschwung anbahnen würde, zeichnete sich schon in der zweiten Hälfte des Jahres 1973 ab mit einem deutlichen Rückgang der Nachfrage nach Bauleistungen. Diese Entwicklung setzte sich 1974 verstärkt fort und ließ die Bauwirtschaft als eine der schwächsten Stellen im Konjunkturverlauf erscheinen. Im Wohnungsbau gingen die Baugenehmigungen um 40 % zurück. Bei dieser kritischen Auftragslage wurde die Zahl der Beschäftigten um rund 10 % verringert, die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden lag sogar um 13 % niedriger als im Vorjahr. Was die weitere Entwicklung betrifft, so wird sich beim Wohnungsbau die Erkenntnis durchsetzen müssen, daß der Bedarf sich nicht mehr in der bisherigen Größenordnung bewegen wird und daß die Produktion sich auf ein niedrigeres Niveau einstellen muß.

Wesentlich günstiger war die Entwicklung im Tiefbau. Hier lagen die wertmäßigen Auftragseingänge um rund 19 % über dem Vorjahr, und die Produktion konnte merklich ausgeweitet werden. Auch die weiteren Aussichten erscheinen hier in Anbetracht der geplanten öffentlichen Vorhaben, vor allem beim Straßenbau, verhältnismäßig günstig. Bei der augenblicklichen Belastung der öffentlichen Haushalte würden notwendige Einsparungsmaßnahmen sich allerdings auch beim Tiefbau auswirken.

Weniger Beschäftigte im Handwerk

Auch das Handwerk hat die Abkühlung des Konjunkturklimas zu spüren bekommen, wenn auch bei den einzelnen Zweigen in unterschiedlichem Ausmaß. Die Umsätze lagen nominal noch 5,0 % über den Vorjahresergebnissen, während im Vorjahr der Anstieg noch über 9 % betrug. Unter Berücksichtigung der eingetretenen Preissteigerungen bedeutet das aber einen Rückgang des Umsatzvolumens von 2 bis 3 %. Bei einigen Handwerkszweigen war die Geschäftslage allerdings noch ausgesprochen gut, so bei den Betrieben, die mit Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau zusammenhängen und die Umsatzsteigerungen von 25 % erzielten, das gilt auch

Tabelle 3

Eintragungen in die Handwerksrolle 1974

Handwerksgruppe	Anfangsbestand	Zugänge	Abgänge	Endbestand	Veränderung +
Bau	22 732	3 858	4 268	22 322	— 410
Metall	31 336	5 451	5 356	31 431	+ 95
Holz	10 530	1 780	2 194	10 116	— 414
Bekleidung	14 124	1 920	2 910	13 134	— 990
Nahrung	14 256	2 271	2 598	13 929	— 327
Gesundheit	9 608	1 540	1 680	9 468	— 140
Glas, Papier	3 832	491	545	3 778	— 54
Insgesamt	106 418	17 311	19 551	104 178	— 2240

für das Kraftfahrzeughandwerk. Ganz anders war die Lage bei Maurern, Beton- und Stahlbetonbauern, die eine Umsatzeinbuße von 8,6 % hinnehmen mußten.

Die nachlassende Geschäftstätigkeit wirkte sich auch auf die Zahl der Beschäftigten aus. Ende des Jahres 1974 waren in den Handwerksbetrieben des Landes nur noch 703 000 Personen beschäftigt, was einer Abnahme gegenüber dem Vorjahr um rund 28 000 oder 3,9 % entspricht. Daß von der wirtschaftlichen Rezession die Bauwirtschaft besonders betroffen ist, kommt darin zum Ausdruck, daß das Bauhandwerk seinen Beschäftigtenstand um rund 27 000 oder annähernd 9 % reduzieren mußte.

Ganz allgemein hat sich die schon länger zu beobachtende Tendenz des Rückgangs der selbständigen Existenzen im Bereich des Handwerks fortgesetzt. Am Jahresende waren 104 178 Betriebe in die Handwerksrolle eingetragen, das waren 2240 weniger als im Vorjahr. Nun bedeutet das nicht, daß keine Zugänge zu verzeichnen gewesen wären, wohl aber, daß die Abgänge überwogen haben.

Verbrauchernachfrage zurückhaltend

Die retardierenden Tendenzen werden auch beim privaten Verbrauch sichtbar. Die Einzelhandelsumsätze lagen nur 5,4 % über denen des Vorjahres, was nach Ausschaltung der Preiskomponente aber einen Rückgang von 2,1 % bedeutet. Besonders gedämpft war die Verbrauchskonjunktur im ersten Halbjahr, das zu jeweiligen Preisen nur eine leichte Umsatzsteigerung von 2,9 % brachte, unter Berücksichtigung der Preisentwicklung entspricht das einem Rückgang von fast 4 %. In der zweiten Jahreshälfte nahm die Kaufbereitschaft leicht zu, im November/Dezember erhöhten sich die Umsätze beim Einzelhandel um 4,5 % gegenüber den entsprechenden Vorjahresmonaten. Gegen Ende des Jahres ging das Geschäft besonders gut bei optischen Erzeugnissen, bei Rundfunk-, Fernseh- und Phonogeräten. Auch wurde wieder mehr für pharmazeutische und kosmetische Erzeugnisse sowie für Papierwaren und Druckerzeugnisse ausgegeben.

Bei der Anschaffung von neuen Kraftfahrzeugen hielten sich die Konsumenten dagegen auch am Jahresende zurück. Eine zögernde Nachfrage war auch beim Handel mit Textilien, Schuhen, Hausrat und Wohnbedarf kennzeichnend.

Sparbüch wird bevorzugt

Da das verfügbare Einkommen der Privaten Haushalte im Berichtsjahr um rund 8 % höher lag als im Jahr zuvor — bei der Industrie z.B. ist die Lohn- und Gehaltssumme um 11 % gestiegen — und da die Verbrauchsneigung ziemlich gedämpft war, konnte das Sparen wieder an Bedeutung gewinnen. Die ein-

zelnen Sparformen waren davon allerdings unterschiedlich betroffen. Geldanlagen in vergleichsweise liquider Form wurden offensichtlich bevorzugt. Terminguthaben und der Wertpapiererwerb lagen zwar im Jahresergebnis leicht über dem Vorjahr, doch machte sich hier in der zweiten Jahreshälfte eine gewisse Zurückhaltung bemerkbar. Dafür erfreute sich das Kontensparen zunehmender Beliebtheit, was damit zusammenhängen mag, daß angesichts der veränderten wirtschaftlichen Lage die Haushalte eher bestrebt waren, für unvorhergesehene Fälle liquide Reserven zu halten. Im Jahr 1974 betrug die Geldvermögensbildung durch Spareinlagen 4,269 Mrd.DM (+ 10,2 %). Im Vorjahreszeitraum war eine Zunahme um 7,5 % zu verzeichnen.

Insgesamt betrug der Spareinlagenbestand bei den Kreditinstituten Ende des Jahres 46,0 Mrd.DM. Diese zunehmende Sparneigung ist durchaus positiv zu bewerten, da sie bis zu einem gewissen Grad inflationshemmend wirkt und die Finanzierung künftiger Investitionen erleichtert.

Anders verlief die Entwicklung beim Bausparen. Bei den in Baden-Württemberg ansässigen Bausparern verminderte sich in den ersten 6 Monaten der Einlagenbestand um 0,073 Mrd.DM (— 0,6 %), während er im Vorjahreszeitraum noch eine Zunahme von + 3,4 % aufwies. Die Gründe für den Rückgang dürften bei den beachtlichen Preissteigerungen auf dem Bausektor und bei der sich abzeichnenden Sättigung des Wohnungsmarktes liegen. Dem Bausparen kommt in Baden-Württemberg trotzdem nach wie vor große Bedeutung zu, denn mit einem Pro-Kopf-Guthaben von 1391 DM (Bundesdurchschnitt 991 DM) rangierten die Landesbewohner im Bausparen auch Mitte 1974 nach wie vor an der Spitze.

Anhaltender Preisanstieg

Die Preissituation war dadurch gekennzeichnet, daß trotz gedämpfter Nachfrage der Druck der Personal- und Materialkosten sowie die Auswirkungen der Verteuerung des Erdöls und anderer wichtiger Rohstoffe Preissteigerungen verursachten. Die Importpreise lagen fast das ganze Jahr 30 % und mehr über dem Vorjahresniveau und haben sehr zur Anheizung des inländischen Inflationsklimas beigetragen. Vor allem in vielen Bereichen der Industrie wurden die Preise zum Teil beträchtlich angehoben. Insgesamt übertrafen die Erzeugerpreise industrieller Produkte im Dezember ihr Vorjahresniveau um 12,4 %. Daß eine Überwälzung auf die Abnehmer nur beschränkt möglich war, zeigt sich u.a. daran, daß die Einzelhandelspreise, die im November um 8,5 % höher lagen als im Vorjahr, weniger gestiegen sind als die Erzeugerpreise.

Im Vergleich zum Vorjahr ermäßigten sich lediglich die Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte. Sie lagen im Mai um 9,4 % unter dem Vorjahres-

Tabelle 4

Entwicklung ausgewählter Preisindizes 1974 – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent –

Monat	Außenhandel	Landwirtschaft	Industrie	Wohnungsbau	Handel	Lebenshaltung
	Einkaufspreise für Auslands-güter ¹⁾	Erzeugerpreise landwirtschaftl. Produkte ¹⁾	Erzeugerpreise industrieller Produkte ¹⁾	Preisindex für Bauleistungen an neuen Wohngebäuden ²⁾	Großhandelsverkaufspreise ¹⁾	Preisindex für die Lebenshaltung 4 Pers.-Arbeitnehmerhaushalte mit mittl. Eink. ²⁾
	Bundesgebiet			Baden-Württemberg	Bundesgebiet	Baden-Württemberg
Januar	+ 31,2	+ 0,2	+ 10,6	—	+ 11,3	+ 6,3
Februar	+ 33,6	— 1,8	+ 12,4	+ 6,0	+ 13,1	+ 6,5
März	+ 34,8	— 5,4	+ 13,2	—	+ 14,1	+ 6,4
April	+ 32,2	+ 8,3	+ 13,7	—	+ 14,6	+ 6,6
Mai	+ 28,7	— 9,4	+ 14,1	+ 4,8	+ 16,9	+ 6,4
Juni	+ 27,7	— 7,4	+ 13,6	—	+ 15,8	+ 6,1
Juli	+ 30,0	— 7,5	+ 13,9	—	+ 15,6	+ 6,2
August	+ 31,5	— 6,0	+ 14,1	+ 4,7	+ 15,5	+ 6,5
September	+ 32,4	— 3,9 ³⁾	+ 14,2	—	+ 15,7	+ 6,6
Oktober	+ 29,3	— 4,4 ³⁾	+ 14,6	—	+ 15,8	+ 6,3
November	+ 20,0	— 3,1 ³⁾	+ 13,4	+ 4,7	+ 15,9	+ 6,0
Dezember	+ 13,9	— 4,1 ³⁾	+ 12,4	—	—	+ 5,7

1) Ohne MWSt.— 2) Einschließlich MWSt.— 3) Vorläufige Werte.

stand. In der zweiten Jahreshälfte machten sich allerdings auch hier leicht steigende Tendenzen bemerkbar, doch war im Dezember das Vorjahresniveau noch um 4,1 % unterschritten.

Der Preisindex für die Lebenshaltung, der gemeinhin als Maßstab für die Preisentwicklung gilt, hat nicht den Anstieg erfahren, der noch zu Anfang des Jahres befürchtet wurde, als man einen Preisauftrieb von 10 % für durchaus wahrscheinlich hielt. Die Zuwachsrate gegenüber dem Vorjahr lag hier im Durchschnitt bei 6,4 %. Diese Abschwächung resultiert nicht zuletzt daraus, daß die Preise vieler Nahrungsmittel nachgaben bzw. stabil blieben. Nach den zum Jahresende vorliegenden Anzeichen — im Dezember lag die Zuwachsrate bei 5,7 % — kann angenommen werden, daß sich die weitere Entwicklung vorerst ebenfalls in diesem Rahmen bewegen wird. Das darf allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, daß der Preisentwicklung noch eine erhebliche Eigendynamik innewohnt. Allein die Schere zwischen Erzeugerpreisen, Einzelhandelspreisen und Lebenshaltungskosten sowie die Entwicklung der Preise auf den Weltrohstoffmärkten verdeutlicht die Gefahr eines möglichen Preisschubs auf der Verbraucherstufe.

Hohe Lohnsteigerungen

Die Entwicklung der Löhne und Gehälter zeigte auch 1974 einen starken Aufwärtstrend. Bereits zu

Jahresbeginn waren zweistellige Lohnabschlüsse die Regel und setzten damit Maßstäbe für die folgenden Tarifverhandlungen. Das Tariflohn- und -gehaltsniveau lag 1974 rund 12 % über dem Vorjahreszeitraum. Die Steigerungen der Effektivverdienste erreichten annähernd die gleiche Größenordnung.

Tabelle 5

Lohn- und Gehaltstarifverträge Niveauveränderungsraten

Arbeiter	%	Angestellte	%
1.Quartal 71	13,54	1.Quartal 71	10,84
2.Quartal 71	12,60	2.Quartal 71	11,22
3.Quartal 71	13,18	3.Quartal 71	11,43
4.Quartal 71	9,35	4.Quartal 71	9,48
1.Quartal 72	8,78	1.Quartal 72	8,39
2.Quartal 72	8,74	2.Quartal 72	8,68
3.Quartal 72	8,51	3.Quartal 72	8,53
4.Quartal 72	4,82	4.Quartal 72	6,77
1.Quartal 73	8,76	1.Quartal 73	9,81
2.Quartal 73	9,58	2.Quartal 73	10,10
3.Quartal 73	9,96	3.Quartal 73	10,38
4.Quartal 73	10,49	4.Quartal 73	10,59
1.Quartal 74	11,66	1.Quartal 74	11,17
2.Quartal 74	12,26	2.Quartal 74	11,78
3.Quartal 74	12,03	3.Quartal 74	11,68
4.Quartal 74	12,20	4.Quartal 74	11,94

Quelle: Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Sozialordnung

Charakteristisch für die Einkommensentwicklung im Jahr 1974 war weiterhin, daß diesem ansehnlichen Anstieg der Löhne und Gehälter — in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung weist das Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit eine Zunahme von rund 10 % auf — eine Stagnation bei den Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen gegenüberstand.

Im Bereich der Industrie stieg die Lohn- und Gehaltssumme im Jahresdurchschnitt um 10,2 % gegenüber dem Vorjahr. Infolge der leichten Beschäftigtenreduktion war die Zunahme der Lohn- und Gehaltssumme je Beschäftigten mit 12,6 % sogar etwas höher, wobei die Zuwachsraten der Angestelltenverdienste leicht über der durchschnittlichen Steigerung der Löhne lagen.

Zunehmende Arbeitslosigkeit

Im Zeichen der gedämpften wirtschaftlichen Aktivität und der Anpassungsprozesse einiger Branchen waren in der zweiten Jahreshälfte am Arbeitsmarkt starke Einbrüche festzustellen. Die Zurückhaltung von Wirtschaft und Verwaltung bei Personalanforderungen führte zu einem starken Rückgang des Bestandes an offenen Stellen, der Ende des Jahres nur noch 30 300 betrug. Dieser Stellenbestand war um mehr als die Hälfte niedriger als vor Jahresfrist.

Besonders einschneidend wirkte sich das veränderte wirtschaftliche Klima auf die Entwicklung der Zahl der Arbeitslosen aus. Sie erreichte Mitte des Jahres mit 37 300 Arbeitslosen den tiefsten Stand und stieg dann in der zweiten Jahreshälfte kräftig an. Im November wurden bereits 85 700 Arbeitslose ge-

zählt, das sind zweieinhalbmals mehr als im gleichen Vorjahresmonat, und zum Jahresende stieg die Zahl auf über 96 000.

Besonders von der Arbeitslosigkeit betroffen waren die ausländischen Arbeitnehmer, die im Dezember mit 26 600 einen Anteil von über 27 % an den Arbeitslosen stellten. Wohl nicht zuletzt als Folge des von der Bundesregierung erlassenen Anwerbestopps für ausländische Arbeitskräfte aus Nicht-EG-Ländern entschlossen sich offensichtlich stellenlose Gastarbeiter, anders als in der Rezessionsphase 1966/67, teilweise nicht zur Rückwanderung in ihre Heimatländer, so daß die Zahl der freigesetzten Arbeitskräfte auch aus diesem Grund diesmal stärker zum Ausdruck kommt.

Die wirtschaftliche Lage zwang in Baden-Württemberg gegen Jahresende eine größere Zahl von Unternehmen, besonders in den Bereichen Straßenfahrzeugbau, Elektrotechnik, Maschinenbau und Textilgewerbe zu Produktionseinschränkungen und damit zu Kurzarbeit. Die Zahl der Kurzarbeiter, die im August noch 18 000 betrug, stieg im November sprunghaft auf 111 000 und im Dezember auf 149 000 an. Von allen Bundesländern hatte Baden-Württemberg die größte Zahl von Kurzarbeitern aufzuweisen.

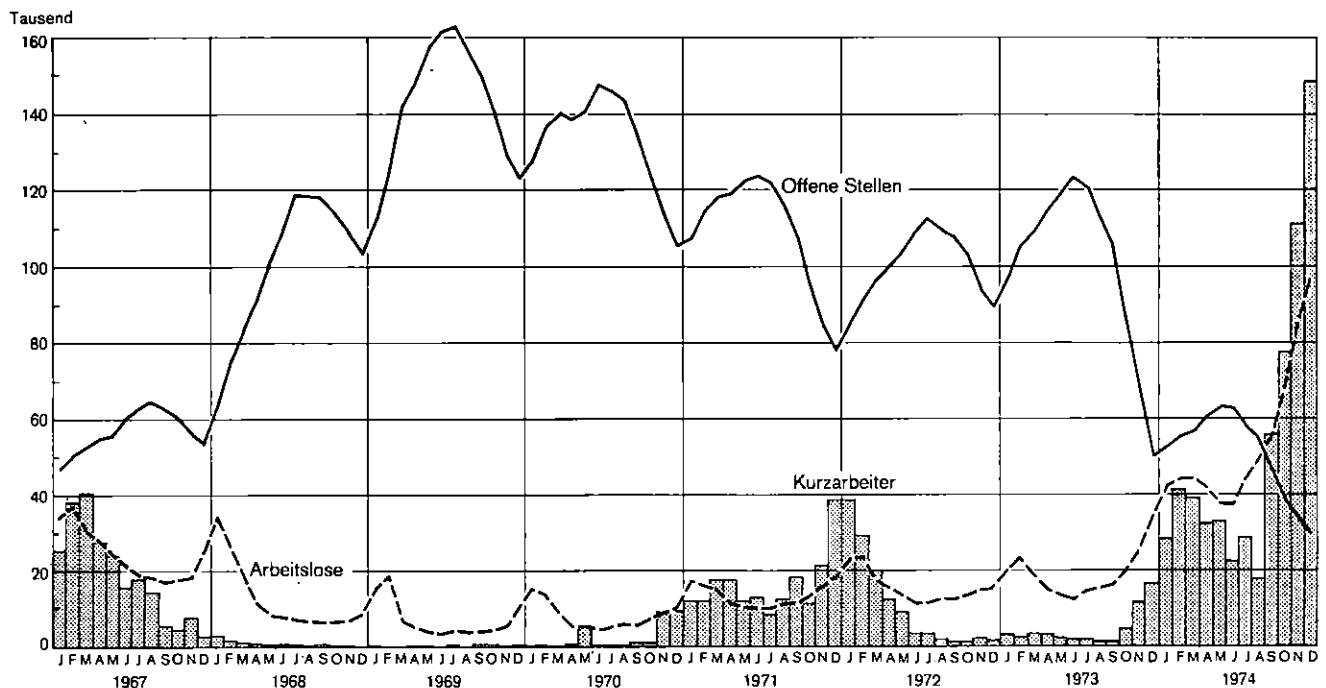
Im letzten Quartal des Jahres wurde das Vorjahresniveau der Arbeitslosigkeit von allen Bundesländern in Baden-Württemberg am stärksten überschritten. Obwohl dieser Vergleich durch das unterschiedliche Ausgangsniveau in den einzelnen Bundesländern verzerrt wird, gibt er bereits einen Anhaltspunkt für

Tabelle 6

Entwicklung der Arbeitsmarktlage in Baden-Württemberg

Monat	Offene Stellen		Arbeitslose		Kurzarbeiter	
	1973	1974	1973	1974	1973	1974
Januar	96 940	52 800	20 347	42 368	3 040	28 013
Februar	105 283	55 112	23 401	44 738	2 774	41 315
März	109 972	56 993	18 597	44 098	3 529	39 261
April	114 984	60 639	15 042	42 772	3 680	32 540
Mai	119 520	63 624	13 002	37 763	2 755	32 995
Juni	123 140	62 940	12 326	37 300	2 586	22 245
Juli	120 271	57 877	14 744	44 162	2 149	28 948
August	113 554	54 984	15 616	49 001	1 270	17 780
September	105 477	46 266	16 074	55 402	1 827	55 156
Oktober	86 803	38 172	20 640	71 082	4 666	77 248
November	69 373	33 114	24 835	85 708	11 800	111 170
Dezember	50 669	30 348	34 478	96 612	16 385	148 690

Entwicklung des Arbeitsmarktes



Quelle: Landesarbeitsamt Baden-Württemberg

5975

die steile Abwärtsentwicklung auf dem Arbeitsmarkt des Landes. Noch deutlicher wird dies, wenn man die Entwicklung des Anteils des Landes an den Arbeitslosen und Kurzarbeitern in der Bundesrepublik heranzieht. Während im Dezember 1973 Baden-Württemberg 7,1 % der Arbeitslosen und 10,2 % der Kurzarbeiter in der Bundesrepublik stellte, waren dies im Dezember 1974 10,2 % der Arbeitslosen und 21,1 % der Kurzarbeiter. Von der Zunahme der Arbeitslosen und Kurzarbeiter in der Bundesrepublik zwischen Dezember 1973 und Dezember 1974 entfielen sogar bei den Arbeitslosen 13,5 % und bei den Kurzarbeitern 24,4 % auf Baden-Württemberg. Diese Relationen zeigen, daß die Arbeitslosenquote, die in Baden-Württemberg im Dezember 1974 mit 2,7 % noch erheblich unter dem Bundesdurchschnitt (4,2 %) lag, für sich alleine noch keine ausreichende Grundlage für eine vergleichende Beurteilung der Entwicklung auf den Arbeitsmärkten der einzelnen Bundesländer abgibt.

Öffentliche Finanzen

Die wirtschaftliche Abschwächung hat sich stärker als ursprünglich angenommen bei den Einnahmen des Landes ausgewirkt. Die kassenmäßigen Landessteuereinnahmen (ohne Stabilitätzuschlag und Investitionssteuer) erreichten rund 13,1 Mrd.DM. Während man dem Etat 1974 zunächst noch einen Steuerzuwachs von über 14 % zugrundegelegt hatte, sind tatsächlich nur 8,5 % mehr eingegangen als im

Vorjahr. Die abgeschwächte Entwicklung der Landeseinnahmen gegenüber 1973 ist vor allem auf die schwache Zunahme der Steuern vom Einkommen zurückzuführen, die rund 7,94 Mrd.DM erbrachten und damit ebenfalls nur um 8,2 % zunahmen. Die zu Beginn des Jahres vereinbarten Tarifierhöhungen hatten dagegen einen Zuwachs der Erträge aus der Lohnsteuer gegenüber dem Vorjahr von rund 679,3 Mill.DM oder 16,3 % bewirkt. Aufgrund der anhaltenden ungünstigen Wirtschaftslage ergaben sich jedoch Mindereinnahmen aus der veranlagten Einkommensteuer (– 12,7 Mill.DM oder –0,6 %) und der Körperschaftsteuer (– 122,6 Mill.DM oder –11,3 %).

Die Einnahmen aus den Steuern vom Umsatz betragen 1974 rund 2,7 Mrd.DM und lagen damit um 15,5 % höher als im Vorjahr. Dies ist einmal auf die höhere Beteiligungsquote des Landes an den Umsatzsteuereinnahmen, zum anderen auf eine beachtliche Zunahme der Einnahmen aus der Einfuhrumsatzsteuer zurückzuführen.

Wegen der ungünstigen Entwicklung der Landessteuereinnahmen in den ersten sieben Monaten des Jahres war das im Staatshaushaltsplan 1974 angesetzte Steuersoll von 13,75 Mrd.DM im Nachtrags- etat 1974 auf 13,25 Mrd. reduziert worden. Auch das revidierte Steuersoll, das nun von einer Steuerzunahme von 10 % im Jahr 1974 ausging, wurde demnach um 174,7 Mill.DM oder 1,3 % verfehlt.

Durch die Steuermindereinnahmen verändern sich zwangsläufig auch die Verpflichtungen des Landes im Länderfinanzausgleich, im kommunalen Finanzausgleich einschließlich Kraftfahrzeugsteuer-Verbund sowie sonstige vom Steueraufkommen abhängige Ausgaben. Hierdurch ergeben sich Einsparungen bzw. Minderausgaben gegenüber den Planansätzen für diese Ausgaben im Nachtragshaushalt 1974 von etwa 120 Mill.DM, so daß letztlich das Defizit im Landeshaushalt aufgrund der geringeren Steuereinnahmen rund 55 Mill.DM ausmachen wird.

In Anbetracht der verhaltenen wirtschaftlichen und konjunkturellen Entwicklung sowie der Auswirkungen der Steuerreform ist auch 1975 nur mit einer schwachen Zunahme der Steuereinnahmen zu rechnen. Die Steuerquellen werden langsamer fließen, und das wurde beim Haushaltsplanentwurf 1975 auch berücksichtigt, bei dem für die Steuereinnahmen, bezogen auf den Haushaltsplan 1974 (einschl. Nachtrag), eine Steigerung von 6 % zugrunde gelegt wurde. Geht man vom Istaufkommen des Jahres 1974 aus, so ergibt sich eine Zuwachsrate von 7,5 %.

Ausblick

Bei der Bevölkerungsbewegung hat es den Anschein, als ob der in den letzten Jahren zu beobachtende Geburtenrückgang zum Stillstand gekommen wäre. Die deutsche Bevölkerung dürfte in den nächsten Jahren weder in nennenswertem Umfang zu- noch abnehmen. Selbst ein leichtes Geburtendefizit würde nach den bisherigen Erfahrungen durch Zuwanderung aus anderen Bundesländern ausgeglichen. Ob diese Annahme auch bei veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen aufrechterhalten werden kann, erscheint zweifelhaft. Die Veränderung der Zahl der Gesamtbevölkerung hing schon bisher hauptsächlich von der Zu- bzw. Abwanderung von Ausländern ab. Angesichts der konjunkturellen Entwicklung, des Anwerbestopps für ausländische Arbeitskräfte und der Verschärfung der Genehmigungspraxis für die Verlängerung der Arbeitserlaubnis, kann zunächst mit einer weiteren Verminderung des Ausländerbestandes und damit der Gesamtbevölkerung gerechnet werden.

Im Bildungssektor wird die Überfüllung der Universitäten, die zur Einführung des numerus clausus für immer mehr Studienfächer geführt hat, wegen der zu erwartenden starken Besetzung der Abiturientenjahrgänge, voraussichtlich weiter anhalten. Im Bereich des beruflichen Schulwesens kann erwartet werden, daß sich aufgrund einer möglichen Knappheit an angebotenen Lehrstellen der Trend zum Besuch der Berufsfachschulen, die als Vollzeitschulen eine Alternative zum unmittelbaren Eintritt ins Berufsleben darstellen, weiter anhalten und sich sogar noch verstärken wird. Dagegen wird an den Grundschulen die Schülerzahl aufgrund des Nachrückens geburtenschwacher Jahrgänge zurückgehen. Da-

durch können in der durchschnittlichen Klassenstärke und in der Schüler-Lehrer-Relation weitere Verbesserungen eintreten, wobei selbstverständlich regional nach wie vor gewisse Abweichungen möglich sind.

Das Gesamtbild der wirtschaftlichen Entwicklung wird sich voraussichtlich nach den bis jetzt vorliegenden Indikatoren und angesichts der weltwirtschaftlichen Unsicherheiten 1975 nur langsam grundlegend ändern. Die vorgesehenen Konjunkturprogramme, in denen Baden-Württemberg nur in geringem Maße berücksichtigt wurde, können nicht schlagartig wirken, sie können aber unter günstigen Umständen im Verlauf des Jahres zu einer verhaltenen Aufwärtsentwicklung beitragen. Dazu ist aber auch noch eine Reihe anderer Voraussetzungen notwendig, nicht zuletzt müssen sich die Tarifpartner auf stabilitätsgerechte Lohnabschlüsse einigen. Eine weitere Voraussetzung ist eine Belebung der Investitionstätigkeit, die vom Sachverständigenrat als „Herzmuskel einer wachsenden Wirtschaft“ bezeichnet wurde. Mit entscheidend für das Wirtschaftsgeschehen 1975 wird auch die Exportentwicklung sein. Aber gerade hier ist zu viel Optimismus nicht angebracht. Es ist kaum zu erwarten, daß der steile Anstieg der Warenausfuhr, wie er noch 1974 zu verzeichnen war, sich weiter fortsetzt. Für diese Annahme spricht einmal die weltweite Absatzkrise der Automobilindustrie, die voraussichtlich auch die hier ansässigen Unternehmen beeinträchtigen wird. Zum anderen sind viele Länder aus Zahlungsbilanzgründen zu Importeinschränkungen genötigt. Schon zum Jahresende machte sich eine deutliche Abschwächung der Ausfuhrerexpansion bemerkbar, und in den ersten Monaten des Jahres 1975 lagen die Auftragseingänge aus dem Ausland beachtlich unter dem Vorjahresstand. Angesichts dieser weltwirtschaftlichen Unsicherheiten wird der Konjunkturverlauf auch in Baden-Württemberg stärker als bisher von der Binnennachfrage bestimmt werden. Auch hier war aber trotz der Steuerreform, von der belebende Impulse erwartet wurden, bis jetzt noch starke Zurückhaltung festzustellen.

Die Bauwirtschaft sieht sich, was den Wohnungsbau anbetrifft, einem anhaltenden Nachfragerückgang gegenüber, der über konjunkturelle Dimensionen weit hinaus geht. Hier zeichnet sich ein struktureller Wandel ab, und ein Kapazitätsabbau ist daher unumgänglich. Mit einer weiteren Einschränkung der Bauinvestitionen muß daher auch 1975 gerechnet werden. Es kommt hinzu, daß vielleicht auch im öffentlichen Bau angesichts der Finanzierungsschwierigkeiten der Gebietskörperschaften sich nicht alle Hoffnungen der Bauwirtschaft erfüllen werden.

Die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt wird von der ins Jahr 1975 hineinreichenden konjunkturellen Abschwächung bestimmt werden, wobei außerdem

die Einflüsse der strukturellen Anpassungsprozesse in einigen Wirtschaftsbereichen verstärkt ins Gewicht fallen. Soweit die Arbeitslosigkeit strukturbedingt ist, kann sie kurzfristig, also durch primär konjunkturpolitische Mittel, nicht vermindert werden. Sie wies deshalb auch in den ersten Monaten des Jahres 1975 ebenso wie die Kurzarbeit eine steigende Tendenz auf. Ein besonders ernst zu nehmendes Problem wird sich mit der jugendlichen Arbeitslosigkeit stellen. Dieser Kreis setzt sich zusammen aus Jugendlichen, die aus dem Arbeitsprozeß ausscheiden mußten, und zu einem geringeren Teil aus Jugendlichen, denen wegen fehlender Ausbildungsplätze im erwünschten Beruf der Eintritt ins Berufsleben erschwert wird. Damit sich hier kein gesellschaftlicher Zündstoff bildet, wurden bereits entsprechende Maßnahmen rechtzeitig ins Auge gefaßt.

Die weitere Entwicklung hängt u.a. davon ab, welchen Erfolg die Maßnahmen haben, die zur Belebung der Wirtschaftstätigkeit im Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes beschlossen wurden.

Ob es 1975 zu einem leichten konjunkturellen Aufschwung kommt, muß zu diesem Zeitpunkt noch offen bleiben. Mit Sicherheit kann aber angenommen werden, daß es reale gesamtwirtschaftliche Zuwachsraten in der Höhe, wie wir sie z.T. aus den zurückliegenden Jahren gewohnt waren, bei dem erreichten hohen Niveau und der veränderten wirtschaftlichen Lage in absehbarer Zeit nicht mehr geben wird.

Aus dieser Erkenntnis müssen rechtzeitig Konsequenzen gezogen und vor allem die Auswirkungen auf die unter anderen Voraussetzungen erstellten Planungen auf den verschiedensten Gebieten überprüft werden, damit sie evtl. revidiert und den neuen Gegebenheiten angepaßt werden können. Die Landesregierung hat dem bereits Rechnung getragen durch ihr Sonderprogramm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit und die Einsetzung mehrerer Kommissionen, die die Auswirkungen der veränderten wirtschaftlichen Bedingungen auf die Fachplanungen in den verschiedensten Bereichen untersuchen sollen.

Langfristige Vorausschätzungen bis 1990

2.1 Vorbemerkung

Die Landesregierung legt – wie schon im ersten Bericht – im folgenden Teil 2 des statistischen und prognostischen Jahresberichts 1974 das Ergebnis eines Systems von längerfristigen Vorausschätzungen des Statistischen Landesamtes zur Entwicklung einiger zentraler Größen vor für die Bereiche

- Bevölkerung
- Bildungswesen
- Erwerbspersonen
- Private Haushalte
- Bruttoinlandsprodukt (als Maßstab der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung)
- Beschäftigung
- Öffentliche Finanzwirtschaft.

Das bedeutet nun nicht etwa generell, daß derartige langfristige Prognosen jedes Jahr zu völlig neuen Ergebnissen führen. Sie könnten sonst ihrer Aufgabe, durch Aufzeigen der möglichen und wahrscheinlichen langfristigen Entwicklung wichtiger demographischer und ökonomischer Tatbestände eine Basis für die Fundierung weitschauender planerischer Zielsetzungen zu liefern, keinesfalls gerecht werden.

Vielmehr werden aus der Notwendigkeit, nach relativ kurzer Zeit eine in weiten Bereichen nicht unerhebliche Korrektur der letzten Vorausschätzung vorzunehmen, wichtige Grundsätze deutlich, die aus dem Wesen einer derartigen Prognose resultieren:

- Eine Prognose ist keine Prophezeiung. Sie kann immer nur das berücksichtigen, was zum Zeitpunkt ihrer Erstellung als möglich und wahrscheinlich erscheint.
- Eine Prognose ist prämissenorientiert. Erscheinen im Lauf der Zeit neue, andere Prämissen als wahrscheinlicher, so ist eine Korrektur der Annahmen und damit der gesamten Vorausschätzung erforderlich.
- Eine Prognose muß wenigstens die wichtigsten Interdependenzen der vielfältig miteinander verflochtenen demographischen, wirtschaftlichen und sozialen Bereiche berücksichtigen. Ändert sich die Entwicklung nur eines Teilbereiches, so hat das in der Regel zahlreiche Rückwirkungen auf die übrigen Teilbereiche.
- Schließlich muß eine Prognose in bestimmten Zeitabständen an die tatsächliche Entwicklung angepaßt werden.

Der zentrale Bereich, in dem bei den hier vorliegenden Vorausschätzungen grundlegende Korrekturen notwendig waren, ist die Vorausschätzung der wirtschaftlichen Entwicklung.

Hier war die Ölkrise um die Jahreswende 1973/74 das auslösende Moment dafür, daß ein Sachverhalt, der an sich schon seit einiger Zeit bekannt, aber in seiner Tragweite bisher kaum ganz ernst genommen worden war, erst jetzt allmählich in seiner fundamentalen Bedeutung für die weitere Entwicklung erkannt wird. Es handelt sich um die Erkenntnis, daß ein von einem schon hohen Niveau ausgehendes weiteres starkes industrielles Wachstum im bisherigen Ausmaß unweigerlich und innerhalb relativ kurzer Zeit zu Engpässen der Rohstoff- und Energieversorgung und zu einer bedrohlichen Belastung der menschlichen Umwelt führen wird.

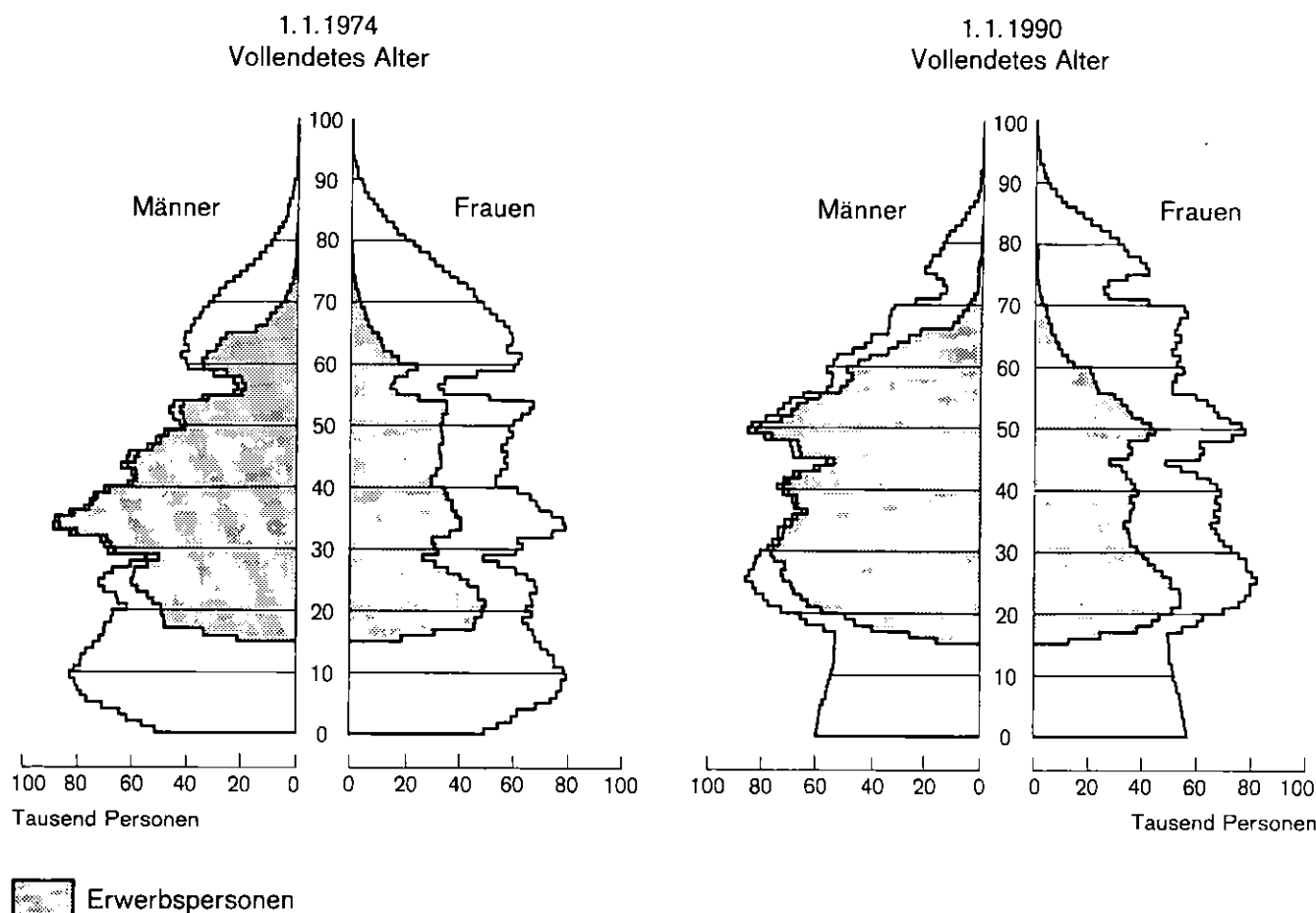
Ausgehend von dieser Erkenntnis wächst das Bewußtsein, daß hier eine Wende vollzogen werden muß. Als sicher kann bereits heute gelten, daß Zuwachsraten, wie wir sie seit 1949 gewohnt waren, bei einer Vielzahl von wirtschaftlichen Aktivitäten wohl der Vergangenheit angehören. Dieser Tatsache Rechnung zu tragen und daraus die Konsequenzen zu ziehen, dürfte eine der wichtigsten Aufgaben der Politik der Gegenwart sein. Eine frühzeitige Weichenstellung erscheint unbedingt erforderlich.

Die vor uns liegende Phase eines nur noch wesentlich geringeren wirtschaftlichen Wachstums sollte jedoch keinesfalls in ihrer Wertung mit Stagnation und völligem Stillstand bei der Weiterentwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft gleichgesetzt werden. Es werden sich mit Sicherheit Strukturveränderungen und Umschichtungen bei der Prioritätenskala der Ansprüche und Zielvorstellungen der Gesellschaft ergeben. Als Beispiel sei nur genannt die zunehmende Bedeutung der „Qualität des Lebens“, die in der schrittweisen Verbesserung der Umweltverhältnisse und der Sozialstruktur und nicht mehr ausschließlich in einem schnellen Wachstum der Produktion gesehen wird. Man wird diesen Prozeß der „Umorientierung der Wertmaßstäbe“ weitgehend als positiv ansehen können. Allerdings sollten bei dem mit Sicherheit auftretenden Zielkonflikt zwischen notwendigem Wirtschaftswachstum und der Verbesserung der „Qualität des Lebens“ Lösungen angestrebt werden, die beiden Zielsetzungen im erforderlichen Umfang gerecht werden. Eine Zukunft ohne jedes wirtschaftliche Wachstum ist ebenso schwer denkbar wie eine zu weitgehende Vernachlässigung der Umwelt und der Sozialstruktur.

Bei den vorliegenden Vorausschätzungen wurde versucht, bei der Wahl der Prämissen die angesprochenen Tendenzen, wie sie ja auch schon im letzten Jahresbericht skizziert wurden, soweit zu be-

Voraussichtliche Altersgliederung der Bevölkerung 1990 im Vergleich zu 1974 mit Erwerbspersonen

- Basis 1. 1. 1974 -



2275

rücksichtigen, wie dies überhaupt zum jetzigen Zeitpunkt möglich ist.¹ Dabei muß besonders darauf hingewiesen werden, daß es sich bei den hier getroffenen Wachstumsannahmen für das Bruttoinlandsprodukt eher noch um eine optimistische Variante handeln dürfte, so daß es nicht ausgeschlossen ist, daß späterhin eine weitere Korrektur nach unten notwendig wird. Ein weiter reduziertes Wachstum des Bruttoinlandsprodukts würde jedoch zu keiner Änderung der aufgezeigten Tendenzen führen, sondern vielmehr eine weitere Verschärfung der im folgenden dargestellten Probleme mit sich bringen.

1 Der Ministerrat hat am 21.2.1975 die Einsetzung einer Kommission zur vertieften Untersuchung der zukünftigen Entwicklung des Sozialprodukts beschlossen. Die Ergebnisse dieser Untersuchung konnten im vorliegenden Jahresbericht nicht mehr berücksichtigt werden.

Es wurde weiterhin versucht, die wesentlichen Interdependenzen zwischen den einzelnen Prognosebereichen darzustellen und insbesondere die Probleme anzureißen, die aus der vorausgeschätzten Wirtschaftsentwicklung entstehen könnten. Ein wichtiger Schwerpunkt ist hier die mögliche Diskrepanz zwischen dem von der Wirtschaftsentwicklung bestimmten Arbeitsplatzangebot und der sehr weitgehend von der bereits heute bestehenden Bevölkerungsstruktur abhängigen Arbeitsplatznachfrage. Besonders nachdrücklich sei ferner auf die Abhängigkeit des Steueraufkommens von der wirtschaftlichen Entwicklung hingewiesen. Das demgemäß geringere Wachstum des Steueraufkommens wird entscheidende Auswirkungen auf die Finanzierung der staatlichen Aktivitäten in der Zukunft haben.

Um eine ausreichende Basis für langfristige Planungen zu geben, wurde der Prognosehorizont für alle Vorausschätzungen bis 1990 ausgedehnt.

2.2. Voraussichtliche Entwicklung der Bevölkerung

Da die Zahl der Menschen, die unsere Bevölkerung bilden, maßgebend für die Vorgänge aller Lebens-, Gesellschafts- und Wirtschaftsbereiche ist, stellt sie eine zentrale Größe für alle Planungen dar. Von besonderer Bedeutung ist die Entwicklung in den einzelnen Altersgruppen, die kennzeichnend für die Struktur der Bevölkerung sind. Vor allem handelt es sich um die Altersstufen, die Zielgruppen der Bildungs-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik darstellen.

Der zeitliche Abstand gegenüber der Ende 1973 erarbeiteten Bevölkerungsvorausschätzung¹ ist noch zu gering, als daß genügend gesicherte Anhaltspunkte für eine grundlegende Änderung der Tendenzen vorliegen könnten. Daher bleibt die im letzten Jahresbericht ausführlich beschriebene Vorausschätzung für die Gesamtbevölkerung² in einer bis zum Jahr 1990 erweiterten Form Grundlage für die hier dargestellte voraussichtliche Bevölkerungsentwicklung. Diese Vorausschätzung ist auch zwischenzeitlich in die Überlegungen des Landesplanungsrates zur künftigen Entwicklung der Bevölkerung und der Erwerbspersonen des Landes und seiner Regionen bis zum Jahr 1990 eingegangen.

Aufgrund dieser Vorausschätzung ist von Anfang 1974 bis Anfang 1990 mit einem Bevölkerungszuwachs um 4,6 % auf 9,664 Millionen zu rechnen. Allerdings ist im Zusammenhang mit der Vorausschätzung der Erwerbspersonen (vgl. 2.4) eine Vergleichsrechnung aufgestellt worden. Sie beruht im wesentlichen auf der aus heutiger Sicht realistisch erscheinenden Annahme, daß die bisherigen Schätzungen über den noch für die nächsten Jahre zu erwartenden beträchtlichen Wanderungsüberschuß in Anbetracht des 1974 eingetretenen Wanderungsverlustes bei den Ausländern kaum noch aufrechterhalten werden können. Diese neuen Annahmen würden bei der Gesamtbevölkerung bis 1990 jedoch nur eine Verringerung der Zunahme um 155 000 Personen von 4,6 % auf 2,9 % bedeuten, nämlich statt auf 9,664 Millionen auf 9,509 Millionen. In erster Linie würde sich dies bei der Zahl der künftig zu erwartenden Erwerbspersonen auswirken und wurde daher auch nur bei der Erwerbspersonenvorausschätzung berücksichtigt.

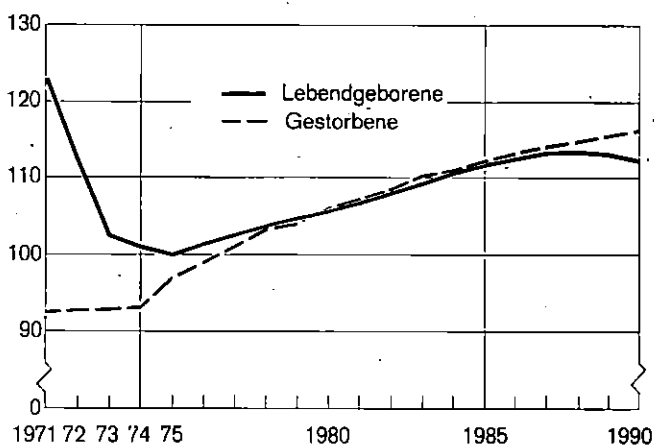
Die Entwicklung bildungs-, arbeitsmarkt- und sozialpolitisch bedeutsamer Altersgruppen

Der gesamte Bereich der unter 15 Jahre alten Personen wird wegen der in den vergangenen Jahren stark zurückgegangenen Geburtenhäufigkeit, die

Schaubild 2

Bevölkerungsentwicklung - Lebendgeborene und Sterbefälle - Vorausschätzung: Basis 1. 1. 1973

Anzahl in Tausend



65/75

1973 ihren bisher niedrigsten Wert erreicht hat und dann im Jahr 1974 fast konstant geblieben ist, bis 1985 um 520 000 (24 %) von 2,144 Millionen auf 1,624 Millionen abnehmen, um dann bis 1990 nur noch geringe Schwankungen aufzuweisen. Der niedrigste Wert wird im Jahr 1987 mit 1,608 Millionen erreicht sein. Diese Altersgruppe ist für die Bildungspolitik der kommenden Jahre insoweit von besonderer Bedeutung, als sie den Bedarf an Ausbildungsplätzen und Lehrpersonal in der Elementar-, Primar- und Sekundarstufe des Schulwesens sowie in der Berufsausbildung bestimmt (vgl. 2.3).

Von besonderem Interesse innerhalb dieser Altersgruppe ist die Zahl der 3 bis unter 6 Jahre alten Kinder, da aus diesen Jahrgängen die für den vorschulischen Bereich bedeutsame Nachfrage nach Kindergartenplätzen resultiert. Diese Zahl belief sich zu Beginn des Jahres 1974 auf 415 000 Kinder und wird bis zum Jahr 1980 um 28 % auf 300 000 zurückgegangen sein. Bis 1985 ist wieder mit einem geringen Anstieg auf 317 000 zu rechnen, der bei einer Ende der 80er Jahre leicht zunehmenden Geburtenzahl im Jahr 1990 335 000 Kinder erreicht.

Hier wird also – bei leichten Schwankungen innerhalb des Zeitraums bis 1990 – mit einer gewissen Entlastung der vorschulischen Einrichtungen durch den Rückgang der Kinderzahl zu rechnen sein.

Die Personen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren sind an dem zu erwartenden Gesamtzuwachs bis 1990 am stärksten beteiligt. Ihre Zahl wird in diesem Zeitraum um 886 000 (15 %) von 5,940 Millionen auf 6,827 Millionen ansteigen. Dieser Anstieg ist im wesentlichen bedingt durch die heute bereits bestehende Altersgliederung. Hiernach wachsen in

1 Vgl. G. Gröner: Voraussichtliche Entwicklung der deutschen und der Gesamtbevölkerung, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 12, 1973.

2 Vgl. auch „Keindaten der Vorausschätzung für die Gesamtbevölkerung“ im Anhang.

5 Jahren die starken Geburtsjahrgänge der beginnenden 60er Jahre in diesen Altersbereich hinein, während nur die schwachen Geburtsjahrgänge der Jahre des 1. Weltkrieges, die auf der männlichen Seite im 2. Weltkrieg nochmals dezimiert wurden, aus diesem Altersbereich hinauswachsen. Wie Schaubild 1 zeigt, wird sich dieser Zuwachs insbesondere bis ins Jahr 1985 hin auswirken, um dann abzuflachen. Der Bevölkerung dieser Altersgruppe wird von der Arbeitsmarkt- und Wohnungspolitik für die kommenden Jahre besondere Aufmerksamkeit zu widmen sein, da sie den Hauptanteil der als Nachfrager am Arbeits- und Wohnungsmarkt auftretenden Personen stellen wird (vgl. auch 2.4 und 2.5). Besonders Augenmerk wird der Tatsache zu widmen sein, daß bei Weiterführung der Modellrechnung zur Bevölkerungsvorausschätzung von 1990 ab eine stetige Verringerung der Personenzahl in dieser Altersgruppe weit über das Jahr 2000 hinaus zu verzeichnen sein wird.

Die Zahl der 65 Jahre alten und älteren Personen wird zunächst weiterhin steigen. Sie wird bis 1980 von 1,155 Millionen auf 1,289 Millionen, also um 134 000 Personen zunehmen und damit ihren vorerst höchsten Stand erreichen. Mit dem Nachrücken schwacher Jahrgänge wird die Besetzung dieser Altersgruppe in der ersten Hälfte der achtziger Jahre wieder auf 1,176 Millionen Personen zurückgehen, um dann in der zweiten Hälfte dieses Jahrzehnts erneut anzusteigen. 1990 werden 1,215 Millionen Personen 65 oder mehr Jahre alt sein, das sind 59 000 (5 %) mehr als heute. Der absolut höchste Wert ist allerdings erst jenseits des Vorausschätzungszeitraums zu erwarten.

Von besonderer Bedeutung sind innerhalb dieser Gruppe die hochbetagten Personen im Alter von 75 und mehr Jahren, die bei den künftig immer kleiner werdenden Haushalten und Familien bei Hilfs- und Pflegebedürftigkeit zu einem erheblichen Teil auf organisierte, außerfamiliäre Hilfsdienste und auf Hilfen in Heimen angewiesen sein werden. Ihre Zahl wird von derzeit 369 000 bis 1980 auf 456 000 und bis 1990 sogar auf 541 000 ansteigen und damit um nahezu 47 % zunehmen. Sie wird erst nach 1990 wegen des dann zu erwartenden Nachrückens schwächer besetzter Jahrgänge vorübergehend wieder etwas zurückgehen.

2.3 Vorausschätzung der Schüler und Studierenden

Wie schon im letzten Jahresbericht wird auch hier wieder der Prognose des Kultusministeriums eine rein rechnerische Variante des Statistischen Landesamtes für den Bildungsbereich gegenübergestellt. Während bei der Prognose des Kultusministeriums von bildungspolitischen Zielvorstellungen des Bildungsgesamtplans ausgegangen wird, stellen die Berechnungen des Statistischen Landesamts lediglich eine Fortschreibung des Status-quo unter Berück-

Tabelle 1

Schulanfänger nach Schularten

Schuljahr	Hauptschule	Realschule	Gymnasium
1973/74	77 000	38 000	45 000
1979/80	71 000	35 600	40 900
1984/85	48 500	24 442	28 100
1989/90	50 400	25 400	29 200

sichtigung der zukünftigen Bevölkerungsentwicklung dar. Im Gegensatz zu den Prognosen des Kultusministeriums, die sich auf die Bevölkerungsvorausschätzung und die Schulentwicklungspläne I und II sowie den Hochschulgesamtplan II stützen, orientieren sich die zum Vergleich aufgeführten Berechnungen des Statistischen Landesamts also ausschließlich an der voraussichtlichen Entwicklung der Wohnbevölkerung und unterstellen, daß sich das Bildungsverhalten der Bevölkerung und die bildungspolitischen Zielvorstellungen im Vorausschätzungszeitraum nicht ändern werden. Diese Annahme ist insoweit unrealistisch, als sie jegliche bildungspolitische Aktivität außer Ansatz läßt und daher auch die in der Regierungserklärung hervorgehobenen Ziele nicht berücksichtigt. Die Berechnungen des Statistischen Landesamts stellen für den Bildungssektor demnach Minimalwerte dar, die nur dann als mögliche Variante angesehen werden könnten, wenn die bei der Erstellung der Prognose gegebenen Strukturverhältnisse beibehalten werden würden. Jedoch machen schon die Minimalansätze dieser „Status-quo-Prognose“ ganz klar deutlich, mit welchen Schülerzahlen das Bildungswesen unseres Landes zumindest rechnen muß.

Maßgebend für alle Prognosen im Bildungsbereich ist die Tatsache, daß bedingt durch den Geburtenrückgang, der im Jahr 1974 erstmals seit 10 Jahren gegenüber dem Vorjahr zum Stillstand gekommen ist, die Kinderzahl der einzuschulenden Jahrgänge noch bis 1980 von heute 154 000 um 34 % auf 102 000 abnehmen wird. Nach 1980 wird wieder ein leicht ansteigender Zugang zu verzeichnen sein (bis 1990 110 000 Kinder im Einschulungsalter). Zu Beginn des Jahres 1974 befanden sich insgesamt 633 000 Kinder im Grundschulalter (6 bis unter 10 Jahre). Diese Zahl wird bis 1980 auf 468 000 und bis 1985 auf 409 000 zurückgehen. Anschließend ist wieder mit einem geringfügigen Zuwachs auf 432 000 im Jahr 1990 zu rechnen.

Die Zahl der Übergänger auf weiterführende Schulen (Haupt-, Realschulen und Gymnasien) wird demnach in den Schuljahren 1974/75 und 1975/76 ihren für lange Zeit höchsten Wert mit ca. 160 000 Schülern erreichen. Im Jahr 1980 wird er sich noch auf etwa 147 000, 1985 auf 101 000 und 1990 wieder auf etwa 105 000 belaufen.

Unter Beibehaltung der *Vergleichsrechnung des Statistischen Landesamtes*, der die heutigen Übergangsquoten von 48 % auf Haupt- und 24 % auf Realschulen sowie von 28 % auf Gymnasien für den gesamten Vorausschätzungszeitraum zugrunde liegen, hätten diese Schularten die nachstehend aufgeführte Zahl von Anfangsschülern in folgender Verteilung zu erwarten:

Tabelle 2

Schüler und Studierende nach Schularten
— Status-quo-Berechnung (in 1000) —

Schulart	Stand 1973/74	Berechnung für		
		1980	1985	1990
Grund- und Hauptschulen	951	819	656	645
Realschulen	181	191	149	125
Gymnasien	288	313	262	214
Sonstige Schularten ¹⁾	71	82	80	64
Zusammen ²⁾	1 491	1 405	1 147	1 048
Hochschulen	117	129	140	138
Insgesamt ²⁾	1 608	1 534	1 287	1 186

1) Berufliche Vollzeitschulen, soweit sie der Fachaufsicht des Kultusministeriums unterstellt sind.

2) Ohne Sonderschulen, Abendrealschulen, Abendgymnasien und Kollegs.

Für die einzelnen Schularten ermittelte das Statistische Landesamt unter Konstanthalten der altersspezifischen Schulbesuchsquoten des Schuljahres 1973/74 über den gesamten Vorausschätzungszeitraum die in Tabelle 2 ausgewiesenen Schüler- und Studentenzahlen.

Prognose des Kultusministeriums

Nach der Prognose des Kultusministeriums ist für die nächsten Jahre mit folgenden Tendenzen bei den Schüler- und Studentenzahlen zu rechnen:

- Die Zahl der Grundschüler nimmt in den kommenden Jahren ab.
- In der Sekundarstufe I (Hauptschulen, Realschulen, Unter- und Mittelstufe der Gymnasien) werden die Schülerzahlen noch bis 1977 bzw. 1978 ansteigen.
- Die Gesamtzahl der Schüler an allgemeinbildenden Schulen wächst nur noch bis 1976. Dann wird der Rückgang der Schülerzahl im Grundschulbereich stärker sein als die Zunahme der Schülerzahlen in den Sekundarstufen I und II.
- Im Bereich der beruflichen Schulen werden die höchsten Schülerzahlen erst zwischen den Jahren 1982 und 1985 zu erwarten sein.
- Im Hochschulbereich wirkt sich der Geburtenrückgang rein zahlenmäßig erst in den Jahren nach 1985 aus. Bis dahin gelangen noch stark be-

setzte Altersjahrgänge an die Hochschulen, so daß auch mittel- und langfristig noch mit einem erheblichen Ansteigen der Studierendenzahlen gerechnet werden muß.

Nachdem die genannten Höhepunkte überschritten sind, gehen die Schülerzahlen in den einzelnen Bereichen zunächst langsam, dann aber sehr stark zurück, selbst unter Berücksichtigung des Anteils ausländischer Schüler.

Die oberen Zielvorstellungen des Bildungsgesamtplans gehen noch über die in Baden-Württemberg angestrebten Ausbauziele im Schul- und insbesondere im Hochschulbereich hinaus. Sie würden zu personellen, räumlichen und finanziellen Belastungen führen, die haushaltsmäßig nicht zu verkraften

Tabelle 3

Schüler und Studierende
— Vorausschätzungen des Kultusministeriums —
(in 1000)

a) Nach Schularten

Schulart	Bestand 1973/74	1980	1985
Grund- und Hauptschulen	951	770	640
Realschulen	181	234	186
Gymnasien	288	356	326
(einschl. Berufliche)			
Sonstige Schularten ²⁾	71	94	87
Zusammen	1 491	1 454	1 239
Hochschulen ¹⁾	117	146	167
Insgesamt ^{3) 4)}	1 608	1 600	1 406

b) Nach Ausbildungsstufen

Ausbildungsstufe	1980	1985
Primarstufe	433	395
Sekundarstufe I	812	623
Sekundarstufe II (Vollzeitunterricht)	209	221
Zusammen ³⁾	1 454	1 239
Hochschulen ¹⁾	146	167
Insgesamt ³⁾	1 600	1 406

1) Entsprechend dem Reformmodell Hochschulgesamtplan II; nach dem Maximalmodell, das eine Fortschreibung der gegenwärtigen Verhältnisse im Hochschulbereich unterstellt, sind sogar 235 000 Studierende im Jahr 1985 zu erwarten.

2) Berufliche Vollzeitschulen soweit sie der Fachaufsicht des Kultusministeriums unterstellt sind.

3) Ohne Sonderschulen, Abendrealschulen, Abendgymnasien und Kollegs.

4) Ohne Elementarbereich.

bleibt, und konfiguriert

wären. Da bei diesen Projektionen überdies im Hochschulbereich für 1985 mit weit mehr als 200 000 Studenten gerechnet werden müßte, würde die Realisierung des Bildungsgesamtplans sicherlich nicht dem tatsächlichen Bedarf an Hochschulabsolventen entsprechen.

Diesen Tatsachen ist in den Prognosen des Kultusministeriums bereits Rechnung getragen. Außerdem läßt sich neuerdings im Übergangsverhalten auf Realschulen und Gymnasien eine Stagnation erkennen, und auch die Studienwilligkeit der Abiturienten scheint nach den Ergebnissen einer Befragung vom Frühjahr 1974 zunächst den Höhepunkt überschritten zu haben.

Deshalb schätzt das Kultusministerium für die Primarstufe und die Sekundarstufen I und II (Vollzeitunterricht) im Jahr 1985 1,29 Millionen Schüler gegenüber einem höheren Wert bei vollem Quotenansatz des Bildungsgesamtplans. Im Hochschulbereich bleibt die Prognose des Kultusministeriums ebenfalls hinter den Ansätzen des Bildungsgesamtplans zurück. Es wird dennoch zu prüfen sein, ob und in welchem Umfang bei nur noch sehr begrenztem Zuwachs des Sozialprodukts und bei den in der nächsten Zeit sicher beschränkten Haushaltsmitteln des Landes die volle Realisierung dieser (reduzierten) Planungsansätze möglich werden kann.

Was den prognostizierten allgemeinen Rückgang der Schülerzahlen zum Jahr 1985 betrifft, so muß hier noch einmal darauf hingewiesen werden, daß er nur zu einem geringen Teil auf die gegenwärtige Altersstruktur der Bevölkerung, aber ganz wesentlich auf die zugrunde gelegte geringe Fruchtbarkeit in der Zukunft zurückzuführen ist. Die im Vorausschätzungszeitraum angenommene niedrige Fruchtbarkeit kann sich künftig durchaus wieder erhöhen. Es ist allerdings kaum zu erwarten, daß eine seit Jahren zu beobachtende demographische Entwicklung abrupt zu Ende gehen wird. Auf jeden Fall würde eine Veränderung des bisherigen Trends geräume Zeit in Anspruch nehmen, um sich in den unterschiedlich strukturierten Regionen und Bevölkerungsschichten allgemein durchzusetzen.

Absolventen der allgemeinbildenden und beruflichen Schulen

Für die Beobachtung, Entwicklung und eventuell auch Steuerung des Arbeitsmarktes ist die Zahl der zu erwartenden Absolventen der verschiedenen Schulen von besonderer Bedeutung. Nach den Berechnungen des Kultusministeriums werden die in Tabelle 4 ausgewiesenen Schulabgängerzahlen zu erwarten sein (ausführliche Tabelle siehe Anhang).

In grober Abschätzung der Schulabgänger und Absolventen, die überwiegend als Nachfrager am Arbeitsmarkt in Erscheinung treten dürften, waren

Tabelle 4

Voraussichtliche Zahl der Absolventen an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen

Die Absolventen werden überwiegend erwartet	Aus dem Schuljahr		
	1973/74	1979/80	1984/85
	Ist-Zahlen	Vorausschätzung	
Am Arbeitsmarkt	126 416	173 800	153 100
davon Abgänger von			
Hauptschulen ohne Abschluß 2)	6 029	9 200	7 100
Sonderschulen 3)	5 878	8 300	7 800
Gymnasien nach Abschluß der Klassen 10 - 12 4)	4 773	7 200	6 800
Absolventen von			
Hauptschulen	55 710	63 600	48 900
Realschulen	17 676	33 700	30 300
Abendrealschulen	915	1 100	1 100
Absolventen an berufl. Schulen			
mit mittleren Abschlüssen nach Fachschulreife 9)	12 267	22 300	22 800
Abgänger aus			
Berufsfachschulen	16 173	21 000	20 600
Fachschulen 12)	6 995	7 400	7 700
An Hochschulen und Fachhochschulen	19 367	30 950	41 450
aus allgemeinbildenden Schulen			
Absolventen mit allg. und fachgebundener Hochschulreife 6)	14 221	19 500	25 000
Abendgymnasien und Kollegs 7)	359	450	450
aus beruflichen Schulen			
Absolventen mit Fachhochschulreife 10)	471	1 000	1 000
allg. und fachgebundener Hochschulreife 11)	4 316	10 000	15 000

Fußnoten: S. Tabelle im Anhang

demnach am Ende des Schuljahres 1973/74 126 000 Entlaßschüler auf der Suche nach Arbeitsplätzen. Ende des Schuljahres 1979/80 dürften es 173 800 und nach dem Schuljahr 1984/85 153 100 sein. Der stärkste Schub auf dem Arbeitsmarkt dürfte im Sommer 1981 mit 176 000 schulentlassenen Arbeitssuchenden zu erwarten sein. Dabei sind die Absolventen von Hoch- und Fachhochschulen, die Ende der 80er Jahre mit 30 000 bis 40 000 Personen jährlich am Arbeitsmarkt zu erwarten sind, nicht berücksichtigt.

Dieser Ausblick zeigt die in den nächsten Jahren steigende Notwendigkeit, für eine ausreichende Zahl von Lehrstellen und Arbeitsplätzen zu sorgen, zumal diese schon im Jahr 1974 nicht in voll ausreichendem Umfang — vor allem nicht in den erwünschten Berufen — zur Verfügung standen. Besondere Probleme könnten sich aus dem stetig steigenden Anteil von Absolventen mit gehobener und höherer Ausbildung sowie mit fachspezifizierten Ausbildungen im beruflichen Schulwesen ergeben, die mit der Erwartung auf entsprechend qualifizierte Arbeitsplätze auf den Arbeitsmarkt zukommen werden.

2.4 Vorausschätzung der Erwerbspersonen

Nach der Basisvorausschätzung würde sich bis zum Jahr 1990 eine Zunahme der Zahl der Erwerbspersonen, also der *Nachfrage nach Arbeitsplätzen*, um rund 750 000 (18 %) auf 4,979 Millionen ergeben. Es wurde hier aber noch mit einem relativ hohen Wanderungsüberschuß gerechnet, der sich ausgehend von einem Wanderungsgewinn von 79 000 Personen im Jahr 1973 zunehmend bis auf 15 000 Personen im Jahr 1979 reduziert und erst von da an auf diesem Niveau konstant bleibt.

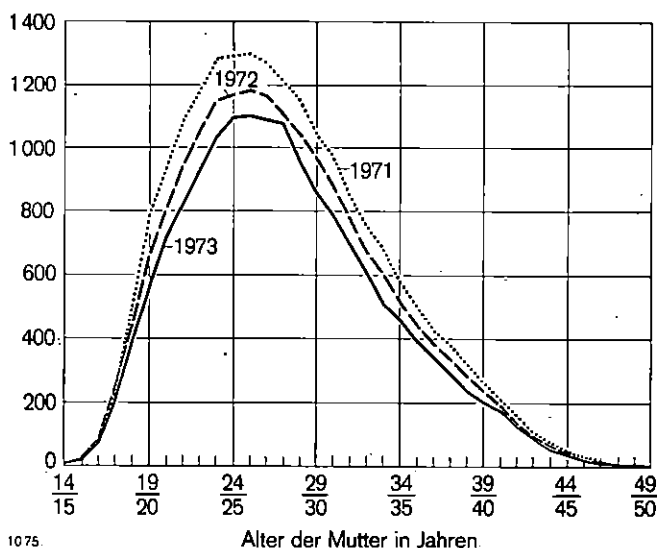
Die wirtschaftliche Entwicklung im Jahr 1974 hat jedoch die früheren Wanderungsgewinne an Ausländern zu Beginn des Jahres 1974 in einen Wanderungsverlust umschlagen lassen, der bis zum Ende des Jahres 1974 eine Größenordnung von rund 35 000 Personen erreicht hat. Dieser Wanderungsverlust ist nun nicht etwa durch eine verstärkte Abwanderung, sondern durch ein Ausbleiben der Zuwanderung entstanden, eine Erscheinung die für Arbeitskräfte aus Nicht-EG-Ländern auch durch den Ende 1973 von der Bundesregierung verfügten Anwerbestop verstärkt wurde. Die Zuwanderungen aus EG-Ländern, die keiner Beschränkung unterliegen, gingen wegen der wirtschaftlichen Entwicklung ebenfalls zurück.

Diese Vorgänge, die voraussichtliche weitere Wirtschaftsentwicklung und die Neukonzeption der Ausländerpolitik ließen es angebracht erscheinen, die Ansätze der für die Entwicklung der Gesamtbevölkerung benutzten Vorausschätzung auf der Basis 1973 nochmals zu überdenken, um zu langfristig sichereren Werten zu kommen.

Um den Bedürfnissen einer vorausschauenden Planung zu genügen, wurde deswegen eine Vergleichsrechnung auf Basis 1.1.1974¹ zu der bisher für die Ermittlung der Erwerbspersonen benutzten Bevölkerungsvorausschätzung erstellt.

Schaubild 3

Lebendgeborene auf 1000 Frauen (altersspezifische Fruchtbarkeitsziffern)



Diese Vorausschätzung unterscheidet sich gegenüber der auf Basis 1973 errechneten durch eine geringfügige Abnahme der Fruchtbarkeitsziffern und durch eine Begrenzung des Wanderungsgewinnes schon ab 1974 auf 15 000 Personen jährlich. Die Annahme, langfristig einen solchen Wanderungsgewinn einzukalkulieren, erscheint insofern berechtigt, als der Wanderungsgewinn der Deutschen auch im Jahr 1974 fast 13 000 Personen betragen hat und durchaus die Möglichkeit besteht, daß nach Überwindung der derzeitigen wirtschaftlichen Krise auch wieder leichte Zuwanderungen von Ausländern zu erwarten sind.

Das Ergebnis der Vergleichsrechnung ändert an den vorstehend für die Gesamtbevölkerung dargestellten Tendenzen der Entwicklung nicht viel. Die Gesamtbevölkerung würde danach im Jahr 1990 9,509 Millionen Personen betragen. Die im erwerbsfähigen Alter (15 bis unter 65 Jahre) stehenden Personen erscheinen zahlenmäßig nicht mehr mit dem gleichen Gewicht. Nach dieser Schätzung ergibt sich eine Zunahme der Zahl der Erwerbspersonen von heute 4,285 Millionen bis 1990 auf 4,874 Millionen, das sind rund 14 %. Die hier niedriger angesetzte Zuwanderung führt also gegenüber dem bisherigen Ansatz zu einem um 2 % oder rund 100 000 Personen geringeren Erwerbspersonenstand im Jahr 1990. Aber auch dies bedeutet noch gegenüber heute eine Zunahme der Erwerbspersonenzahl um rund 590 000. Selbst unter der Annahme eines Wanderungssaldos von null ergäbe sich bis 1990 noch eine Zunahme an Erwerbspersonen von rund 10 % auf etwa 4,725 Millionen. Auch bei einer Abwanderung von beispielsweise jährlich rund 5000

¹ Vgl. „Kenndaten der Vorausschätzung für die Erwerbspersonen“ im Anhang.

Erwerbspersonen — das entspricht einer Abwanderung aus der Gesamtbevölkerung von etwa 10 000 Personen jährlich — wären 1990 immer noch rund 8 % mehr Erwerbspersonen als heute zu erwarten.

Dieser erhebliche Zuwachs an Erwerbspersonen, der bei jeder Vorausschätzung in mehr oder weniger starkem Maß auftreten wird, ist durch die heute bestehende Altersstruktur der Bevölkerung bedingt. Ihr zufolge wird die Zahl der Erwerbspersonen von 1975 bis 1980 um 5 % von 1980 bis 1985 um 5 % und von 1985 bis 1990 nur noch um 1,7 % zunehmen. Nach 1990 ist mit einem Rückgang der Zahl der Erwerbspersonen zu rechnen.

Es wird also in jedem Fall von einer beträchtlichen Vermehrung der Zahl von Erwerbspersonen auszugehen sein, die als *Nachfrager nach Arbeitsplätzen* am Arbeitsmarkt auftreten werden. Im Hinblick auf rechtzeitige wirtschafts- und sozialpolitische Maßnahmen muß diese Entwicklung fortlaufend beobachtet werden.

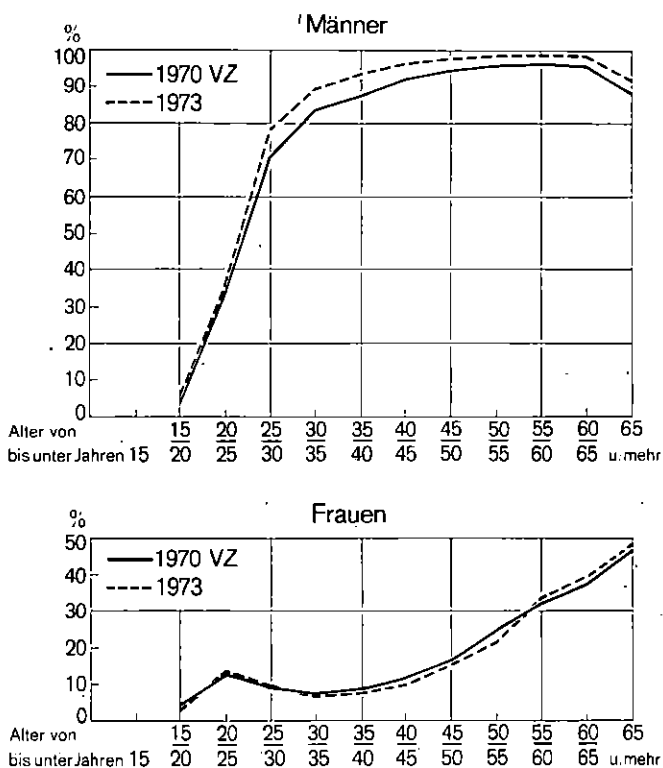
Anhaltspunkte dafür, welche quantitativen Probleme dabei im Zusammenhang mit der voraussichtlichen Wirtschaftsentwicklung auftreten könnten, sind weiter unten in Kapitel 2.7 dargestellt.

2.5 Vorausschätzung von Haushalten

Die Vorausschätzung von Haushalten ist für die Ermittlung des Wohnungsbedarfs¹ von besonderer Bedeutung, denn es sollte sichergestellt sein, daß jeder Haushalt, mit Ausnahme der wohl auch weiterhin als Untermieter lebenden Studenten und jüngeren Erwerbstätigen, über eine eigene Wohnung verfügen kann. Der Anteil der Untermieterhaushalte, die bei Überlegungen zur Wohnungsverorgung nicht als Bedarfsträger eigener Wohnungen anzusehen sind, kann etwa mit 8 % der Gesamthaushalte angesetzt werden. Die nachstehend dargestellte Haushaltsvorausschätzung basiert auf der Bevölkerungsvorausschätzung — Basis 1973 — und auf den für 1972/73 aus dem Mikrozensus ermittelten altersspezifischen Haushaltsvorstandsquoten. Diese Quoten weichen von den im Jahr 1970 ermittelten insoweit ab, als 1972/73 die in Arbeiterunterkünften wohnenden Personen als Einzelhaushalte gezählt worden sind. Dies erscheint auch als berechtigt, da sie in diesen Unterkünften zumeist selbst wirtschaften und damit auch als potentielle Wohnungsbedarfsträger anzusehen sind. Wie die Darstellung der altersspezifischen Haushaltsvorstandsquoten zeigt (Schaubild 4), ist die Abweichung gegen-

Schaubild 4

Altersspezifische Haushaltsvorstandsquoten 1970 und 1973



1275

über 1970 vornehmlich bei den Männern festzustellen, was daraus zu erklären ist, daß eine Unterbringung in Arbeiterunterkünften fast ausschließlich bei Männern erfolgt.

Als Ergebnis der Schätzung sind ausgehend von 3,415 Millionen Haushalten im Jahr 1973 bis Anfang 1990 3,972 Millionen Haushalte zu erwarten. Da die Haushalte nicht proportional dem Zuwachs der gesamten Bevölkerung, sondern in etwa dem der 15- bis unter 65jährigen folgen, kann der relativ hohe prozentuale Zuwachs von 16 % nicht überraschen. Auch die durchschnittliche Haushaltsgröße wird in Zukunft weiter abnehmen und von 2,7 Personen je Haushalt im Jahr 1973 auf 2,4 im Jahr 1990 zurückgehen. Dies beinhaltet weiterhin eine Tendenz zu kleineren Wohnungen oder, bei Beibehaltung der heute üblichen durchschnittlichen Wohnungsgröße, zu einer insgesamt günstigeren Wohnsituation. Für den Zeitraum nach 1990 ist abzusehen, daß die Zahl der Haushalte wieder abnehmen wird.

2.6 Vorausschätzung der wirtschaftlichen Entwicklung

Die Wirtschaftsentwicklung im Jahr 1974 hat deutlich gemacht, mit welchen Unsicherheiten Prognosen zwangsläufig verbunden sind. Die Landesregierung hat daher eine Kommission zur Untersuchung

¹ Vgl. auch die Vorausschätzung des voraussichtlichen künftigen Wohnungsbaubedarfs in Kapitel 3.8.

der künftigen Entwicklung des Sozialprodukts eingesetzt. Unabhängig hiervon hat das Statistische Landesamt seine Vorausschätzung der wirtschaftlichen Entwicklung aus dem Statistischen und prognostischen Jahresbericht 1973 überprüft.¹

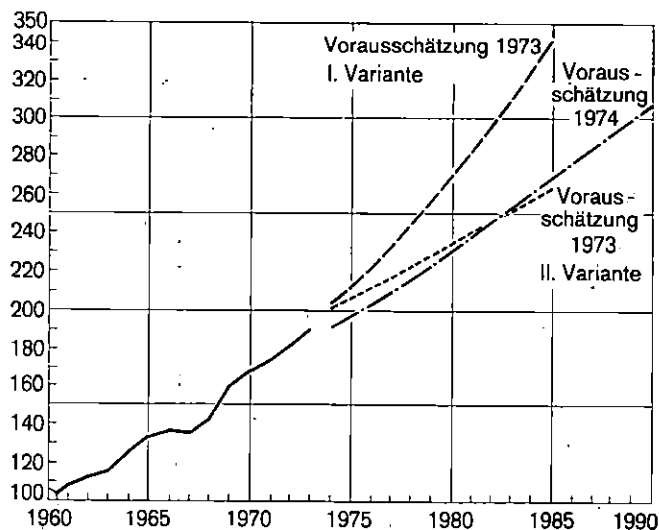
Die Energiekrise, die sich bisher in erster Linie als eine Preis- bzw. Kostenkrise darstellt, läßt schon in den bisherigen Auswirkungen auf die Weltwirtschaft und die Binnenkonjunktur erkennen, mit welchen Wachstumsbeschränkungen bei einer bereits voraussehbaren mengenmäßigen Energie- und Rohstoffverknappung zu rechnen ist. Der Wachstumsspielraum gegenüber den sechziger und erst recht den fünfziger Jahren wird für die Zukunft erheblich schrumpfen.

Besondere Unsicherheitsfaktoren liegen in der Ungewißheit, ob es gelingen wird, einen langfristigen und ökonomisch tragbaren Kompromiß zu finden zwischen Energie- und Rohstoffproduzenten einerseits und den Verbraucherländern auf der anderen Seite. Hinzu kommt, daß es noch völlig offen ist, ob und innerhalb welcher Zeitspanne sich in den hochentwickelten Industriestaaten die Einsicht allgemein durchsetzt, daß das Wirtschaftswachstum im engeren Sinn künftig nicht mehr das gleiche Ausmaß und die gleiche Priorität haben wird, wie es in der Vergangenheit der Fall war, und daß nach langen Jahren beschleunigten Wachstums eine Umorientierung zu einem mehr organischen, d.h. sich langsam abflachenden Wachstumsverlauf zwingend notwendig ist. Als sicher kann gelten, daß die Wachstumsannahmen früherer Vorausschätzungen angesichts dieser mit der Energiekrise jetzt erst schlagartig sich aufdrängenden Probleme nicht länger beibehalten werden können.

Daher ergab sich, wie schon im letzten Jahresbericht angedeutet, die Notwendigkeit, neben der Aktualisierung der Vorausschätzung aufgrund geringfügig geänderter und ergänzter Basiswerte für die Jahre 1971 bis 1973 die dort über die wahrscheinliche Entwicklung gemachten Annahmen für den Prognosezeitraum verhältnismäßig stark zu modifizieren. Auch war es bei der jetzt vorliegenden Vorausschätzung nicht möglich, auf entsprechende langfristige Prognosen des BMWI zurückzugreifen, weil diese gegenwärtig (Anfang Januar 1975) noch nicht bekannt sind. Auf ein Heranziehen der bisherigen Prognose des Bundes als Leitgröße muß verzichtet werden, da die dort zugrundegelegten Prä-

Schaubild 5

Entwicklung und Vorausschätzung des Bruttoinlandsprodukts (in Preisen von 1962, 1960 = 100)



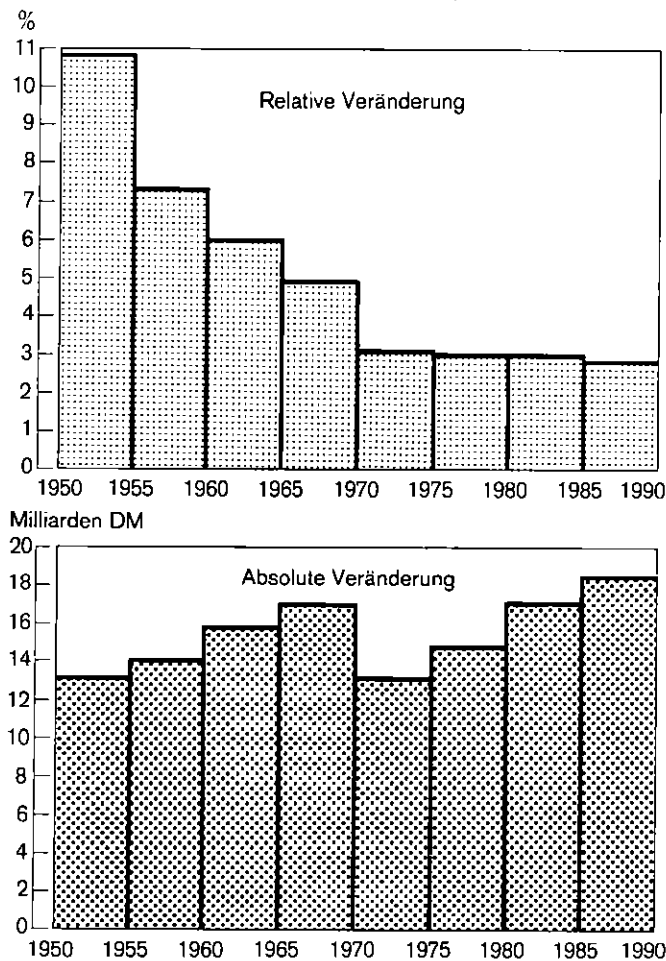
74 75

missen nach den schon im letzten Jahresbericht skizzierten Entwicklungstendenzen, die sich inzwischen deutlicher abzeichnen, nicht mehr akzeptiert werden können, da sie heute eindeutig zu hoch erscheinen. Zunächst war eine Korrektur der Vorausschätzung für den Zeitraum 1970 bis 1975 erforderlich. Die tatsächliche Entwicklung des Konjunkturobjektes 1973 blieb mit + 5,1 % hinter der erwarteten (+ 6,5 %) deutlich zurück, weil die ohnehin in der zweiten Jahreshälfte beobachteten Abschwungstendenzen mit den Auswirkungen der Energiekrise im letzten Quartal des Jahres kumulierten. Diese Entwicklung setzte sich nach kurzer Erholung zum Jahresbeginn im vergangenen Jahr verstärkt fort, so daß sich für das Jahr 1974 ein Wachstumsstillstand ergeben hat.

Auch wenn der gegenwärtige Konjunkturzyklus bereits im Verlauf des Jahres 1975 in eine leichte Aufwärtsentwicklung einmünden sollte, so wird doch nur mit einem gemäßigten Aufschwung von 1 bis 2 % gerechnet (z.B. Wirtschaftswissenschaftliche Institute). Das reale Bruttoinlandsprodukt (in Preisen von 1962) wird 1975 demzufolge voraussichtlich knapp 93 Mrd. betragen, was einer durchschnittlichen jährlichen Zunahme von 3,1 % seit 1970 entspricht. Die relativ starke Abflachung der durchschnittlichen Wachstumsrate im Vergleich zu vorangegangenen Fünfjahreszeiträumen (1965/60 : + 6,0 %, 1970/1965 : + 4,9 %) erklärt sich auch daraus, daß erstmals aufgrund des nach bisheriger Beobachtung völlig anomal verlaufenen Konjunkturzyklus zwei Konjunkturtiefjahre in eine Halbdekade fallen.

¹ Die vom Statistischen Landesamt prognostizierten Werte für die künftigen jährlichen Steigerungen des Bruttoinlandsprodukts stellen die untersten Werte innerhalb der Bandbreite dar, die von der vom Ministerrat eingesetzten Kommission zur Untersuchung der zukünftigen Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts vorausgeschätzt wird. Der von dieser Kommission, in der das Statistische Landesamt vertreten ist, für wahrscheinlichst gehaltene Wert liegt erheblich höher.

Veränderung des Bruttoinlandsprodukts in Preisen von 1962 in Fünfjahresperioden



Bei einer durchschnittlichen jährlichen Zunahme von 3,0 % wird das reale Bruttoinlandsprodukt schon 1980 nahezu 108 Mrd.DM erreichen und 1985 bei einer Größenordnung von 125 Mrd.DM liegen. Diese Schätzung birgt allerdings die unwägbar Komponente der langfristigen Entwicklung des Welthandels in sich.

Für den Zeitraum von 1985 bis 1990 wurde eine geringfügige Abflachung des Wachstums auf durchschnittlich + 2,8 % unterstellt, weil bei stagnierender Bevölkerungsentwicklung und stark verlangsamter Erwerbspersonenzunahme sich die wachstumslimitierenden Faktoren (Rohstoff- und Energiemangel, ökologische Begrenzungen u.a.) zweifellos noch stärker auswirken werden. Für das Jahr 1990 errechnet sich ein Bruttoinlandsprodukt von etwa 143 Mrd.DM, d.h. die gesamtwirtschaftliche Leistung hätte dann trotz verlangsamten Wachstums gegenüber der vorhergehenden Fünfjahresperiode nochmals um 18 Mrd.DM zugenommen.

Die Notwendigkeit einer Korrektur der Wachstumsannahmen früherer Vorausschätzungen wird auch an folgender Überlegung deutlich:

Bei einer durchschnittlichen Zuwachsrate von 3 % für den Gesamtzeitraum von 1970 bis 1990 erhöht sich das reale Bruttoinlandsprodukt um vier Fünftel oder fast 63 Mrd.DM. Diese Größenordnung entspricht in etwa dem durchschnittlichen Jahreswert der Jahre 1967 und 1968. Würde man für die zwanzig Jahre eine nur um einen halben Punkt höhere Wachstumsrate ansetzen, dann hätte sich die gesamtwirtschaftliche Leistung in diesem Zeitraum mehr als verdoppelt, eine Vorstellung, die angesichts der bereits bestehenden und noch zunehmenden Probleme nicht realistisch erscheint. Wenn schon die Verdoppelungszeiten des Bruttoinlandsprodukts in der Wiederaufbauphase der fünfziger und der Konsolidierungsphase der sechziger Jahre zugenommen haben, so weist dies auf das unmögliche Unterfangen hin, bei steigendem absoluten Niveau die Wachstumsraten noch zu steigern oder auch nur konstant zu halten. Auch das wirtschaftliche Wachstum ist zumindest über die Verflechtung mit der Bevölkerungs- und Erwerbstätigenpotentialentwicklung sowie den Energie- und Rohstoffressourcen den Gesetzmäßigkeiten organischen Wachstums unterworfen. Dies mündet nach anfänglich beschleunigtem Wachstum in eine Phase immer geringerer Zuwächse ein. Dabei darf nicht übersehen werden, daß auch den fallenden durchschnittlichen jährlichen Zuwachsraten in der Regel zunehmende absolute Zuwächse gegenüberstehen (Schaubild 6). Davon weicht nur die atypische Entwicklung des Zeitraumes 1970 bis 1975 ab. Schließlich wird ein natürlicher Wachstumsverlauf sich auf hohem Niveau stabilisieren, sofern sich die rechtzeitige Erkenntnis dieser Zusammenhänge in allernächster Zeit durchsetzt, um eine frühzeitige Verschwendung der Ressourcen und die Zerstörung des ökologischen Gleichgewichts zu verhindern.

Die drei Hauptwirtschaftsbereiche

Aufgrund der jetzt erkennbaren, wesentlich veränderten Tendenzen erwies es sich als notwendig, neben der oben dargestellten neuen Vorausschätzung des globalen Bruttoinlandsprodukts auch für die voraussichtliche Wirtschaftsentwicklung der drei Wirtschaftsbereiche Land- und Forstwirtschaft, Warenproduzierendes Gewerbe und Dienstleistungen eine korrigierte Prognose zu erstellen. Dabei wurde der methodische Ansatz, wie er im letzten Jahresbericht dargestellt ist, im wesentlichen beibehalten.

Land- und Forstwirtschaft

Obwohl anzunehmen ist, daß die Flächenproduktivität in der Landwirtschaft auf längere Sicht nicht mehr so stark wie bisher gesteigert werden kann, zumal dadurch eine gewisse Gefährdung der Umwelt durch Dünge- und Pflanzenschutzmittel nicht auszuschließen wäre, wurde die ab 1965 zu beobachtende relativ günstige Entwicklung linear fortgeschrieben.

Tabelle 5 a

Land- und Forstwirtschaft

Jahr	Beitrag zum realen BIP in-Mrd. DM	Anteil am BIP insgesamt in %
1970	3,1	3,9
1980	3,6	3,3
1985	3,9	3,1
1990	4,1	2,9

Drei Gesichtspunkte waren hier im wesentlichen ausschlaggebend: Zum einen ist auch in Zukunft zur Erhaltung eines bestimmten Eigenversorgungsanteils ein gewisser absoluter Zuwachs erforderlich. Weiterhin dürften mit Landschaftspflege und Umweltschutz wesentliche neue Aufgaben auf diesen Sektor zukommen. Schließlich ist eine Erhöhung der Wertschöpfung durch eine weitere Zunahme der landwirtschaftlichen und gärtnerischen Spezialkulturen im Land durchaus denkbar.

Staatliche und private Dienstleistungen

Bei der Vorausschätzung dieses Bereichs wurde davon ausgegangen, daß bei der hohen Entwicklungsstufe des Landes im warenproduzierenden Sektor bei gleichzeitig gegenwärtig relativ geringem Anteil des Dienstleistungsbereichs auch in Zukunft eine weitere Umschichtung in den tertiären Sektor stattfinden dürfte. Wegen des insgesamt geringeren Wirtschaftswachstums wurden jedoch auch hier die Wachstumsraten gegenüber der Vergangenheit (1960 bis 1967: 4,4 % – 1967 bis 1972: 4,8 %) erheblich reduziert. Sie dürften aber wegen des vergleichsweise niedrigeren Ausgangsniveaus immer noch deutlich über den voraussichtlichen Wachstumsraten des globalen Bruttoinlandsprodukts liegen. Für den Zeitraum von 1973 bis 1980 wurde daher eine durchschnittliche jährliche Zuwachsrate von 3,6 % angesetzt, die sich im folgenden Fünfjahreszeitraum bis 1985 auf durchschnittlich 4,0 % erhöht und wegen des dann erreichten relativ hohen Niveaus wieder bis 1990 auf durchschnittlich 3,8 % reduziert.

Dadurch ergibt sich ein Ansteigen des Anteils der Wertschöpfung dieses Sektors am globalen Bruttoinlandsprodukt – ein Trend, der sich in der Vergangenheit schon durch eine zunehmende Abflachung des bisher zu beobachtenden Rückgangs abzuzeichnen begann. Infolgedessen und wegen der relativ hohen Arbeitsintensität bei begrenzten Rationalisierungsmöglichkeiten in diesem Bereich dürften hier bis 1990 rund 43 % der Erwerbstätigen beschäftigt sein.

Tabelle 5 b

Staatliche und private Dienstleistungen

Jahr	Beitrag zum realen BIP in-Mrd. DM	Anteil am BIP insgesamt in %
1970	27,1	33,9
1980	39,7	36,9
1985	48,3	38,7
1990	58,2	40,6

Warenproduzierendes Gewerbe

Der Abstand der Beiträge der Bereiche Land- und Forstwirtschaft und Dienstleistungen zum gesamten Bruttoinlandsprodukt stellt notwendigerweise den Beitrag des Warenproduzierenden Gewerbes dar.

Tabelle 5 c

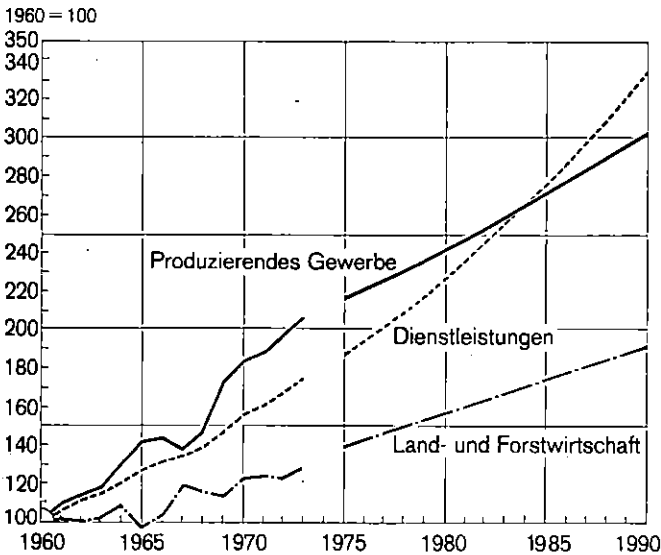
Warenproduzierendes Gewerbe

Jahr	Beitrag zum realen BIP in-Mrd. DM	Anteil am BIP insgesamt in %
1970	49,6	62,2
1980	64,4	59,8
1985	72,6	58,2
1990	81,0	56,5

Wie man den Schätzwerten in der Tabelle entnehmen kann, ergibt sich für diesen Sektor gegenüber dem bisherigen sehr hohen Wachstum eine deutliche Abschwächung. Dies ist aus mehreren Gründen auch durchaus plausibel. Der warenproduzierende Bereich hat in Baden-Württemberg in der Vergangenheit im Ländervergleich den größten Anteil an der Wertschöpfung erzielt. Schon wegen des dabei erreichten hohen Niveaus ist eine Abflachung des Wachstums zu erwarten, da bei konstantem Wachstumstempo (= konstanten jährlichen Zuwachsraten) schnell ein explosionsartiges Ansteigen der absoluten Zunahmen eintreten würde. Derartig große absolute Zunahmen erscheinen jedoch immer mehr als unrealistisch. Im letzten Jahresbericht wurden unter Punkt 2.7 ausführlich die wesentlichsten Gesichtspunkte hierzu diskutiert. Die Entwicklung im Jahre 1974 hat die Wahrscheinlichkeit des baldigen Eintritts der dort als Möglichkeit angeführten Tendenzen erheblich verstärkt. Nur einige Aspekte seien hier noch einmal stichwortartig angeführt: — Es ist kaum denkbar, daß der Güterkonsum in gleichem Maß wie in der Vergangenheit weiterwachsen wird, da schon allein das ganz wesent-

Schaubild 7

Entwicklung der Wirtschaftsbereiche Beiträge zum BIP in Preisen von 1962



7575

lich abgeflachte Wachstum der Bevölkerung in Zukunft ein langsames Ansteigen des Bedarfs mit sich bringen dürfte.

- Außerdem müßte eine Fortsetzung des augenblicklichen Konsumverhaltens (Stichwort: Wegwerfgesellschaft) unweigerlich zu einem überproportionalen Ansteigen der Probleme der Abfallbeseitigung einerseits und der immer konkreter werdenden Gefahr einer Erschöpfung der Rohstoffquellen andererseits führen. Auch ein schneller und konsequenter Ausbau der Technologie des sogenannten „Recycling“ kann dabei die Gefahren, die für die Umwelt aus dem exponentiell ansteigenden Energiebedarf erwachsen würden, nur ganz beschränkt vermeiden.
- Eine weitere Verlagerung des Güterabsatzes in den Export dürfte bei der ohnehin starken Exportorientierung des Landes kaum möglich sein. Im Gegenteil ist es fraglich, ob der Exportanteil auch in Zukunft auf der gegenwärtigen Höhe gehalten werden kann; denn es ist wahrscheinlich, daß Knappheitserscheinungen auf dem Rohstoffsektor und ökologische Probleme in allen Industrienationen zu einem abgeflachten Wirtschaftswachstum und damit zu einer verringerten Importneigung nach Gütern – zumindest herkömmlicher Art – führen werden.
- Schließlich sollte auch berücksichtigt werden, daß die Wertschöpfung des warenproduzierenden Bereichs ganz überwiegend aus der Produktion materieller Güter besteht, nämlich aus Konsum- und Investitionsgütern. Diese Güter werden dem vorhandenen Güterbestand, der sich um die unbrauchbar gewordenen, veralteten, weggeworfenen Güter vermindert, beständig hinzugefügt. Ein

weiteres Wachstum der Produktion mit den Wachstumsraten der Vergangenheit würde ein gewaltiges Ansteigen des Güterbestandes zur Folge haben mit allen negativen Folgen, nicht zuletzt für die Umwelt.

Daher dürften besonders im warenproduzierenden Sektor erhebliche Umstrukturierungsprozesse notwendig sein, wie sie auch zum Teil schon erkennbar sind. Dies dürfte dazu führen, daß die durchschnittliche jährliche Zuwachsrates des BIP in diesem Bereich von 1973 bis 1980 rund 1,8 % betragen wird und dann im Zuge der fortschreitenden Anpassung zwischen 1980 und 1990 wieder leicht auf durchschnittlich 2,3 % ansteigt. Obwohl mit dieser Entwicklung eine Verringerung des Anteils des warenproduzierenden Gewerbes am gesamten BIP des Jahres 1990 auf rund 57 % verbunden wäre, würde dies bedeuten, daß sein Beitrag zum BIP im Jahr 1990 immer noch um knapp zwei Drittel über dem des Jahres 1970 liegen würde.

2.7 Anhaltspunkte für die künftige Beschäftigungslage

Ein besonderes Problem ergibt sich durch die Notwendigkeit, die im Abschnitt 2.4 von der „Nachfrage-seite“ gegebene Vorausschätzung der Erwerbspersonen dem bei einer bestimmten gesamtwirtschaftlichen Entwicklung zu errechnenden Bedarf an Erwerbstätigen gegenüberzustellen. Für das Schätzen des Bedarfs an Erwerbstätigen wurde mit Hilfe eines sogenannten Regressionsansatzes die Anzahl der für die Erwirtschaftung des jeweiligen Bruttoinlandsprodukts der drei Bereiche benötigten Erwerbstätigen vorausgeschätzt. Bei diesem Verfahren wird die Entwicklung der durchschnittlichen Beziehung zwischen Erwerbstätigen und Bruttoinlandsprodukt des betreffenden Bereichs in der Vergangenheit analysiert und versucht, daraus die wahrscheinliche Entwicklung dieser Beziehung für die Zukunft zu ermitteln. Hier wird aber auch die Problematik dieses Ansatzes besonders für den warenproduzierenden Bereich deutlich; denn gerade in diesem Sektor wird ja für die nahe Zukunft mit einem erheblichen Strukturwandel gerechnet, der durchaus zu einer tendenziellen Änderung des bisherigen Entwicklungsverlaufs führen könnte. Wenn dieses Verfahren hier dennoch verwendet wird, so geschieht das einerseits, weil auch andere mögliche Verfahren mit mindestens ebenso großen Unsicherheiten behaftet sind und andererseits wenigstens gewisse Anhaltspunkte zur Beantwortung der für die Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik zentralen Frage nach der zukünftigen Beschäftigungslage gegeben werden sollen.

Bei Gegenüberstellung der aus diesem Ansatz errechneten Erwerbstätigenzahl – des Arbeitskräftebedarfs also – mit der Zahl der aus der demographisch

Tabelle 6

Arbeitskräftebedarf und -angebot

	1974	1980	1985	1990
	1000 Personen			
Beschäftigte in:				
Land- u. Forstwirtschaft	278	270	261	228
Warenproduzierendes Gewerbe	2 323	2 412	2 429	2 475
Dienstleistungen	1 645	1 741	1 874	2 010
Insgesamt – Bedarf –	4 246	4 423	4 564	4 713
Erwerbspersonen				
– Angebot –	4 285	4 545	4 793	4 874
Differenz	38	122	229	161

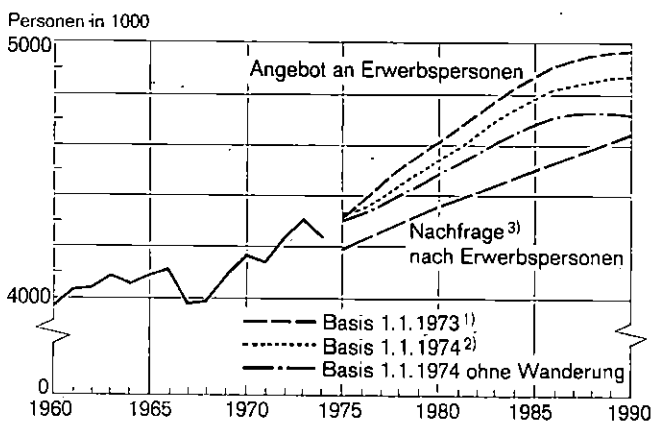
fundierten Erwerbspersonenvorausschätzung ermittelten Erwerbspersonen – die des Arbeitskräfteangebots – ergibt sich für die drei Prognosejahre das in Tabelle 6 dargestellte Bild.

Die in dieser Tabelle in der Zeile „Differenz“ ausgewiesenen Zahlen stellen das rechnerische Defizit zwischen Arbeitsplatzangebot und Arbeitskräfteangebot dar, das sich voraussichtlich unter den zugrundeliegenden Prämissen ergeben könnte. Es wäre jedoch falsch, diese Werte von vornherein als zu erwartende Arbeitslosenzahlen in den Prognosejahren zu interpretieren. Denn einerseits führt ein geringeres Wachstum der Arbeitsproduktivität als in der Prognose unterstellt – beispielsweise durch überproportionale Zunahme des Dienstleistungssektors hervorgerufen – zu einer Erhöhung des Arbeitsplatzangebotes, zum anderen sind verschiedene Möglichkeiten zur Verringerung der Nachfrage nach Arbeitsplätzen gegeben.

So könnte z.B. das Rentenreformgesetz 1972, durch das die Möglichkeit eröffnet worden ist, bereits nach Vollendung des 63. Lebensjahres in Rente zu gehen, zu einer Verringerung der 1990 zu erwartenden Erwerbspersonen um rund 31 000 führen. Bei den Frauen könnte ein Verzicht auf die Wiederaufnahme der Erwerbstätigkeit dann, wenn sie einmal wegen Familiengründung aus dem Erwerbsleben ausgeschieden sind, bis zum Jahr 1990 eine Reduktion der Erwerbspersonen um 57 000 ergeben, so daß dann statt der vorausgeschätzten 4,874 Millionen Erwerbspersonen lediglich 4,786 Millionen als Nachfrage nach Arbeitsplätzen auftreten würden.

Eine andere Möglichkeit, diese Nachfrage zu verringern, kann in einem Verzicht auf jegliche Zuwanderung bis zum Jahr 1990 gesehen werden, was dann allein zu insgesamt nur 4,725 Millionen Erwerbspersonen führen würde.

Schaubild 8

**Entwicklung der Erwerbspersonen
von 1960 bis 1974
und Vorausschätzung bis 1990**


1) Wanderungsgewinn von 79 000 Personen auf 15 000 Personen im Jahr 1979 zurückgehend und dann konstant bleibend.

2) Wanderungsgewinn konstant jährlich 15 000 Personen.

3) Beschäftigte nach der voraussichtlichen Entwicklung des BIP.

7675

Die erste Möglichkeit würde einen Verzicht auf weitere berufliche Emanzipation der Frau bedeuten – was nicht beabsichtigt sein kann –, die zweite bedingt eine mehr oder weniger kontrollierte Wanderungsbewegung, die nur bezüglich der Personen erfolgen kann, die nicht Staatsangehörige von EG-Staaten sind, sofern sie sich nicht durch den Mangel an Arbeitsplätzen von sich aus reguliert.

Ein weiterer Ausgleich eines eventuellen Überangebots an Arbeitskräften könnte in einer über das bisherige Ausmaß hinausgehenden Verkürzung der Arbeitszeit oder in einer Verlängerung des Urlaubs (z.B. Bildungsurlaub) gesehen werden. Beim Stand der gesamtwirtschaftlichen Produktivität von 1973 erfordert nämlich beispielsweise eine Arbeitszeitverkürzung von nur einer Wochenstunde immerhin eine zusätzliche Zahl von rund 100 000 Arbeitskräften, um ein gleichbleibendes Bruttoinlandsprodukt zu erwirtschaften.

Es ist jedoch bei der sich abzeichnenden gesamtwirtschaftlichen Entwicklung durchaus fraglich, ob eine steigende Verkürzung der Arbeitszeit mit ihren Konsequenzen für die Kostenbelastung des wirtschaftlichen und vor allem des staatlichen Sektors möglich und wünschenswert wäre.

Eine Verringerung der Erwerbsquoten durch Intensivierung der Ausbildung wird über das Maß hinaus, das in dem verwendeten Erwerbspersonenansatz bereits berücksichtigt ist, derzeit für nicht realisierbar gehalten, zumal da ohnehin die höchste Belegung der Hochschulen zwischen 1985 und 1990 erwartet wird.

Das generelle Problem für unser Land besteht darin, daß der in diesem Jahrhundert infolge zweier Weltkriege, sozialer Umschichtungen, verbesserter Hygiene, höherer Lebenserwartung und gezielter Familienplanung vollkommen unausgeglichene Altersaufbau dazu führt, daß die Institutionen des Bildungswesens, des Erwerbslebens (Betriebe und Arbeitsstätten) und der Altersversorgung jeweils während einiger Jahre oder Jahrzehnte eine immer wieder steigende und fallende Zahl von Menschen unterbringen oder versorgen müssen. Die Planung und Steuerung der hierfür erforderlichen Maßnahmen sind sehr viel schwieriger als bei einem normalen Altersaufbau.

In Zeiten einer von dem Ansteigen der deutschen Erwerbspersonen verursachten maximalen Arbeitsplatznachfrage besteht die Möglichkeit, durch gezielte Abwanderungen die Nachfrage nach und das Angebot von Arbeitsplätzen einigermaßen konstant zu halten. Dies würde in dem in einigen Jahren bis in die Türkei reichenden Raum der Europäischen Gemeinschaft zu ständigen Wanderungsströmen führen, die immer nach den vorhandenen freien oder aufzubauenden Arbeitsplätzen ausgerichtet wären.

Geht man jedoch von der zur Zeit im Land befindlichen Ausländerzahl als Datum aus, so müßten in Zeiten maximaler Arbeitsplatznachfrage neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Die Notwendigkeit diese Arbeitsplätze zu besetzen, würde dann, wenn die dazu erforderlichen Arbeitskräfte aufgrund demographischer Entwicklungen nicht mehr zur Verfügung stehen, zu einer erneuten Suche nach Arbeitskräften außerhalb des Landes führen. Hierdurch würden sich Wanderungsgewinne ergeben, wie sie als Zuwanderungen von Ausländern zwischen 1960 und 1973 festzustellen waren. Ähnliche Entwicklungen müßten unter diesen Voraussetzungen nach 1990 wieder eintreten, wenn nicht wirtschaftliche Verluste infolge einer Überkapazität an vorhandenen Arbeitsplätzen auftreten sollen, da ja nach 1990 mit einer Abnahme der deutschen Erwerbspersonen zu rechnen ist.

Die erforderlichen Wanderungsbilanzen zur Erzielung eines geplanten Beschäftigtenstandes der einzelnen Wirtschaftsgebiete lassen sich bei Vorliegen guter bevölkerungsstatistischer Unterlagen berechnen. Es bedürfte jedoch hier der Zusammenarbeit aller Länder der Europäischen Gemeinschaft, solche Berechnungen aufzustellen. Wegen der gleichzeitigen Wanderungen von Ehefrauen und Kindern sind auch vorhersehbare Auswirkungen auf die Geburtenzahl, das Bildungswesen und die Altersvorsorge zu erwarten.

Ungeachtet dieser rein *quantitativen* Aspekte des Arbeitsmarktes bleibt nach wie vor das Problem der auch *qualitativen* Übereinstimmung von Ar-

beitskräfteangebot und -nachfrage bestehen. Zur Lösung dieses Problems wäre ein praktikabler Ansatz zur Vorausschätzung der qualitativen Arbeitskräftenachfrage in der Zukunft erforderlich, wofür das wissenschaftliche Instrumentarium gegenwärtig durch entsprechende Forschungsaktivitäten ergänzt wird. Tendenzen zu diesem Aspekt des Arbeitsmarktes wurden bereits unter Punkt 3.3 im letzten Jahresbericht ausführlich beschrieben.

2.8 Vorausschätzung finanzwirtschaftlicher Eckwerte

Bereits im Jahresbericht 1973 mußte auf die in mehrfacher Hinsicht problematische Ausgangssituation für die Vorausschätzung finanzwirtschaftlicher Eckwerte hingewiesen werden, da sowohl die gesamtwirtschaftliche Entwicklung als auch wichtige finanzwirtschaftliche Determinanten mit erheblichen Unsicherheiten behaftet waren. Die damalige Feststellung trifft im gegenwärtigen Zeitpunkt in noch stärkerem Maß zu. Als sicher darf zwar gelten, daß in der jüngsten Vergangenheit ein Umdenkungsprozeß hinsichtlich des in Zukunft noch möglichen bzw. vertretbaren wirtschaftlichen Wachstums eingesetzt hat, der nur noch wesentlich geringere (reale) Zuwachsraten des Bruttoinlandsprodukts als bisher plausibel erscheinen läßt. Der Problemkreis als solcher ist jedoch so komplex, daß auf längere Sicht eine Fülle von Risiken bestehen bleibt.

Im finanzwirtschaftlichen Bereich sind bereits für die Ausgangsbasis erhebliche Unsicherheiten gegeben. So lassen sich aus heutiger Sicht die mit der am 1. Januar 1975 in Kraft getretenen Steuerreform im ganzen zusammenhängenden Steuerausfälle und Mehrbelastungen nur schwer abschätzen. In seiner letzten Sitzung am 12./13. November 1974 hat der Bund-Länder-Arbeitskreis „Steuerschätzungen“ davon abgesehen, die voraussichtlichen Steuereinnahmen der Gebietskörperschaften über das Jahr 1975 hinaus vorzuschätzen.

Ein erhebliches Unsicherheitsmoment ergibt sich für das Land aufgrund der Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden. Es handelt sich hier in erster Linie um die künftige Aufteilung der Umsatzsteuer auf Bund und Länder als Folge der Reform des Familienlastenausgleichs. Im Doppelhaushalt 1975/76 geht die Landesregierung davon aus, daß der Bund ab 1975 aufgrund der Revisionsklausel eine Erhöhung seines Anteils um nur 3 Prozentpunkte beanspruchen kann. Dem Land würde danach ein Umsatzsteueranteil von 35 % verbleiben. Jeder zusätzliche Prozentpunkt zugunsten des Bundes bedeutet für das Land weitere Mindereinnahmen. Allein für 1975 beläuft sich der „Streitwert“

für das Land und seine Gemeinden auf ca. 600 Mill.DM. Davon entfallen auf das Land 460 Mill. DM und auf die Gemeinden 140 Mill. DM

Ein weiteres Risiko liegt in der Gewährung der Investitionszulagen. Die hieraus resultierenden Steuerausfälle lassen sich derzeit noch nicht hinreichend genau feststellen; sie sind daher in den vorgesehenen Haushaltsansätzen 1975/76 nicht enthalten. Die Landesregierung rechnet nach vorliegenden Schätzungen für die Jahre 1976 bis 1978 mit Mindereinnahmen von jährlich zwischen 100 bis 300 Mill.DM.

Auf der Ausgabenseite liegt das stärkste Unsicherheitsmoment bei den Personalausgaben, die mit einem Anteil von gegenwärtig über zwei Fünftel die staatliche Haushaltswirtschaft am stärksten belasten. Falls die angenommene Zuwachsrate überschritten wird, würde das mit erheblichen Mehrbelastungen verbunden sein.

Zusammengenommen könnten die Risiken der Einnahmen- und Ausgabenseite für die kommenden Jahre bis zu einer Größenordnung von über 1 Mrd. DM jährlich reichen. Daneben bestehen zweifellos noch Unsicherheiten, die zwar ganz erheblich, zur Zeit aber betragsmäßig nicht erfaßbar sind. Als Beispiel seien die erwartete Bundesregelung beim Ausgleich gemeinwirtschaftlicher Lasten im öffentlichen Personennahverkehr sowie der im Bereich des Mittleren Neckarraumes angestrebte Verkehrsverbund erwähnt.

Mögliche Entwicklungslinien

Für die Darstellung der möglichen finanzwirtschaftlichen Entwicklung bis zum Jahr 1990 werden als wichtigste Eckwerte neben dem Haushaltsvolumen auf der Ausgabenseite die Personalausgaben und die Übrigen Ausgaben, auf der Einnahmenseite die Steuereinnahmen und die Übrigen Einnahmen herangezogen. Die Bruttokreditaufnahme ergibt sich als Differenz zwischen den Gesamtausgaben einerseits und den Steuer- und Übrigen Einnahmen andererseits. Vorweg ist zu bemerken, daß es sich hier nicht um Vorausschätzungen mit ähnlichem Wahrscheinlichkeitsgrad handeln kann wie etwa bei der Bevölkerungsvorausschätzung, sondern lediglich um *Modellrechnungen*, die auf bestimmten gesamtwirtschaftlichen Vorstellungen sowie auf Annahmen über die Auswirkungen exogener Bestimmungsfaktoren (z.B. steuerrechtliche und finanzpolitische Determinanten) beruhen.

Der Vorausschätzung der Eckwerte liegen für 1975 die Daten des Haushaltsplans 1975/76 zugrunde. Bei den Steuereinnahmen sind die Ergebnisse der Neuschätzung des Arbeitskreises „Steuerschätzun-

gen“ vom 12./13. November 1974 berücksichtigt. Der Länderanteil an der Mehrwertsteuer ist mit 35 % angenommen.

Die voraussichtliche Entwicklung der Steuereinnahmen wurde über die volkswirtschaftliche Steuerquote ermittelt. Ausgehend von einer Zunahme des Bevölkerungsanteils Baden-Württembergs an der Gesamtbevölkerung von 1975 bis 1990 um 6,19 % wurde für 1990 eine von 8,71 % (1975) auf 9,25 % „verbesserte“ Steuerquote errechnet. Aufgrund dieser Voraussetzung ergeben sich für das letzte Jahr der Vorausschätzung Steuereinnahmen in Höhe von 41,15 Mrd.DM. Auf den Ansatz von 1976 bezogen bedeutet dies eine durchschnittliche jährliche Zuwachsrate von rd. 7,2 %.

Bei den Übrigen Einnahmen wurde davon ausgegangen, daß ihre Entwicklung parallel zu der des nominalen Bruttoinlandsprodukts verläuft. (durchschnittliche jährliche Steigerung für 1976 bis 1980 = + 8,0 %, für 1981 bis 1985 = + 7,0 %, für 1986 bis 1990 = + 6,0 %. Der im Basisjahr 1975 angesetzte Betrag wurde dabei um die enthaltene (einmalige) Einnahme aus der Konjunkturausgleichsrücklage in Höhe von 200 Mill.DM gekürzt.

Die Personalausgaben wurden mit einer durchschnittlichen jährlichen Steigerungsrate von 7,0 % für lineare und strukturelle Verbesserungen hochgerechnet. Für die Jahre 1977 bis 1980 wurde eine Personalausweitung um je 3000, für 1981 bis 1985 um je 2000 und für 1986 bis 1990 um je 1000 Stellen unterstellt. Unter der bei der Vorausschätzung gemachten weiteren Annahme, daß das Haushaltsvolumen im selben Maße zunimmt wie das nominale Bruttoinlandsprodukt, erhöht sich der Anteil der Personalausgaben am Haushaltsvolumen von 42,2 % im Jahr 1975 auf 48,8 % im Jahr 1990. Bei einer jährlich gleichbleibenden Personalstellenvermehrung auf dem für 1977 angenommenen Stand von 3000 würde der Anteil, bei sonst unveränderten Prämissen, im Jahr 1990 auf 51,6 % ansteigen.

Die Übrigen Ausgaben wurden als Restgröße ermittelt (Haushaltsvolumen abzüglich Personalausgaben). Aufgrund der gemachten Annahmen verringert sich ihr Anteil am Haushaltsvolumen stetig, nämlich von 57,8 % im Jahr 1975 auf 51,2 % im Jahr 1990.

Auch die Bruttokreditaufnahme (Finanzierungslücke) wurde im Wege der Differenzbildung, und zwar zwischen dem Haushaltsvolumen einerseits und den Steuereinnahmen und den Übrigen Einnahmen andererseits, ermittelt. In Abhängigkeit von den einzelnen Prämissen der Vorausschätzung weisen sie bis 1985 eine steigende, im letzten Fünfjahreszeitraum eine fallende Tendenz auf.

Einzeluntersuchungen zu politischen Schwerpunktbereichen

3.1 Bestandsaufnahme nach der Gemeindereform

Die Gemeindereform war eines der landespolitisch wichtigsten Ereignisse der letzten Jahre. Bei dem Bericht über dieses umfassende Reformvorhaben ist zu berücksichtigen, daß die Darstellung in einer Zeit abzufassen war, die zwar nach dem im Besonderen Gemeindereformgesetz vom 9. Juli 1974 (Ges.BI.S.248) auf den 1. Januar 1975 festgelegten Abschluß der Gemeindegebietsreform, aber vor dem dort auf den 1. Juli 1975 festgelegten Abschluß der Gemeindereform hinsichtlich der Bildung und Erweiterung von Verwaltungsgemeinschaften lag. Insbesondere waren zu dieser Zeit aber beim Staatsgerichtshof für das Land Baden-Württemberg noch zahlreiche Normenkontrollverfahren gegen Bestimmungen dieses Gesetzes — insbesondere über Gemeindezusammenschlüsse — anhängig, in denen der Staatsgerichtshof teilweise das Inkrafttreten der angefochtenen Bestimmungen bis zur Entscheidung zur Hauptsache ausgesetzt hat. In dieser Situation war zu entscheiden, welcher Bestand an Gemeinden und Verwaltungsgemeinschaften diesem Bericht zugrunde gelegt werden soll. Der nachstehend angebotenen Lösung, den Willen des Gesetzgebers darzustellen, wird man indessen vergleichsweise am wenigsten vorwerfen können. Sie greift der Entscheidung des Staatsgerichtshofs nicht vor und kann in laufende Verfahren nicht eingreifen, da sie das parlamentarisch abgeschlossene Reformwerk modellhaft unterstellt. Deshalb wird auch eine über das Gesetz hinaus noch freiwillig zustandegekommene Vereinigung zweier Gemeinden zum 1. Januar 1975 nicht berücksichtigt. D.h., die Untersuchung bezieht sich auf die 1107 Gemeinden, die am 1. Januar 1975 nach dem Willen des Gesetzgebers hätten bestehen sollen.

Tabelle 1 vermittelt zunächst einen globalen Überblick über die Verringerung der Zahl der Gemeinden vom 1.1.1968 bis 1.1.1975. Das Jahr 1968 ist als Beginn der Gemeindereform anzusehen, da mit dem Gesetz zur Stärkung der Verwaltungskraft kleinerer Gemeinden vom 26. März 1968 (Ges.BI. S.114) der erste legislative Akt zur Einleitung der Gemeindereform erlassen wurde. Erwartungsgemäß konnte dieses Gesetz allein nicht den Durchbruch bringen. Die Zahl der Gemeinden verringerte sich demzufolge in diesem Jahr auch nur von 3379 auf 3375. Es bedurfte weiterer Anreize für Gemeindezusammenschlüsse. Ein wesentlicher Faktor waren die von der Landesregierung für Gemeindezusammenschlüsse gewährten erhöhten Finanzzuweisungen. Aus den Daten läßt sich ablesen, daß sich

dieser Faktor ab 1969 verstärkt bemerkbar machte. Allerdings muß auch berücksichtigt werden, daß sich bei allen Beteiligten in immer stärkerem Maße die Erkenntnis durchsetzte, daß eine durchgreifende Gemeindereform erforderlich sei. Und schließlich dürfen auch die sich nach der Landtagswahl 1972 verdichtenden Aussagen der Landesregierung, sie sei zu einem gesetzlichen Abschluß der Gemeindereform noch in dieser Legislaturperiode entschlossen, nicht außer Betracht gelassen werden.

Wie aus der Tabelle 1 zu ersehen ist, hat die Gemeindereform in den Jahren 1971 und 1972 einen ersten Höhepunkt erreicht, und zwar wohl hauptsächlich unter dem Einfluß finanzwirtschaftlicher Dispositionen und unter Einwirkung der zunehmend konkreter werdenden Zielplanung zur Gemeindereform. Das erste Halbjahr 1973 kann man wohl als Zeit einer gewissen „Stagnation“ einordnen, da die Kreisreform zum 1. Januar dieses Jahres zu „verdauen“ war und die letztlich ausschlaggebende kommunale Zielplanung nach der dritten Zielplanungsrunde „erst“ im August 1973¹ herauskam. Das zweite Halbjahr 1973 und das Jahr 1974 waren geprägt durch die Gewißheit des Endes der Freiwilligkeitsphase und des gesetzlichen Abschlusses der Gemeindereform. Zahlenmäßig schlug sich dies so nieder, daß der Landtag von den nach der Zielplanung spätestens zum 1. Januar 1975 anstehenden 485 „Fällen“ von Gemeindezusammenschlüssen lediglich noch 159 und damit ein Drittel durch Gesetz entscheiden mußte. Bezogen auf die Zahl der 1282 beteiligten Gemeinden betraf die gesetzliche Regelung ebenfalls etwa ein Drittel (415 Gemeinden).

Nach der Zielplanung der Landesregierung sollten nach Inkrafttreten der Gemeindereformgesetze 1080 Gemeinden bestehen. Der Landtag hat sich letztlich für 1107 Gemeinden entschieden. Diese verhältnismäßig geringe Differenz bringt die vom Landtag zu bewältigende ungeheure Arbeit nicht zum Ausdruck. In einem beispiellos breiten Meinungsbildungsprozeß hat sich der Landtag mit den Gemeindereformgesetzen befaßt und Hunderte von

¹ Bekanntmachung des Innenministeriums über die Zielplanung der Landesregierung für die Gemeindereform vom 20. August 1973 (GABL. S. 735); vgl. hierzu auch die „Zielplanungskarte“ (Beilage zum Staatsanzeiger für Baden-Württemberg, 22. Jg. Nr. 68 vom 25. August 1973) sowie die Grundsätze der Landesregierung zur Zielplanung für die Gemeindereform vom 30. Januar 1973 (GABL. S. 162).

Tabelle 1

Entwicklung der Zahl der Gemeinden 1968 bis 1975

Stichtag 1.1.19....	Zahl der Gemeinden	Veränderung durch							Namensänderungen	Wechsel von Gemeinden über die Kreisgrenze ab 1973	Zahl der Gemeinden	Stichtag 1.1.19....
		Eingliederungen			Neubildungen			Ver- ringerung der Zahl der Gemeinden insgesamt um				
		Fälle	Be- teiligte Ge- meinden	Ver- ringerung der Zahl der Gemeinden um	Fälle	Be- teiligte Ge- meinden	Ver- ringerung der Zahl der Gemeinden um					
1968	3 379	3	6	3	1	2	1	4	—	—	3 375	1969
1969	3 375	14	28	14	3	8	5	19	1	—	3 356	1970
1970	3 356	66	140	74	13	29	16	90	—	—	3 266	1971
1971	3 266	321	784	463	42	138	96	559	5	—	2 707	1972
1972	2 707	303	743	440	37	145	108	548	7	—	2 159	1973
1973	2 159	144	336	192	30	83	53	245	8	10	1 914	1974
1974	1 914	321	796	475	164	496	332	807	7	18	1 107	1975
Davon:												
F 1)	—	240	611	371	86	266	180	551	6	12	—	—
G 2)	—	81	185	104	78	230	152	256	1	6	—	—

1) Freiwillig durch Vereinbarung mit staatlicher Genehmigung. — 2) Durch Gesetz.

Abänderungsanträgen behandelt. Die Debatten zur Gemeindereform stellen zweifellos einen der parlamentarischen Höhepunkte dieser Legislaturperiode dar.

Im folgenden werden einige tragende Grundsätze der Landesregierung zur Zielplanung für die Gemeindereform datenmäßig untersucht. Aus den Grundsätzen müssen dazu diejenigen ausgewählt werden, die sich für eine zahlenmäßige „Gegenrechnung“ überhaupt eignen. In diesem Sinne werden folgende Grundsätze auszugsweise zitiert (Gliederung abweichend vom offiziellen Dokument der Landesregierung):

- A Durch die Gemeindereform sollen *größere örtliche Verwaltungseinheiten* (Gemeinden oder Verwaltungsgemeinschaften) gebildet werden, die in der Lage sind,
- die erforderliche kommunale Grundausstattung zu schaffen und wirtschaftlich zu nutzen,
 -
 - einheitliche Lebens- und Wirtschaftsräume durch gemeinschaftliche Planung und Steuerung von Maßnahmen der Infrastruktur weiterzuentwickeln.

- B *Mindestgröße* der örtlichen Verwaltungseinheiten
Die örtlichen Verwaltungseinheiten sollen in der Regel mindestens 8000 Einwohner haben.
Vor allem in dünn besiedelten Räumen können die besonderen örtlichen Verhältnisse Abwei-

chungen nach unten erfordern. In stärker verdichteten Räumen sollen die örtlichen Verwaltungseinheiten mehr Einwohner haben¹⁾.

In den verdichteten Räumen um Großstädte sollen die örtlichen Verwaltungseinheiten so viele Einwohner haben, daß sie nach ihrer Leistungs- und Verwaltungskraft zu einer wirksamen Entlastung der Kernstadt beitragen und mit dieser partnerschaftlich zusammenarbeiten können. In besonders stark verdichteten Räumen sind die Voraussetzungen dafür in der Regel ab einer Einwohnerzahl von 20 000 gegeben¹.

- C Die örtlichen Verwaltungsräume sollen soweit wie möglich den zentralörtlichen *Verflechtungsbereichen der unteren Stufe* angepaßt sein.
Im engeren Verflechtungsbereich der Mittel- und Oberzentren, insbesondere in den großstädtischen Verdichtungsräumen, sind sie nach den

1 Diese Zielplanungsgrundsätze sind durch Nr. 3.1.2 Abs. 2 der Grundsätze der Landesregierung zur Lösung des Stadt-Umland-Problems vom 19. Juli 1973 (GABL. S. 736) wie folgt teils konkretisiert, teils relativiert worden: Die Größe der anzustrebenden Umlandgemeinden soll in stärker verdichteten Räumen wegen der besonderen Verwaltungs-, Planungs- und Investitionsaufgaben und im Interesse eines relativen Gleichgewichts als Partner der Stadt nach Möglichkeit deutlich über der für den ländlichen Raum geltenden Regelmindestgröße des örtlichen Verwaltungsraumes von 8000 Einwohnern liegen. In besonders stark verdichteten Räumen um die Kernstadt ist eine Größe der neuzuordnenden Umlandgemeinden erforderlich, die auch die Ausstattung mit höheren Dienstleistungen zur Entlastung der Kernstadt erlaubt, soweit dies ohne Störung des zentralörtlichen Gefüges möglich ist.

baulichen, wirtschaftlichen, sozialen und funktionalen Zusammenhängen so abzugrenzen, daß

- einheitliche Lebens- und Wirtschaftsräume auch örtliche Verwaltungseinheiten bilden,
- die Entwicklung der Kernstädte im dringend notwendigen Rahmen gesichert ist und
- die örtlichen Verwaltungseinheiten zu einer ausgeglichenen und zukunftsorientierten Ordnung der großstädtischen Verdichtungsräume insbesondere durch gemeinschaftliche Planung und Steuerung von Maßnahmen der Infrastruktur in partnerschaftlicher Zusammenarbeit mit der Kernstadt beitragen.

D Organisationsformen der örtlichen Verwaltungseinheiten

Geeignete Organisationsformen für die örtlichen Verwaltungseinheiten sind die Einheitsgemeinde und die Verwaltungsgemeinschaft.

Beide Organisationsformen sind gleichrangig.

- Die *Einheitsgemeinde* soll die Organisationsform der örtlichen Verwaltungseinheiten in Räumen sein, in denen eine Gliederung der örtlichen Verwaltungseinheit in mehrere Gemeinden insbesondere mangels tragfähiger Ansätze oder wegen besonders enger Verflechtungen im Sinne der Reformziele nicht sachgerecht wäre.

.

- Die *Verwaltungsgemeinschaft* ist die Organisationsform einer örtlichen Verwaltungseinheit, die in mehrere Gemeinden gegliedert ist. Die Gemeinden sollen auf die Dauer Bestand haben. Unter Berücksichtigung der Aufgabenstellung der Verwaltungsgemeinschaft müssen sie nach ihrer Verwaltungs- und Leistungskraft in der Lage sein, einen Grundbestand gemeindlicher Aufgaben wahrzunehmen und sich als eigenständige, engere Gemeinwesen zu behaupten und zu entfalten.

Dies ist bei einer Einwohnerzahl von 2000 in der Regel als gesichert anzusehen. Im Einzelfall kann aufgrund besonderer örtlicher Verhältnisse eine geringere Einwohnerzahl ausreichen oder eine höhere Einwohnerzahl angezeigt sein.

Für die räumliche Abgrenzung der Gemeinden (Ausweisung von Teilverwaltungsräumen) gelten die Grundsätze für die räumliche Abgrenzung der örtlichen Verwaltungseinheiten entsprechend.

.

Die Verwaltungsgemeinschaft soll unter Berücksichtigung der vorstehenden Leitsätze die

Organisationsform der örtlichen Verwaltungseinheiten sein

- in Gebieten mit geringer Bevölkerungsdichte oder größeren Entfernungen zwischen den Gemeinden, die nicht zu einer Einheitsgemeinde zusammengefaßt werden können.

Eine erste Bilanz der Gemeindereform hat Innenminister Schiess bereits wenige Tage nach der 3. Beratung der Reformgesetze gezogen. Der Innenminister hat dabei die Verbesserungen in der Gemeindestruktur — belegt durch mehr Ausgewogenheit in der Gemeindegröße — besonders hervorgehoben. Wichtiger als die Abnahme der Zahl der Gemeinden 1968/1975 von 3379 auf 1107 — dies sind gut zwei Drittel — sei der Rückgang kleinster (unter 1000 Einwohnern) und kleiner Gemeinden (unter 2000 Einwohnern), der mit neun Zehnteln bzw. drei Vierteln erheblich stärker ausgeprägt sei. Die größere Ausgewogenheit in den Gemeindegrößen zeige sich darin, daß 1968 über die Hälfte aller Gemeinden weniger als 1000 Einwohner gehabt habe, während 1975 deren Anteil auf weniger als ein Zehntel absinke.

Diese auszugsweise wiedergegebenen Ausführungen sind als Gradmesser für die Verwirklichung der Grundsätze der Landesregierung für die Gemeindereform noch zu ergänzen. Einen Teil dieser Gradmesserfunktion kann die folgende Kreistabelle „Gemeinden nach Größenklassen am 1.1.1975“ übernehmen, vor allem hinsichtlich der Reformgrundsätze über größere örtliche Verwaltungseinheiten, deren Mindestgröße sowie Organisationsform (dargestellt durch die Zahl der Gemeinden nach Größenklassen und Zugehörigkeit zu Verwaltungsgemeinschaften; Differenzierung zwischen verdichteten und nicht verdichteten Gebieten). Dazu bedarf es keiner besonderen Interpretationshilfe, da die verdichteten Gebiete in weitgehender Übereinstimmung mit der Zuordnung der Stadt- und Landkreise nach dem Schwerpunktprinzip im „Statistischen und prognostischen Jahresbericht 1973“ (vgl. hierzu S. 39 ff.) besonders gekennzeichnet sind. Unschärfen der Darstellung, die auf diese kreisweise Darstellung zurückgehen, müssen zur Vermeidung unvermeidbaren Aufwands in Kauf genommen werden — dies außerdem, weil die Raumkategorien des Landesentwicklungsplans noch nicht an die neue Gemeindestruktur angepaßt sind.

Der Tabelle ist unschwer zu entnehmen, daß den Reformzielen entsprechend im ganzen Land größere örtliche Verwaltungseinheiten gebildet wurden. Von den 1107 Gemeinden haben zwar immerhin 295 oder gut ein Viertel weniger als 2000 Einwohner, was als „Regelmindesteinwohnerzahl“ für Gemeinden angesetzt war, die in der Organisationsform der Verwaltungsgemeinschaft einen Grundbestand gemeindlicher Aufgaben eigenständig und auf Dauer wahrzunehmen in der Lage sein sollten.

Tabelle 2

Gemeinden nach Größenklassen am 1.1.1975

Kreis Regionalverband (RV) Regierungsbezirk Land	Gemeinden		Gemeinden mit Einwohnern 1)										50 000 und mehr	
			unter 2000	2000		5000		8000		20 000		30 000		40 000
	insg.	dar- unter VG 2)		bis unter										
				5000		8000		20 000		30 000		40 000		50 000
	insg.	dar- VG 2)	insg.	dar- VG 2)	insg.	dar- VG 2)	insg.	dar- VG 2)	insgesamt					
Stadtkreis Stuttgart x)	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1 3)
Landkreise														
Böblingen x)	25	16	1	1	9	9	7	4	5	1	1	1	—	—
Esslingen x)	44	35	9	9	14	14	7	5	8	1	4	—	—	1
Göppingen	38	37	15	15	13	12	3	3	5	—	1	—	—	1
Ludwigsburg x)	39	27	4	4	13	13	5	3	12	3	1	—	—	1
Rems-Murr-Kreis x)	31	21	3	3	9	8	7	6	6	2	2	2	—	—
RV Mittlerer Neckar	178	136	32	32	58	56	29	21	36	7	9	3	4	—
Stadtkreis Heilbronn x)	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1 3)
Landkreise														
Heilbronn x)	46	41	10	10	18	17	9	5	8	1	—	—	—	—
Hohenlohekreis	16	14	2	2	7	7	5	3	2	—	—	—	—	—
Schwäbisch-Hall	30	27	2	2	24	22	1	—	1	1	1	—	—	—
Main-Tauber-Kreis	18	11	2	2	7	6	5	1	2	2	—	—	—	—
RV Franken	111	93	16	16	56	52	20	9	13	4	1	—	—	1
Landkreise														
Heidenheim	11	6	—	—	4	3	3	1	3	—	—	—	—	1
Ostalbkreis	42	37	16	16	16	15	4	2	3	1	—	—	—	2
RV Ostwürttemberg	53	43	16	16	20	18	7	3	6	1	—	—	—	3
Regierungsbezirk Stuttgart	342	272	64	64	134	126	56	33	55	12	10	3	8	—
Stadtkreise														
Baden-Baden	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1 3)
Karlsruhe x)	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1 3)
Landkreise														
Karlsruhe x)	32	16	1	1	6	5	4	3	18	1	1	1	—	—
Rastatt	23	20	1	1	11	11	5	4	3	2	1	—	—	—
RV Mittlerer Oberrhein	57	36	2	2	17	16	9	7	21	3	2	1	2	—
Stadtkreise														
Heidelberg x)	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1 3)
Mannheim x)	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1 3)
Landkreise														
Neckar-Odenwald-Kreis	27	25	5	5	14	14	5	4	2	1	—	—	—	—
Rhein-Neckar-Kreis x)	54	35	8	8	14	14	7	7	22	2	—	1	—	—
RV Unterer Neckar	83	60	13	13	28	28	12	11	24	3	—	1	2	—
Stadtkreis Pforzheim x)	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1 3)
Landkreise														
Calw	25	23	9	9	8	8	4	2	3	1	—	—	—	—
Enzkreis x)	28	20	3	3	12	12	10	4	2	1	—	—	—	—
Freudenstadt	17	15	5	5	6	6	3	2	3	—	—	—	—	—
RV Nordschwarzwald	71	58	17	17	26	26	17	8	8	2	—	—	—	1
Regierungsbezirk Karlsruhe	211	154	32	32	71	70	38	26	53	8	2	2	5	—
Stadtkreis Freiburg im Breisgau x)	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1 3)
Landkreise														
Breisgau-Hochschwarzwald x)	49	46	17	17	19	18	9	7	4	—	—	—	—	—
Emmendingen	24	24	5	5	11	11	5	5	2	1	—	—	—	—
Ortenaukreis	51	44	7	7	21	21	14	10	5	2	1	—	—	1
RV Südlicher Oberrhein	125	114	29	29	51	50	28	22	11	3	1	—	2	—
Landkreise														
Rottweil	22	21	2	2	15	15	1	—	2	2	—	—	—	—
Schwarzwald-Baar-Kreis	20	15	2	2	7	6	5	4	5	—	—	—	—	1
Tuttlingen	34	34	20	20	8	8	3	3	2	—	1	—	—	—
RV Schwarzwald-Baar-Heuberg	76	70	24	24	30	29	9	7	9	2	1	—	1	—
Landkreise														
Konstanz	25	22	6	6	10	9	2	1	4	1	—	1	—	1
Lörrach	42	37	25	25	7	7	5	2	2	2	—	1	—	—
Waldshut	32	26	11	11	10	9	8	4	2	1	—	—	—	—
RV Hochrhein	99	85	42	42	27	25	15	8	8	4	—	2	—	1
Regierungsbezirk Freiburg	300	269	95	95	108	104	52	36	28	9	2	2	4	—
Landkreise														
Reutlingen	27	17	5	4	12	9	3	1	6	—	—	—	—	1
Tübingen	15	10	2	2	7	5	2	1	2	—	1	—	—	1
Zollernalbkreis	25	22	11	11	4	4	4	3	4	1	—	—	—	1
RV Neckar-Alb	67	49	18	17	23	18	9	5	12	1	1	—	3	—
Stadtkreis Ulm x)	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1
Landkreise														
Alb-Donau-Kreis x)	57	54	42	42	6	6	3	2	5	1	—	—	—	—
Biberach	45	44	21	21	17	17	4	3	2	1	—	—	—	—
RV Donau Iller	103	98	63	63	23	23	7	5	7	2	—	—	—	1
Landkreise														
Bodenseekreis	23	22	3	3	12	12	3	3	4	—	—	—	—	1
Ravensburg	36	31	13	13	15	14	2	—	3	2	—	—	—	1
Sigmaringen	25	24	7	7	10	10	4	3	4	—	—	—	—	—
RV Bodensee-Oberschwaben	84	77	23	23	37	36	9	6	11	2	—	—	—	2
Regierungsbezirk Tübingen	254	224	104	103	83	77	25	16	30	5	1	—	6	—
Baden-Württemberg	1107	919	295	294	396	377	171	111	166	34	15	7	23	—
Davon in % 4)	100	100	26,6	32,0	35,8	41,0	15,4	12,1	15,0	3,1	1,4	0,6	2,1	—
Stand 1.1.1968 5)	3379	—	2589	—	523	—	118	—	103	19	11	3	13	—
Veränderung gegenüber 1.1.1968 6)	-67,2	—	-88,6	—	-24,3	—	-44,9	—	-61,2	+73,9	+36,4	+133,3	+76,9	—

x) Großstädte sowie verdichtete Räume um Großstädte (Schwerpunktzonierung). — 1) Stand 1.1.1974. — 2) Darunter VG: Gemeinden in Verwaltungsgemeinschaften (vereinbarte Verwaltungsgemeinschaften oder Gemeindeverwaltungsverbände). — 3) Mit 100 000 und mehr Einwohnern. — 4) In % der jeweiligen Gesamtzahl. — 5) Nur bei Gemeinden (ohne Untergliederung nach Gemeinden in Verwaltungsgemeinschaften). — 6) In %.

Aber in diesen Fällen sind übergeordnete Reformziele, nämlich daß

- die räumliche Abgrenzung der örtlichen Verwaltungseinheiten der Vielfalt des Landes und seiner Landschaften, den Unterschieden der Bevölkerungsdichte und den örtlichen Verhältnissen Rechnung zu tragen habe,
- schematische Lösungen zu vermeiden seien berücksichtigt worden.

Die Vielfalt der Landschaft und der Siedlungsstruktur Baden-Württembergs machte die Berücksichtigung dieser übergeordneten Reformziele unumgänglich. Viele Siedlungen haben eine topographische Lage, die es nicht ermöglichte, sie zu einer neuen größeren Einheit zusammenzuschließen. Dies gilt auch, wenn man berücksichtigt, daß Baden-Württemberg über eine Anzahl moderner kommunalrechtlicher Institute, wie z.B. die Ortschaftsverfassung, verfügt.

Die beiden in der Tabelle folgenden Größenklassen (2000 bis unter 5000 bzw. 5000 bis unter 8000 Einwohner) brauchen nicht besonders behandelt zu werden, da die Verhältnisse wohl in etwa ähnlich gelagert sind. Dies läßt sich auch mit dem jeweils recht hohen Anteil der Gemeinden in Verwaltungsgemeinschaften belegen (95 bzw. 65 %).

Dagegen ist auf die Größenklassen ab 8000 Einwohnern näher einzugehen, da die örtlichen Verwaltungseinheiten (Einheitsgemeinden oder Verwaltungsgemeinschaften) nach den Reformgrundsätzen in der Regel mindestens 8000 Einwohner haben sollten, in stärker verdichteten Gebieten deutlich und in besonders stark verdichteten Räumen erheblich mehr als 8000. Zwar scheint die Zahl von 149 Gemeinden mit mehr als 8000 Einwohnern zunächst sehr klein, auch im Hinblick auf ihren Anteil von gut 13 % an der Gesamtzahl. Dabei darf aber nicht übersehen werden, daß es sich hierbei

um einen absoluten Mindestwert handelt, da die Tabelle in erster Linie auf Gemeinden abgestellt ist. Eine Feinauszählung nach örtlichen Verwaltungseinheiten (Begriffsbestimmung siehe oben) ergibt ein ganz anderes Bild. Von den 188 Einheitsgemeinden und 271 Verwaltungsgemeinschaften, das sind zusammen 459 örtliche Verwaltungseinheiten (Zielplanung: $182 + 262 = 444$), haben 108 bzw. 218 8000 und mehr Einwohner. Zusammengefaßt bedeutet dies, daß 71 % der örtlichen Verwaltungseinheiten die „Regelmindesteinwohnerzahl“ aufweisen. Dieser Prozentsatz kann als Generalindikator für die Verwirklichung der Zielplanungsgrundsätze gelten. Bei dem verbleibenden geringeren Teil ließen die örtlichen Gegebenheiten die Erreichung der Regelmindesteinwohnerzahl nicht zu.

Offen sind nun noch Aussagen über die Realisierung der Zielplanung in den besonders stark verdichteten Räumen um Großstädte. In Anlehnung an die bundeseinheitliche Abgrenzung von Verdichtungsräumen¹ und unter Beiziehung des Nachbarschaftsverbandsgesetzes² werden dazu die Umlandverhältnisse von vier Großstädten des Landes in Tabelle 3 dargestellt.

Die Tabelle sagt aus, daß im Umlandbereich der ausgewählten vier Großstädte von den 52 dazugeordneten Gemeinden 13 mehr als 20 000 Einwohner und damit erheblich mehr als die nach den Reformgrundsätzen allgemein geforderten mindestens 8000 Einwohner haben. Hinzukommen 36 Gemeinden mit deutlich mehr als 8000 Einwohnern. Fast alle Gemeinden im Umlandbereich der vier Großstädte erfüllen demnach die Reformgrundsätze für

- 1 Vgl. hierzu im einzelnen Landesentwicklungsplan Baden-Württemberg vom 22. Juni 1971 — Fassung Januar 1973: Anhang zu Plansatz 1.7.1 sowie Karte 3 der Anlagen zum Planwerk
- 2 Vom 9. Juli 1974 (Ges.BI. S. 261)

Tabelle 3

Gemeinden im Nachbarschaftsbereich der 4 größten Städte des Landes nach Größenklassen am 1.1.1975

Kernstadt (Einwohnerzahl) 2)	Übrige Gemeinden im Nachbarschaftsbereich 1)					
	insgesamt 3)	Davon mit ... Einwohnern 2) 3)				
		unter 2000	2000 bis unter 5000	5000 bis unter 8000	8000 bis unter 20 000	20 000 und mehr
Stuttgart (618 635)	26/ 729 443	— / —	— / —	2/ 135 554	12/ 145 186	12/ 570 703
Karlsruhe (284 304)	10/ 135 832	— / —	1/ 4 242	— / —	8/ 98 834	1/ 32 756
Heidelberg (130 133)						
Mannheim (322 109)	16/ 180 690	— / —	— / —	— / —	16/ 180 690	— / —

1) Nach § 2 Abs. 2 Ziff. 1, 2 und 5 des Nachbarschaftsverbandsgesetzes vom 9. Juli 1974 (Ges.BI. S. 261). — 2) Einwohnerzahl nach dem Stand vom 30. Juni 1974. — 3) Angaben wie folgt: Zahl der Gemeinden / Gesamteinwohnerzahl.

Tabelle 4

Klassifizierung der Gemeinden nach der Erwerbsstruktur 1970 und 1975

Erwerbstätige in der Landwirtschaft am Wohnort in % der Erwerbstätigen am Wohnort (VZ 1970)	Erwerbstätige in den Wirtschaftsbereichen Produzierendes Gewerbe und Dienst- leistungen am Arbeitsort in % der Erwerbstätigen am Wohnort (VZ 1970) (Anzahl und Prozentanteil der Gemeinden)			
	0 bis unter 33	33 bis unter 66	66 bis unter 100	100 und mehr
66 bis unter 100	landwirtschaft- liche Gemeinden	—	—	—
33 bis unter 66	ländliche Gemeinden	ländliche Betriebs- gemeinden	—	—
0 bis unter 33	Wohngemeinden	Wohn-Betriebs- Gemeinden	Betriebs- gemeinden	Betriebsgemeinden mit hohem positivem Einpendlersaldo

Gebietsstand 27.5.1970 (3350 Gemeinden)

66 bis unter 100	82 (2 %)	1 (0 %)	—	—
33 bis unter 66	761 (23 %)	133 (4 %)	7 (0 %)	1 (0 %)
0 bis unter 33	804 (23 %)	940 (28 %)	358 (10 %)	263 (8 %)

Gebietsstand 1.1.1975 (1107 Gemeinden)

66 bis unter 100	5 (0 %)	—	—	—
33 bis unter 66	93 (8 %)	56 (5 %)	1 (0 %)	—
0 bis unter 33	131 (12 %)	452 (41 %)	257 (23 %)	112 (10 %)

verdichtete Gebiete. Die wenigen Ausnahmen waren im Interesse einer sinnvollen Abgrenzung der Umlandgemeinden, bei der schematische Lösungen vermieden werden mußten, erforderlich.

Die Größe der Umlandgemeinden war gewiß ein wichtiger Aspekt bei der Lösung des Stadt-Umland-Problems. Mindestens genau so wichtig ist jedoch die partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen Kernstadt und Umlandgemeinden, wie sie das Nachbarschaftsverbandsgesetz vorsieht. Für diese Zusammenarbeit spielt es keine Rolle, ob die Kernstädte im Zuge der Gemeindereform eine gebietliche Erweiterung erfahren haben (wie etwa Karlsruhe) oder nicht (wie etwa Stuttgart).

Die Frage des Gebietszuschnitts der neuen örtlichen Verwaltungseinheiten berührte naturgemäß nicht nur die Großstädte und ihr Umland. Für das gesamte Land war der Reformgrundsatz zu beachten, wonach die örtlichen Verwaltungsräume soweit wie möglich den zentralörtlichen Verflechtungsbereichen der unteren Stufe (sog. Nahbereiche) angepaßt werden sollten. Nach der Beendigung der Gemeindereform kann die Aussage gemacht werden, daß dieser Grundsatz eingehalten werden konnte.

Die Darstellung war bis hierher hauptsächlich auf die Erreichung der mit der Reform angestrebten Vergrößerung der kommunalen Einheiten abgestellt. Neben diesen mehr „quantitativen“ Reform-

zielen sollen nur noch zwei „qualitative“ Reformziele betrachtet werden, allerdings in dem verhältnismäßig engen Rahmen, der sich aus den statistischen Analysemöglichkeiten zu diesem Komplex ergibt.

Eines der Ziele der Gemeindereform war, die Voraussetzungen zu schaffen, daß sich „..... einheitliche Lebens- und Wirtschaftsräume“ entwickeln können. Bei der Analyse zu diesem Punkt ergibt sich die Schwierigkeit, daß ein Vergleich der Struktur des Bestandes an Gemeinden zu Beginn und nach Beendigung der Gemeindereform zwangsläufig von den sehr unterschiedlichen gemeindlichen Gebietsständen ausgehen muß. Aus den Ergebnissen der Volkszählung 1970 lassen sich aber doch einige Schlüsse über die Umstrukturierung der „kommunalen Landschaft“ ziehen. Um Vergleiche überhaupt anstellen zu können, muß von einem identischen, kompatiblen Datenpool ausgegangen werden. Vorab ist aber deutlich darauf hinzuweisen, daß sich allein durch die Gemeindereform die regionalen Strukturverhältnisse nicht geändert haben.

Durch die Bildung von größeren Gemeinden ist jedoch, wenn man von den neuen Gemeinden als Einheit ausgeht, jeweils ein anderes zahlenmäßiges Gesamtbild der Gemeindestruktur entstanden, auch wenn dahinter die bisherigen regionalen Strukturverhältnisse unterhalb der Ebene der neuen Gemeinden bestehen. Die nach dem verschiedenen Gebietsstand ausgewiesenen Ergebnisse zeigen also auf, welche Strukturverschiebungen sich zahlenmäßig durch die Änderungen der Gemeindegrenzen, d.h. durch die Bildung größerer Gemeinden, ergeben haben:

– *Landwirtschaftliche Gemeinden*

Bäuerlich strukturierte Gemeinden mit weniger als 33 % nichtlandwirtschaftlichen Erwerbsstellen sind nach der Reform praktisch nicht mehr vorhanden.

– *Ländliche Gemeinden und Wohngemeinden*

Die Gesamtzahl dieser mit relativ wenigen nichtlandwirtschaftlichen Erwerbsstellen ausgestatteten Gemeinden ging von 1565 auf 224 zurück. Vor der Gemeindereform machten diese Gemeinden noch fast die Hälfte aller Gemeinden aus, heute nicht einmal mehr ein Viertel.

– *Ländliche Betriebsgemeinden*

Diese von der Erwerbsstruktur her recht ausgeglichenen dörflichen Gemeinden mit einem erheblichen nichtlandwirtschaftlichen Erwerbsbereich haben prozentual auffallend zugenommen.

– *Wohn-Betriebs-Gemeinden und Betriebsgemeinden*

Der Anteil dieser für weite Teile Baden-Württembergs (mit seiner ausgeprägten mittelständischen Wirtschaft) adäquaten Gemeindeform hat sich

fast verdoppelt und macht heute 64 % der Gemeinden des Landes aus. Man kann wohl sagen, daß die Gemeindereform die Voraussetzungen zur Erreichung des oben zitierten Ziels für diese Gemeinden in besonderem Maße geschaffen hat.

– *Betriebsgemeinden mit hohem positiven Einpendlersaldo*

Der Anteil dieser sehr gewerbestarken Gemeinden hat sich schwach vermehrt. Es handelt sich dabei im wesentlichen um die größeren Städte.

Zusammenfassend ist beim Vergleich der früher sehr heterogenen kommunalen Struktur mit dem Stand nach der Gemeindereform festzustellen, daß durch die Reformmaßnahmen eine sehr ausgewogene Kommunalstruktur erreicht wurde. Zukunftsaufgabe wird es sein, nunmehr auf ein Zusammenwachsen zu echt „einheitlichen Lebens- und Wirtschaftsräumen“ hinzuwirken.

Als zweites der „qualitativen“ Reformziele soll der Zielplanungsgrundsatz untersucht werden, daß die Gemeinden in Verwaltungsgemeinschaften „auf Dauer Bestand haben“ sollen. Naturgemäß handelt es sich bei den folgenden Ausführungen nicht um kommunalpolitische Prognosen. Aus der Verteilung der Bevölkerung zwischen den Verwaltungszentren (Begriffsbestimmung siehe Fußnote 2 der nachstehenden Tabelle) und den übrigen Gemeinden sowie aus der jeweiligen Bevölkerungsentwicklung ergeben sich aber doch einige interessante strukturanalytische Aspekte.

In der bewußt nach extremen Bedingungen aufgestellten Tabelle 5 „Verwaltungsgemeinschaften mit bevölkerungsstarken Verwaltungszentren und mehr als 3 Mitgliedsgemeinden“ wird je Landkreis nur der bemerkenswerteste Fall dargestellt.

Die Tabelle läßt folgende Aussagen zu:

- Alle Verwaltungszentren dieser Verwaltungsgemeinschaften mit Ausnahme von Backnang weisen eine höhere Bevölkerungszahl auf als die übrigen Gemeinden zusammen.
- Viele dieser Verwaltungsgemeinschaften verfügen über ein starkes Verwaltungszentrum, dessen Bevölkerung ein Mehrfaches der Bevölkerung der übrigen Gemeinden ausmacht (Göppingen, Emmendingen, Villingen-Schwenningen, Rottenburg am Neckar und Ehingen). In einigen Fällen weist das Verwaltungszentrum zudem noch ein überproportionales Wachstum auf (Emmendingen, Rottenburg am Neckar und Ehingen).
- Bei einer Reihe dieser Verwaltungsgemeinschaften übersteigt der Bevölkerungsstand des Verwaltungszentrums denjenigen der übrigen Gemeinden nicht oder nur schwach (Nürtingen, Möckmühl, Tauberbischofsheim, Hockenheim, Müllheim-Badenweiler, Urach und Backnang).

Tabelle 5

Verwaltungsgemeinschaften¹⁾ mit bevölkerungsstarken Verwaltungszentren²⁾ und mehr als drei Mitgliedsgemeinden

Landkreis	Verwaltungsgemeinschaft	Verwaltungszentrum 2)		Übrige Gemeinden	
		Bevölkerung am 1.1.1974	Veränderung 1961-1973 in %	Bevölkerung am 1.1.1974	Veränderung 1961-1973 in %
Böblingen	—	—	—	—	—
Esslingen	Nürtingen	33 564	+ 25,2	22 843	+ 54,7
Göppingen	Göppingen	55 982	— 1,0	7 099	+ 25,1
Ludwigsburg	Vaihingen an der Enz	22 106	+ 29,0	9 176	+ 35,7
Rems-Murr-Kreis	Backnang	30 626	+ 19,7	31 263	+ 41,6
Heilbronn	Möckmühl	5 859	+ 19,5	4 396	+ 2,5
Hohenlohekreis	—	—	—	—	—
Schwäbisch Hall	Schwäbisch Hall	32 405	+ 14,3	8 454	+ 14,9
Main-Tauber-Kreis	Tauberbischofsheim	12 078	+ 11,7	10 562	+ 4,3
Ostalbkreis	Ellwangen (Jagst)	22 298	+ 8,0	12 967	+ 6,6
Heidenheim	—	—	—	—	—
Karlsruhe	Bruchsal	40 197	+ 19,1	16 308	+ 28,4
Rastatt	Rastatt	38 295	+ 21,1	14 138	+ 17,0
Neckar-Odenwald-Kreis	Mosbach	23 793	+ 24,2	12 171	+ 28,6
Rhein-Neckar-Kreis	Hockenheim	17 123	+ 29,6	15 942	+ 28,2
Calw	Nagold	18 867	+ 43,6	9 176	+ 29,8
Enzkreis	—	—	—	—	—
Freudenstadt	—	—	—	—	—
Breisgau-Hochschwarzwald	Müllheim-Badenweiler	12 388	+ 24,4	10 577	— 0,6
Emmendingen	Emmendingen	24 274	+ 40,4	6 295	+ 7,2
Ortenaukreis	Offenburg	52 189	+ 19,8	18 722	+ 18,8
Rottweil	Rottweil	24 932	+ 16,2	14 532	+ 18,0
Schwarzwald-Baar-Kreis	Villingen-Schwenningen	82 368	+ 19,0	16 710	+ 60,3
Tuttlingen	Tuttlingen	32 480	+ 9,8	12 892	+ 27,9
Konstanz	Singen (Hohentwiel)	47 384	+ 26,6	13 509	+ 37,3
Lörrach	Schopfheim	15 876	+ 14,8	7 166	+ 24,2
Waldshut	Waldshut-Tiengen	22 035	+ 4,4	11 069	+ 70,4
Reutlingen	Urach	11 315	+ 8,5	7 182	+ 6,7
Tübingen	Rottenburg am Neckar	30 477	+ 31,7	6 592	+ 15,3
Zollernalbkreis	—	—	—	—	—
Alb-Donau-Kreis	Ehingen (Donau)	21 631	+ 29,4	3 727	+ 58,7
Biberach	Biberach an der Riß	29 288	+ 21,5	18 181	+ 20,7
Ravensburg	Ravensburg ³⁾	43 766	+ 9,5	38 731	+ 42,5
Sigmaringen	—	—	—	—	—
Bodenseekreis	—	—	—	—	—

1) Vereinbarte Verwaltungsgemeinschaften und Gemeindeverwaltungsverbände. — 2) Erfüllende Gemeinde bei vereinbarten Verwaltungsgemeinschaften und Sitz des Gemeindeverwaltungsverbandes. — 3) Gemeindeverwaltungsverband "Mittleres Schussental".

In der Tabelle wurden nur 27 unter extremen Bedingungen ausgesuchte, aber auch sicher besonders interessante Fälle behandelt. Bei insgesamt 271 Verwaltungsgemeinschaften wurden also gerade 10 % untersucht. Aus datenorientierter Sicht

können alle in diesen Verwaltungsgemeinschaften zusammengeschlossenen Gemeinden auf Dauer Bestand haben. Dies gilt entsprechend auch für die tabellarisch nicht dargestellten Verwaltungsgemeinschaften.

3.2 Ausländer

Die Ausländer haben in Baden-Württemberg im Laufe der letzten 15 Jahre eine wichtige Rolle in unserem Wirtschaftsleben gespielt. Sie haben in dieser Zeit erheblich zum raschen Wachstum unseres Sozialprodukts beigetragen, indem sie vor allem als Arbeitskräfte die für das Wachstum notwendige Vermehrung der Arbeitsplätze ermöglichten. Doch mit der Zahl der Ausländer sind auch die Probleme gewachsen, die sich aus den steigenden Anforderungen an die soziale Infrastruktur unseres Landes ergeben. Besonders im Hinblick auf die oben im Kapitel 2.7 dargelegten zu erwartenden Arbeitsmarktp Probleme wird daher zu prüfen sein, wieviel Ausländer in Zukunft arbeitsmarktpolitisch notwendig und zugleich für die soziale Infrastruktur noch tragbar sein werden.

Fast jeder Zehnte ein Ausländer

In den vergangenen Jahren ist der Anteil der Ausländer an der Wohnbevölkerung Baden-Württembergs ganz erheblich gestiegen, und zwar von knapp 2 % (147 300 Personen) im Jahr 1960 auf 9,8 % (914 200 Personen) im Herbst 1974. Damit hat Baden-Württemberg im Vergleich zu den anderen Bundesländern den höchsten Ausländeranteil und steht, gemessen an der absoluten Zahl der Ausländer, hinter Nordrhein-Westfalen an zweiter Stelle.

Im Verlauf dieser starken Zunahme der Ausländer haben sich auch die Anteile der verschiedenen Nationalitäten im Land infolge sehr unterschiedlicher Beteiligung an diesem Zustrom stark verschoben, so daß die Verteilung nach der Staatsangehörigkeit heute ein anderes Bild aufweist als noch 1960 (vgl. Tabelle 1).

Dabei verteilen sich die Ausländer recht unterschiedlich auf die einzelnen Regionen des Landes. So schwanken die Anteile der ausländischen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung zwischen dem Maximalwert von 16,1 % in Stuttgart und dem niedrigsten Wert von 3,5 % im Main-Tauber-Kreis (vgl. Schaubild 1). Von der am 1.4.1975 in Kraft getretenen Regionalsteuerung in Kreisen, in denen der Anteil der Ausländer den Bundesdurchschnitt von 6 % um mehr als das Doppelte (12 %) übertrifft, sind zunächst 9 Kreise betroffen. Ausgehend von den Daten des Ausländer-Zentralregisters sind dies in der Region Mittlerer Neckar der Stadtkreis Stuttgart (16,4 %), die Landkreise Ludwigsburg (15,1 %), Esslingen (14,7 %), Böblingen (14,6 %) sowie der Rems-Murr-Kreis (12,2 %). Hinzu kommen noch die Stadtkreise Mannheim (13,2 %), Ulm (13,2 %) und Pforzheim (12,2 %) sowie der Schwarzwald-Baar-Kreis (12,4 %).

Der Anstieg der Ausländerzahl wurde nicht allein durch Zuwanderungen verursacht, sondern auch zunehmend durch Ausländergeburten, deren Zahl besonders in den letzten Jahren stark gestiegen ist.

Tabelle 1

Ausländer nach der Staatsangehörigkeit 1960, 1970 und 1974¹⁾

Staatsangehörigkeit	1960	1970	1974	1960	1970	1974
Land	Anzahl in 1000			Anteil in %		
Ausland insgesamt	147,3	724,3	914,2	100	100	100
Europäisches Ausland	133,7	691,8	869,2	90,8	95,5	95,1
darunter						
Anwerbeländer:	79,4	607,9	780,7	53,9	83,9	85,4
Jugoslawien	5,8	170,3	215,3	3,9	23,5	23,5
Italien	59,4	196,4	205,1	40,3	27,1	22,4
Türkei	1,4	95,3	188,0	1,0	13,2	20,6
Griechenland	8,6	89,6	103,3	5,8	12,4	11,3
Spanien	4,2	46,0	46,9	2,9	6,4	5,1
Portugal	0,1	10,4	22,2	0,1	1,4	2,4
Anrainerländer:	27,3	48,8	55,6	18,5	6,8	6,1
Österreich	14,8	27,9	31,5	10,0	3,9	3,4
Frankreich	6,0	12,7	16,4	4,1	1,8	1,8
Schweiz	6,4	8,2	7,8	4,3	1,1	0,8

1) jeweils am 30. September

Nachdem bereits zwischen 1960 und 1970 fast 100 000 Ausländerkinder in Baden-Württemberg geboren worden waren, kamen

1970	16 315
1971	19 712
1972	21 352
1973	22 789
1974 rd.	25 000

Ausländerkinder lebend zur Welt.

Die Tatsache, daß bei der ausländischen Bevölkerung der Anteil älterer Menschen relativ klein ist, bringt eine geringere Sterbequote bei den Ausländern im Vergleich zur Gesamtzahl dieses Bevölkerungsteils mit sich. Der Geburtenüberschuß der Ausländer fällt aus diesem Grunde hoch aus und erreichte bereits in den Jahren 1972/73 eine Größenordnung von 20 000 Personen. 1974 wurde sogar ein Geburtenüberschuß von rund 23 000 Personen verzeichnet.

Es ist allein dem ausländischen Bevölkerungsteil, auf den knapp ein Viertel aller Geburten entfiel, zuzuschreiben, daß die Gesamtbevölkerung Baden-Württembergs 1974 noch einen Geburtenüberschuß von etwa 10 000 Personen aufwies. Bei der deutschen Bevölkerung lag 1974 die Zahl der Neugeborenen etwa um 10 000 unter der der Sterbefälle.

Steigende Zahl der Haushalte und Familien

Der zunehmende Familiennachzug kann als Anzeichen dafür gewertet werden, daß die Neigung der Ausländer zu längerem Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland gewachsen ist.

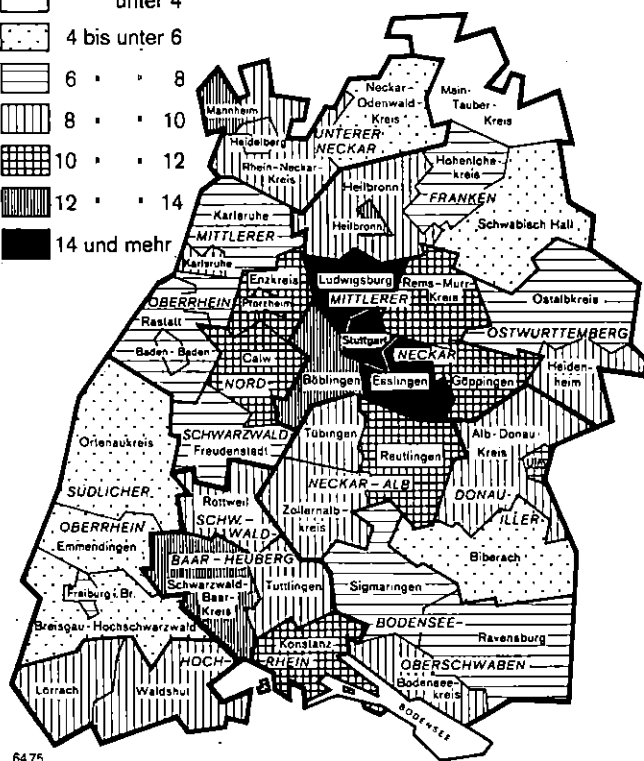
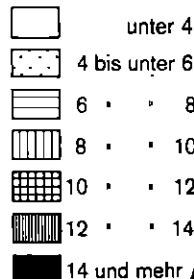
Lebte 1969 noch fast die Hälfte der Ausländer in Arbeiterunterkünften und in Ein-Personen-Haushalten, so waren dies 1973 nur noch 20 %. Der Anteil der in Zwei-, Drei- und Vierpersonenhaushalten lebenden Ausländer kommt dem der Gesamtbevölkerung schon recht nahe. Lediglich die Anteile der in Haushalten mit fünf und mehr Personen wohnenden Personen (18 %) haben die entsprechenden Anteile der Gesamtbevölkerung (27 %) noch nicht erreicht. Es ist jedoch zu erwarten, daß sich diese Anteile weiterhin zugunsten der Ausländer verschieben werden, da infolge der hohen Geburtenraten der Ausländer die Anteile der in größeren Haushalten lebenden Personen zunehmen werden.

Auch der Anteil der Ausländerfamilien an allen im Land lebenden Familien lag 1973 mit 10 % bereits über dem Durchschnitt des Ausländeranteils. Da ein großer Teil der Ausländerfamilien noch unvollständig ist, ist der Anteil der ausländischen Familien ohne Kinder mit 12 % überdurchschnittlich hoch. Jedoch entsprechen die Anteile der Familien mit Kindern mit 9 % bereits annähernd dem Ausländeranteil. Bei dieser Gruppe sind es besonders die Familien mit 3 und mehr Kindern, die noch unterdurchschnittlich vertreten sind. Es ist auch hier zu erwarten,

Schaubild 1

Anteil der Ausländer an der Wohnbevölkerung in den Stadt- und Landkreisen am 1. Juli 1974

Anteil in Prozent der Wohnbevölkerung



6475

ten, daß sich diese Quoten mit zunehmender Verweildauer und steigenden Geburtenzahlen mehr und mehr dem Durchschnitt anpassen werden.

Feststellen läßt sich auch eine längerwerdende Aufenthaltsdauer der Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland. Waren im Herbst 1973 noch 14 % der Ausländer länger als 10 Jahre im Land, so waren es 1974 bereits 16 %. Der Anteil derer, die 6 und mehr Jahre im Lande leben, ist von 28 % auf 32 % gestiegen. Wenn auch die Frauen im Durchschnitt noch nicht so lange im Lande leben wie die Männer, so hat auch bei ihnen die Aufenthaltsdauer insgesamt zugenommen.

Trotz der offensichtlichen Tendenz zu einer verstärkten Familienzusammenführung kann aufgrund des vorliegenden Datenmaterials für den Schulbereich lediglich die schon im letzten Jahresbericht getroffene Feststellung wiederholt werden: Der Schulbesuch der Ausländerkinder, der für ein Einleben in den deutschen Sprach- und Bildungsbereich sowie für die spätere berufliche Qualifikation besonders wichtig erscheint, läßt nach wie vor zu wünschen übrig. Insgesamt ist seit dem vergangenen Jahr wohl die Zahl der eine Grund-, Haupt- und Realschule besuchenden Ausländerkinder um 12 % gestiegen, jedoch hat sich in der gleichen Zeit auch die Zahl der im schulpflichtigen Alter stehenden

Ausländerkinder um etwa 15 % erhöht. Es ist zu vermuten, daß die neu zugewanderten schulpflichtigen Kinder nicht in dem Maße am Unterricht teilnehmen, wie dies diejenigen tun, die bereits längere Zeit im Lande leben.

Leicht abnehmende Erwerbstätigkeit der Ausländer

Im Frühjahr 1974 waren 592 000 Ausländer erwerbstätig, das bedeutet einen Anteil an allen im Land Erwerbstätigen von 14 %. Davon entfielen auf die Männer 16 % (400 000) und auf die Frauen 12 % (191 000). Damit sind diese Anteile gegenüber den im letzten Jahresbericht ausgewiesenen geringfügig gestiegen, was noch auf den hohen Ausländerzustrom im Sommer 1973 zurückzuführen ist. Dagegen beziffert sich der Anteil der erwerbstätigen Ausländer an der Gesamtzahl der Ausländer bei den Männern auf 75 % und bei den Frauen auf 51 %. Diese Quoten sind somit weiter zurückgegangen – eine Folge der Zunahme von Nichterwerbspersonen (Kindern und nicht erwerbstätigen Ehefrauen). Es sind dies Auswirkungen einerseits der Familienzusammenführung, die mehr und mehr an Bedeutung gewinnt, sowie andererseits der hohen Zahl von Ausländergeburten.

Bemerkenswert ist, daß die Wochenarbeitszeit der ausländischen Arbeiterinnen im Durchschnitt größer ist als die ihrer deutschen Kolleginnen. So arbeiten 51 % der deutschen Arbeiterinnen wöchentlich unter 40 Stunden, wogegen es bei den Ausländerinnen nur 15 % sind. Im Bestreben, möglichst rasch viel Geld zu verdienen, nutzen sie offenbar jede mögliche Gelegenheit. Mit der längeren Wochenarbeitszeit der ausländischen Arbeiterinnen ist auch ein durchschnittlich höheres monatliches Nettoeinkommen verbunden als bei den deutschen Arbeiterinnen.

Da ein Großteil von ihnen verheiratet ist und auch mit ihren Kindern in einem gemeinsamen Haushalt lebt, sind negative Auswirkungen durch die Doppelbelastung mit Haushaltsführung und vermehrter Erwerbstätigkeit nicht auszuschließen.

Gedanken zur künftigen Entwicklung

Nachdem in den Jahren 1972/73 durch einen Wanderungsüberschuß von jeweils etwa 58 000 Personen und den Geburtenüberschuß die Zahl der Ausländer in Baden-Württemberg noch erheblich angestiegen ist (1972 um 76 400 Personen, 1973 um 80 000 Personen), brachte das Jahr 1974, bedingt durch den im Spätjahr 1973 ausgesprochenen Anwerbestop für ausländische Arbeitskräfte und die im Lauf des Jahres eingetretene konjunkturelle Dämpfung, trotz des hohen Geburtenüberschusses von rund 23 000 Kindern eine Abnahme der Ausländerzahl in der Größenordnung von 20 000 bis 25 000 Personen.

Diese Abnahme ist auf einen negativen Wanderungssaldo (Wanderungsverlust) zurückzuführen, der nicht etwa durch verstärkte Rückwanderung zu erklären ist, sondern ausschließlich dadurch, daß die Zuwanderung wesentlich schwächer als in den Vorjahren war. Bei der Zuwanderung handelte es sich zum größten Teil nicht um Arbeitskräfte, sondern um deren Familienangehörige. Die Zahl der Arbeitskräfte hat demzufolge stärker abgenommen, als es in der Abnahme der Ausländerzahl zum Ausdruck kommt.

Langfristige Lösungen gesucht

Um ein weiteres Anwachsen der Probleme, die aus der schon im Land befindlichen hohen Zahl von Ausländern resultieren, zu vermeiden sowie die bestehenden Probleme zu lösen, werden verschiedene Maßnahmen angestrebt, die ein weiteres Zuströmen auf solche Ausländergruppen beschränken sollen, die nur für eine begrenzte Zeit (höchstens 5 Jahre) im Land bleiben und möglichst keine schulpflichtigen Kinder haben. Außerdem soll eine weitere Ausländerkonzentration in den Verdichtungsräumen des Landes mit ohnehin schon hohem Ausländeranteil durch regionale Steuerung verhindert werden. Da diese Beschränkungen auf Arbeitnehmer aus EG-Staaten keine Anwendung finden können, sind die Möglichkeiten für diesen Personenkreis allerdings begrenzt. Langfristig am meisten erfolgversprechend erscheinen dazu ergänzend Maßnahmen der Raumordnung und Landesplanung in den Verdichtungsräumen zur Verhütung einer weiteren Ballung der Arbeitskräfte sowie eine konsequente Strukturpolitik zur Förderung des gewerblichen Potentials in den strukturschwachen Räumen des Landes. Unter dem Aspekt der gegenwärtigen und der künftig zu erwartenden wirtschaftlichen Entwicklung (vgl. Kapitel 2.6) erscheint es fraglich, ob auch in Zukunft der Anreiz für ausländische Arbeitnehmer, nach Baden-Württemberg zuzuwandern, noch ebenso groß sein wird wie in der Vergangenheit.

Da die Zuwanderung ausländischer Arbeitskräfte in der Vergangenheit überwiegend ökonomische Ursachen hatte, könnte ein längerfristig spürbarer Mangel an Arbeitsplätzen auf die Dauer wieder zu freiwilligen Abwanderungen führen. Trotzdem könnte wegen der hohen Geburtenzahlen der Ausländeranteil immer noch steigen und zu Beginn der achtziger Jahre neben infrastrukturellen und sozialen auch ernsthafte Arbeitsmarktp Probleme ergeben (vgl. Kapitel 2.7), da dann wegen der stark zunehmenden Erwerbspersonenzahlen aus der heimischen Bevölkerung ein Überangebot an Arbeitskräften sehr wahrscheinlich wäre. Legt man einmal die oben in Teil 2 gemachten Annahmen zugrunde, so lassen sich trotz gewisser Unsicherheiten doch Größenordnungen darstellen. Unter der Bedingung,

daß in den achtziger Jahren allen deutschen Erwerbspersonen ein Arbeitsplatz zur Verfügung steht und keine Ausländerarbeitslosigkeit bestehen soll, ergäbe sich rechnerisch die Notwendigkeit, daß bis dahin ausländische Erwerbspersonen in einer Größenordnung zwischen 150 000 und 300 000 Personen abwandern müßten. Rechnet man den nichterwerbstätigen Familienanhang dieser Ausländer hinzu, ergibt sich noch eine erheblich höhere Zahl. Allerdings liegt diesem Modell die Annahme zugrunde, daß die deutschen Erwerbspersonen auch bereit wären, die von den Ausländern geräumten Arbeitsplätze zu besetzen.

3.3 Bildung

Weniger Schüler an Grundschulen

In den kommenden Jahren stehen zur Einschulung in die Grundschulen zahlenmäßig immer geringere Jahrgänge an. So wurden im Herbst 1974/75 rund 6000 Schüler weniger als im Vorjahr eingeschult, damit hat sich die Gesamtzahl der Schüler an allen Grundschulen gegenüber dem Vorjahr um etwa 14 000 auf nunmehr 609 000 vermindert. Nachdem die Zahl der ein- und zweiklassigen Grundschulen bis auf 334 weiter abgebaut werden konnte, werden nur noch etwas mehr als 3 % der Grundschüler nicht in Jahrgangsklassen unterrichtet.

Soziales Bildungsgefälle vermindert

Die Tendenz der Eltern, die schulische Ausbildung ihrer Kinder im Anschluß an die Grundschule in einer Realschule oder einem Gymnasium fortzusetzen, besteht nach wie vor. Allerdings dürfte sich der dynamische Aufwärtstrend, der im Zuge der Bildungsexpansion der 60er Jahre die Gesamtübergangsquote für beide Schularten kurzzeitig bis auf 55 Prozent aller Schüler der 4. Klassenstufe anschwellen ließ, nicht weiter fortsetzen. Die Ergebnisse der letzten zwei Jahre lassen mittelfristig eine Konsolidierung auf dem derzeit erreichten hohen Niveau erwarten.

Durch den intensiven Ausbau des Realschulwesens ist das regionale Bildungsgefälle flacher geworden. Allerdings besteht beim Übergangsverhalten nach wie vor ein Gefälle zuungunsten der sozial schwächeren Gruppen, doch zeigt sich, daß die Übergänge von Arbeiterkindern auf Realschulen inzwischen die Durchschnittsquote erreicht haben. Folglich sind Arbeiterkinder in Realschulen ihrem Bevölkerungsanteil entsprechend vertreten, in Gymnasien sind sie jedoch nach wie vor unterrepräsentiert. Allerdings zeigt sich, daß auch akademisch vorgebildete Eltern ihre Kinder in der jetzigen Arbeitsmarkt-Situation nicht unter allen Umständen ein Gymnasium besuchen lassen, sondern die zukünftigen Berufschancen etwas realistischer einschätzen.

Im einzelnen stellen sich die Übergangsquoten auf Realschulen und Gymnasien entsprechend der sozialen Herkunft der Schüler wie folgt dar:

Tabelle 1

Übergänge aus der 4. und 5. Klassenstufe von Grund- und Hauptschulen auf Realschulen und Gymnasien — Übergangsquoten nach der sozialen Herkunft —

Soziale Gruppe der Eltern	Realschulen		Gymnasien	
	1974/75	1967/68	1974/75	1967/68
ohne abgeschlossene Hochschulausbildung				
Selbständige Landwirte	24,6	14,8	11,1	11,1
Arbeiter	23,7	20,3	12,7	12,1
Beamte und Angestellte	27,4	26,4	40,4	44,4
mit abgeschlossener Hochschulausbildung				
Selbständige, Angestellte und Beamte zusammen	9,0	6,7	80,3	89,4
Insgesamt	24,2	21,1	28,6	27,0

Die erstmals für ausländische Kinder errechneten Übergangsquoten haben ergeben, daß 8 Prozent von ihnen aus der 4. und 5. Klassenstufe auf Realschulen und 8,3 Prozent auf Gymnasien übergehen. Dabei ist jedoch bedeutsam, daß zwischen den einzelnen Nationalitäten im Übergangsverhalten erhebliche Unterschiede bestehen. Während der Übergang auf Realschulen vorwiegend von Kindern der sog. „Gastarbeiter“ vollzogen wird, werden die Gymnasien in erster Linie von Kindern anderer Nationen, wie z.B. von Amerikanern, Österreichern und Schweizern besucht.

Schülerzahl an Hauptschulen nimmt wieder zu

Im Zeichen der forcierten Übergänge auf Realschulen und Gymnasien hatte die Schülerzahl an Hauptschulen bis 1972 eine rückläufige Tendenz. Seither nimmt sie wegen zahlenmäßig stärkerer Schülerjahrgänge und im Zusammenhang mit den stagnierenden Übergangsquoten bei Realschulen und Gymnasien wieder etwas zu. Zum Schuljahr 1974/75 haben rund 75 000 Schüler aus der vierten Klassenstufe ihre schulische Ausbildung an einer Hauptschule fortgesetzt. Damit werden an den Hauptschulen derzeit über 330 000 Schüler unterrichtet, 6000 mehr als im Vorjahr.

Gerade bei dieser Schulart hat sich die Auflösung sog. „Zwergschulen“ besonders auffallend bemerkbar gemacht. Im Schuljahr 1965/66 gab es noch über 2400 Schulen, die nur eine oder zwei Hauptschulklassen führten. Bis auf 12 sind inzwischen alle abgebaut. Dadurch ist die Zahl der in ihnen unterrichteten Schüler auf unter 300 gesunken.

Tabelle 2

Öffentliche und private Allgemeinbildende Schulen am 11.9.1974

Schulart	Schulen	Klassen	Schüler		Haupt- amtliche und haupt- berufl. Lehrer	Teilzeit- beschäf- tigte Lehrer	Schüler je	
			insgesamt	darunter weiblich			Klasse	Lehrer
Grund- und Hauptschulen	2 804	30 396	944 704	457 123	29 849	4 241	31,0	28,0
davon								
Grundschüler	..	19 192 ¹⁾	613 878	300 430
Hauptschüler	.	10 567 ¹⁾	330 826	156 693
Sonderschulen	535	4 667	64 410	25 841	5 905	376	14,0	10,0
Realschulen	397	6 096	194 746	102 509	7 757	584	32,0	23,0
Gymnasien	394	9 821	282 921	131 194	12 460	1 722	29,0	20,0
Integrierte Gesamtschulen einschl. Orientierungsstufen	14	256	7 748	3 804	548	51	30,0	13,0
Freie Waldorfschulen	11	194	6 590	3 224	387	42	34,0	15,0
Kollegs	7	25	508	252	—	—	20,0	—
Abendrealschulen	67	172	4 316	1 721	—	—	25,0	—
Abendgymnasien	11	76	1 757	871	—	—	23,0	—
Öffentl. Schulen zusammen	3 967	49 302	1 455 545	701 249	54 167	6 573	30,0	—
Private Schulen zusammen	273	2 401	52 155	26 161	2 739	443	22,0	—
Allgemeinbildende Schulen insgesamt	4 240	51 703	1 507 700	727 410	56 906	7 016	29,0	—

1) Dazu 637 Kombinationsklassen.

Auch an den anderen weiterführenden Schulen ist die Zahl der Schüler gestiegen. So nahm sie an den Realschulen im Vergleich zum Vorjahr um rund 13 000 auf über 190 000 (+ 7,8 %) zu; sie dürfte im nächsten Schuljahr bereits über 200 000 hinausgehen. Die Zugänge in die Eingangsklassen der öffentlichen Gymnasien sind in diesem Schuljahr mit rund 43 000 Schülern um fast 2000 unter denen des Vorjahres geblieben. Dennoch erhöhte sich die Schülerzahl insgesamt um etwa 14 000, so daß jetzt rund 261 000 Schüler, das sind 5,7 % mehr als vor einem Jahr, die Gymnasien besuchen.

Hinsichtlich der endgültigen Form der jetzt als Modellversuche geführten Orientierungsstufen sind die Überlegungen noch nicht abgeschlossen. Gegenüber dem Vorjahr hat sich die Zahl der Klassen an integrierten Gesamtschulen von 56 auf 112 und an kooperativen Gesamtschulen von 74 auf 93 erhöht; im gleichen Zeitraum stieg die Zahl der Schüler von 1767 auf 3086 beziehungsweise von 2297 auf 2958 an.

Günstige Entwicklung der Schulabschlüsse

Die Auflösung von Kleinschulen und die Verlagerung des Unterrichts in Jahrgangsklassen haben zu einer deutlichen Verbesserung der qualitativen Ausbildungsverhältnisse an den Hauptschulen geführt.

Dies zeigt sich unter anderem daran, daß die Zahl der Schüler, die die Hauptschulen ohne Abschluß verlassen, in Baden-Württemberg immer geringer wird. 1973 hatten zwar noch immer 7300 Schüler die Hauptschulen ohne den entsprechenden Abschluß verlassen. Obwohl das 5,0 Prozent der Wohnbevölkerung im Alter von 14 bis 15 Jahren und sogar 11,3 Prozent aller aus den Hauptschulen ausscheidenden Schüler sind, kann kein anderes Bundesland ähnlich günstige Abgangsquoten im Hauptschulbereich aufweisen. Beim Ländervergleich muß aber auch noch die in Baden-Württemberg gegenüber anderen Bundesländern ungünstigere Ausgangsposition infolge des hohen Anteils ausländischer Kinder berücksichtigt werden.

Die Zahl der Schüler, die beim Abgang von Realschulen die mittlere Reife erworben haben, hat sich auf 17 750 (+ 10,8 Prozent) erhöht. Einschließlich derjenigen, die in anderen Schularten zu dieser Qualifikation gelangten, haben 1973 über 23 550 Schüler, das sind fast 10 Prozent mehr als im Vorjahr, die Schulen mit der mittleren Reife verlassen.

Auch die Zahl der Absolventen mit Hochschulreife ist weiter angestiegen. Im Sommer 1974 verließen 20 310 Abiturienten die Gymnasien, etwa 2000 mehr als vor einem Jahr. Von ihnen hatten nur 3900 die fachgebundene Hochschulreife. Zwar

nimmt der Anteil der Mädchen an den abgelegten Reifeprüfungen relativ immer noch stärker zu; jedoch beträgt ihre absolute Zahl nur 8550 gegenüber 11 800 bei den Jungen. Von den entsprechenden Altersjahrgängen haben 17,6 % der Jungen, jedoch nur 13,2 % der Mädchen die Hochschulreife erlangt. Allerdings hat sich ihre Zahl gemessen an den entsprechenden Geburtsjahrgängen gegenüber 1960 (4,0 %) mehr als verdreifacht, während sich die der männlichen Abiturienten nur etwas mehr als verdoppelt hat (1960: 7,9 %).

Die erreichten Abiturnoten lagen bei einem Durchschnitt von 2,9 auf dem Niveau des Vorjahres. Nach den Angaben der Abiturienten zu Beginn des Jahres 1974 kann damit gerechnet werden, daß die Studienbereitschaft etwas sinkt. Im Vergleich zu einer Befragung vor 2 Jahren, bei der noch rund 90 Prozent der Befragten ihre Bereitschaft zu einem Studium erkennen ließen, erklärten zu Beginn des Jahres 1974 kaum noch 80 Prozent der Abiturienten, daß sie die feste Absicht hätten zu studieren.

Weiterhin anhaltende Tendenz zur Vollzeit-Ausbildung im beruflichen Schulwesen

Die Situation im beruflichen Schulwesen ist gekennzeichnet durch das intensive Bemühen um eine erfolgreiche Fortführung des Schulentwicklungsplans II, vor allem im Teilzeitbereich. Bei den beruflichen Schulen sind es vor allem drei Teilaspekte, die bildungspolitisch besonders herausragend sind:

1. Der weitere Ausbau des Berufsschulwesens mit der Erweiterung des Fachklassenprinzips, der Ausdehnung des Blockunterrichts sowie der regionalen Ergänzung des Berufsschulnetzes
2. die Konzeption eines Akademieplans zur Ergänzung und Abrundung des beruflichen Schulwesens, von der durch die Aufnahme der Arbeit an der Berufsakademie in Mannheim der erste Schritt realisiert wurde
3. die Fortsetzung und Intensivierung der Versuchsprogramme im Berufsgrundbildungsjahr

In Baden-Württemberg hat die bundesweit feststellbare Tendenz, die berufliche Ausbildung verstärkt über die beruflichen Vollzeitschulen anzustreben, angehalten. 1973 erhielten fast 30 % aller Schüler an beruflichen Schulen Vollzeitunterricht, 1970 waren es 24,5 % und 1960 erst 20,6 % gewesen. Dennoch bleiben die Berufsschulen als berufsbegleitende Teilzeitschulen, die von fast zwei Dritteln der in Berufsausbildung befindlichen Altersjahrgänge durchlaufen werden, das Kernstück des beruflichen Schulwesens. Mit der Aufteilung der Klassen in Grund- und Fachstufen soll nun eine bessere allgemeine und berufsspezifische Ausbildung gewährleistet werden. Dabei wird eine schrittweise Erhöhung der wöchentlichen Unterrichtsstunden von derzeit durchschnittlich 8 auf 12 Wochenstunden angestrebt. Die Ergebnisse des Schuljahres 1974/75 las-

Tabelle 3

neut Tab.

Öffentliche und private Berufliche Schulen am 2.10.1974

Schulart	Schulen	Klassen	Schüler	
			insgesamt	darunter weiblich
Berufsschulen	348	10 292	240 797	94 965
Berufsoberschulen	64	150	3 498	751
Berufsfachschulen	698	2 275	58 230	35 940
Berufsgrundbildungsjahr	19	36	808	189
Berufliche Gymnasien	133	756	20 477	8 026
Fachschulen	209	605	14 215	7 085
Tagesfach- und Abendfachschulen	84	278	6 354	546
Schulen des Gesundheitswesens	242	570	10 481	9 072
Öffentliche Schulen zusammen	1 535	14 147	336 810	143 077
Private Schulen zusammen	262	815	18 050	13 497
Berufliche Schulen insgesamt ¹⁾	1 797	14 962	354 860	156 574
Höhere Fachschulen	6	17	295	156
Vorbereitungskurse an Fachhochschulen	24	130	4 127	431

1) Insgesamt Lehrer an öffentl. u. priv. Beruflichen Schulen: hauptamtlich 10 358, teilbeschäftigt 639

sen jedoch regional erhebliche Unterschiede erkennen, so daß demnach die Bemühungen um die Neuverteilung von Schwerpunkten an den Schulstandorten in den neuen Verwaltungseinheiten verstärkt fortgesetzt werden müssen.

Als ein Mittel, den Unterricht an Berufsschulen zu intensivieren, muß der Blockunterricht angesehen werden. Dabei wird der wöchentliche Schulunterricht in Unterrichtsblöcke von mehreren Wochen Dauer zusammengefaßt, in denen dann keine Ausbildung in den Betrieben stattfindet. Diese Form des Berufsschulunterrichts befindet sich derzeit noch im Versuchsstadium, da insbesondere über die zu erwartenden Kosten noch keine genauen Vorstellungen bestehen.

Das Berufsgrundbildungsjahr läuft zur Zeit noch in der Erprobungsphase, da die Einteilung der Berufsfelder und der Anteil der fachpraktischen Ausbildung neben einigen anderen curricularen Problemen noch bundesweit abgestimmt werden müssen. Auch machen finanzpolitische Überlegungen eine zeitliche Streckung und Begrenzung des bisherigen Ausbauprogramms notwendig. Insgesamt befanden sich im Schuljahr 1974/75 rund 800 Schüler in 36 Klassen im Versuchsprogramm.

Im Bereich der beruflichen Vollzeitschulen wurden im Schuljahr 1973/74 über 40 Schulen neu eingerichtet, wobei besonders die neue einjährige Berufsfachschule für Jungarbeiter, d.h. für Jugendliche ohne Ausbildungsvertrag, in Mannheim erwähnt werden muß.

Der Ausbau der beruflichen Gymnasien vollzog sich bisher planmäßig. 133 dieser Schulen werden von rund 20 500 Schülern besucht. Dies ist eine Erhöhung der Schülerzahl gegenüber dem Vorjahr um 6,4 %. Am Ende des letzten Schuljahres haben 4450 Abiturienten die beruflichen Gymnasien verlassen, so daß sich deren Zahl innerhalb eines Jahres sogar um 10 % erhöhte.

Um den Abiturienten – nicht nur denen von beruflichen Gymnasien – Alternativen zum Studium zu bieten, wurden in Stuttgart und Mannheim im Rahmen der Konzeption des Akademieplans die ersten Berufsakademien der Bundesrepublik mit rund 220 Ausbildungsplätzen errichtet.

Die weiteren Säulen dieses Ausbildungskonzepts sind zum einen die Berufskollegs, die auf der Fachschulreife aufbauen und über eine berufliche Qualifikation zur Fachhochschulreife führen können. Von ihnen bestehen derzeit 150 mit fast 10 000 Schülern. Daneben werden 170 Fachschulen mit 14 000 Schülern geführt. Durch die Konzeption des Akademieplans sind in der Eingangsstufe mehr als 10 % eines Altersjahrganges bildungspolitisch erfaßt.

Ein besonderes Problem für die berufliche Ausbildung im dualen System tritt mit dem Rückgang an Ausbildungsstellen auf. In Baden-Württemberg ging die Zahl der bei den Arbeitsämtern gemeldeten Ausbildungsstellen von rund 83 000 im Jahr 1971 auf 52 000 im Jahr 1973 zurück. Die Abnahme um etwa 37 % liegt deutlich unter der durchschnittlichen des Bundesgebiets (– 47 %). Bis Ende Juli 1974 war in Baden-Württemberg sogar wieder eine leichte Erhöhung des Ausbildungsstellenangebots (auf rund 55 000) festzustellen. Aufgrund der Angaben in der amtlichen Schulstatistik ist die Zahl derjenigen Berufsschüler, die ohne jeden Ausbildungsvertrag oder arbeitslos sind, im Verlauf des letzten Schuljahres von 28 300 auf 31 900 angestiegen (+ 13 %). Damit sind im Schuljahr 1974/75 insgesamt 13,3 % aller Berufsschüler, gegenüber 11,6 % im Schuljahr vorher, dieser Problemgruppe zuzurechnen.

Schüler-Lehrer-Relation im Durchschnitt entscheidend verbessert

Als ein entscheidender Indikator, der auf eine ausreichende oder mangelnde schulische Versorgung hinweist, gilt im allgemeinen die Schüler-Lehrer-Relation. Dabei muß jedoch berücksichtigt werden, daß es sich hier nur um einen global zusammenfas-

senden Durchschnittswert handelt, der nur der rechnerische Mittelwert aus einer meist erheblichen Bandbreite ist. Diese ist innerhalb der einzelnen Klassenstufen und nach regionalen Gegebenheiten stark differenziert. Insofern kann also die für das Land errechnete durchschnittliche Schüler-Lehrer-Relation nichts Genaues über die Situation in einzelnen Klassen und einzelnen Kreisen aussagen.

Im Schuljahr 1973/74 unterrichteten an den allgemeinbildenden Schulen des Landes (teilzeitbeschäftigte Lehrkräfte anteilig umgerechnet) insgesamt 55 500 hauptamtliche und hauptberufliche Lehrer. Damit hat sich ihre Zahl gegenüber dem Schuljahr 1970/71 um etwa 10 000 (+ 21,3 %) erhöht, während die Zahl der Schüler in diesem Zeitraum nur um 9,5 % anstieg. Aufgrund der derzeitigen Schüler- und Lehrerzahlen an allgemeinbildenden Schulen ergibt sich für diese eine Schüler-Lehrer-Relation von 25,8, die im Schuljahr 1970/71 noch 28,5 betrug. Um die Schüler-Lehrer-Relation an den allgemeinbildenden Schulen um 1 %-Punkt zu verbessern, ist eine zusätzliche Einstellung von rund 2250 Lehrkräften notwendig.

Insgesamt wurde das rechnerische Schüler-Lehrer-Verhältnis an den Grund- und Hauptschulen des Landes im Verlauf der letzten fünf Jahre von 32,8 auf 29,8 verbessert, dabei konnten die Durchschnittswerte für die Grundschulen von 40,4 auf 35,3 und für die Hauptschulen von 25,6 auf 22,8 gesenkt werden.

Zu den sehr unterschiedlichen Verhältnissen in den Stadt- und Landkreisen vgl. die Tabelle im Anhang. S. 7*

An den Realschulen sank der Mittelwert für die Schüler-Lehrer-Relation zwischen 1968/69 und 1973/74 von 29,0 auf 24,6 ab. Für die Gymnasien läßt sich bei der Schüler-Lehrer-Relation ein Mittelwert von 21,3 errechnen, der vor fünf Jahren noch bei 24,5 lag; er ergibt sich als Durchschnittswert aus der Quote für Unter- und Mittelstufen von 23,8 und der der Oberstufen von 15,0.

Bei allen Schularten ist die Schüler-Lehrer-Relation in den badischen Landesteilen und in Südwürttemberg etwas günstiger als im Mittleren Neckar-Raum, in Ostwürttemberg und im Frankenland.

Auch die Versorgung mit Lehrern an beruflichen Schulen hat sich, legt man die globalen Durchschnittswerte zugrunde, im Verlauf der letzten fünf Jahre erheblich verbessert. So ergeben sich an den Berufsschulen Werte von 59,6 gegenüber 63,1 und an den Fachschulen von 17,0 gegenüber 19,3. An den Berufsfachschulen blieb die Schüler-Lehrer-Relation mit 18,5 Schülern je Lehrer unverändert, jedoch konnte der Wert bei den beruflichen Gymnasien von 23,8 auf 15,6 in besonders günstiger Weise verbessert werden.

Vermehrte Übergänge von Fachhochschulabsolventen auf Universitäten

Der Hochschulbereich unseres Landes ist durch eine ständig anwachsende Auslastung gekennzeichnet. Im Wintersemester 1974/75 waren an den 53 Hochschulen Baden-Württembergs insgesamt fast 124 000 Studierende immatrikuliert, so daß sich ihre Zahl gegenüber dem Wintersemester des Vorjahres um 8 % steigerte. Allein die 24 staatlichen Fachhochschulen werden von 13 460 Studenten besucht, doch erhöht sich diese Zahl durch die in den Praxissemestern befindlichen Studenten nochmals um rund 2000. Die Fachhochschulen verzeichnen bei den Studentenzahlen gegenüber dem Vorjahr sogar eine Zunahme um 15 %.

Noch immer gelangen fast die Hälfte aller Fachhochschulzugänger auf dem bildungspolitisch nur als Übergangslösung angesehenen Umweg über die Vorbereitungsklassen an die Fachhochschulen. Im Herbst 1974 befanden sich 4000 Schüler in Vorbereitungskursen für Fachhochschulen, während sich zum Beispiel nur 3800 Studenten an Fachhochschulen im ersten Studiensemester befanden. Diese beiden Zahlen sind zwar nicht voll vergleichbar, sie vermitteln aber eine Vorstellung von der angesprochenen Größenordnung. Die Zahl der Teilnehmer an Vorbereitungskursen ist leicht rückläufig und es läßt sich erkennen, daß die Zugänge mittels Fachhochschulreife und allgemeiner Hochschulreife, die zur Zeit etwa 38 % der Neuzugänge ausmachen, im Steigen begriffen sind. Nach dem Akademieplan des Kultusministeriums soll langfristig das Berufskolleg die Funktion der Vorbereitungskurse übernehmen. Ein Verzicht auf die Vorbereitungskurse dürfte auf absehbare Zeit in dem Umfang zweckmäßig sein, in dem die Übergangsmöglichkeit über die Berufskollegs ausgebaut wird, da die sozialpolitische Bedeutung der Vorbereitungskurse zum Abbau des schichtenspezifischen Bildungsgefälles unvermindert bestehen bleibt.

Von den Studenten an Fachhochschulen widmen sich 2800 (21 %) dem Studium des Maschinenbaus und 2500 (18 %) dem der Elektrotechnik. Betriebswirtschaft (12 % aller Studenten), Verwaltung (10 %), Architektur und Sozialwesen (je 6 %) sind die anderen Fachbereiche, denen das besondere Interesse der Fachhochschulstudenten gilt.

Obwohl genauere Untersuchungen über die Auswirkungen der im Jahre 1971 erlassenen „vorläufigen Rahmenordnung für die Prüfungen an Fachhochschulen“ noch nicht abgeschlossen sind, scheint sich anzudeuten, daß diese zwar permanent hohe Leistungsanforderungen stellt, aber doch wesentlich zur Straffung und Konzentration der Studienabläufe beitragen wird. 1973 hatten 2730 Studenten die Fachhochschulen nach erfolgreich abgelegter Prüfung verlassen. Der Anteil derjenigen, die ein Anschlußstudium auf Universitäten durchführen,

ist ständig im Steigen begriffen. 1970 wollten nur 7 % der Fachhochschulabsolventen weiterstudieren; dieser Anteil ist bis 1974 bereits auf über 15 % angestiegen und wächst sich insbesondere in den vom numerus clausus noch nicht erfaßten wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Studienfächern, die ohnehin von Studenten bereits überlaufen sind, zu einem Problem aus. Aber auch die knappen Studienplätze in den ingenieurwissenschaftlichen Fächern werden in zunehmendem Maße von Fachhochschulabsolventen beansprucht.

16 % mehr Studenten an Pädagogischen Hochschulen

Kein anderes Bundesland hat eine so große Anzahl an Kunsthochschulen aufzuweisen wie Baden-Württemberg. Die Zahl der hier immatrikulierten rund 2800 Studenten erscheint zwar gegenüber den Vergleichszahlen der anderen Hochschularten unbedeutend, da es sich nur um 2 % aller Studenten handelt. Offensichtlich aber muß der Ruf dieser Anstalten weltweit sein, denn mit Quoten von über 10 Prozent an den Kunstakademien und mit über 14 Prozent an den Musikhochschulen sind gerade ausländische Studenten hier in besonders hohem Maße anzutreffen. Von den deutschen Studenten an Kunsthochschulen, von denen übrigens 75 % aus Baden-Württemberg stammen, streben über 40 % ein Lehramt an.

Die Zunahme der Studentenzahlen führte insbesondere an den Pädagogischen Hochschulen zu Kapazitätsengpässen. Im Wintersemester 1973/74 befanden sich rund 20 000 Studenten an diesen Hochschulen, im Wintersemester 1974/75 war die Zahl auf bereits über 23 500 und damit um 16 % angestiegen, 62 % von ihnen sind Mädchen. Ihr Anteil an den rund 18 000 Studierenden des Lehramts an Grund- und Hauptschulen beträgt sogar über 63 %. Bei Lehrerinnen ist die durchschnittliche Berufsverweildauer wesentlich niedriger als bei männlichen Lehrkräften. Da bereits seit 1966 die Zahl der Lehrerinnen an Grund- und Hauptschulen die der Lehrer übertrifft und im Schuljahr 1974/75 der Feminisierungsgrad 56 % beträgt, ist auch bei künftig geringerem Lehrerstellenzuwachs ein hoher Ersatzbedarf zu decken.

Von den an den Pädagogischen Hochschulen befindlichen deutschen Studenten kommen etwa 91 % aus Baden-Württemberg; bei den Studenten des Lehramts an Grund- und Hauptschulen liegt der Anteil sogar noch um 2 Prozentpunkte höher.

Nach der Fächerbelegung haben sich von den Studenten des Lehramts an Grund- und Hauptschulen 24 % für das Unterrichtsfach Deutsch, 15 % für Mathematik, 9 % für Englisch und etwas mehr als 8 % für Leibeserziehung entschieden. Es kann erwartet

werden, daß der zur Zeit noch bestehende Mangel an Lehrern für Leibeserziehung in absehbarer Zeit behoben sein wird.

An den Universitäten niedrigste Zuwachsraten seit Jahrzehnten

Im Gegensatz zu den bereits angesprochenen Hochschulen blieb der Zustrom zu den Universitäten im Wintersemester 1974/75 deutlich hinter den Erwartungen zurück. Bei 83 900 Studenten ergibt sich eine Zunahme von etwa 3900 Studenten, was einer Steigerungsrate von 5 % entspricht. Eine so niedrige Steigerungsrate war seit über einem Jahrzehnt nicht mehr vorhanden. Die Zahl der Erstimmatrikulierten liegt im Wintersemester 1974/75 mit 13 260 nur um 200 (+ 2 %) höher als im letzten Wintersemester. An den Universitäten Heidelberg, Hohenheim, Karlsruhe und Mannheim wurden sogar weniger Studenten eingeschrieben als vor einem Jahr. Da gleichzeitig mit 1100 Erstimmatrikulierten mehr als im Vorjahr der Zustrom zu den Pädagogischen Hochschulen überproportional groß war (+ 19,8 %), kann vermutet werden, daß durch den verschärften numerus clausus an den Universitäten ein Teil des potentiellen Zustroms an die Pädagogischen Hochschulen umgeleitet worden ist. Noch immer, wenn auch langsamer als in den Vorjahren, nimmt der Anteil der Mädchen an den Studierenden zu; er ist nun auf über 28 % angestiegen.

Diese Erstimmatrikulierten sahen sich allerdings verschärften Zugangsvoraussetzungen gegenüber. Während im vergangenen Studienjahr rund 6000 Studienplätze einer Zugangsbeschränkung durch die Zentrale Vergabestelle oder örtlichen Zulas-

sungsbeschränkungen unterlagen, hat sich diese Zahl im laufenden Studienjahr auf fast 8700 erhöht.

Insgesamt sind nach Abschluß des Nachrückverfahrens im Wintersemester 1974/75 über die Zentrale Vergabestelle 17,9 % aller zulassungsbeschränkten Studienplätze an baden-württembergische Studenten vergeben worden, während im Hauptverfahren nur 15,7 % der Plätze auf Baden-Württemberger entfallen waren. Im Vergleich dazu beträgt der Anteil Baden-Württembergs an der Wohnbevölkerung des Bundesgebiets im Alter von 18 bis unter 21 Jahren 15,3 %, während der Anteil der in Baden-Württemberg zur Verfügung stehenden Studienplätze 17,1 % und der der Abiturienten 17,3 % ausmacht.

Schon immer haben die Universitäten unseres Landes eine besondere Attraktivität auf auswärtige Studenten ausgeübt. Im Gegensatz zu allen Studenten, deren Zahl sich im Vergleich zum Wintersemester 1973/74 um 5 % erhöhte, nahm die Zahl der Studenten aus Baden-Württemberg im Wintersemester 1974/75 nur um 3,7 % auf insgesamt 51 600 zu. Infolgedessen sank die Quote der Landeskinder an den Studierenden insgesamt von 62,2 auf 61,5 %. Demnach beträgt der Anteil von Studenten mit Wohnsitz in Baden-Württemberg an den deutschen Studenten nicht mehr 68,2 % wie im Vorjahr, sondern nur noch 67,3 %. Insgesamt waren an allen Hochschulen des Landes im Wintersemester 1974/75 etwa 40 000 Studenten immatrikuliert, die ihren Wohnsitz in anderen Bundesländern oder im Ausland haben. Allein rund 27 000 Studenten der

Tabelle 4

Studierende an Universitäten

bleib

Universität	Studierende					
	WS 1973/74	WS 1974/75	davon in % der Gesamtzahl			
			Erstimmatrikulierte	Ausländer	weibliche Studierende	Studierende aus Baden-Württemberg
Freiburg	15 562	16 628	16,8	6,7	35,2	61,0
Heidelberg	16 730	17 465	13,9	12,7	38,6	51,7
Hohenheim	2 079	2 194	18,8	10,3	34,8	64,6
Karlsruhe	10 818	11 025	15,1	9,8	9,5	49,2
Konstanz	1 897	2 341	22,6	7,8	31,7	63,7
Mannheim	6 373	6 414	12,3	5,9	24,3	56,8
Stuttgart	10 105	10 244	19,8	11,3	14,2	71,1
Tübingen	15 463	16 416	14,0	4,8	31,3	75,6
Ulm	987	1 172	27,6	4,2	23,0	64,3
Insgesamt	80 014	83 899	15,8	8,6	28,1	61,5

Universitäten und Pädagogischen Hochschulen kommen aus anderen Bundesländern. Da etwa 14 450 Baden-Württemberger in anderen Bundesländern immatrikuliert sind, verbleibt dem Land ein Netto-Studenten-Import-Saldo von etwa 12 400 Studenten. Der Brutto-Studenten-Import aus den Ländern Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz ist mit jeweils etwa 5800 Studenten besonders groß; aber auch Bayern (3240), Hessen (3280) und Niedersachsen (2400) sind zahlenmäßig stark vertreten.

Aus der Entwicklung der durchschnittlichen Fachstudiendauer bis zum Ablegen der ersten Hochschulprüfung (Staats- oder Diplomprüfung) ist keine Verlängerung der Studienzeiten erkennbar. Durchschnittlich dauerte ein Studium 10,6 Semester bis zum ersten Abschluß. Beim Studium des Lehramts an Gymnasien ergibt sich jedoch eindeutig eine Verkürzung der Studienzeiten auf 10,2 Semester gegenüber 10,9 im Wintersemester 1970/71. Trotzdem hat sich die Verweildauer an den Universitäten aufgrund der zunehmenden Zahl von Fachwechseln und Zweitstudien wesentlich erhöht.

Probleme eines fachspezifischen Überangebots von Akademikern

Die seit vielen Jahren andauernde Zunahme der Studierenden wird die schon seit einiger Zeit mit steigender Sorge erörterte Frage immer wichtiger werden lassen, ob wir nicht, gemessen am gegenwärtigen und zukünftigen Bedarf, vor einer „Überproduktion“ von Akademikern stehen. Es zeichnet sich bereits ab, daß – zumindest in einigen Fachbereichen – die Zahl der Absolventen und damit der Stellenbewerber auf dem Arbeitsmarkt den Bedarf an akademisch ausgebildeten Kräften übersteigt. Diese Diskrepanz wird sich mit großer Wahrscheinlichkeit in den nächsten Jahren noch verschärfen. Allerdings ist es in einer großen Zahl von Fachbereichen nur sehr schwer möglich, den künftigen Bedarf mit ausreichender Zuverlässigkeit abzuschätzen. Das Auftreten einer zunehmenden Arbeitslosigkeit von Akademikern muß daher als Möglichkeit gesehen werden. Dies wird, wie bereits aus einigen anderen Ländern bekannt ist, mit Sicherheit zu funktional unterwertigem Einsatz von Akademikern führen, der sich von diesen auf die jeweils nächstuntere Ausbildungsschicht abwälzen und letztlich die unterste Ausbildungsschicht – die ungelernten Arbeiter und ausländischen Arbeitskräfte – am schwersten treffen wird.

In Anbetracht der Bedeutung des Problems ist vorgesehen, daß das Kultusministerium in Zusammenarbeit mit dem Statistischen Landesamt eine möglichst fundierte Prognose des Akademikerbedarfs für Baden-Württemberg erarbeitet.

Bildungsausgaben erreichen 4,7 Prozent des Brutto-Inlandsprodukts

Mit Ausgaben in Höhe von 6,5 Mrd.DM erreichen die im Jahre 1973 von Land und Gemeinden getätigten Ausgaben für das Bildungswesen einen Anteil von 19,7 % der Gesamthaushalte. Von diesen Ausgaben wurden fast 5 Mrd.DM (75 %) vom Land getragen. Im Vergleich zum Jahr 1972 ergab sich damit eine Erhöhung der Gesamtausgaben um 10 %; im Zeitraum von 10 Jahren haben sich die Ausgaben für das Bildungswesen sogar fast verdreifacht.

Gemessen am Bruttoinlandsprodukt 1973 betragen die Ausgaben für das Bildungswesen 4,7 %. Vor zehn Jahren belief sich dieser Anteil nur auf 4,0 %, stieg dann bis zum Jahr 1970 auf 4,5 Prozent an. Umgerechnet auf den Einwohner entfallen 1973 an Bildungsausgaben 722 DM gegenüber 661 DM im Jahr 1972 und nur 276 DM im Jahr 1963. Die Ausgaben des Landes sind im Haushaltsplan 1974 nochmals um über 300 Mill.DM auf zusammen 5,3 Mrd. DM angehoben. Von diesen sind allein 2,4 Mrd.DM (45 %) Personalausgaben im Schulbereich. Insgesamt werden vom Land 2,9 Mrd.DM für Schulen ausgegeben.

Die Konzentrationstendenzen im Bereich der Grund- und Hauptschulen werden an den gestiegenen Schülerbeförderungskosten besonders deutlich. Im Schuljahr 1969/70 sind nur 114 000 Schüler (12,8 %) mit öffentlichen Verkehrsmitteln auf Kosten des Landes zur Schule gefahren worden. Die Zahl der beförderten Schüler ist bis zum Schuljahr 1973/74 um über 60 % auf 182 000 angestiegen, von ihnen sind etwa 76 000 Grundschüler und rund 106 000 Hauptschüler. Damit liegt der Anteil der Beförderungsschüler an Hauptschulen mit 32,7 % mehr als doppelt so hoch wie an Grundschulen, an denen nur 12,3 % aller Schüler befördert werden. Infolge der starken Zunahme der Zahl dieser Schüler erhöhten sich die Beförderungskosten beträchtlich. Im Haushaltsjahr 1973 betrugen sie 106,3 Mill.DM, für 1974 wurden sie mit ca. 140 Mill.DM veranschlagt.

Nach dem Haushaltsplan 1974 sind Ausgaben in Höhe von 2,065 Mrd.DM, das sind etwa 42 % der Gesamtausgaben, für die Hochschulen vorgesehen. Umgerechnet auf die Zahl der im Wintersemester 1974/75 an den Hochschulen befindlichen rund 124 000 Studenten ergibt das einen Betrag von rund 16 700 DM pro Student. Rechnet man die auf den einzelnen Studenten entfallenden Ausgaben im Hochschulbereich auf den Studenten-Importsaldo Baden-Württembergs von 12 400 Studenten um, so ergeben sich finanzielle Belastungen in Höhe von rund 210 Mill.DM. Einen so hohen Betrag muß kein anderes Bundesland für auswärtige Studenten aufbringen.

3.4 Sozialer Bereich

3.4.1 Sozialbudget

Mit der zunehmenden Bedeutung der Sozialpolitik in der modernen Gesellschaft ist gleichzeitig auch die Erkenntnis gewachsen, daß die Sozialpolitik nicht isoliert, sondern in enger Verbindung zu vielen anderen politischen Aufgabenbereichen zu sehen ist. Dies gilt in ganz besonderem Maße für das Verhältnis zur Wirtschafts- und Finanzpolitik. Die Sozialpolitik bezieht zwar ihren Stellenwert aus ihrem individuellen und gesellschaftlichen Nutzen. Sie ist jedoch zugleich ökonomisch wirksam, andererseits, vor allem im Hinblick auf ihre Finanzierbarkeit, aber auch in starkem Maße von wirtschaftlichen Gegebenheiten abhängig.

Als wertvolles Instrument zur Analyse dieser Wechselwirkungen kann ein Sozialbudget dienen, das eine systematische Darstellung aller Sozialleistungen liefert, die Leistungsströme in ihrem Umfang und ihrer Richtung aufzeigt, die Finanzierungsquellen sichtbar macht und in Beziehung zu wichtigen Größen aus den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen gesetzt werden kann. In Baden-Württemberg wurde mit der Erstellung eines solchen Sozialbudgets bereits im Jahre 1971 begonnen. Um die Vergleichbarkeit mit den Bundesergebnissen zu gewährleisten, lehnt sich das Sozialbudget in seiner Gliederung und den erforderlichen Definitionen an das Sozialbudget des Bundes an. Einbezogen sind „vorbeugende, wiederherstellende und wieder-eingliedernde Maßnahmen und Einkommensleistungen, einschließlich der Vergünstigungen in Form von Steuer- und gesetzlich vorgeschriebenen Preisermäßigungen, die von besonderen gesetzlichen Einrichtungen, von Gebietskörperschaften und von Betrieben bei bestimmten sozialen Tatbeständen gesetzlich, satzungsgemäß, tarifvertraglich oder freiwillig zugewendet werden“.¹

Das institutionelle Sozialbudget

Das institutionelle Sozialbudget geht von den einzelnen Einrichtungen und Institutionen der sozialen Sicherung aus und hält die von ihnen erbrachten Sozialleistungen fest (vgl. Tabelle 1).

Bemerkenswert ist, daß das institutionelle Budget über den staatlichen Bereich hinausgreift und auch soziale Leistungen privater Träger erfaßt. Beide Bereiche verbinden sich zu dem gesamten System der sozialen Sicherung. Position 2, Freiwillige Leistungen, ist dabei jedoch noch auszubauen, insbesondere um den Bereich der Organisationen ohne Erwerbscharakter (z.B. Kirchen, Verbände der Freien

Tabelle 1

Institutionelles Sozialbudget 1973

Institutionen	Sozialleistungen ¹⁾	
	Mill.DM	Anteil in %
Institutionen insgesamt	37.459	100,0
1 Soziale Sicherung	27.731	74,0
10 Allgemeine Systeme	19.904	53,1
101 Rentenversicherung der Arbeiter	8.062	21,5
102 Rentenversicherung der Angestellten	3.655	9,8
103 Krankenversicherung	5.979	16,0
104 Unfallversicherung	881	2,4
105 Arbeitsförderung ²⁾	829	2,2
106 Kindergeld	498	1,3
11 Entgeltfortzahlung	2.773	7,4
12 Sondersysteme	361	1,0
121 Knappschaftliche Rentenversicherung	136	0,4
122 Altershilfe Landwirte ³⁾	225	0,6
13 Beamtenrechtliche Systeme	4.431	11,8
131 Pensionen	3.177	8,5
132 Familienzuschläge	1.053	2,8
133 Beihilfen	201	0,5
14 Ergänzungssysteme	262	0,7
141 Zusatzversicherung im öffentl. Dienst	257	0,7
142 Zusatzversicherung für einzelne Berufe	5	0,0
2 Freiwillige Leistungen	875	2,3
201 Arbeitgeberleistungen	875	2,3
3 Entschädigung	1.722	4,6
301 Kriegsoferversorgung ⁴⁾	1.309	3,5
302 Lastenausgleich	163	0,4
303 Wiedergutmachung	147	0,4
309 Sonstige Entschädigungen	103	0,3
4 Soziale Hilfen und Dienste	1.618	4,3
401 Sozialhilfe	659	1,8
402 Jugendhilfe	374	1,0
403 Ausbildungsförderung	332	0,9
404 Wohngeld	119	0,3
405 Öffentlicher Gesundheitsdienst	134	0,4
5 Indirekte Leistungen	5.513	14,7
501 Steuerermäßigungen	5.165	13,8
509 Sonstige Vergünstigungen	348	0,9

1) Teilweise geschätzt.— 2) Einschl. Arbeitslosenversicherung und berufliche Bildung.— 3) Einschl. Landabgaberente.— 4) Einschl. Kriegsoferversorge.

Wohlfahrtspflege u.a.m.). Trotz beträchtlicher erhebungstechnischer Schwierigkeiten konnten hier Fortschritte erzielt werden.

Die im Sozialbudget zusammengefaßten Sozialleistungen betrugen 1973 in Baden-Württemberg insgesamt rund 37,5 Mrd.DM. Das entspricht einem Anteil von 15,4 % an den Gesamtaufwendungen im

¹ Sozialbericht 1973, S. 125. Hrsg.: Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung.

Bundesgebiet. Es läßt sich somit eine gewisse Übereinstimmung mit dem auf Baden-Württemberg entfallenden Bevölkerungsanteil feststellen, der im selben Jahr 14,9 % ausmachte.

Auf das umfassende System der „Sozialen Sicherung“ (hierzu gehören in erster Linie die Renten-, Kranken- und Unfallversicherungen für Arbeiter und Angestellte und die entsprechenden Institutionen für Selbständige und Beamte sowie die Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall) entfiel mit 74 % der weitaus größte Teil der gesamten Sozialleistungen. Aufgabe dieser Institutionengruppe ist die Absicherung des Einzelnen bei bestimmten sozialen Tatbeständen, wie z.B. Krankheit, Arbeitsunfähigkeit, Arbeitslosigkeit, Alter oder Tod.

Für die in speziellen sozialen Situationen geleisteten „Sozialen Hilfen und Dienste“ (Sozial- und Jugendhilfe, Wohngeld u.a.) wurden 1,6 Mrd.DM aufgebracht. Etwas mehr als 1,7 Mrd.DM waren Entschädigungsleistungen; sie dienten der Milderung und Beseitigung von Folgen politischer Ereignisse (Kriegsopferversorgung u.a.). 5,5 Mrd.DM, das sind immerhin 14,7 % des erfaßten Sozialaufwands, entfielen auf die „Indirekten Leistungen“, das sind Steuerermäßigungen und andere Vergünstigungen, die an verschiedene soziale Tatbestände (z.B. Familienstand, Alter, Vermögensbildung) anknüpfen. Neben den bisher erwähnten auf gesetzlichen oder tarifvertraglichen Grundlagen basierenden Leistungen, die von den Sozialversicherungsträgern und Gebietskörperschaften erbracht werden, weist das Sozialbudget eine mit 875 Mill.DM (2,3 %) angesetzte Position „Freiwillige Leistungen“ auf, wobei es sich um den von privaten Arbeitgebern freiwillig zugunsten ihrer Arbeitnehmer geleisteten Sozialaufwand handelt, der überwiegend für Maßnahmen im Rahmen der betrieblichen Altersversorgung und des betrieblichen Gesundheitsdienstes sowie als Beihilfen verschiedenster Art geleistet wird.

Tabelle 2

Leistungsarten des Sozialbudgets 1973

Leistungsarten	Mill. DM	%
Sozialleistungen insgesamt	37 459	100
davon		
Einkommensleistungen	28 453,9	76,0
Sachleistungen	7 068,4	18,8
Allgemeine Dienste und Leistungen	1 936,7	5,2

Tabelle 3

Finanzierungsarten und Finanzierungsquellen des Sozialbudgets 1973

Finanzierungsarten Finanzierungsquellen	Sozialleistungen ¹⁾	
	Mill. DM	Anteil in %
Sozialbudget insgesamt	37 459	100
Nach Finanzierungsarten		
Beiträge	15 591,3	41,6
davon		
Versicherte	7 414,7	19,8
Arbeitgeber	8 176,6	21,8
Direktleistungen Arbeitgeber	7 305,8	19,5
Öffentliche Mittel (Zuweisungen)	11 774,3	31,4
Übriges	2 787,6	7,5
Nach Finanzierungsquellen		
Unternehmen	12 532,3	33,5
Bund	8 671,9	23,2
Länder	5 212,4	13,9
Gemeinden	2 460,4	6,6
Sozialversicherung	23,7	0,1
Private Organisationen	145,5	0,4
Private Haushalte	8 406,7	22,4
Übrige Welt	6,1	0

1) Teilweise geschätzt

Im Bereich der „Sozialen Sicherung“ dominieren erwartungsgemäß die Rentenversicherung der Arbeiter mit der beachtlichen Summe von 8,1 Mrd. DM, die der Angestellten mit knapp 3,7 Mrd.DM sowie die Beamtenrechtlichen Systeme mit 4,4 Mrd.DM. Für die Krankenversicherung wurden Aufwendungen in Höhe von etwas weniger als 6 Mrd. DM geleistet. Nimmt man das sie sozialpolitisch ergänzende System der Entgeltfortzahlung hinzu, so sind von den Leistungsträgern der Krankenversicherung und den Unternehmen zusammen 8,8 Mrd.DM aufgewendet worden. Diese Summe entspricht fast einem Drittel der gesamten Aufwendungen im Rahmen der „Sozialen Sicherung“.

Betrachtet man die Sozialleistungen unter dem Aspekt einer Differenzierung nach Leistungsarten, so sind unter „Leistungen“ Einkommensleistungen (Geldleistungen und Minderbelastungen), Sachleistungen sowie Allgemeine Dienste und Leistungen zu verstehen. Die zuletztgenannte Leistungsart kann nicht unmittelbar einer bestimmten begünstigten Person zugerechnet werden, sie bezieht sich vielmehr auf die Kosten der Durchführung der sozialen Maßnahmen.

Im Jahre 1973 wurden die im Sozialbudget des Landes erfaßten Sozialleistungen zum ersten Mal auch nach Finanzierungsarten und -quellen aufgegliedert. Für die Zuordnung der ausgewiesenen Sozialfinanzen auf die einzelnen Finanzierungsarten und -quellen waren dabei im wesentlichen die verfahrenstechnischen Grundlagen des Bundes richtunggebend.

Die im Sozialbudget Baden-Württemberg erfaßten Leistungen wurden danach im Jahre 1973 zu mehr als zwei Fünftel (15,6 Mrd.DM) durch Beiträge der Versicherten und Arbeitgeber finanziert. Ein beachtlicher Anteil der Sozialfinanzen, nämlich rund 11,8 Mrd.DM, wurden durch öffentliche Zuweisungen gedeckt. Die direkten Leistungen der Arbeitgeber betrugen mit 7,3 Mrd.DM rund ein Fünftel der gesamten Sozialfinanzen.

Gliedert man die im Sozialbudget zusammengefaßten Leistungen nach Finanzierungsquellen, so wurden etwa ein Drittel von Unternehmen und stark ein Fünftel von privaten Haushalten finanziert. Mit ungefähr 43 % floß ein beachtlicher Anteil aus öffentlichen Kassen dem Sozialbudget zu.

Das funktionale Sozialbudget

Die Informationen des institutionellen Sozialbudgets können unter organisatorischen und finanziellen Gesichtspunkten interessant sein. Die einzelnen Institutionen erbringen jedoch Leistungen für verschiedene soziale Zwecke; die Rentenversicherung z.B. für Alter, Hinterbliebene, Invalidität, Gesundheit, Rehabilitation. Eine Differenzierung der Leistungen nach Funktionen, d.h. bezogen auf das die Leistung auslösende Moment beim Empfänger, ist daher notwendig. Zur Verknüpfung beider Budgets vgl. Tabelle im Anhang.

Ein nach funktionalen Gesichtspunkten gegliedertes Sozialbudget vermittelt eine Übersicht über die Größenordnung der verschiedenen sozialen Tatbestände, die sich in Einkommensausfall oder Einkommenslosigkeit einerseits, in zusätzlichen Belastungen andererseits äußern, und liefert damit Anhaltspunkte für das Setzen von Prioritäten.

Von den im Jahre 1973 im Sozialbudget des Landes Baden-Württemberg zusammengefaßten Leistungen in Höhe von 37,5 Mrd.DM entfielen auf die Funktion Alter über 8,9 Mrd.DM. Berücksichtigt man noch die Leistungen für Hinterbliebene mit 4,9 Mrd.DM, dann umfassen diese beiden Funktionen mit zusammen etwas weniger als 14 Mrd.DM über ein Drittel der gesamten Leistungen des Sozialbudgets. Die Leistungen für Alter und Hinterbliebene wurden dabei fast ausschließlich in Form von Altersrenten, Pensionen, Witwenrenten, Sterbegeldern und Abfindungen erbracht.

Für die Gruppe Gesundheit wurden im Jahre 1973 rd. 12,3 Mrd.DM ausgegeben; dabei handelt es sich im einzelnen um etwas weniger als 8,1 Mrd.DM für

Tabelle 4

Funktionales Sozialbudget 1973

Funktionen	Sozialleistungen 1)	
	Mill. DM	Anteil in %
Familie		
Kinder	2 873,2	7,7
Ehegatten	2 749,7	7,3
Mutterschaft	241,7	0,7
zusammen	5 864,6	15,7
Wohnen	731,3	2,0
Gesundheit		
Vorbeugung	942,7	2,5
Krankheit	8 057,7	21,5
Arbeitsunfall, Berufskrankheit	1 572,1	4,2
Invalidität	1 697,6	4,5
zusammen	12 270,1	32,8
Beschäftigung		
Berufliche Bildung	766,3	2,1
Sonstige Mobilität	310,7	0,8
Arbeitslosigkeit	190,1	0,5
zusammen	1 267,1	3,4
Alter	8 928,4	23,8
Hinterbliebene	4 914,4	13,1
Folgen politischer Ereignisse	1 661,5	4,4
Sparförderung	1 624,3	4,3
Allgemeine Lebenshilfen	197,3	0,5
insgesamt	37 459	100,0

1) Teilweise geschätzt.

Krankheit, 1,6 Mrd.DM für Unfall, 1,7 Mrd.DM für (allgemeine) Invalidität und rund 0,9 Mrd.DM für Vorbeugung.

Die zusammengefaßten Leistungen für die Funktionsgruppe Familie und die Funktion Wohnen weisen eine Höhe von etwa 6,6 Mrd.DM auf. Sie setzen sich zusammen aus 2,9 Mrd.DM für Kinder und 2,7 Mrd.DM für Ehegatten sowie etwas mehr als 0,2 Mrd.DM für Mutterschaft; die Funktion Wohnen umfaßt 0,7 Mrd.DM. In die Funktion Kinder gingen überwiegend Kinder- und Waisengelder, in die für Ehegatten vor allem Steuervergünstigungen ein. Die für Mutterschaft erbrachten Leistungen entsprechen hauptsächlich den von der gesetzlichen Krankenversicherung geleisteten Zahlungen. In der Funktion Wohnen erfolgt eine Zusammenfassung von Wohngeld, Zins- und Tilgungszuschüssen, Steuervergünstigungen u.ä.

Rund 1,7 Mrd.DM wurden für die Funktion Folgen politischer Ereignisse, die die Kriegsfolgelasten umfaßt, aufgewandt.

An Leistungen für die Sparförderung weist das Sozialbudget für 1973 über 1,6 Mrd.DM aus. Dazu zählen die Spar- und Wohnungsbauprämien, die Arbeitnehmer-Sparzulage nach dem Vermögensbildungsgesetz sowie Steuervergünstigungen.

Für die Gruppe Beschäftigung, die die Funktionen Berufliche Bildung, Mobilität und Arbeitslosigkeit umschließt, wurden knapp 1,3 Mrd.DM gewährt. Der größte Teil davon, nämlich etwas weniger als 0,8 Mrd.DM, entfiel auf die Funktion Berufliche Bildung, die Maßnahmen der Arbeits- und Berufsförderung nach dem Arbeitsförderungsgesetz (AFG)¹, Rehabilitation sowie Ausbildungshilfen, wie sie das Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG)² vorsieht, und Steuervergünstigungen umfaßt. Weitere 0,3 Mrd.DM wurden für die Funktion Mobilität mit Maßnahmen wie der Förderung der Arbeitsaufnahme, Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen geleistet. Schließlich wurden knapp 0,2 Mrd.DM für die Arbeitslosigkeit ausgegeben; diese Leistungen erfolgten fast ausschließlich in Form von Arbeitslosen-, Kurzarbeiter-, Schlechtwetter- und Wintergeld.

Entwicklung der Sozialleistungen in Baden-Württemberg von 1971 bis 1973

Das vorhandene Datenmaterial erlaubt, für den Zeitraum von 1971 bis 1973 die Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Sozialleistungen aufzuzeigen. Neben der Darstellung der absoluten Größen empfiehlt sich jedoch auch eine Analyse verschiedener Strukturdaten, indem beispielsweise die Sozialleistungen zu volkswirtschaftlichen Daten in Beziehung gesetzt werden, um so die Relevanz des erfaßten Sozialaufwands abschätzen zu können.

Durch die „Sozialleistungsquote“ (Summe der erfaßten Sozialleistungen bezogen auf das Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen) erhält man eine Vorstellung, welcher Teil des Sozialprodukts in Form von Sozialleistungen umverteilt wurde. Für das Land Baden-Württemberg steht für die Jahre 1971 bis 1973 zwar nur das Bruttoinlandsprodukt zur Verfügung. Der Unterschied zum Bruttosozialprodukt besteht jedoch lediglich darin, daß bei diesem noch der Saldo der über die Grenzen fließenden Erwerbs- und Vermögenseinkommen hinzugerechnet wird.

In Baden-Württemberg erreichte die so errechnete Sozialleistungsquote 1971 knapp ein Viertel des

Tabelle 5

Der Sozialaufwand und seine Beziehungen zu wichtigen gesamtwirtschaftlichen Daten

Bezeichnung	1971	1972	1973
	Mill. DM		
Erfaßter Sozialaufwand	28 628	32 652	37 459
Bruttoinlandsprodukt 1)	116 463	129 026	143 399
	in %		
Sozialleistungsquote des Landes Baden-Württemberg	24,6	25,3	26,1
Zum Vergleich: Sozialleistungsquote des Bundes 2)	25,4	26,3	26,1

1) Vorläufige Ergebnisse.— 2) Nach dem Sozialbericht 1973 des Bundes.

Bruttoinlandsprodukts und wies für die Jahre 1972 und 1973 eine kontinuierlich ansteigende Tendenz auf.

Einen größeren Informationswert dürften spezifische Strukturziffern aufweisen, die sich gewinnen lassen, indem man Daten bzw. Datengruppen des funktionalen Sozialbudgets, wenn auch mit dem Vorbehalt, daß die Abgrenzungen nur grob übereinstimmen, zur Gesamtbevölkerung oder zur betroffenen Teilbevölkerung in Verhältnis setzt.

Untersucht man die Entwicklung der Sozialleistungen nach Funktionen, fällt unter anderem der überproportionale Anstieg der Gesundheitsleistungen auf, der in den gegenüber 1971 gestiegenen Anteilen zum Ausdruck kommt (vgl. Tabelle im Anhang). Demgegenüber nehmen die Leistungen für Familie

Tabelle 6

Sozialleistungsziffern in DM

Bezeichnung	1971	1972	1973
Sozialleistungen je Kopf der Bevölkerung	3 161	3 567	4 054
Sozialleistungen für Gesundheit je Kopf der Bevölkerung	995	1 180	1 328
Sozialleistungen für Kinder je Kopf der Bevölkerung bis unter 15 Jahren	1 176	1 228	1 340
Sozialleistungen für Alter und Hinterbliebene (ohne Waisen) je Kopf der Bevölkerung von 60 und mehr Jahren	6 408	7 157	8 355

1 Arbeitsförderungsgesetz (AFG) vom 25. Juni 1969 (BGBl.I.S.582)

2 Bundesgesetz über individuelle Förderung der Ausbildung (Bundesausbildungsförderungsgesetz —BAföG—) vom 26. August 1971 (BGBl.I.S.1409)

und Wohnen zwar absolut noch zu, doch mit einer geringeren Rate als das Sozialbudget, so daß der Anteil zurückgeht. Der Aufwand für die Funktion Folgen politischer Ereignisse ist trotz des sinkenden Anteils dieser Leistungen am gesamten Sozialbudget absolut von 1,5 Mrd.DM im Jahre 1971 auf etwas weniger als 1,7 Mrd.DM im Jahre 1973 gestiegen. Diese Entwicklung beruht auf den gewährten Leistungsverbesserungen bei abnehmender Empfängerzahl. Die Aufwendungen für die Sparförderung stiegen absolut gesehen, und zwar von 1,3 Mrd.DM auf gut 1,6 Mrd.DM. Für die Funktion Beschäftigung ist weiterhin mit absolut und auch relativ steigenden Leistungen zu rechnen. Schließlich weisen die Leistungen für Alter und Hinterbliebene absolut beachtliche Steigerungen auf, ihr Anteil am Sozialbudget unterliegt jedoch keinen allzu großen Schwankungen.

Mit seinem steigenden Anteil an einem nur noch sehr langsam wachsenden Sozialprodukt zeigt das Sozialbudget, daß auch hier – trotz des hohen Ranges der sozialen Aktivitäten – Überlegungen zum Setzen von Prioritäten notwendig sind.

Das staatliche Sozialbudget

Zur weiteren Information hat das Statistische Landesamt Baden-Württemberg ein staatliches Sozialbudget erarbeitet. Das in dieses Budget eingehende Datenmaterial basiert auf den Angaben der Landes-

haushaltsrechnungen bzw. -pläne sowie der Gemeindefinanzstatistiken. Seine Aussage beschränkt sich somit auf die sozialpolitischen Leistungen des Landes und der Kommunen Baden-Württembergs. Ziel dieses Budgets ist, aus der funktionalen Gliederung der Sozialleistungen von Land und Gemeinden den Schwerpunkt des Einsatzes der Mittel dieser Gebietskörperschaften in bezug auf bestimmte soziale Tatbestände herauszuarbeiten.

In dieses Budget gehen also nicht die Leistungen der Träger der gesetzlichen Sozialversicherung ein. Positionen der Allgemeinen Sicherung (Rentenversicherung, Krankenversicherung usw.) treten nur in den Fällen auf, in denen das Land und die Kommunen Arbeitgeber sind. Weiterhin enthält das Budget keine Bundesmittel, es sei denn, sie würden über den Landeshaushalt und die Gemeindehaushalte verteilt werden, sowie keine Leistungen, die bei bundesunmittelbaren Institutionen (z.B. Bahn und Post) anfallen.

Das staatliche Budget kann also nicht die Frage nach der Gesamtheit der in Baden-Württemberg anfallenden sozialpolitisch motivierten Leistungen beantworten. Demgegenüber beantwortet es die unter landespolitischen Gesichtspunkten interessante Frage, für welche sozialen Tatbestände (Funktionen), über welche Maßnahmen und in welcher Höhe das Land und die Gemeinden soziale Leistungen erbracht haben.

Tabelle 7

Staatliches Sozialbudget 1973 – nach Landeshaushaltsplan und Gemeindefinanzrechnung –

Funktionen	Leistungen in der Abgrenzung des Bundesbudgets		Zusätzlich aufgenommene Leistungen 1)			
			insgesamt		darunter Investitionen	
	Mill. DM	%	Mill. DM	%	Mill. DM	%
Familie	1 131	16,2	3 599	31,9	1 040	27,1
Gesundheit	1 228	17,6	2 732	24,3	916	23,8
Beschäftigung	489	7,0	2 064	18,3	691	18,0
Alter und Hinterbliebene	1 680	24,1	185	1,7	67	1,8
Folgen politischer Ereignisse	1 477	21,2	36	0,3	2	0,0
Wohnen	826	11,9	260	2,3	105	2,7
Sparförderung	47	0,7				
Allgemeine Lebenshilfen	89	1,3				
Bevölkerungsschutz und Verbesserung der Umweltverhältnisse			2 389	21,2	1 022	26,6
Insgesamt	6 967	100	11 265	100	3 843	100

1) Vgl. Erläuterungen im Anhang.

Im Jahre 1973 wurden von den im staatlichen Sozialbudget zusammengefaßten Gebietskörperschaften für sozialrelevante Tatbestände immerhin Ausgaben in Höhe von rund 7 Mrd.DM geleistet. Entsprechend der besonderen Aufgabenstruktur der im staatlichen Sozialbudget erfaßten Träger weisen die auf die einzelnen Funktionen entfallenden Quoten im Vergleich zu denen des allgemeinen und umfassenderen Sozialbudgets andere Werte auf. Eine Analyse dieser Strukturziffern vermittelt eine Vorstellung über die Größenordnung der im staatlichen Sozialbudget aufgeführten Sozialleistungen.

Während die in die bisher besprochenen Sozialbudgets eingegangenen sozialrelevanten Tatbestände nach einheitlichen Kriterien, und zwar den dem Sozialbudget des Bundes zugrunde liegenden, abgegrenzt wurden, hat das Statistische Landesamt darüber hinaus zusätzliche Leistungen der Kostenträger Land und Gemeinden, die über die bisher erfaßten Tatbestände hinausreichen, aber ebenfalls sozial motiviert sind, in einem Anhang zum staatlichen Sozialbudget zusammengefaßt. Es werden hier also zusätzlich „Sozialleistungen in einem weiteren Sinne“ ausgewiesen (vgl. die Erläuterungen im Anhang).

In dieser Ergänzung zum staatlichen Sozialbudget des Landes wurde einerseits der Funktionskatalog um die Funktion Bevölkerungsschutz und Verbesserung der Umweltverhältnisse erweitert, andererseits wurden außer den sonst üblichen Leistungsarten auch die sozialmotivierten Investitionen des Landes und der Gemeinden erfaßt.

1973 beliefen sich die in dieser Ergänzung zusammengefaßten zusätzlichen Sozialleistungen insgesamt auf rund 11,3 Mrd.DM. Für die Leistungsart Allgemeine Dienste und Leistungen wurden rund zwei Drittel, für investive Maßnahmen ein Drittel dieser Summe aufgebracht. Auf die übrigen Leistungsarten entfielen zusammen lediglich knapp ein Prozent der zusätzlichen Leistungen des Landes und der Gemeinden.

3.4.2 Medizinische Versorgung der Bevölkerung

Im Rahmen der Daseinsvorsorge hat die Gesundheitspolitik eine zentrale Bedeutung. Vorsorge und Vorbeugung sind besser geeignet, die Gesundheit der Bevölkerung zu erhalten, als dies die nur nachgehende Heilung von Erkrankten bzw. die Minderung von Krankheitsfolgen bewirken kann, und sind zudem billiger. Noch mehr setzen allerdings Maßnahmen der Vorsorge und Vorbeugung — da sie auf der aktiven Mitwirkung der Bevölkerung beruhen — voraus, daß eine „bürgernahe“ medizinische Versorgung in allen Regionen des Landes gewährleistet ist.

Versorgung mit Ärzten

Am 31. Dezember 1973 waren bei den Gesundheitsämtern Baden-Württembergs 16 693 berufstätige Ärzte gemeldet. Im Vergleich zum Jahresende 1963 erhöhte sich der Ärztebestand um ein gutes Drittel (37,0 %). Dagegen nahm die Bevölkerungszahl im gleichen Zeitraum nur um 13,9 % zu. Als Folge dieser unterschiedlichen Entwicklung ergibt sich insgesamt eine Verbesserung der Ärztedichte. Während am Jahresende 1973 nur 553 Einwohner von einem Arzt zu betreuen waren, waren es 1963 im Durchschnitt noch 665 Einwohner. Ein sehr uneinheitliches Entwicklungsbild zeigt sich hingegen bei der beruflichen Differenzierung der Ärzte sowie unter Berücksichtigung regionaler Gesichtspunkte.

Entsprechend den heutigen medizinischen Anforderungen ist eine zunehmende Spezialisierung zu verzeichnen. Der Anteil der Fachärzte belief sich vor zehn Jahren auf 41,4 %, Ende 1973 war er bei 43,0 %. Unter den Fachärzten stellten die Internisten mit einem Viertel die stärkste Gruppe, es folgten die Chirurgen, Gynäkologen und die Fachärzte für Nerven- und Gemüskrankheiten.

Tabelle 8

Ärzte und Zahnärzte

Bezeichnung	Jahresende		
	1953	1963	1973
Ärzte insgesamt	9 575	12 184	16 693
darunter			
Fachärzte insgesamt	3 366	5 048	7 185
Ärzte in freier Praxis (praktische Ärzte und Fachärzte)	5 889	7 102	7 939
Zahnärzte insgesamt	4 242	4 985	4 842
darunter			
Zahnärzte in freier Praxis	4 162	4 855	4 636

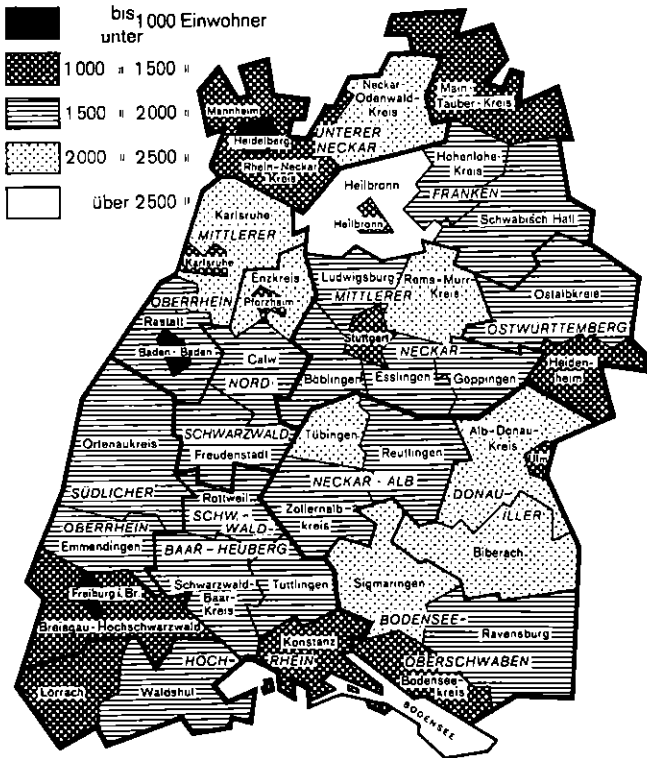
Freipraktizierende Ärzte

Knapp die Hälfte (47,6 %) der gemeldeten Ärzte übt ihren Beruf in freier Praxis aus. Vor zehn Jahren belief sich dieser Anteil noch auf 58,3 %. Demgegenüber ist die Quote der hauptamtlichen Krankenhausärzte von 32,2 % (1963) auf 42,3 % gestiegen. Der Anteil der in der Verwaltung und Forschung tätigen Ärzte hat sich hingegen kaum verändert. Die Versorgung der Bevölkerung mit freipraktizierenden Ärzten ist deshalb vorübergehend etwas ungünstiger geworden: hatte ein Arzt in freier Praxis am Jahresende 1963 durchschnittlich 1141 Personen zu betreuen, so pendelte die Zahl im Laufe der folgenden Jahre um 1200, Ende 1973 lag sie

Schaubild 1

Ärztedichte in den Stadt- und Landkreisen
am 31. Dezember 1973

Auf ... Einwohner kam ein Primärarzt ¹⁾



1) Praktischer Arzt (Allgemeinpraktiker), Internist, Frauenarzt, Kinderarzt.

5675

bei 1164. Damit hat sich in den letzten Jahren wieder ein Trend zu einer besseren Versorgung eingestellt.

Die Zahl der freipraktizierenden Ärzte verteilte sich 1973 zu 52 % auf praktische Ärzte einschließlich der Allgemeinärzte und zu 48 % auf Fachärzte. Vor zehn Jahren betrug die Quote der praktischen Ärzte noch 60,7 %. Auch hierin zeigt sich der starke Trend zur Spezialisierung.

Insgesamt gesehen liegt das Schwergewicht der ärztlichen Versorgung der Bevölkerung bei der Behandlung durch die sogenannten *Primärärzte*, die von

Tabelle 9

Entwicklung der Arzt- und Zahnärztdichte

Bezeichnung	Auf Einwohner kamen am Jahresende		
	1953	1963	1973
Ärzte	717	666	553
Arzt in freier Praxis	1 165	1 141	1 164
Primärarzt in freier Praxis	1 440	1 451	1 527
Zahnarzt	1 618	1 627	1 908
Zahnarzt in freier Praxis	1 649	1 670	1 992

der Bevölkerung als erste und am meisten aufgesucht werden. Darunter sind die praktischen Ärzte, die Fachärzte für Innere Krankheiten, Frauenkrankheiten und Kinderkrankheiten zu verstehen. Auf diese Arztgruppen entfielen 1973 insgesamt drei Viertel (76,2 %) aller Ärzte in freier Praxis.

Die Anzahl der Zahnärzte hat sich in den letzten Jahren etwas verringert; aufgrund des festgestellten Bevölkerungswachstums verschlechterte sich der Dichtewert nicht unbeträchtlich. Versorgte 1963 ein freipraktizierender Zahnarzt durchschnittlich noch 1670 Einwohner, so erhöhte sich diese Zahl bis 1973 auf 1992 Personen. Nach Ansicht der Weltgesundheitsorganisation (WHO) ist ein Dichtewert von 2000 ausreichend.

Regionale Streuung der Ärztedichte

Die Verteilung der berufstätigen Ärzte in den einzelnen Regionen des Landes ist sehr uneinheitlich.

Da die Bevölkerung im Krankheitsfall erfahrungsgemäß zunächst die Primärärzte in freier Praxis aufsucht, die, falls notwendig, eine Einweisung ins Krankenhaus oder eine Überweisung zum Facharzt vornehmen, stellt der Dichtewert dieser Arztgruppe einen ganz wesentlichen Indikator für die medizinische Versorgung dar. Günstige Dichtewerte errechnen sich insbesondere für die Stadtkreise Heidelberg, Freiburg im Breisgau, Baden-Baden und Pforzheim. Auch die Landkreise mit bedeutenden Kurorten weisen eine bemerkenswerte Ärztedichte auf. Dagegen bleibt die Versorgung in einigen Kreisen mit ausgesprochen ländlicher Struktur wie in Heilbronn (2605), im Alb-Donau-Kreis (2485) und im Enzkreis (2291) deutlich hinter dem Landesdurchschnitt von 1527 Einwohnern pro Arzt zurück. Es stellt sich also hier das Problem der angemessenen Verteilung der Ärzte im Interesse einer gleichmäßigen Versorgung der Bevölkerung in allen Landesteilen. Doch darf in diesem Zusammenhang nicht übersehen werden, daß bei den genannten Landkreisen die eingelagerten Stadtkreise einen Teil der Versorgung mitübernehmen. Um diesem Ziel einer angemessenen Verteilung näherzukommen, fördern das Land über die Landeskreditbank und die Versorgungsanstalt für Ärzte, Zahnärzte und Tierärzte in Tübingen die Niederlassung von Ärzten in unterversorgten Gebieten finanziell durch Gewährung von zinsgünstigen Darlehen mit gutem Erfolg.

Künftiger Ärztebedarf

Für Aussagen über die ärztliche Versorgung in der Zukunft ist die Kenntnis der Altersgliederung der Ärzte unerlässlich. Diese ist bisher nur für die der kassenärztlichen Versorgung angeschlossenen Ärzte bekannt. Befürchtungen hinsichtlich einer Verschlechterung der Versorgung mit Ärzten gründen sich vorwiegend auf die Altersstruktur bei den Allgemeinpraktikern. Ihr Durchschnittsalter liegt ge-

genwärtig bei 55 Jahren. Dieses hohe Durchschnittsalter ist eine zwangsläufige Folge davon, daß der weitaus größte Teil der neu ausgebildeten Ärzte die ersten Berufsjahre im Krankenhaus absolviert und eine freie Praxis erst um das 40. Lebensjahr übernimmt. Außerdem sind viele Ärzte über das 65. Lebensjahr hinaus tätig.

Um einen Ausblick auf die voraussichtliche weitere Entwicklung geben zu können, ist es erforderlich, die Zahl der zu erwartenden Zu- und Abgänge an Kassenärzten zu untersuchen. Das Statistische Landesamt hat hierzu Berechnungen durchgeführt. Grundlage dieser Untersuchungen bildeten einmal die Zahlen über Studierende der Medizin, bestandene Staatsexamen, Approbationen, zum anderen die vom Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Sozialordnung erstellte Altersgliederung der Kassenärzte am 31.12.1972 mit einer Altersdifferenzierung der 1972 ausgeschiedenen Kassenärzte sowie weitere Unterlagen der Kassenärztlichen Vereinigungen.

Nach der aus den Altersgliederungen ermittelten Wahrscheinlichkeit des Verbleibens eines Kassenarztes im Beruf kann davon ausgegangen werden, daß in den Jahren bis 1980 im Durchschnitt jährlich etwa 190 und in den Jahren nach 1980 im Durchschnitt jährlich etwa 220 Ärzte altershalber oder aus sonstigen Gründen ihre Praxis aufgeben werden. Unterstellt man bei älteren Ärzten für die Zukunft ein etwas früheres Ausscheiden aus dem Berufsleben als gegenwärtig, so erhöht sich die durchschnittliche Zahl der zu erwartenden Abgänge im Zeitraum bis 1980 auf etwa 210 und danach auf nahezu 290 Ärzte pro Jahr. Der aus der voraussichtlichen Bevölkerungsentwicklung resultierende jährliche Mehrbedarf an niedergelassenen Ärzten beträgt in den nächsten Jahren im Durchschnitt etwa 40 und ab 1979 mehr als 10 Ärzte. Auf der Basis der jetzigen Arztdichte ist somit bis 1980 ein jährlicher Neuzugang von etwa 230 bis 250 und nach 1980 von etwa 230 bis 300 Kassenärzten erforderlich.

Die Zahl der Zulassungen zur Kassenpraxis lag 1974 bei 514 gegenüber 266 Abgängen. Sie lag damit – wie auch in den vorhergehenden Jahren – deutlich über der Zahl der in den nächsten Jahren zu erwartenden Abgänge und dem durch die Bevölkerungsentwicklung bedingten Mehrbedarf.

Bei der zu erwartenden Zahl der jährlichen Approbationen kann gesagt werden, daß die derzeitige Arztdichte in der Versorgung durch freipraktizierende Ärzte in den kommenden Jahren nicht nur gehalten, sondern sogar verbessert werden kann. Gegenwärtig stehen jährlich 1160 Studienplätze für Studienanfänger der Medizin zur Verfügung. Die Zahl der ärztlichen Approbationen lag 1973 bei 1006; in den kommenden Jahren kann mit 850 bis 950 Approbationen jährlich gerechnet werden. Al-

lerdings ist auch die Entwicklung der Nachfrage nach ärztlichen Leistungen zu berücksichtigen. Mit einer Ausdehnung der Untersuchungen zur Vorbeugung und zur Früherkennung von Krankheiten ist zu rechnen; auch ist eine höhere als die bisherige Beteiligungsquote an diesen Untersuchungen anzustreben.

Versorgung mit Krankenhäusern

Am Jahresende 1973 zählte man 103 662 planmäßige Betten in 676 Krankenhäusern, von denen fast zwei Drittel für die Aufnahme von Akutkranken bestimmt waren. Durchschnittlich jeder 8. Bewohner des Landes ließ sich während des Jahres in diesen Einrichtungen stationär behandeln; auf 1000 Einwohner kamen 134 Krankenhausfälle gegenüber 117 im Jahr 1963. Gleichzeitig haben moderne medizinische Methoden und Techniken dazu beigetragen, die Verweildauer in Akutkrankenhäusern zu verkürzen, und zwar von durchschnittlich 20 Tagen im Jahr 1963 auf 16,6 Tage 1973, wodurch Aufnahmekapazitäten frei wurden.

Mehr Ärzte in Krankenhäusern

Mit insgesamt 8085 Ärzten waren 1973 70 % mehr Ärzte in Krankenhäusern beschäftigt als 10 Jahre zuvor. Die Ursachen dieser beachtlichen Entwicklung – im Vergleich zu anderen Ärztegruppen liegt hier eine überdurchschnittliche Steigerungsrate vor – sind zum einen in der für verschiedene Disziplinen, beispielsweise der Chirurgie, immer mehr als notwendig erachteten Teamarbeit begründet, die eine größere Zahl von Ärzten erfordert. Zum anderen findet die Weiterbildung zum Facharzt vornehmlich in Krankenhäusern statt, in denen mindestens zwei Drittel der Ausbildungszeit abzuleisten sind. Bei der immer stärkeren Spezialisierung wird daher der Anteil sich fortbildender Ärzte in den Krankenhäusern steigen. Nicht zuletzt dürfte mancher junge Mediziner eine hochspezialisierte und nach dem

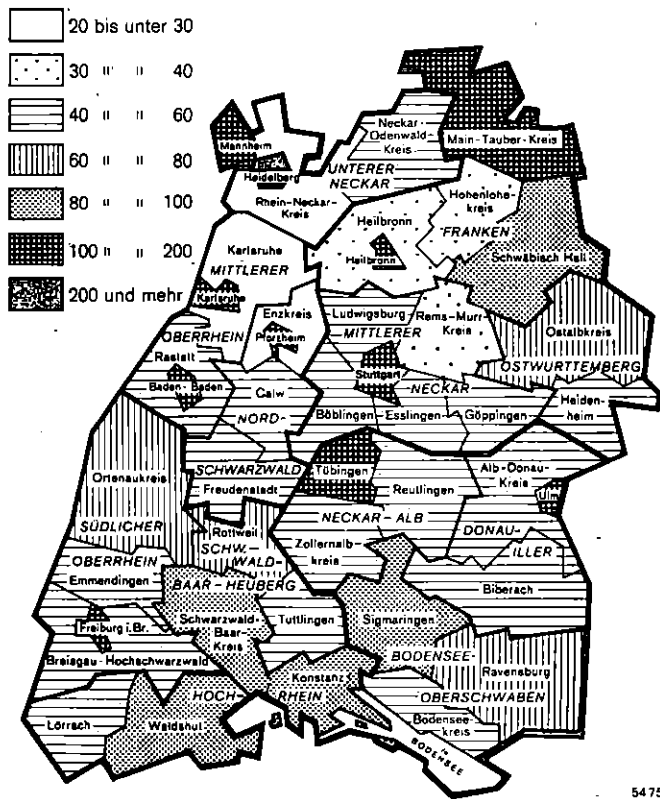
Tabelle 10

Krankenhäuser

Bezeichnung	Jahresende		
	1953	1963	1973
Krankenhäuser insgesamt	531	646	676
mit planmäßigen Betten	72 913	89 602	103 662
auf 10 000 Einwohner	106,2	110,5	112,2
darunter			
Krankenhäuser für Akutkranke	410	442	412
mit planmäßigen Betten	50 450	57 345	64 320
auf 10 000 Einwohner	73,5	70,7	69,6

Bettendichte in Akutkrankenhäusern nach Stadt- und Landkreisen am 1. 1. 1974

Planmäßige Betten in Akutkrankenhäusern auf 10 000 der Bevölkerung



neuesten Wissensstand ausgerichtete Klinik mit entsprechenden Entwicklungsmöglichkeiten einer eigenen Praxis vorziehen. Schließlich bleibt auf die Attraktivität einer vergleichsweise kürzeren Arbeitszeit hinzuweisen, die andererseits den Ärztebedarf vergrößert hat.

Unterschiedliche Bettendichte in einzelnen Regionen

Die Versorgung mit Krankenhäusern für Akutkranke zeigt in den einzelnen Regierungsbezirken und Kreisen ein recht unterschiedliches Bild. Diese Tatsache drückt sich in der jeweiligen Anzahl der Krankbetten bezogen auf die jeweilige Einwohnerzahl, also der Bettendichte aus (s. Tabellen im Anhang). Besonders hohe Quoten errechnen sich für Stadtkreise, Universitätsstädte und Kurorte. Niedrigere Werte ergeben sich bei einigen Landkreisen, so z.B. im Rhein-Neckar-Kreis, Enzkreis, im Landkreis Karlsruhe, Heilbronn, Hohenlohekreis und im Rems-Murr-Kreis. Diese Zahlen können jedoch keinen unmittelbaren Aufschluß über eine bedarfsgerechte und leistungsfähige Versorgung der einzelnen Gebiete mit Krankenhausleistungen geben, da ein Teil der erforderlichen Krankenhausbetten aus medizinischen und auch wirtschaftlichen Gründen immer überregional vorgehalten werden muß.

Planung einer bedarfsgerechten Krankenhausversorgung

Der Krankenhausbedarfsplan (Stufe 1) der Landesregierung ist nunmehr im Entwurf fertiggestellt. Er stellt das Koordinations- und Steuerungsinstrument des Landes für die Neuordnung und Weiterentwicklung des Krankenhauswesens in Baden-Württemberg dar und soll eine bedarfsgerechte Versorgung der Bevölkerung mit einem System leistungsfähiger Krankenhäuser und einer bestmöglichen Versorgung der Patienten in allen Teilen des Landes sichern.

Nach dieser Planung werden die 12 Regionen des Landes in fünf Versorgungsgebiete gegliedert. In ihnen wiederum wird der Bettenbedarf auf vier Leistungsstufen verteilt, in denen sich die Krankenhäuser in ihrer Funktion und Ausstattung gegenseitig ergänzen sollen. Diese Leistungsstufen reichen von der Standardausrüstung in der Grund- und Ergänzungsversorgung über die Regel- und Zentralversorgung bis hin zu der hochspezialisierten Maximalversorgung, die weitgehend in den Universitätskliniken vorgehalten wird.

In der zweiten Stufe des Krankenhausbedarfsplans werden dann Funktion, Größe und fachliche Gliederung jedes einzelnen Krankenhauses verbindlich festgelegt. Die Errichtungskosten je Krankenhausbett werden sich voraussichtlich von derzeit 150 000 DM bis 1985 verdoppeln. Im Durchschnitt der Jahre 1974 bis 1985 sind unter dieser Annahme für ein Krankenhausbett rund 200 000 DM veranschlagt. Danach ergibt sich in den nächsten Jahren insgesamt ein Investitionsbedarf von über 3 Milliarden DM.

Die Gesundheitssicherung im Rahmen des Sozialbudgets

Seit einigen Jahren wird ein Sozialbudget für das Land Baden-Württemberg erstellt, das die Sozialleistungen transparent macht (vgl. hierzu Kap. 3.4.1). Für das Jahr 1973 weist dieses Sozialbudget Sozialleistungen in Höhe von 37,5 Mrd. DM aus. Etwa ein Drittel hiervon sind der Funktion Gesundheit zugeordnet, mit ihren Bereichen

- Vorbeugung
- Krankheit
- Arbeitsunfall/Berufskrankheit
- Allgemeine Invalidität.

Bereits mehr als 100 DM je Kopf der Bevölkerung werden monatlich in diesem „Gesundheitsbudget“ nachgewiesen. Und doch sind die insgesamt 12,3 Mrd. DM für 1973 durch weitere, nicht miteinfaßte Leistungen zu ergänzen:

- um Versicherungsleistungen der privaten Krankenversicherungen
- um Ausgaben der privaten Haushalte für die Gesundheit, wobei die Beiträge zur gesetzlichen oder freiwilligen Krankenversicherung nicht be-

rücksichtigt werden, um Doppelzählungen zu vermeiden. Aus demselben Grunde entfallen die von freiwillig versicherten Haushalten gezahlten Arzt-, Medikamenten- und Krankenhauskosten, da diese (ganz oder teilweise) an die Haushalte als Erstattungen der Kassen oder Beihilfen der Arbeitgeber zurückfließen

- um Ausgaben der öffentlichen Hand für Krankenhäuser. Hierunter sind nicht nur die durch die Pflegesätze und übrigen Einnahmen der öffentlichen Krankenhäuser (einschließlich psychiatrischer Anstalten und Hochschulkliniken) nicht gedeckten Ausgaben der öffentlichen Krankenhäuser zu verstehen, sondern auch die entsprechenden Zuschüsse an Einrichtungen der Wohlfahrtspflege und private Krankenhäuser.
- um Versorgungsrenten und Gesundheitsmaßnahmen für Beschädigte aus der Kriegsopferversorgung, die im Sozialbudget der Funktion „Folgen politischer Ereignisse“ zugeordnet sind.

Einschließlich dieser Leistungen dürfte das Gesundheitsbudget des Landes für 1973 über 16 Mrd.DM betragen. Der Anteil der im Sozialbudget ausgewiesenen Leistungen am Bruttoinlandsprodukt liegt damit bei mehr als 11 % und zeigt deutlich seine Bedeutung im Rahmen der gesamtwirtschaftlichen Situation.

Auf Maßnahmen der Vorbeugung, also der Früherkennung und Verhütung von Krankheiten und Arbeitsunfällen entfällt mit etwa 0,9 Mrd.DM ein verhältnismäßig geringer Beitrag. Zwar sind die Aufwendungen für derartige Maßnahmen kontinuierlich gestiegen, ihr Anteil hat sich jedoch nur wenig erhöht. Bisher wird vom Angebot der Maßnahmen nicht ausreichend Gebrauch gemacht, dies schlägt sich natürlich in den Kosten nieder.

Mit zwei Drittel (8,1 Mrd.DM) haben die Leistungen für Krankheit den weitaus größten Anteil. In dieser Position sind alle Leistungen für kurative und nachgehende Maßnahmen enthalten; darüber hinaus

aber auch der Einkommensersatz bei Arbeitsunfähigkeit, also die Entgeltfortzahlung durch den Arbeitgeber sowie das Krankengeld der gesetzlichen Krankenversicherung.

Jeweils ein Achtel entfallen auf die Teilfunktionen allgemeine Invalidität und Arbeitsunfall (Berufskrankheit). Beide Funktionen enthalten Leistungen, die bei Berufs- und Erwerbsunfähigkeit erbracht werden; sie sind nur nach ihrer Ursache getrennt.

Die Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung

Rund 90 % unserer Bevölkerung sind gegen Krankheit versichert; mehr als zwei Drittel als Mitglieder oder mitversicherte Familienangehörige in den Orts-, Betriebs- und Innungskrankenkassen (RVO-Kassen).

Von 1968 bis 1973 erhöhten sich die Leistungen der RVO-Krankenkassen (ohne Verwaltungskosten) durchschnittlich um mehr als vier Fünftel auf 4,2 Mrd.DM. Diese progressive Entwicklung ist umso bemerkenswerter, als mit der Einführung der Lohnfortzahlung im Jahre 1970 die Träger der gesetzlichen Krankenversicherung finanziell entlastet worden sind.

Zu den Schwerpunkten der Leistungen der Krankenversicherung zählen die Krankenbehandlung in Anstalten, die Behandlung durch Ärzte und die Kosten für Arznei-, Heil- und Hilfsmittel aus Apotheken. Diese drei Posten machen bereits zwei Drittel aller Leistungsausgaben der Krankenversicherungen aus.

Die Aufwendungen für die Behandlung durch Ärzte (ohne Zahnärzte) bewegten sich 1973 im Durchschnitt je Mitglied (einschl. der Ausgaben für mitversicherte Familienangehörige) um rund 259 DM; im Vergleich zu 1968 (rund 151 DM) bedeutet dies

Tabelle 11

Durchschnittlicher Mitgliederbestand der RVO – Kassen¹⁾

Versichertengruppe	1968	1970	1972	1973
Mitglieder insgesamt	3 152 166	3 385 657	3 444 965	3 467 493
davon				
Pflichtversicherte	2 046 588	2 225 729	2 256 384	2 299 616
Freiwillig Versicherte	301 693	287 068	261 921	223 709
Rentenbezieher und -bewerber	803 885	872 860	926 660	944 168

1) Orts-, Betriebs- und Innungskrankenkassen.

Tabelle 12

Leistungsaufwand der RVO – Kassen ¹⁾ je Mitglied im Jahr 1973

Leistungsart	Leistungsausgaben					
	insgesamt		davon			
			Allg. KV		KVdR	
	je Mitglied 2)	Zunahme 68/73	je Mitglied 2)	Zunahme 68/73	je Mitglied 2)	Zunahme 68/73
	DM	%	DM	%	DM	%
Ausgaben insgesamt	1 224,72	70,1	1 164,80	57,4	1 384,87	108,9
darunter für:						
Behandlung durch Ärzte	258,20	71,4	245,90	70,4	291,08	72,3
Behandlung durch Zahnärzte	68,80	52,3	87,25	56,2	19,47	39,4
Arznei, Heil- und Hilfsmittel aus Apotheken	205,86	88,9	150,18	78,3	354,67	95,7
Krankenbehandlung in Anstalten	357,80	127,8	304,53	120,3	500,10	135,8

1) Orts-, Betriebs- und Innungskrankenkassen.— 2) Einschließlich mitversicherter Familienangehöriger.

eine Kostenerhöhung um mehr als sieben Zehntel. In der Allgemeinen Krankenversicherung (Allg.KV) lagen die Aufwendungen für ärztliche Betreuung mit rund 246 DM unter dem Durchschnitt, in der Krankenversicherung der Rentner (KVdR) mit rund 291 DM dagegen beträchtlich über der Gesamtquote, wobei noch anzumerken ist, daß die Zahl der mitversicherten Familienangehörigen in der KVdR erheblich geringer ist. Die Veränderungsrate gegenüber 1968 war in der KVdR höher als in der Allg.KV.

Die Ausgaben für Arznei-, Heil- und Hilfsmittel (ohne entsprechende Leistungen in Krankenanstalten und von sonstigen Stellen) erhöhten sich seit 1968 überdurchschnittlich um mehr als das Doppelte.

Diese Feststellung trifft für alle Kassenarten zu; der Kostenanstieg war in der KVdR allgemein stärker als in der Allg.KV (siehe Tabelle im Anhang). Insgesamt beliefen sich die Leistungen für 1973 auf rund 714 Mill.DM; mehr als die Hälfte dieser Kosten waren durch die Allg.KV entstanden.

Wie stark die Leistungsstruktur der gesetzlichen Krankenversicherung vom Altersaufbau ihrer Mitglieder abhängt, zeigt ein Vergleich der Entwicklung verschiedener Leistungen in der Allg.KV und KVdR. Danach beliefen sich die Krankenhauskosten, die seit 1968 um mehr als das 1,5-fache gestiegen sind, 1973 auf 1,241 Mrd.DM. In der KVdR hatten sich die Aufwendungen überdurchschnittlich auf 472 Mill.DM (+ 177 %) erhöht, in der Allg.KV lag die Zuwachsrate (+ 137 %) dagegen unter dem Durchschnitt von + 151 %; insgesamt waren gut 768 Mill.DM aufzubringen.

Tabelle 13

Krankenhauskosten der RVO – Kassen ¹⁾

Jahr	Krankenhauskosten		
	insgesamt	davon	
		Allg. KV	KV dR
	1000 DM		
1968	495 173	324 653	170 520
1970	681 451	440 360	241 091
1972	1 057 157	662 217	394 940
1973	1 240 677	768 433	472 244

1) Orts-, Betriebs- und Innungskrankenkassen.

Prognosen für die künftige Entwicklung der Gesundheitskosten sind schwierig. Sie hängen von einer Vielzahl von Faktoren ab. Der medizinisch-technische Fortschritt wird eine ständige Verbesserung des Leistungsangebots bringen, damit jedoch sicher auch eine Verteuerung der Leistungen. Die Aufwendungen für Medikamente werden weiter steigen, ebenso die in die Pflegesätze eingehenden Lohnkosten für das Krankenhauspersonal. Erweiterungen des Angebots an ärztlichen Untersuchungen zur Früherkennung bestimmter Krankheiten bei Kindern und Erwachsenen sind zu erwarten. Aufklärungskampagnen werden dazu beitragen, daß die Bevölkerung diese Angebote stärker als bisher in Anspruch nimmt. Auch Veränderungen im Altersaufbau der Bevölkerung können Kostensteigerungen

Tabelle 14

Die Entwicklung der Leistungsausgaben der RVO – Kassen 1)

Versicherungsart	Leistungsausgaben			
	1960	1968	1973	1978 ²⁾
	Mrd. DM			
Allgemeine Krankenversicherung	0,89	1,74	2,94	6,12
Krankenversicherung der Rentner	0,13	0,53	1,31	3,08
Insgesamt	1,02	2,27	4,25	9,20

1) Orts-, Betriebs- und Innungskrankenkassen. – 2) Geschätzte Daten in Anlehnung an das Krankenversicherungs-Budget, herausgegeben vom Ministerium für Soziales, Gesundheit und Sport in Rheinland-Pfalz, 1974.

gen bewirken. So werden mit dem steigenden Anteil älterer Menschen, die gerade die kostenintensiven Leistungen (Krankenhausbehandlung, Arzneien) am meisten beanspruchen, auch die Kosten in diesen Bereichen überdurchschnittlich steigen.

Alle Sozialleistungen sind in den vergangenen Jahren erheblich gestiegen, dabei besonders die für die Funktion Gesundheit. Auch in den nächsten Jahren ist mit weiteren erheblichen Steigerungen zu rechnen, und zwar nicht nur in den Summen, sondern verstärkt in den Pro-Kopf-Leistungen. Nach neuesten Schätzungen einer Planungsgruppe im rheinland-pfälzischen Sozialministerium¹ wird sich im Bundesgebiet allein der Leistungsaufwand der gesetzlichen Krankenversicherung bis 1978 mehr als verdoppeln. Statt 43 Mrd.DM im Jahre 1973 sollen es dann 93 Mrd.DM sein, also allein schon für die Krankenversicherung mehr als im Sozialbudget für die Funktion Gesundheit 1973 ausgewiesen ist. Demgegenüber sieht das von der Bundesregierung vorgelegte Sozialbudget 1974² eine Steigerung der Leistungen in der Institution Krankenversicherung und Mutterschutz auf 82 Mrd.DM für 1978 vor.

Legt man für Baden-Württemberg die Zuwachsraten des Krankenversicherungs-Budgets zugrunde, bedeutet das einen Anstieg des Leistungsaufwands von 4,2 Mrd.DM im Jahre 1973 auf etwa 9,2 Mrd. DM im Jahre 1978, wobei die neuen Leistungsverpflichtungen für Zahnersatz, Rehabilitation, Arznei-, Heil- und Hilfsmittel sowie Sterbegeld als Kostenfaktoren bereits berücksichtigt sind. Das würde eine Steigerung des Anspruchs an das Bruttoinlandsprodukt von knapp 3 % auf etwa 4,5 % bedeuten.

3.4.3 Die Lebensverhältnisse älterer Menschen

Unter den vielfältigen Aufgaben der Sozialpolitik haben die Hilfen für ältere Menschen in den letzten Jahrzehnten einen immer größeren Stellenwert erhalten. Gründe hierfür sind die steigende Zahl älterer Menschen, der Wandel der Familienstrukturen, die damit einhergehende Lockerung gewachsener sozialer Bindungen u.a. mehr. Auch in der öffentlichen Diskussion hat die Lebenssituation der älteren Menschen ein wachsendes Interesse gefunden. Dies sollte allerdings nicht zu der Annahme verleiten, daß alle älteren Menschen auf besondere Hilfen angewiesen seien. Der größte Teil der älteren Bürger ist durchaus in der Lage, das Alter aus eigener Kraft oder mit Hilfe der Familie oder sonstiger Bezugspersonen zu meistern. Aus einschlägigen Untersuchungen ist bekannt, daß 70 bis 85 % der Altenbevölkerung keiner besonderen Hilfen zur Anpassung und Lebensbewältigung bedürfen. Erst dann, wenn das Einkommen oder die Wohnverhältnisse unzureichend sind und familiäre Hilfen ausfallen, ergibt sich eine Situation, die organisierte oder institutionell bereitgestellte Hilfen erforderlich macht.

Die Zahl der älteren Menschen (hierunter sollen in diesem Zusammenhang die 65jährigen und Älteren verstanden werden) hat in den letzten Jahren überproportional zugenommen und zwar von 784 000 im Jahre 1961 auf 1,155 Millionen Anfang 1974. Sie wird bis 1980 voraussichtlich auf 1,289 Millionen ansteigen und erst mit dem Nachrücken der geburtenschwachen Jahrgänge des 1. Weltkrieges vorübergehend wieder abnehmen. Besonders bedeutsam in diesem Zusammenhang ist die zu erwartende starke Zunahme der Hochbetagten im Alter von 75 und mehr Jahren (vgl. Teil 2: Vorausschätzung der Bevölkerung, s.a. Tabelle 2), die auch über das Jahr 1980 hinaus anhalten wird.

Der Anteil der älteren Menschen an der Wohnbevölkerung, der um die Jahrhundertwende noch bei 5,2 % lag, ist bis Anfang 1974 auf 12,5 % gestiegen. Diese Entwicklung ist in erster Linie eine Folge der gestiegenen Lebenserwartung. Als weitere Ursache kommt hinzu, daß die Altersstruktur der Bevölkerung durch die beiden Weltkriege einschneidende Veränderungen erfahren hat und daß die Geburtenzahlen in den letzten Jahren stark zurückgegangen sind.

Aus den Daten der Volkszählung 1970 zur Familien- und Haushaltsstruktur¹ hat sich u.a. ergeben, daß der Mehr-Familien-Haushalt seine Bedeutung fast ganz verloren hat. Die Zahl der Haushalte, in denen Ehepaare mit ihren verheirateten Kindern und eventuell auch noch deren Kindern zusammen-

1) Krankenversicherungs-Budget. Vorgelegt 1974.

2) Arbeits- und sozialstatistische Mitteilungen, Heft 12/1974, S.414.

1) Vgl. Kaeser, Struktur der Familien – Ergebnisse der VZ 1970 – in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 7/1974.

Tabelle 15

Ältere Menschen ¹⁾ nach Geschlecht und Alter am 1.1.1974

Alter von ... bis unter ... Jahren	Ältere Menschen				
	insgesamt		Männer	Frauen	
	Zahl	%	Zahl	Zahl	%
65 — 66	97 057	8,4	39 528	57 529	59,3
66 — 67	93 256	8,1	38 535	54 721	58,7
67 — 68	88 819	7,7	36 134	52 685	59,3
68 — 69	85 831	7,4	35 725	50 106	58,4
69 — 70	82 032	7,1	33 938	48 094	58,6
Zusammen	446 995	38,7	183 860	263 135	58,9
70 — 71	76 346	6,6	31 468	44 878	58,8
71 — 72	73 775	6,4	29 866	43 909	59,5
72 — 73	69 524	6,0	27 661	41 863	60,2
73 — 74	62 583	5,4	24 561	38 022	60,8
74 — 75	57 468	5,0	21 837	35 631	62,0
Zusammen	339 696	29,4	135 393	204 303	60,1
75 — 76	51 831	4,5	18 699	33 132	63,9
76 — 77	45 713	4,0	16 050	29 663	64,9
77 — 78	41 744	3,6	13 901	27 843	66,7
78 — 79	36 645	3,2	12 146	24 499	66,9
79 — 80	32 250	2,8	10 152	22 098	68,5
Zusammen	208 183	18,0	70 948	137 235	65,9
80 — 81	28 246	2,4	9 118	19 128	67,7
81 — 82	24 279	2,1	7 798	16 481	67,9
82 — 83	21 439	1,9	6 931	14 508	67,7
83 — 84	17 400	1,5	5 549	11 851	68,1
84 — 85	15 071	1,3	4 746	10 325	68,5
Zusammen	106 435	9,2	34 142	72 293	67,9
85 — 90	42 005	3,6	13 438	28 567	68,0
90 — 95	10 442	0,9	3 411	7 031	67,3
95 und älter	1 537	0,1	572	965	62,8
Insgesamt	1 155 293	100	441 764	713 529	61,8

1) Im Alter von 65 und mehr Jahren.

leben, ist seit 1961 überdurchschnittlich zurückgegangen. Entsprechend dem Alter des hier interessierenden Bevölkerungsteils ist die Zahl der unvollständigen Familien besonders hoch. So lebten 1970 rund je die Hälfte der älteren Menschen in vollständigen und in unvollständigen Familien. Bei der weitaus überwiegenden Zahl der vollständigen Familien handelte es sich um alleinlebende Ehepaare, nur jedes 5. Ehepaar lebte mit ledigen Kindern oder Enkeln zusammen. Bei den unvollständigen Fami-

lien überwiegen diejenigen mit weiblichem Familienvorstand, da von den älteren Frauen nur noch etwa ein Drittel verheiratet ist. In jeder 8. unvollständigen Familie lebte der verwitwete oder geschiedene Elternteil mit ledigen Kindern bzw. Enkeln zusammen.

Die Selbständigkeit der älteren Menschen in der Haushalts- und Lebensführung hängt in starkem Maße von der Beschaffenheit und Ausstattung ihrer

Tabelle 16

Voraussichtliche Entwicklung der Bevölkerung im Alter von 65 und mehr Jahren — Basis 1.1.1973 —

Alter von ... bis unter ... Jahren	1.1.1974	1980	1985	1990
	1 000 Personen			
65 — 70	447,0	450,4	282,3	435,8
70 — 75	339,7	381,9	377,8	237,6
75 und älter	368,6	456,5	516,1	541,3
65jährige und Ältere insgesamt	1 155,3	1 288,8	1 176,2	1 214,7
	in Prozent			
Anteil an der Gesamtbevölkerung	12,5	13,5	12,3	12,6
Anteil der 75jährigen und Älteren an den Älteren insgesamt	31,9	35,4	43,9	44,6

Tabelle 17

Familienvorstände im Alter von 65 und mehr Jahren nach Familientypen

Familientyp	Familien insgesamt	Familien insgesamt mit Familien- vorstand im Alter von 65 u.m. Jahren	Davon im Alter von bis unter Jahren			
			65 - 70	70 - 75	75 - 80	80 und mehr
			in 1 000			
Ehepaare ohne Kinder	691,7	235,6	109,6	70,5	36,3	19,2
Ehepaare mit ledigen Kindern (evtl. zusätzlich mit ledigen Enkeln)	1 387,5	62,1	38,8	14,8	5,7	2,8
Ehepaare mit ledigen Enkeln	7,7	3,3	1,6	1,0	0,5	0,2
Verwitwete oder geschiedene Personen ohne ledige Kinder						
männlich	106,9	62,6	14,1	16,2	13,9	18,4
weiblich	485,0	292,1	84,6	84,2	66,6	56,7
insgesamt	591,2	354,7	98,7	100,4	80,5	75,1
Verwitwete oder geschiedene Personen mit ledigen Kindern und/oder ledigen Enkeln						
männlich	23,3	10,1	3,0	2,5	2,0	2,6
weiblich	159,1	40,8	14,9	10,7	7,6	7,6
insgesamt	182,5	50,8	17,9	13,1	9,6	10,2
Ledige Personen mit ledigen Kindern bzw. ledigen Enkeln						
männlich	1,1	—	—	—	—	—
weiblich	21,7	1,0	0,5	0,3	0,1	0,1
insgesamt	22,8	1,0	0,5	0,3	0,1	0,1
männlich	2 246,8	374,4	167,4	105,1	58,6	43,3
weiblich	683,9	334,7	100,4	95,4	74,5	64,4
insgesamt	2 930,7	709,0	267,9	200,4	133,0	107,7
Nicht familienangehörige, ledige Personen						
männlich	176,9	13,5	6,7	3,7	1,9	1,2
weiblich	264,3	69,6	26,5	21,3	13,0	8,8
insgesamt	441,2	83,2	33,2	25,0	14,9	10,1

Tabelle 18

Wohnverhältnisse der 2-Personen-Haushalte von Renten- und Sozialhilfeempfängern mit geringem Einkommen

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1964	1972
Von 100 erfaßten Haushalten hatten Mietwohnungen waren Eigentümer ihrer Wohnung oder ihres Wohngebäudes	Anzahl	92	86
Von 100 Haushalten wohnten in Gebäuden, die errichtet wurden vor 1918 1918-1948 nach 1948	Anzahl	8	14
Durchschnittsgröße der Mietwohnungen Räume über 6 qm einschließlich Küche Wohnfläche	Anzahl	38	18
Ausstattung der Mietwohnungen mit Badezimmer oder Duschraum Einzel- oder Mehrraumöfen	Anzahl	21	25
Beheizung erfolgt mit Koks, Kohle Öl Gas Strom	Anzahl	41	57
Beheizung erfolgt mit Koks, Kohle Öl Gas Strom	%	32,9	66,7
Beheizung erfolgt mit Koks, Kohle Öl Gas Strom	%	91,6	76,7
Beheizung erfolgt mit Koks, Kohle Öl Gas Strom	%	85,2	57,4
Beheizung erfolgt mit Koks, Kohle Öl Gas Strom	%	9,0	18,0
Beheizung erfolgt mit Koks, Kohle Öl Gas Strom	%	2,9	14,8
Beheizung erfolgt mit Koks, Kohle Öl Gas Strom	%	2,9	9,8
Beheizung erfolgt mit Koks, Kohle Öl Gas Strom	%	8,4	23,3
Beheizung erfolgt mit Koks, Kohle Öl Gas Strom	%	53,6	8,1
Beheizung erfolgt mit Koks, Kohle Öl Gas Strom	%	46,4	75,7
Beheizung erfolgt mit Koks, Kohle Öl Gas Strom	%	-	13,5
Beheizung erfolgt mit Koks, Kohle Öl Gas Strom	%	-	2,7

Wohnung ab. Für die Ausstattung der Wohnungen liegen Zahlen nur für das Bundesgebiet vor. In den befragten Haushalten ist der Haushaltsvorstand in der Regel 70 Jahre alt, seine Ehefrau 65 Jahre. Vergleicht man die Ergebnisse von 1964 mit denen von 1972, so ist eine deutliche Verbesserung der Ausstattung besonders bei Badezimmern und Beheizung zu vermerken. Die immer noch sehr weite Spanne zwischen sanierungsbedürftigen Altbauten und modernen Sozialbauten sollte jedoch hier nicht vergessen werden. Für das tägliche Leben ist besonders wichtig auch die Ausstattung des Haushalts mit arbeits- und kräftesparenden Geräten, ebenso wie

mit Kommunikationsmitteln. Aus der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1973 ergibt sich für die Haushalte, deren Haushaltsvorstand 65 Jahre und älter ist, ein recht günstiges Bild, allerdings auch eines, das zeigt, daß Einpersonenhaushalte und solche mit geringem Einkommen deutlich schlechter ausgestattet sind. Die Ergebnisse sind jedoch nicht hinreichend repräsentativ. Gerade die Einpersonenhaushalte von Nichterwerbstätigen mit geringem Einkommen sind in der auf freiwilliger Teilnahme der Haushalte beruhenden Erhebung nicht ausreichend vertreten. So ist zum Beispiel die Zahl der Haushalte mit Telefon – ein für ältere und alleinlebende Menschen durchaus notwendiges Kontaktmittel – unerwartet hoch und den tatsächlichen Verhältnissen gegenüber wahrscheinlich überhöht.

Ein weiteres sehr wesentliches Kriterium für die Lebensverhältnisse der älteren Menschen ist – wie eingangs bereits erwähnt – das Einkommen.

Die Möglichkeit, die Einkommenssituation bei älteren Menschen differenzierter darzustellen, bot sich mit der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1973. Zwar können auch diese Aussagen nicht als repräsentativ für die ganze Gruppe gelten, doch standen immerhin die Angaben von 236 weiblichen Einpersonenhaushalten im Alter von 65 und mehr Jahren und von 524 Haushalten von Ehepaaren, bei denen der Mann 65 Jahre oder älter war, zur Verfügung. Die Sonderauswertung hat gezeigt, daß – obwohl beide Haushaltstypen überwiegend von Renteneinkommen lebten – die Zweipersonenhaushalte deutlich besser gestellt waren, als die Frauen-Einzelhaushalte. So hatten nur 10 % der Zweipersonenhaushalte ein monatliches Nettoeinkommen von weniger als 800 DM, jedoch mußten 20 % der Einpersonenhaushalte mit weniger als 500 DM auskom-

Tabelle 19

Ausstattung ausgewählter privater Haushalte am 1.1.1973 Alter des Haushaltsvorstandes 65 Jahre und mehr

Art des Haushaltes	Zahl der Haushalte	Bildung und Unterhaltung			Hausrat								Telefon
		Fernsehgerät ¹⁾		Rundfunkgerät ¹⁾	Kühlschrank	Tiefkühltruhe, -schrank	Geschirrspülmaschine	Nähmaschine		Elektr. Waschm.		Staubsauger	
		Farb-	Schwarz-Weiß-					elektrisch	mechanisch	mit eingeb. Schleuder	ohne Schleuder		
Von 100 Haushalten hatten ... oben genanntes Gerät													
Soziale Stellung: Haushaltsvorstand nicht erwerbstätig	1 005	17	66	88	92	15	2	30	44	48	18	81	53
Haushaltsgröße:													
1 Person	312	10	57	82	83	4	0	19	36	24	9	79	45
2 Personen	621	21	68	90	96	19	3	33	49	56	21	80	57
Monatl. Haushaltsnettoeinkommen													
300 bis unter 600 DM	150	5	56	85	83	13	—	15	45	31	7	71	25
600 bis unter 800 DM	149	10	68	88	87	10	—	19	40	30	22	75	32
800 bis unter 1200 DM	304	15	73	88	93	15	1	28	49	43	21	81	51
1200 bis unter 1800 DM	282	21	67	88	95	19	3	39	43	63	15	85	70
1800 bis unter 2500 DM	115	26	61	90	98	23	11	46	44	66	25	90	85

¹⁾ ohne Geräte in Phonokombinationen.

Tabelle 20

Wohnbevölkerung nach dem Nettoeinkommen April 1973

Überwiegender Lebensunterhalt durch	Wohn- bevölkerung	Darunter mit Angaben zum Einkommen					
		insgesamt	Einkommen von ... bis unter ... DM				
			unter 300	300-600	600-800	800-1 200	1 200 und mehr
	1 000 Personen		in % derjenigen mit Einkommensangabe				
Erwerbstätigkeit							
männlich	2 526	2 386	2,4	2,6	6,4	44,1	44,5
weiblich	1 416	1 209	5,8	28,1	27,9	29,1	9,1
Insgesamt	3 942	3 595	3,5	11,1	13,7	39,1	32,6
Rente, Pension und dgl.							
männlich	533	479	7,4	25,9	23,0	28,4	15,3
weiblich	809	740	21,0	43,7	18,2	13,0	4,2
Insgesamt	1 342	1 218	15,6	36,7	20,0	19,0	8,6
Angehörige							
männlich	1 387	88	76,1	21,2	(.)	(.)	(.)
weiblich	2 519	242	62,1	33,5	2,7	(.)	(.)
Insgesamt	3 906	330	65,9	30,2	2,4	(.)	(.)

Tabelle 21

Verteilung der Einkommen von ausgewählten, freiwillig an der EVS 1) 1973 teilnehmenden Haushalten**a) Weibliche Einpersonenhaushalte 2)**

Einkommensart	Haushalte insgesamt	Einkommen von ... bis unter ... DM				
		unter 400	400 – 600	600 – 800	800 – 1 200	1 200 und mehr
		in %				
nur Rente	112	15,2	24,1	27,7	28,6	4,5
nur Pension	21	(4,8)	(4,8)	(23,8)	(42,9)	(23,8)
mehrere Arten	103	5,8	26,2	25,2	27,2	15,5
insgesamt	236	10,2	23,3	26,3	29,2	11,0

b) Zweipersonenhaushalte 3)

Einkommensart	Haushalte insgesamt	Einkommen von ... bis unter ... DM				
		unter 800	800 – 1 200	1 200 – 1 600	1 600 – 2 000	2 000 und mehr
		in %				
nur 1 Einkommen des Haushaltsvorstandes	190	5,8	18,4	24,7	22,6	28,4
mehrere Einkommen des Haushaltsvorstandes	130	1,5	21,5	26,9	23,1	26,9
Einkommen beider Personen	204	3,9	16,7	30,9	27,5	21,1
insgesamt	524	4,0	18,5	27,7	24,6	25,2

1) Einkommens- und Verbrauchsstichprobe.

2) 65 Jahre und älter.

3) Haushalte von Ehepaaren, bei denen der Haushaltsvorstand 65 Jahre und älter ist.

men. Mehr als die Hälfte der Frauen lebte nur von einer Einkommensart (Rente oder Pension), wobei allerdings nicht unterschieden werden kann, bei wievielen von ihnen sich diese wiederum aus zwei Einkommen (nämlich der eigenen Altersrente und einer eventuellen Witwenrente) zusammensetzte.

Die Einkommen, insbesondere diejenigen alleinstehender älterer Frauen, sind zwar möglicherweise ausreichend, einen eigenständigen Haushalt zu führen; sie reichen jedoch häufig nicht aus, die Kosten für einen Heimaufenthalt zu decken.

Das erklärt – wie eine Untersuchung des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Sozialordnung zeigte –, daß jeder dritte Altenheimbewohner und jeder zweite Bewohner eines Altenpflegeheimes Sozialhilfe in Anspruch nehmen muß, gegenüber nur 5 % der älteren Leute insgesamt.

Tabelle 22

Bestand und Bedarf an Heimplätzen für ältere Menschen

Heimtyp	1974	1980	1990
	Bestand	Bedarf	
Altenwohnheim	5 706	22 649	20 937
Altenheim	26 850	26 095	30 010
Altenpflegeheim	12 002	26 095	30 010
Alle Heime	44 558	74 839	80 957

Quelle: Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Sozialordnung

Heute sind 4 % der älteren Menschen Bewohner von Altenheimen, Altenwohn- oder -pflegeheimen. Das Ministerium geht davon aus, daß der Bedarf an Plätzen heute bereits bei etwa 6 für je 100 alte Menschen liegt. Wegen der sich – wie oben dargestellt – verändernden Altersstruktur dieses Bevölkerungsteiles wird sich der Bedarf ab 1985 auf 7 je 100 Personen erhöhen. Es wird deshalb notwendig sein, besonders in Altenwohn- und Altenpflegeheimen noch eine erhebliche Zahl zusätzlicher Plätze zu schaffen.

Daten über die Struktur der Altenbevölkerung und die vorhandenen Heime und Plätze – differenziert auch nach Trägern – finden sich im Anhang.

3.5 Freizeit – eine wichtige gesellschaftspolitische Aufgabe

Das Phänomen der Freizeit, das heute zunehmend ins allgemeine aber auch politische Interesse rückt, ist ein Produkt fortschreitender Industrialisierung,

in deren Verlauf die technischen und ökonomischen Voraussetzungen für die heutige Trennung von Arbeitszeit und freier Zeit erst möglich wurden. Die wachsende Bedeutung der Freizeit liegt dabei nicht nur in der bloßen Zunahme an freier Zeit, sie ist vielmehr auch darin begründet, daß gesellschaftliche Aktivitäten, die Befriedigung privater Bedürfnisse, die Verwirklichung von Vorstellungen und Wünschen zunehmend in den Freizeitsektor verlagert werden, der dadurch eine permanente Aufwertung erfährt und deshalb die Aufmerksamkeit der verschiedensten Kreise und Interessengruppen der Bevölkerung (Pädagogen, Wirtschaftsverbände, Sozialwissenschaftler, Verwaltungsorgane, politische Parteien usw.) verlangt und findet.

Die Erforschung der Freizeit lag bisher hauptsächlich im Bereich der Sozialwissenschaften und vereinzelt der Statistik. In jüngster Zeit ist das Interesse an einer Zusammenschau dieser sämtliche Lebensbereiche tangierenden Fragen auch auf politischer Ebene gewachsen. Man hat erkannt, daß Freizeitpolitik als wesentlicher Teil einer umfassenden Gesellschaftspolitik betrachtet werden muß. Sinnvolle Freizeitbeschäftigung kann nicht alleinige Aufgabe jedes einzelnen sein; Bereitstellung von Grundlagen und Alternativen ist eine Verpflichtung der gesamten Gesellschaft. Entsprechend unserer Gesellschaftsordnung gilt es, die Vielfalt von Freizeitangeboten auszubauen, und bestimmte Personengruppen (z.B. ältere Menschen, Jugendliche, Behinderte) in ihren spezifischen Freizeitbedürfnissen zu unterstützen.

Unter diesem Aspekt verdient die Einsetzung einer interministeriellen Kommission „Mensch und Freizeit“ durch die Landesregierung besondere Beachtung. Dabei kann es sich keinesfalls um den Versuch einer „Verplanung“ des Menschen für seinen Freizeitbereich handeln. Es soll lediglich dem Staatsbürger – bei voller Achtung der autonomen Entscheidung des einzelnen über seine Freizeitgestaltung – ein ausreichend vielfältiges Angebot an Möglichkeiten unterbreitet werden. Eine solche „vorläufige Orientierungshilfe für die Praxis“ findet zur Zeit noch ihre Grenzen in dem mangelnden Wissen über freizeitrelevante Sachverhalte. Diese hinreichend genau zu erforschen, bedarf der Anstrengungen sämtlicher mit Freizeitfragen befaßter Kräfte; diese Vorgänge zahlenmäßig leicht überschaubar darzustellen, ist Aufgabe der Statistik.

Unvollständigkeit vorhandener Untersuchungen

Die bisher vorhandenen Daten und Erkenntnisse reichen nicht aus, das Freizeitverhalten der Bevölkerung umfassend zu beschreiben und die dem Handeln zugrunde liegenden Motivationen und Vorstellungen transparent zu machen.

So wurde bislang nur ungenügend der genaue Umfang an frei verfügbarer Zeit des einzelnen Men-

Tabelle 1

Erwerbstätige und Ausbildungspendler nach dem Zeitaufwand für den Weg zur Arbeitsstätte bzw. Schule 1)

Zeitaufwand für den Weg zur Arbeitsstätte, Schule	Ins-gesamt	D a v o n von bis unter Minuten			
		unter 15	15–30	30–60	60 und mehr
		in Prozent			
Erwerbstätige	100	57,2	29,0	10,8	2,8
Ausbildungspendler	100	62,5	29,9	6,5	1,1

1) Ergebnisse der Volkszählung 1970

schen unter Berücksichtigung der gängigen demographischen Merkmale festgestellt. Zwar sind die schichtenspezifischen durchschnittlichen beruflichen Arbeitszeiten sowie – zumindest der Größenordnung nach – der Zeitaufwand für Wege zur Arbeitsstätte (Tabelle 1) bekannt. Darüber hinaus lassen sich aufgrund erster, vorläufiger Daten, die im Rahmen einer Testerhebung der Bundesforschungsanstalt für Hauswirtschaft in Hohenheim in Zusammenarbeit mit dem Statistischen Landesamt bei einigen ausgewählten nicht repräsentativen Haushalten gewonnen wurden, die Fristen für häusliche Verpflichtungen, also die durchschnittlichen Arbeitszeiten einzelner Familienmitglieder in Haushalt und Familie, beschreiben und bestimmen. Wieviel Minuten bzw. Stunden jedoch im Durchschnitt für die persönliche Hygiene sowie für Schlaf vom Zeitpensum eines Tages abgezogen werden müssen, um zur eigentlichen Freizeit – der tatsächlich in eigener Regie disponierbaren Zeit – zu kommen, kann bestenfalls geschätzt werden.

Ebenso wesentlich erscheint die Kenntnis über die Verteilung der Freizeit auf verschiedene mögliche Aktivitäten und Bereiche. Speziell die Verwendung der freien Zeit am Feierabend und Wochenende ist ungenügend erforscht. Dies resultiert nicht zuletzt aus der grundsätzlichen Schwierigkeit, die komplexe Struktur sich überlappenden Tätigkeiten und Interessen, wie sie für das Verhalten innerhalb kurzer Zeitabschnitte typisch ist, einfach darzustellen.

Unter gesellschaftspolitischen und zukunftsorientiert-planerischen Gesichtspunkten kommt einer gegenüberstellenden Untersuchung der tatsächlichen Freizeitgewohnheiten einzelner Bevölkerungsgruppen (z.B. von Jugendlichen, älteren Menschen, kinderreichen Familien, Schichtarbeitern usw.) einerseits und deren individuellen Freizeitpräferenzen andererseits besondere Bedeutung zu. Dabei bleibt zu berücksichtigen, daß ermittelte Wunschvorstellungen nur vor dem Hintergrund des bestehenden Freizeitangebots zu interpretieren sind.

Nicht unwichtig bleibt schließlich – hauptsächlich im Hinblick auf die erhoffte größere Kommunikations- und Interaktionsbereitschaft der Menschen untereinander – der Nachweis, wo Freizeit überwiegend verbracht wird, ob man sich in den häuslichen Bereich zurückzieht oder ob Aktivitäten außerhalb der Wohnung bevorzugt werden.

Datenbasis als Orientierungshilfe

Landesspezifische statistische Untersuchungen, auf die sich die folgenden Ausführungen ausschließlich beziehen, konzentrierten sich bislang auf die anbieter- und nachfrageorientierte Freizeitforschung. So sind beispielsweise Einzeldaten über das Angebot vorhandener Freizeiteinrichtungen (Theater, Sportstätten, Erholungsheime ...) abrufbereit in der Regionaldatenbank gespeichert. Des weiteren wurden im Rahmen von Haushalts- und Personenbefragungen erste Erkenntnisse über das Freizeitkonsumverhalten, die Urlaubs- und Reisegewohnheiten, Weiterbildungsaktivitäten sowie die Ausstattung privater Haushalte mit ausgewählten, langlebigen Freizeitgütern gewonnen.

Ausgaben für die Freizeit

Im Rahmen der Statistik der „laufenden“ *Wirtschaftsrechnungen* wird neben der Entstehung auch die Verwendung ausgabefähiger Einkommen, kurz die Lebenshaltung privater Haushalte, durchleuchtet. An der Erhebung sind ca. 150 ausgewählte Familien in Baden-Württemberg beteiligt, die monatlich genaue Aufzeichnungen über sämtliche Einnahmen und Ausgaben machen. Durch diese Buchführung gelingt es, die Rolle des „Verbrauchers am Markt“ transparent darzustellen. Werden die Einzelaufwendungen unter dem Aspekt „Ausgaben für Freizeitgüter und -leistungen“ geordnet und aufsummiert, ergibt sich für einen der beobachteten 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen im Durchschnitt ein Gesamtbetrag von rund 222,- DM, das sind immerhin 14 Prozent der Gesamtaufwendungen für den privaten Verbrauch. Bei Haushalten der höheren Einkommensstufe gehen rund 469,- DM auf das Konto der Freizeit, dies entspricht einem Anteil von 17 Prozent aller Verbrauchsausgaben. Obwohl die gewonnenen Werte lediglich eine untere Grenze für den Umfang freizeitrelevanter Aufwendungen beschreiben, da aufgrund systematischer Abgrenzungsschwierigkeiten nur *typische* Freizeitgüter in die Berechnung einbezogen werden können, geben sie doch wichtige Anhaltspunkte für Größenordnungen wieder (Tabelle 2).

Heute befriedigen die privaten Haushalte zunehmend über eigene Investitionen eher bestimmte Konsumbedürfnisse, die früher fast ausschließlich durch Inanspruchnahme fremder Dienste erfüllt wurden. Dies schlägt sich nieder in einer qualitativ besseren Freizeitausstattung (Tabelle 3) und ist

Tabelle 2

**Ausgaben für die Freizeitgestaltung
Monatsdurchschnitt je Haushalt 1974**

Ausgaben für Freizeitgestaltung	Haushaltstyp 2 ¹⁾		Haushaltstyp 3 ²⁾	
	DM	%	DM	%
Außerhalb des Urlaubs	164,89	74,2	310,79	66,3
davon				
Bücher, Broschüren, Zeitungen, Zeitschriften	22,00	9,9	42,49	9,1
Fernseh-, Rundfunk- und Phonogeräte ³⁾	35,41	15,9	43,52	9,3
Kraftfahrzeug ⁴⁾	34,86	15,7	68,99	14,7
Sport und Camping	19,34	8,7	42,73	9,1
Gartenpflege und Tierhaltung	9,10	4,1	15,07	3,2
Spiele und Spielzeug	9,60	4,3	18,70	4,0
Besuch von Kino, Theater, Konzert u.ä.	5,01	2,3	13,31	2,8
Fotografieren, Filmen ⁵⁾	3,30	1,5	12,94	2,8
Sonstiger Freizeitbedarf	26,27	11,8	53,04	11,3
Im Urlaub	57,32	25,8	158,25	33,7
Insgesamt	222,21	100	469,04	100

- 1) 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte (2 Erwachsene, 2 Kinder) von Arbeitern und Angestellten mit einem monatlichen Haushaltsbruttoeinkommen zwischen 1450 und 2250 DM.
 2) 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte (2 Erwachsene, 2 Kinder) von Angestellten und Beamten mit einem monatlichen Haushaltsbruttoeinkommen zwischen 2900 und 3800 DM.
 3) Einschl. Gebühren
 4) 30 % der Gesamtaufwendungen für das Kraftfahrzeug außerhalb des Urlaubs.
 5) Ohne Kosten für Entwickeln und Kopieren, die im sonstigen Freizeitbedarf enthalten sind.

gleichzeitig Ausdruck sowohl für die „Privatisierung“ des Alltags, das heißt für das Zurückziehen in die Privatsphäre, als auch für die Verlagerung vom Bedarf kurzlebiger auf den Bedarf langlebiger Konsumgüter für die Freizeit.

Erholungseinrichtungen meist in Wohnungsnähe
 Die meisten Familien finden in der Nähe ihrer Wohnung wichtige Stätten der Erholung. Bei einer Befragung im Rahmen der Wohnungsstichprobe 1972 gaben drei von vier Familien (76 %) an, von ihrer Wohnung aus Grünflächen bzw. Grünanlagen leicht erreichen zu können. Die Hälfte der befragten Familien (52 %) fand, daß ihre Wohnung im Hinblick auf sportliche Einrichtungen günstig liege. Bei 43 % aller Familien befanden sich auch kulturelle Einrichtungen in unmittelbarer Nähe.

Urlaubsverhalten
 Als typische freie Zeit werden Urlaub und Ferien empfunden, da sie dem einzelnen mehr Abstand und Befreiung vom Alltag ermöglichen als Feier-

abend und Wochenende. Zwar gestattet eine im Rahmen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1973 bei mehr als 8000 Privathaushalten Baden-Württembergs durchgeführte Sondererhebung „Reisen während der Sommersaison“ keine repräsentativen, gesicherten Aussagen; die Erhebung bietet jedoch interessante Aufschlüsse über die Reise-gewohnheiten des befragten Personenkreises.

Als charakteristisch für die Entwicklung in den ver-gangenen Jahren stellt sich demnach eine ständig steigende Reiseintensität heraus; mittlerweile unter-nehmen fast drei Viertel aller beteiligten Haushalte mindestens eine Urlaubs- und Erholungsreise. Un-verkennbar zeichnet sich der Trend zu häufigerem dafür kürzerem Zweiturlaub ab.

Am Urlaubsort selbst war ein Drittel aller Reisen-den im Hotel untergebracht, rund ein Viertel nahm ein Privatzimmer, knapp ein Fünftel übernachtete bei Verwandten, 14 Prozent mieteten eine Ferien-wohnung und 11 Prozent erholten sich beim Cam-ping.

60 Prozent aller Reisen wurden mit dem Auto ange-treten. In der Rangskala der Beförderungsmittel fol-gen: Eisenbahn (22 %), Bus (10 %), Flugzeug (7 %), Schiff (1 %).

Allem Anschein nach legte der Großteil der befrag-ten Haushalte viel Wert auf eine individuelle Pla-nung und Gestaltung des Urlaubs, denn fast zwei Drittel aller Reisen waren Individualreisen; Pau-schal- und Gesellschaftsreisen traten demgegenüber mit einem Anteil von 17 Prozent in ihrer Bedeu-tung zurück. Jede siebte Reise führte zu Verwand-ten und Bekannten.

Am Reiseziel selbst bevorzugten die befragten Fami-lien eine aktive Urlaubsgestaltung; bei zwei Dritteln aller Aufenthalte wurde hauptsächlich gewandert, Sport getrieben und gebadet, 8 Prozent aller Reisen hatten kulturellen Charakter.

Tabelle 3

**Ausstattungsgrad privater Haushalte mit
ausgewählten freizeitrelevanten Gebrauchsgütern ¹⁾**

Gebrauchsgut	Ausstattungsgrad in %	
	1969	1973
Schwarz-Weiß-Fernsehgerät	68	73
Rundfunkgerät	87	92
Plattenspieler	36	53
Tonbandgerät	20	32
Fotoapparat	71	82
Schmalfilmkamera	6	13
Dia-Projektionsapparat	19	29
Schmalfilm-Projektionsapparat	5	11
Personenwagen	57	76
Motorrad, Moped, Mofa	8	8
Fahrrad	61	67
Telefon	32	59

¹⁾ Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichproben 1969 und 1973.

Tabelle 4

Überwiegende Motivationen für den Besuch von Weiterbildungsveranstaltungen 1973 ¹⁾

Geschlecht	Befragte insgesamt	davon besuchten					
		Keine Weiterbildungs- veranstaltungen	Weiterbildungsveranstaltungen				
			insgesamt	darunter aus folgenden Motivationen:			
				berufliches Interesse Fortkommen	allgemeines Interesse am Thema	Freizeit- gestaltung	Bedürfnis geistiger Betätigung
männlich	2 954	2 103	851	51	20	11	7
weiblich	3 341	2 582	759	26	27	21	12
Insgesamt	6 295	4 685	1 610	39	23	16	10

1) Ergebnisse einer Zusatzbefragung zum Mikrozensus (Januar 1974)

Weiterbildung

In der öffentlichen Freizeitdiskussion besteht heute Einigkeit darüber, daß der zu erwartende Zuwachs an freier Zeit für ergänzende Bildung im weitesten Sinne genutzt werden sollte, für berufliche und Weiterbildung. Wissenschaftliche Untersuchungen gehen davon aus, daß zwei Drittel des Wissens, das ein Erwachsener zur Bewältigung seiner Gegenwart braucht, außer- oder nachschulisch erworben werden müssen. Weiterbildung ist also ein ständiger Prozeß der Anpassung an die sich verändernden Lebens-, Arbeits- und Umweltbedingungen; „lebenslanges Lernen“ sollte zur Devise werden. Für die künftige Entwicklung auf dem Gebiet der Weiterbildung der Bevölkerung kommt dem Gesetz über die Erwachsenenbildung erhebliche Bedeutung zu.

Wie aus einer vom Statistischen Landesamt vorweg ausgewerteten Zusatzerhebung zum Mikrozensus hervorgeht, besuchte 1973 nur jede vierte Person über 14 Jahre eine Weiterbildungsveranstaltung. Mit 74 Prozent zeigte die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung demnach keinerlei Weiterbildungsaktivitäten in Form eines Besuchs von Vorträgen, Kursen, Lehrgängen, Tagungen, Seminaren oder sonstigen Veranstaltungen. Bei dem Viertel der Bevölkerung, das sich weiterbildete, stand die berufliche Motivation eindeutig im Vordergrund; nur 4 Prozent aller Befragten besuchten in erster Linie zwecks Freizeitbetätigung Weiterbildungsveranstaltungen (Tabelle 4).

Künftige Aufgabenschwerpunkte

Für das praktische Vorgehen in dem Bemühen um eine Verbesserung des Kenntnisstandes bietet sich die Nutzung und Weiterentwicklung bereits vorhandener Quellen und Instrumente an. Gedacht ist zunächst an einen Ausbau des Frageprogramms bei Haushalts- und Personenerhebungen der amtlichen Statistik (repräsentative Mikrozensusbefragung, Einkommens- und Verbrauchsstichproben, „lau-

fende“ Wirtschaftsrechnungen). Des weiteren erscheint es unumgänglich, mit Hilfe von Zeitbudgetstudien, bei denen die für verschiedene Aktivitäten verwendeten Zeiten gemessen werden, den vielschichtigen Charakter der Freizeit zu beleuchten.

Darüber hinaus wird es erforderlich sein, die Ergebnisse der verschiedensten Forschungsrichtungen miteinander in Beziehung zu setzen und zu koordinieren. Erst so schafft man den Rahmen und die Voraussetzung für weiterführende, grundsätzliche Überlegungen und notwendige Maßnahmen, für die anzustrebende Gesamtschau der Freizeitsituation, wie sie sich uns darstellt. Diese Aufgaben sind nur langfristig zu lösen. Die amtliche Statistik vermag hierzu aufgrund ihrer Erfahrung einen wesentlichen Beitrag zu leisten.

3.6 Wirtschaft**3.6.1 Entwicklung der Industrie unter besonderer Berücksichtigung strukturell und konjunkturell betroffener Branchen**

Die wirtschaftliche Entwicklung Baden-Württembergs ist in den beiden vergangenen Jahrzehnten maßgeblich vom wirtschaftlichen Geschehen im industriellen Sektor bestimmt worden. Dies trifft zwar auf alle Bundesländer zu, in Baden-Württemberg war diese Tendenz, die mit einem Rückgang des Anteils der Landwirtschaft an der gesamtwirtschaftlichen Leistung verbunden war, jedoch besonders ausgeprägt. Auch im vergangenen Jahrzehnt gingen entscheidende Impulse von der Dynamik des industriellen Sektors aus und trugen so maßgeblich zum hohen wirtschaftlichen Entwicklungsstand unseres Bundeslandes bei. Mit einem Anteil am erwirtschafteten Bruttoinlandsprodukt von rund 43 % kommt heute der Industrie ein stärkeres wirtschaftliches Gewicht als in allen anderen Bundesländern zu. Die starke wirtschaftliche Entwicklung wurde unterstützt durch die strukturwirksamen Förderungsmaß-

nahmen des Landes, das zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur unter anderem der Ansiedlung und dem Ausbau von Industriebetrieben mit guten Wachstumsaussichten hohes Gewicht beimaß.

Baden-Württembergs Industrie im Ländervergleich

Unter den Ländern des Bundesgebiets nimmt die baden-württembergische Industrie 1973 sowohl bei den Beschäftigten als auch beim Umsatz nach Nordrhein-Westfalen jeweils die zweite Stelle ein. Gemessen am Industrialisierungsgrad rangiert Baden-Württemberg mit 171 Industriebeschäftigten je 1000 Einwohner sogar weit vor Nordrhein-Westfalen (150) an der Spitze der Bundesländer. Verfolgt man das industrielle Wachstum im Zeitraum 1960 bis 1973, so zeigt sich, daß Baden-Württemberg eine relativ hohe Beschäftigtenzunahme von 12,8 % zu verzeichnen hat, die nur von Bayern (+ 18,1 %), Rheinland-Pfalz (+ 14,9 %) und Hessen (+ 14,2 %) übertroffen wird, während Nordrhein-Westfalen, das Saarland sowie die Stadtstaaten Berlin, Bremen und Hamburg einen teilweise erheblichen Rückgang des Arbeitsplatzangebotes im Bereich der Industrie erfahren haben. Beim zweiten Indikator, dem Umsatzwachstum, nimmt Baden-Württembergs Industrie (+ 174,5 %) hinter Rheinland-Pfalz (+ 227,0 %)

und Bayern (+ 201,6 %) die dritte Position im Ländervergleich ein, während insbesondere Hamburg (+ 79,1 %), Nordrhein-Westfalen (+ 119,3 %) und Berlin (+ 125,2 %) nur unterdurchschnittliche Zuwachsraten erreichten. Bei der Entwicklung der industriellen Ausfuhr weist Baden-Württemberg im Zeitraum von 1960 bis 1973 nach Rheinland-Pfalz (+ 395,9 %) und Bayern (+ 364,9 %) die dritthöchste Zunahme (303,6 %) auf, so daß die Industrie des Landes im Jahr 1973 mit rund 25,2 Mrd.DM nach Nordrhein-Westfalen das zweithöchste Exportergebnis unter den Bundesländern verzeichnete.

Entwicklung der industriellen Hauptbereiche

Ein differenzierteres Bild zeigt sich, wenn, wie im folgenden, der Sektor Industrie nach den Hauptbereichen untergliedert wird. Dabei muß allerdings der Vergleich auf das Bundesgebiet beschränkt werden.

Während in Baden-Württemberg von 1960 bis 1973 per Saldo insgesamt rund 179 300 (+ 12,8 %) industrielle Arbeitsplätze hinzugekommen sind, übertrafen im Bundesgebiet die neu geschaffenen Arbeitsplätze die Freisetzen von Arbeitskräften nur um 3,6 %. In den Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien (+ 21,0 %) sowie in den Investitionsgüterindustrien (+ 28,6 %) erzielte das Land ein

Tabelle 1

Beschäftigten- und Umsatzentwicklung der Industrie nach Bundesländern 1960 bis 1973

Land	Beschäftigte ¹⁾			Gesamtumsatz ²⁾			Auslandsumsatz ²⁾			Exportquote	
	1960	1973	Veränderung 1973/1960	1960	1973	Veränderung 1973/1960	1960	1973	Veränderung 1973/1960	1960	1973
	1000		%	Mill.DM		%	Mill.DM		%		%
Flächenstaaten											
Baden-Württemberg	1 398	1 577	+ 12,8	41 418	113 688	+174,5	6 243	25 201	+303,7	15,1	22,2
Bayern	1 176	1 389	+ 18,1	32 675	98 558	+201,6	4 260	19 806	+364,9	13,0	20,1
Hessen	648	740	+ 14,2	19 804	52 596	+165,6	3 700	12 321	+233,0	18,7	23,4
Niedersachsen	699	780	+ 11,6	25 523	65 527	+156,7	4 376	15 326	+250,2	17,2	23,4
Nordrhein-Westfalen	2 817	2 589	- 8,1	98 889	216 870	+119,3	14 310	46 738	+226,6	14,5	21,6
Rheinland-Pfalz	355	407	+ 14,6	11 469	37 507	+227,0	1 833	9 089	+395,9	16,0	24,2
Saarland	175	168	- 4,0	4 521	11 160	+146,8	1 639	3 714	+126,6	36,3	33,3
Schleswig-Holstein	168	187	+ 11,3	6 407	17 302	+170,0	987	2 892	+193,0	15,4	16,7
Stadtstaaten											
Berlin (West)	305	236	- 22,6	8 177	18 418	+125,2	784	1 959	+149,9	9,6	10,6
Bremen	107	101	- 5,6	4 608	12 229	+165,4	968	2 394	+147,3	21,0	19,6
Hamburg	232	194	- 16,4	12 882	23 077	+ 79,1	1 658	3 793	+128,8	12,9	16,4
Bundesgebiet	8 081	8 368	+ 3,6	266 373	666 933	+150,4	40 757	143 233	+251,4	15,3	21,5

1) Durchschnitt errechnet aus 12 Monaten.— 2) Ohne Mehrwertsteuer.

Tabelle 2

**Beschäftigten- und Umsatzentwicklung nach industriellen Hauptbereichen
(Baden-Württemberg und Bundesgebiet)**

Nachweis	Einheit	Industrie insgesamt	Darunter				
			Grundstoff- und Produk- tionsgüter- industrien	Investitions- güterindu- strien	Verbrauchs- güterindu- strien	Nahrungs- u. Genußmittel- industrien	
Baden-Württemberg							
Beschäftigte	1960	1000	1 398	167	711	441	75
		%	100,0	11,9	50,9	31,5	5,4
	1973	1000	1 577	202	914	399	60
		%	100,0	12,8	58,0	25,3	3,8
	Veränderung 1973/1960	%	+ 12,8	+ 21,0	+ 28,6	- 9,6	- 20,1
Umsätze	1960	Mill.DM	41 413	6 451	19 644	10 683	4 536
		%	100,0	15,6	47,4	25,8	11,0
	1973 ¹⁾	Mill.DM	113 652	21 430	58 906	23 597	9 592
		%	100,0	18,9	51,8	20,8	8,4
	Veränderung 1973/1960	%	+ 174,4	+ 232,2	+ 199,9	+ 120,9	+ 111,5
Bundesgebiet							
Beschäftigte	1960	1000	8 081	1 722	3 232	2 005	506
		%	100,0	21,3	40,0	24,8	6,3
	1973	1000	8 368	1 747	3 331	1 925	505
		%	100,0	20,9	47,0	23,0	6,0
	Veränderung 1973/1960	%	+ 3,6	+ 1,5	+ 21,6	- 4,0	- 0,2
Umsätze	1960	Mill.DM	266 373	81 585	87 678	48 459	37 277
		%	100,0	30,6	32,9	18,2	14,0
	1973 ¹⁾	Mill.DM	666 933	195 386	258 499	114 199	85 462
		%	100,0	29,3	38,8	17,1	12,8
	Veränderung 1973/1960	%	+ 150,4	+ 139,5	+ 194,8	+ 135,7	+ 129,3

1) Ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer.

nicht unwesentlich höheres Beschäftigtenwachstum als im Bundesdurchschnitt, während die Beschäftigtenrückgänge in den Verbrauchsgüter- und den Nahrungs- und Genußmittelindustrien (- 9,6 % bzw. - 20,1 %) ein größeres Ausmaß als auf Bundesebene erreichten.

Ähnliche Tendenzen lassen sich für die Umsatzentwicklung nachweisen. Während Baden-Württemberg im Untersuchungszeitraum eine Zunahme der Umsätze von 41,4 Mrd.DM auf 113,7 Mrd.DM (+ 174,5 %) erzielte, verlief die Umsatzentwicklung im Bundesgebiet (+ 150,4 %) verhaltener. Die Zu-

wachsraten der Investitions- und der Verbrauchsgüterindustrien (+ 199,9 % bzw. + 120,9 %) wichen nicht allzusehr von der Bundesentwicklung ab. Demgegenüber übertraf das Umsatzwachstum der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien (+ 232,2 %) die Zuwachsrate des Bundes erheblich, während die Nahrungs- und Genußmittelindustrien des Landes (+ 111,5 %) hinter der bundesdurchschnittlichen Wachstumsrate etwas zurückblieben.

Die Strukturverschiebungen, die damit von 1960 bis 1973 eingetreten sind, zeigen in Baden-Württemberg wie im Bundesgebiet das für hochentwickelte

Volkswirtschaften charakteristische Bild. Der Anteil der im wesentlichen für den Endverbrauch produzierenden (konsumnahen) Wirtschaftsbereiche ging zurück, während durch den Übergang zu immer kapitalintensiverer Wirtschaftsweise (Verlängerung der Produktionsumwege) die Grundstoff- und Produktionsgüter- sowie die Investitionsgüterindustrien ihren Anteil am Gesamtumsatz erhöhen konnten oder zumindest durchschnittliche Zuwachsraten verzeichneten. So verminderte sich in Baden-Württemberg der Anteil der Verbrauchsgüter- und der Nahrungs- und Genußmittelindustrien um 7,6 Prozentpunkte (Bundesrepublik: 2,3 Prozentpunkte), während die Investitionsgüterindustrien ihren Anteil am gesamten industriellen Umsatz erhöhen konnten (Baden-Württemberg + 4,4 Prozentpunkte, Bundesrepublik + 5,9 Prozentpunkte).

Welche Perspektiven eröffnet nun diese Entwicklungstendenz im Hinblick auf künftige Wachstumschancen des Landes im Vergleich zum Bundesgebiet? Nach den Umsätzen des Jahres 1973 sind die Branchen mit potentiell schrumpfendem Umsatzanteil, die Verbrauchsgüter- und die Nahrungs- und Genußmittelindustrien in Baden-Württemberg (29,2 %) beinahe ebenso stark repräsentiert wie im Bundesgebiet (29,9 %), so daß sich unter diesem Blickwinkel kaum unterschiedliche Wachstumsaussichten abzeichnen. Im Gegensatz dazu vereinigen die potentiell wachsenden Investitionsgüterindustrien in Baden-Württemberg bereits einen Umsatzanteil von 51,8 % auf sich, im Bundesgebiet hingegen nur eine Quote von 38,8 %. Damit sind in Baden-Württemberg einem weiteren Wachstum der bereits sehr stark vertretenen Investitionsgüterindustrien wohl engere Grenzen als im Bundesgebiet gesetzt. Somit bleibt abzuwarten, ob auch in Zukunft ein vergleichsweise höheres Wachstum der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien kompensierend wirkt. Dagegen spricht allerdings, daß durch die hohen Umsatzsteigerungen der Vergangenheit der Umsatzanteil der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien sich bereits teilweise an den höheren Wert des Bundesgebietes angeglichen hat. Außerdem können die Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien in Anbetracht des auf Bundesebene leicht gesunkenen Umsatzanteils (– 1,3 Prozentpunkte) mit Ausnahme bestimmter Industriezweige kaum als spezifische Wachstumsindustrien angesehen werden.

Differenzierte Branchenentwicklung

Im Interesse einer ausgewogenen Wirtschaftsstruktur ist es Aufgabe der sektoralen Wirtschaftspolitik, die durch den Wandel der Branchenstruktur eintretenden Rückgänge bestimmter Industriezweige auszugleichen. Dementsprechend wird angestrebt, Unternehmen mit guten Wachstumsaussichten, hoher Wertschöpfung und überdurchschnittlicher Produktivität zu fördern.

Untergliedert man nun die industriellen Hauptbereiche Baden-Württembergs nach Industriezweigen, so zeigt sich, daß im Bereich der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien, die vor allem im Westen des Landes, im Raume Mannheim bis zu dem südlich von Karlsruhe gelegenen Ortenaukreis ansässig sind, fast sämtliche Industriegruppen im Zeitraum von 1960 bis 1973 eine weit überdurchschnittliche Umsatzsteigerung erzielt haben, woran die hohen Zuwachsraten des Auslandsumsatzes wesentlichen Anteil hatten. In einigen Branchen war jedoch die Gesamtentwicklung der Umsätze nicht ausreichend, um den Beschäftigtenstand halten zu können, so beispielsweise bei den Sägewerken und der Holzbearbeitungsindustrie, die einen erheblichen Beschäftigtenrückgang verzeichneten.

Im Bereich der Investitionsgüterindustrien, die in Baden-Württemberg überwiegend in dem industriellen Ballungsgebiet des Großraums Stuttgart angesiedelt sind, haben im Untersuchungszeitraum sämtliche bedeutenden Industriegruppen mit Ausnahme der feinmechanischen, optischen und Uhrenindustrie eine überdurchschnittliche Beschäftigten- und Umsatzausweitung erfahren. Die letztgenannte Branche, die sowohl Investitions- als auch Gebrauchsgüter herstellt, war auf dem Gebrauchsgütersektor sehr stark dem Druck ausländischer Konkurrenten auch auf dem Inlandsmarkt ausgesetzt und verzeichnete damit einen etwas unterdurchschnittlichen Umsatzanstieg sowie einen leichten Beschäftigtenrückgang (– 3,0 %).

Der Maschinen- und der Fahrzeugbau sowie die Elektrotechnische Industrie, die sowohl im Rahmen des Investitionsgütersektors wie auch in der Gesamtindustrie mit einem Beschäftigtenanteil von 77,9 % bzw. 45,3 % von überragender Bedeutung sind, haben in der Periode von 1960 bis 1973 ihren Beschäftigtenstand weit überdurchschnittlich ausgedehnt. Die Umsatzentwicklung entsprach beim Maschinen- und Fahrzeugbau annähernd dem Industriedurchschnitt, während die Zuwachsrate der Elektrotechnischen Industrie etwas darüber lag. In welchem Ausmaß gerade diese drei in Baden-Württemberg bedeutsamen Industriezweige vom wirtschaftlichen Geschehen auf den Auslandsmärkten abhängig sind, geht aus den Exportquoten des Jahres 1973 hervor (Maschinenbau 41,7 %, Fahrzeugbau 39,4 %, Elektrotechnik 23,2 %).

Das Wachstumstempo der überwiegend im Großraum Stuttgart sowie im Neckar-Alb-Gebiet ansässigen Verbrauchsgüterindustrien hat sich im Zeitraum von 1960 bis 1973 gegenüber den vorangegangenen Jahren erheblich verlangsamt, da der dringendste Nachholbedarf an einfachen Verbrauchsgütern bis etwa 1960 gedeckt war. In der Folgezeit verlangerte sich die Nachfrage in zunehmendem Maße auf anspruchsvollere Güter, woraus in erster Linie die

Hersteller von langlebigen Gebrauchsgütern Nutzen zogen. So weisen sieben der zwölf Industriegruppen des Verbrauchsgüterbereichs einen stagnierenden oder rückläufigen Beschäftigtenstand bei gleichzeitig rückläufigem oder nur unterdurchschnittlich zunehmendem Umsatz auf. Hierzu zählen vor allem die Ledererzeugung und die Schuhherstellung.

Die Ledererzeugung wurde in den letzten Jahren stark durch die Konkurrenz der Kunststoffe beeinträchtigt, deren Weiterverarbeitung vielfach größere Rationalisierungsmöglichkeiten bietet als die Verarbeitung von Leder. Auch das teilweise vorhandene starke Preisgefälle zwischen Leder und synthetischen Werkstoffen hat das Wettbewerbsverhältnis zugunsten der letzteren verschoben. Der Beschäftigtenstand der Ledererzeugenden Industrie ging daher bis 1973 auf ein Viertel, der Umsatz auf etwa die Hälfte des Wertes von 1960 zurück.

Bei der Schuhherstellung hat sich gegenüber 1960 der Beschäftigtenstand auf etwa die Hälfte verringert. Der Umsatz hat sich nur um 13 % erhöht. Die Ursache hierfür ist vor allem in der stark angestiegenen Einfuhr von Schuhen, zunächst vor allem aus Italien und im weiteren Verlauf auch aus den Staatshandelsländern Osteuropas, zu sehen.

In der Textilindustrie wiegt jedoch der Rückgang des Beschäftigtenstandes um etwa 35 000 Personen und die weit unter dem Durchschnitt liegende Umsatzzunahme von 78 % in struktureller Hinsicht am schwersten. Diese Branche ist sowohl auf dem Inlands- als auch auf dem Weltmarkt einer starken Konkurrenz zunächst aus Italien, dann aus Japan und Hongkong und zuletzt aus den Ostblockländern mit deren billigen und vielfach staatlich subventionierten Preisangeboten gegenübergestanden.

Bei den Nahrungs- und Genußmittelindustrien, die schwerpunktmäßig im mittleren und unteren Nockengebiet vertreten sind, hat die Beschäftigtenzahl bei unterdurchschnittlichem Umsatzwachstum gegenüber 1960 um 20 % abgenommen. Von den beiden Industriegruppen, die diesem Wirtschaftsbe- reich angehören, konnte die Ernährungsindustrie ihre Geschäftstätigkeit im wesentlichen nur noch durch die Produktion von Qualitätserzeugnissen und durch die Herstellung von konsumfertigen Lebensmitteln – in Dosen oder tiefgefroren – für private Haushalte, Betriebe und Gaststätten ausdehnen. In der Tabakverarbeitung hingegen konnte lediglich die Zigarettenherstellung erweitert werden, die Zigarren-, Stumpfen- und Rauchtobakerzeugung ging laufend zurück. Nach Abzug des Verbrauchssteueranteils, der von 43 % im Jahr 1960 auf nahezu 70 % im Jahre 1973 angestiegen ist, hat sich der Umsatz der Tabakverarbeitung daher weit unterdurchschnittlich erhöht.

Industrieentwicklung 1974 – Spiegelbild der Konjunkturschwäche

Nachdem sich seit Mitte 1973 immer stärker eine konjunkturelle Abkühlung abzeichnete, die zum Jahreswechsel durch die Ölkrise noch verstärkt wurde, verlief die konjunkturelle Entwicklung im Jahre 1974 sehr verhalten. Deutliche Schwächetendenzen zeigte insbesondere die inländische Nachfrage.

Die 1974 verbuchten Auftragseingänge erreichten wertmäßig kaum den Vorjahresstand (– 2,2 %), unter Berücksichtigung der innerhalb Jahresfrist eingetretenen Preissteigerungen verminderte sich das reale Auftragseingangsvolumen um 12,8 %. Demgegenüber erreichte der preisbereinigte Wert der Auslandsnachfrage das Vorjahresvolumen noch knapp. Insgesamt (In- und Ausland zusammen) blieb die Nachfragesituation unbefriedigend, unter Ausschaltung der Preissteigerungen sanken die Auftragseingänge der Industrie um 9,4 % unter das Vorjahresniveau.

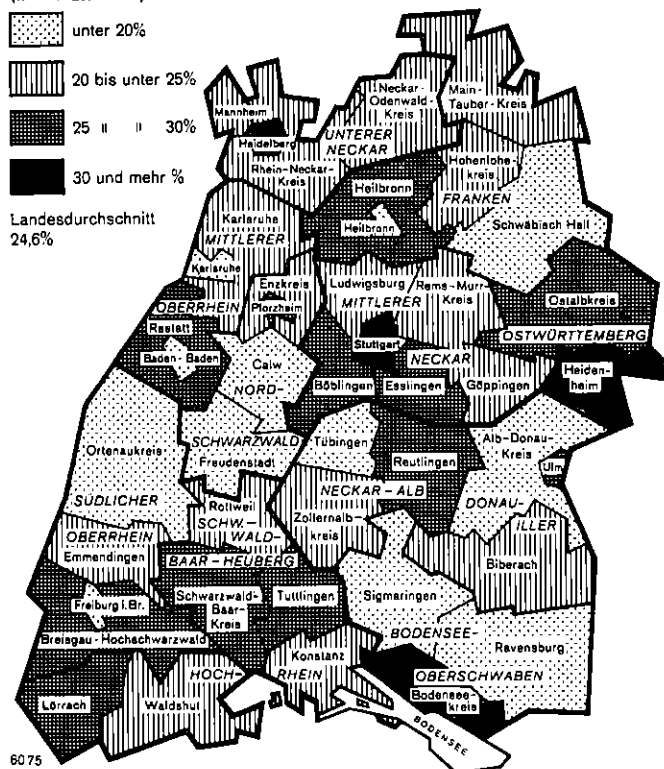
Die Produktionstätigkeit paßte sich dem Rückgang des Nachfragevolumens aufgrund des noch verfügbaren Auftragspolsters zunächst nur zögernd und sehr gemäßigt an. Im Jahresdurchschnitt verharrte die Industrieproduktion bei leicht rückläufigem Beschäftigtenstand annähernd auf dem hohen Stand des Vorjahreszeitraums (– 1,5 %).

Am deutlichsten ausgeprägt war das Nachlassen der Produktionstätigkeit im Bereich der Verbrauchsgüterindustrien (– 5,3 %), wobei die Schwerpunkte bei einigen Industriegruppen lagen, die schon seit längerer Zeit strukturelle Anpassungsprozesse durchlaufen (Textilindustrie – 7,3 %, Bekleidungsindustrie – 1,6 %, Ledererzeugung – 12,6 %, Lederverarbeitung – 9,5 %, Schuhherstellung – 9,6 %). Einen leichten Produktionsrückgang (– 4,9 %) bei allerdings sehr differenzierter Entwicklung der einzelnen Industriegruppen verzeichneten auch die Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien. Von ihnen zählte insbesondere die Industrie der Steine und Erden zu den konjunkturell stärker betroffenen Branchen. Durch den Rückgang des Wohnungsbaus und die Zurückhaltung gewerblicher Bauherren mit Investitionen gingen die Auftragseingänge um 6,0 % unter den Vorjahresstand zurück, der Produktionsausstoß lag um 9,6 % unter Vorjahreshöhe.

Von wenigen Branchen abgesehen, waren die Investitionsgüterindustrien, die zu Beginn des Jahres 1974 noch über ein vergleichsweise überdurchschnittliches Auftragspolster verfügten, von der konjunkturellen Abschwächung zunächst weniger berührt. Trotz der volumenmäßig beträchtlich verminderten Bestelleingänge (– 9,0 %) erzielten sie noch eine Produktionszuwachsrate von 0,8 %. Maßgeblichen Anteil an dieser leichten Produktionssteigerung hatten drei in Baden-Württemberg bedeutsame

Exportquoten der Industrie nach Stadt- und Landkreisen 1974

Landesdurchschnitt
24,6%



Nimmt man einmal diejenigen fünf Branchen, die die höchste Verminderung des Beschäftigtenstandes erfahren haben, so zählen hierzu die Textil- und Bekleidungsindustrie (– 11 800 bzw. – 5000), die Industrie der Steine und Erden (– 2900), die Holzverarbeitende Industrie (– 2000) sowie die Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie (– 3450). Obwohl sich in verschiedenen Branchen die Zahl der Ar-

Am Jahresende war die wirtschaftliche Lage der Industrie zunehmend durch eine konjunkturelle Abschwächung gekennzeichnet, die Unternehmen rechneten vielfach mit einer weiteren Verschlechterung der Geschäftslage und richteten sich auf Produktionseinschränkungen ein. Insbesondere im Bereich der Investitionsgüterindustrien, die in Baden-Württemberg anteilmäßig besonders stark vertreten sind, blieb die erhoffte Belebung aus. Auch deuten die vorliegenden Daten sowie die mangelnde Kapazitätsauslastung der industriellen Unternehmen darauf hin, daß zumindest für den Investitionsgüterbereich bis weit in das Jahr 1975 hinein ein spürbarer konjunkturbedingter Nachfrageausfall erwartet werden muß. Ob und inwieweit hier mit einer Belebung zu rechnen ist, hängt weitgehend davon ab, in welchem Umfang die von der Bundesregierung beschlossenen konjunkturfördernden Maßnahmen zu einer fühlbaren Erhöhung der privaten Investitionsneigung führen.

Ähnlich wie während der Rezessionsphase 1966/67 versuchte die baden-württembergische Wirtschaft auch im Jahr 1974, die Schwächetendenzen der inländischen Nachfrage durch Ausweichen auf Auslandsmärkte auszugleichen. Erschwerende Umstände waren dabei die erhebliche Verteuerung der Ausfuhr Güter durch Produktionskostensteigerungen und die Aufwärtstendenz des DM-Wechselkurses. Dennoch gelang aufgrund der hohen Qualität der baden-württembergischen Erzeugnisse und der Lieferfähigkeit der Industrie sowie unter dem Einfluß des noch höheren Preisauftriebs in den anderen westlichen Industrieländern eine unerwartet hohe Ausweitung des Exportgeschäfts.

74

ben. doch im Verlauf der Jahre einige in Baden-Württemberg stark vertretene Industriezweige so hohe Exportquoten erreicht (Maschinenbau 45,5 %, Straßenfahrzeugbau 43,7 %, Feinmechanik und Optik 39,5 %, Elektrotechnik 25,9 %), daß diese Industrien nunmehr in immer stärkerem Maße von währungspolitischen Ereignissen und den Geschehnissen auf den Auslandsmärkten abhängig sind (vgl. Tabelle im Anhang).

Welche starke außenwirtschaftliche Verflechtung des Landes mit der erneuten hohen Ausfuhrsteigerung erreicht wurde, geht aus der Exportquote der Industrie hervor, die sich für 1974 auf 24,6 % bezieht und seit 1960, ausgehend von einem Wert von 15,1 %, kontinuierlich anstieg. Daß ein hoher Ausfuhranteil auch mit Problemen verbunden ist, zeigen die durch die Verteuerung des Erdöls und anderer Rohstoffe ausgelösten aktuellen Zahlungsbilanzprobleme wichtiger Handelspartner (Italien, Großbritannien, Dänemark). Auch wenn man die Gefahr, daß im Zusammenhang mit der Energie- und Rohstoffverteuerung ein fundamentales Ungleichgewicht im Welthandel entstehen könnte, nicht überbewertet, bleibt ungewiß, ob künftig nicht eine zunehmende Zahl von Ländern aufgrund defizitärer Zahlungsbilanzen gezwungen ist, ihre Einfuhren mittels Wechselkursänderungen und Importrestriktionen zu drosseln. In diesem Falle wäre auch in Baden-Württemberg mit weiter sinkender gesamtwirtschaftlicher Nachfrage und rezessiven Tendenzen zu rechnen.

Allerdings ist die Exportabhängigkeit der einzelnen Landesteile sehr unterschiedlich. Mit einem Anteil des Exports am Industrieumsatz von jeweils über 30 % liegen die Kreise Stuttgart, Heidenheim, Heidelberg und der Bodenseekreis deutlich an der Spitze, während die Stadtkreise Heilbronn und Baden-Baden sowie der Ortenau- und der Alb-Donau-Kreis mit Exportquoten von jeweils rund 15 % weniger stark auf eine hohe Ausfuhrleistung angewiesen sind.

3.6.2 Energie- und Rohstoffabhängigkeit der Industrie vom Mineralöl

Der etwa Mitte der fünfziger Jahre einsetzende erhebliche Anstieg des Energieverbrauchs ging mit einem Wandel der Verbrauchsstruktur einher. Die klassische Energiequelle Steinkohle wurde mehr und mehr durch kostengünstigere und bedarfsgerechtere Energieträger, vor allem durch Erdöl, ergänzt und ersetzt. In der Bundesrepublik werden heute rund 55 %, in Baden-Württemberg¹ sogar rund 70 % des Verbrauchs an Primärenergie durch Mineralöl gedeckt, das nahezu vollständig eingeführt werden muß. Dabei bringt die geographische

Lage der Erdölreserven — über 70 % der zur Zeit förderbaren Vorräte befinden sich in den OPEC-Ländern² — die Gefahr einer politisch bedingten Verknappung oder Einstellung der Erdöllieferungen mit sich.

Nun wird sich zwar in Zukunft die Abhängigkeit unseres Bundeslandes von Mineralölimporten durch das weitere Vordringen der Kernenergie vermindern. So wird beispielsweise nach den Vorausberechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung³ der Primärenergieverbrauch Baden-Württembergs im Jahr 1985 nur noch zu Anteilen zwischen 56,8 % und 58,5 % durch Mineralölprodukte gedeckt. Der absoluten Menge nach wächst der Mineralölbedarf jedoch weiterhin, wobei bis 1990 von jährlichen Zuwachsraten zwischen 1,0 % und 2,4 % auszugehen ist.

Obwohl das wirtschaftliche Wachstum Baden-Württembergs nach den neuesten Prognosen hinter den ursprünglichen Erwartungen zurückbleiben und somit auch der industrielle Energiebedarf nicht im ehemals erwarteten Maße steigen wird (die Prognosen des DIW berücksichtigen das bereits), bleiben die Umstellung auf umweltfreundlichere Energieträger (z.B. Kernenergie und Erdgas) und der Abbau der überdurchschnittlichen Abhängigkeit von Mineralöl nach wie vor vordringliche energiepolitische Ziele des Landes.

Um sich aus der Abhängigkeit von Rohölimporten zu lösen, bleibt nur die Möglichkeit, den verstärkten Einsatz anderer Energieträger wie z.B. Kohle, Erdgas oder Kernenergie zu fördern. Im Bereich der Industrie wie beim privaten Verbrauch kann beispielsweise der Heizölbedarf durch Einsatz von Kohle oder anderen Energiearten verringert werden. Das gilt insbesondere für die Unternehmen der öffentlichen Elektrizitätserzeugung, die in Baden-Württemberg zur Zeit rund 32 % ihres gesamten Brennstoffverbrauchs für die Stromerzeugung durch Mineralölprodukte decken (Bundesrepublik rund 12 %). Allerdings wird dadurch nur teilweise eine Loslösung aus der Abhängigkeit vom Mineralöl zu erreichen sein, da der Einsatz des Mineralöls als Rohstoff beispielsweise in der chemischen Industrie Baden-Württembergs wertmäßig pro Jahr mehr als doppelt soviel ausmacht wie der gesamte Energieeinsatz für Brenn- und Treibstoffzwecke aller Energiearten. Welch starke Multiplikatorwirkung daher von einer Rohstoffverknappung ausgehen würde, die die Produktion der chemischen Industrie nicht nur preis-, sondern auch mengenmäßig beeinflusst, kann zur Zeit nicht annähernd abgeschätzt werden.

1 Energiebericht Baden-Württemberg 1972/73, Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr

2 Organisation der ölexportierenden Länder

3 Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung: Die Entwicklung des Energieverbrauchs in Baden-Württemberg und seinen 12 Regionalverbänden bis zum Jahr 1990, (Gutachten im Auftrag des Ministeriums für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr in Baden-Württemberg), Berlin 1974.

Statistische Messung der Abhängigkeit vom Mineralöl

Während der mengenmäßige Verbrauch an Energie nach den Energiearten Heizöl, Gas, Strom und Kohle relativ genau bekannt ist, liegen wesentlich weniger Informationen über die Einsatzwerte, das heißt die kostenmäßige Belastung der Industrie und der einzelnen Branchen durch den Faktor Energie vor. Zur Erstellung dieser Daten ist es notwendig, entweder die Mengeneinsatzgrößen mit durchschnittlichen Preisen zu bewerten oder eine direkte Befragung nach den Energieeinsatzwerten vorzunehmen. Eine derartige Befragung wurde vom Statistischen Landesamt im Rahmen einer für das Geschäftsjahr 1971 durchgeführten Materialeingangserhebung in der Industrie und im Bauhauptgewerbe vorgenommen. Da diese Erhebung den Materialeingang in relativ tiefer Gliederung nachweist, wird die direkte Abhängigkeit vom Rohstoff Mineralöl oder dessen Folgeprodukten darstellbar. Die gewonnenen Ergebnisse zeigen, in welchen Branchen Mineralölprodukte oder Mineralölfolgeprodukte in größerem Umfang als Rohstoff eingesetzt werden. Aus der Kombination mit Daten der Produktionsstatistik kann außerdem gezeigt werden, welche Endprodukte von einer Rohstoffverknappung oder Preissteigerung direkt erheblich beeinflusst werden können.

Energieabhängigkeit insgesamt

Von den gemessen am Bruttoproduktionswert 20 größten Industriebranchen Baden-Württembergs weisen die Holzschliff-, Zellstoff-, Papier- und Pappeerzeugung mit 11,7 %, die Industrie der Steine und Erden mit 11,2 %, die NE-Metallindustrie mit 10,8 % sowie die Chemie mit 3,9 % die höchsten Energiekostenanteile auf.

Dagegen ist der Anteil dieses Kostenfaktors bei den in Baden-Württemberg gewichtigsten Branchen (Maschinenbau 1,0 %, Elektrotechnische Industrie 1,0 %, Fahrzeugbau 1,5 %) verhältnismäßig gering. Die drei zuletzt genannten Branchen repräsentieren gemessen am Bruttoproduktionswert etwa 42 % der gesamten Industrie des Landes.

Eine Gliederung nach der absoluten Höhe des wertmäßigen Energieeinsatzes und der Energieeinsatzarten ergibt folgendes Bild: Die größten Energieverbraucher in der baden-württembergischen Industrie sind die Industrie der Steine und Erden gefolgt von der chemischen Industrie. Beachtlich ist der Verbrauch der Holzschliff-, Zellstoff-, Papier- und Pappeerzeugung, die mit rund 170 Mill.DM im Geschäftsjahr 1971 einen höheren Energieeinsatzwert als der Fahrzeugbau (155 Mill.DM) und der Maschinenbau (154 Mill.DM) hatte und damit als drittgrößter Energieverbraucher anzusehen ist. Eine besonders hohe Energieabhängigkeit zeigt sich ebenfalls bei der NE-Metallindustrie, die im Energieeinsatz an sechster Stelle steht. Gliedert man die Gesamt-

Tabelle 3

Energie- und Rohstoffeinsatz der Industrie 1971

Rang Nr.	Ausgewählte Wirtschaftsklassen (20 größte WIKL – geordnet nach dem absoluten Wert der Sp. 1)	Brutto-Prod. Wert 1971 ¹⁾	Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	Brenn- u. Treibstoffe, Energie
		in 1000 DM	%	
		1	2	3
	Industrie insgesamt	88 921 169	40,7	2,3
	darunter			
1	Maschinenbau	15 032 740	37,3	1,0
2	Elektrotechnische Industrie	11 163 611	40,6	1,0
3	Fahrzeugbau	10 046 333	43,8	1,5
4	Textil-Industrie	6 551 970	47,1	2,3
5	Ernährungsindustrie	6 355 353	55,1	1,5
6	Chemische Industrie	5 372 208	36,8	3,9
7	EBM-Industrie	3 818 579	37,9	1,2
8	Holzverarbeitende Industrie	2 823 940	40,7	0,9
9	Feinmechanische und optische Industrie	2 491 853	33,9	0,8
10	Industrie der Steine und Erden	2 325 282	26,9	11,2
11	Bekleidungsindustrie	1 876 605	46,4	0,5
12	Mineralöl- und Kohlenwertstoffindustrie	1 800 238	41,2	3,6
13	Druckerei- und Vervielfältigungsindustrie	1 758 057	38,0	1,0
14	Kunststoffverarbeitende Industrie	1 591 262	46,7	2,7
15	Holzschliff-, Zellstoff-, Papier- und Pappeerzeugung	1 456 031	44,1	11,7
16	NE-Metallindustrie	1 381 058	59,8	10,8
17	Stahlverformung	1 371 550	32,8	3,1
18	Papier- und Pappeerarbeitung	1 312 247	42,6	1,5
19	Stahlbau	1 190 317	36,3	0,6
20	Kautschuk- und Asbestverarbeitende Industrie ..	1 141 092	46,2	3,3

¹⁾ Nach hauptbeteiligten Industriegruppen.

energiekosten nach Energieeinsatzarten auf, dann stehen im Durchschnitt der gesamten Industrie die Einsatzwerte für Strom mit 52,0 % vor dem Anteil für flüssige Brenn- und Treibstoffe mit 35,2 %. Relativ gering ist der Einsatz fester Brennstoffe mit 6,9 %.

Einsatz von Mineralöl als Energieträger

Der besonders interessierende Anteil der flüssigen Brenn- und Treibstoffe am Energieeinsatz bewegt sich bei den 20 Industriebranchen mit den absolut höchsten Energieverbrauchswerten zwischen 5,8 % in der NE-Metallindustrie, wo vor allem der Stromverbrauch dominiert, und 80,1 % bei der Mineralölverarbeitung. Als stark abhängig vom Einsatz flüssiger Brenn- und Treibstoffe erweisen sich in unserem Land ebenfalls die Holzschliff-, Zellstoff-, Papier- und Pappeerzeugung, die Industrie der Steine und Erden, die Ernährungsindustrie, die Glasindustrie und die Sägewerke und Holzbearbeitung. Hier wird nur in ganz bescheidenem Umfang auf feste Brennstoffe als Energiequelle zurückgegriffen.

Da neben anderen Kostenfaktoren auch steigende Energiekosten für steigende industrielle Erzeugerpreise verantwortlich gemacht werden können, erscheint es wichtig, die aus unterschiedlichen Energieeinsatzarten resultierende Kostenbelastung der Branchen zu untersuchen, indem die Einsatzwerte je 100 DM erzeugtem Produktionswert dargestellt werden.

Bei einem Bruttoproduktionswert von 100 DM sind im Durchschnitt der baden-württembergischen Industrie etwa 0,80 DM Kosten für flüssige Brenn- und Treibstoffe enthalten. Die Stromkosten betragen etwa 1,20 DM. Bei der als Beispiel mehrfach angeführten Industrie der Steine und Erden entfallen 6,00 DM auf flüssige Brenn- und Treibstoffe und zusätzlich 4,20 DM auf Stromkosten, auf feste Brennstoffe dagegen nur 0,60 DM. Bei den in Baden-Württemberg vom Ausstoß her dominierenden Branchen Fahrzeugbau und Maschinenbau kommen dagegen auf 100 DM Bruttoproduktionswert lediglich 0,30 bzw. 0,20 DM auf flüssige Brenn- und Treibstoffe und auch der Einsatz von Strom hält sich mit 0,90 bzw. 0,60 DM in engen Grenzen. Steigende Energiekosten als Argument für steigende Endproduktpreise sind hier also je nach Branche sehr unterschiedlich zu beurteilen.

Erdöl und Mineralölprodukte als Rohstoffe

Über den Einsatz von Mineralölprodukten als Rohstoff ist relativ wenig bekannt. Aus diesem Grunde wird aufzuzeigen versucht, wo nennenswerte Mengen an Mineralölprodukten oder direkt mineralölabhängigen Produkten (z.B. auf petrochemischer Basis hergestellte Ausgangsstoffe) in der baden-württembergischen Industrie als Rohstoff eingesetzt werden und zum anderen, welche Produktgruppen im wesentlichen damit erzeugt werden. Die hierzu erforderliche Kombination von Materialeingangswerten mit Warenausstoßwerten aus der vierteljährlichen Produktionsstatistik ist mit einigen methodi-

Schaubild 2
Abhängigkeit ausgewählter Wirtschaftsklassen der Industrie von Energie

Höchste DM-Werte je 100 DM Bruttoproduktionswert

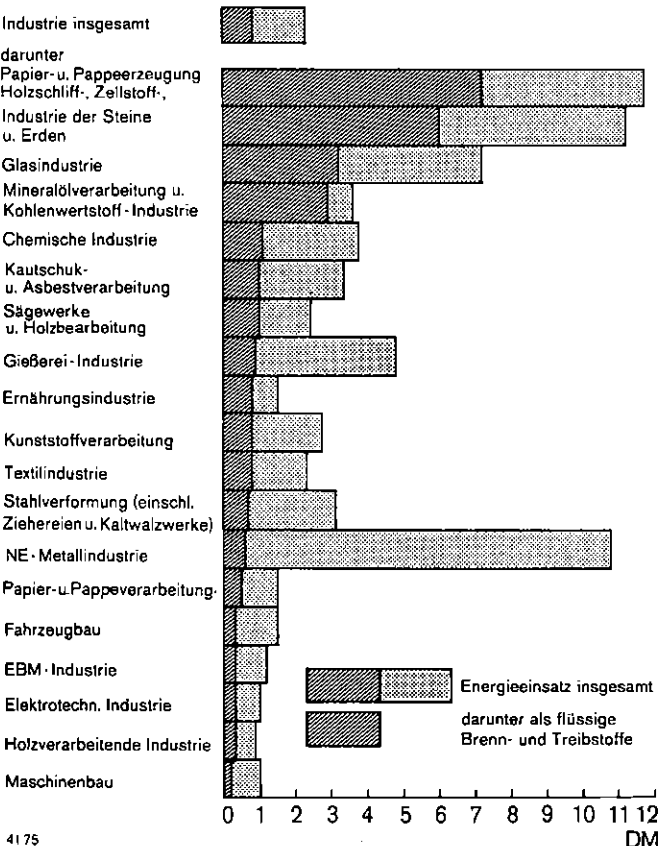


Tabelle 4

Branchen mit dem absolut höchsten Energieeinsatz gegliedert nach Energiearten 1971

Rang Nr.	Ausgewählte Wirtschaftsklassen (20 größte WIKL geordnet nach dem absoluten Wert der Spalte 1)	Brenn- und Treibstoffe, Energie ¹⁾	Darunter entfallen auf die Einsatzarten . . .			
			feste Brennstoffe	flüssige Brenn- und Treibstoffe	Gas	Strom
1000 DM	%					
1	2	3	4	5		
	Industrie insgesamt	1 978 576	6,9	35,2	5,9	52,0
	darunter					
1	Industrie der Steine und Erden	260 624	5,0	53,4	3,4	38,2
2	Chemische Industrie	208 056	11,2	29,3	5,9	53,6
3	Holzschliff-, Zellstoffindustrie, Papier- und Pappeerzeugung	170 099	12,5	62,1	7,5	17,9
4	Fahrzeugbau	155 028	3,9	24,4	10,3	61,4
5	Maschinenbau	153 529	7,2	24,1	8,4	60,3
6	NE-Metallindustrie	148 800	1,3	5,8	2,7	90,2
7	Textilindustrie	148 072	12,0	34,6	3,4	50,0
8	Elektrotechnische Industrie	109 009	2,9	21,3	3,9	71,9
9	Ernährungsindustrie	97 730	5,9	51,1	2,8	40,2
10	Mineralölverarbeitung und Kohlenwertstoffindustrie	65 053	-	80,1	-	19,9
11	Stahlverformung (einschließlich Ziehereien und Kaltwalzwerke)	63 354	0,7	21,3	4,3	73,7
12	Gießerei-Industrie	52 861	19,8	18,9	15,4	45,9
13	EBM-Industrie	44 309	1,1	29,7	9,3	59,9
14	Kunststoffverarbeitung	42 855	5,0	28,8	1,0	65,2
15	Kautschuk und Asbestverarbeitung	37 202	14,8	30,4	16,2	38,6
16	Glasindustrie	34 314	-	44,6	15,8	39,6
17	Holzverarbeitende Industrie	25 115	4,1	28,7	0,2	67,0
18	Sägewerke und Holzbearbeitung	22 024	1,6	41,8	0,7	55,9
19	Feinmechanische und optische Industrie	19 774	6,3	26,2	2,9	64,6
20	Papier- und Pappeerzeugung	19 757	13,2	36,4	1,0	49,4

¹⁾ Hochgerechnet auf Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten.

schen Schwierigkeiten behaftet, doch können zumindest erste Größenvorstellungen über direkte Rohstoffabhängigkeiten vom Mineralöl gewonnen werden.

Nach dem verfügbaren statistischen Ausgangsmaterial sind zunächst folgende Rohstoffeinsatzarten des Mineralöls oder abgeleiteter Produktgruppen quantifizierbar:

1. Erdöl roh
2. Mineralölprodukte im eigentlichen Sinne
3. Ausgangsstoffe der Petrochemie.

Beim Einsatz dieser Rohstoffe oder Rohstoffgruppen im Produktionsprozeß wird von einer direkten Abhängigkeit vom Mineralöl oder von Mineralölprodukten gesprochen. Eine Quantifizierung weiterer indirekter Abhängigkeiten des Rohstoffeinsatzes (z.B. bei der Kunststoffverarbeitung, beim Baugewerbe oder der Textilindustrie) von Erdölfolgeprodukten ist in dieser Untersuchung nicht möglich.

Nach den verfügbaren Daten werden Mineralöl, Mineralölprodukte oder Ausgangsstoffe der Petrochemie nur in relativ wenigen Industriebranchen als Rohstoffe eingesetzt, jedoch dort in beachtlich hohen Werten. Abgesehen von der Mineralölverarbeitung mit ihrer hundertprozentigen Abhängigkeit vom Rohöl spielt der Einsatz von Erdölfolgeprodukten vor allem in weiten Bereichen der chemischen Industrie eine entscheidende Rolle. Darüber hinaus ist der direkte Einsatz lediglich bei der Papier- und Pappeverarbeitung noch nennenswert. Sehr beachtlich dürften jedoch die hier nicht darstellbaren, aus der Verflechtung der chemischen Industrie mit sonstigen Industriebranchen resultierenden indirekten Wirkung sein, die bislang nicht aufzeigbar sind.

Untergliedert man die chemische Industrie nach der Ausstoßstruktur, so zeigt sich, daß bei den Betrieben, die chemische Grundstoffe herstellen (etwa 13 500 Beschäftigte), der Rohstoffeinsatzwert zu durchschnittlich 18 bis 19 % aus Mineralölerzeugnissen sowie petrochemischen Stoffen besteht. Damit werden neben sogenannten organischen Grundstoffen (wie Kohlenwasserstoffe, Alkohole, Phenole, Äther u.ä.) im Werte von rund 18 % der Bruttoproduktion auch Kunststoffe (etwa 19 %) und Farben, Lacke und verwandte Erzeugnisse (rund 17 %) hergestellt. Diese Produktgruppen dürften am stärksten mineralölabhängig sein.

Eine weitere Gruppe von chemischen Betrieben mit zusammen etwa 30 000 Beschäftigten ist schwerpunktmäßig mit der Herstellung von Erzeugnissen für privaten Verbrauch und Verwaltungen befaßt. Hier ist vor allem die Produktion pharmazeutischer Erzeugnisse, photochemischer Materialien, chemischen Bürobedarfs sowie von Putz-, Pfl-

gemitteln und Wachswaren besonders stark mineralölabhängig, Erdölfolgeprodukte machen hier etwa 12 % des gesamten Materialeingangswertes aus.

Die chemischen Betriebe, die auf die Herstellung von Erzeugnissen vorwiegend für gewerbliche und landwirtschaftliche Verwendung spezialisiert sind, beschäftigen in Baden-Württemberg schätzungsweise 12 500 Arbeitskräfte. Eine Aufgliederung der Produktion zeigt hier deutlich eine fast hundertprozentige Abhängigkeit vom Mineralöl zur Herstellung von Lacken, Verdünnungen, Farben, Klebstoffen, Dachpappe und Konservierungsmitteln. Ebenfalls von einer hundertprozentigen Abhängigkeit vom Mineralöl kann bei der Herstellung von Chemiefasern gesprochen werden. In dieser Branche arbeiten schätzungsweise 8200 Beschäftigte. Hier werden vor allem synthetische Fasern und Borsten sowie Zellwolle und Reyon erzeugt.

Als vollkommen mineralölabhängig kann auch die in Baden-Württemberg (mit weniger als 600 Beschäftigten) relativ unbedeutende Kohlenwertstoffindustrie angesehen werden. Die Abhängigkeit der Mineralölverarbeitung vom Rohöl ist ohnehin offensichtlich. In Baden-Württemberg sind in 11 hochtechnisierten und -automatisierten Betrieben knapp über 2000 Beschäftigte tätig.

3.6.3 Einige Aspekte zur Lage „mittelständischer Betriebe“ des Verarbeitenden Gewerbes

Die Verbesserung der Existenz- und Wettbewerbsfähigkeit kleiner und mittlerer Unternehmen ist einer der Schwerpunkte der Wirtschaftspolitik der Landesregierung, hängen doch die wirtschaftliche Entwicklung und der Lebensstandard eines größeren Teils der Bevölkerung in besonderem Maße von der zukünftigen Leistungsfähigkeit des gewerblichen Mittelstandes ab. Weitere Motive für die Förderung selbständiger mittelständischer Existenzen liegen im Bereich der Wirtschafts- und Sozialpolitik und sind so vielschichtig, daß hier nicht näher darauf eingegangen werden kann. Im Rahmen der Mittelstandspolitik spielen neuerdings auch diejenigen Probleme eine gewichtige Rolle, die sich aus der Belastung von Verdichtungsräumen mit Großunternehmen ergeben. Aber auch die bessere Kommunikation mittlerer und kleinerer Betriebe innerhalb des gesellschaftlichen Lebens von Regionen, z.B. von Gemeinden, gibt Anlaß zu Überlegungen.

Im Interesse einer ausgewogenen Wirtschaftsstruktur ist die Landesregierung seit langem bestrebt, die Leistungsfähigkeit kleiner und mittlerer Unternehmen zu erhalten und zu stärken. Dazu dient ein umfangreicher Maßnahmenkatalog der neben betrieblichen und überbetrieblichen Gewerbeförderungsmaßnahmen insbesondere Finanzierungshilfen für Existenzgründungen sowie für Umstellungs- und Anpassungsvorhaben und schließlich die Förderung

der zwischenbetrieblichen Kooperation umfaßt. Die bisherigen Bemühungen auf diesem Gebiet werden verstärkt fortgesetzt.

Wie nun die „mittelständische Wirtschaft“ genau abzugrenzen ist, läßt sich kaum allgemeingültig feststellen. Für die Zuordnung zum gewerblichen Mittelstand sind neben rein wirtschaftlichen Kriterien, wie z.B. Betriebsgröße und Branchenstruktur, auch politische Faktoren von maßgebender Bedeutung. Da somit der Begriff des gewerblichen Mittelstandes durchaus variabel zu interpretieren ist, wird im folgenden das verfügbare statistische Material nach Beschäftigten- und Ausstoßgrößenklassen untergliedert. Damit ist es möglich, die wirtschaftliche Situation sowohl „mittlerer“ wie auch kleinerer und größerer Betriebe und Unternehmen aufzuzeigen.

Mittelständisches Gepräge der baden-württembergischen Wirtschaft

Einen Gesamtüberblick über die Gliederung der Arbeitsstätten nach Beschäftigtengrößenklassen in Baden-Württemberg und im übrigen Bundesgebiet geben die Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung von 1961 und 1970. Dabei wird in die Wirtschaftsabteilungen Verarbeitendes Gewerbe, Baugewerbe und Handel untergliedert.

Für das gesamte Verarbeitende Gewerbe zeigt sich, daß in Baden-Württemberg die beiden unteren Beschäftigtengrößenklassen mit 1 bis 9 und mit 10 bis 19 Beschäftigten bei einem Vergleich der Anteilswerte etwas schwächer vertreten sind als im Durchschnitt des übrigen Bundesgebietes. Bezogen auf die Gesamtzahl aller Arbeitsstätten sind diese kleinbetrieblich organisierten Arbeitsstätten des Verarbeitenden Gewerbes in Baden-Württemberg jedoch erheblich stärker repräsentiert als im übrigen Bundesgebiet (vgl. Tabelle 5a). Bei den mittleren Beschäftigtengrößenklassen mit 50 bis 999 Beschäftigten sind in Baden-Württemberg deutlich höhere Anteilswerte festzustellen.

Insoweit kann also davon gesprochen werden, daß das Verarbeitende Gewerbe Baden-Württembergs im Vergleich zum übrigen Bundesgebiet stärker mittelständisch geprägt ist. In Arbeitsstätten mit mehr als 1000 Beschäftigten ist das Verhältnis umgekehrt. Hier ist das übrige Bundesgebiet stärker vertreten. Wird das Verarbeitende Gewerbe jedoch differenzierter nach Wirtschaftsgruppen dargestellt, ergeben sich beachtliche Abweichungen von dieser genannten durchschnittlichen Besetzung.

Die für das Verarbeitende Gewerbe insgesamt gemachte Aussage gilt beispielsweise mit geringen Abweichungen auch für die Wirtschaftsgruppen Ma-

Tabelle 5

Arbeitsstätten nach Beschäftigtengrößenklassen in Baden-Württemberg und im übrigen Bundesgebiet 1961 und 1970

Gebiet	Jahr	Arbeits- stätten insges.	Davon mit ... Beschäftigten in %						
			1 - 9	10 - 19	20 - 49	50 - 99	100 - 499	500 - 999	1000 und mehr
Verarbeitendes Gewerbe									
Baden-Württemberg	1961	101 119	82,70	6,57	5,36	2,51	2,38	0,30	0,18
	1970	82 063	77,73	8,43	6,88	3,10	3,17	0,43	0,26
Bundesgebiet ohne Baden-Württemberg ¹⁾	1961	459 597	83,57	6,83	5,02	2,13	2,02	0,25	0,18
	1970	354 844	78,49	9,00	6,48	2,73	2,69	0,35	0,26
Baugewerbe									
Baden-Württemberg	1961	31 555	79,70	11,35	5,72	1,86	1,30	0,06	0,01
	1970	29 797	78,99	11,53	5,91	2,03	1,46	0,07	0,01
Bundesgebiet ohne Baden-Württemberg ¹⁾	1961	132 526	73,39	13,00	8,48	3,15	1,89	0,07	0,02
	1970	126 954	71,79	14,26	8,93	3,05	1,87	0,08	0,02
Handel									
Baden-Württemberg	1961	108 766	93,97	3,65	1,68	0,44	0,23	0,02	0,01
	1970	95 635	91,36	5,05	2,50	0,67	0,38	0,03	0,01
Bundesgebiet ohne Baden-Württemberg ¹⁾	1961	726 241	93,77	3,79	1,75	0,45	0,22	0,01	0,01
	1970	607 893	91,60	4,94	2,43	0,64	0,35	0,03	0,01

¹⁾ Zur Vergleichbarkeit hier ohne Berlin (West).

Tabelle 5a

Auf 1000 Arbeitsstätten kamen 1970 1)
..... Arbeitsstätten des verarbeitenden Gewerbes 2)

In Betriebsgrößenklassen mit Beschäftigten	Baden-Württemberg	Bundesgebiet ohne Baden-Württemberg
1 - 9	180,8	148,7
10 - 19	19,6	17,4
20 - 49	16,0	12,5
50 - 99	7,2	5,2
100 - 499	7,4	5,1
500 - 999	1,0	0,7
1000 - mehr	0,6	0,5

1) Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung vom 27.5.1970. — 2) Ohne Baugewerbe.

schinenbau, Textilgewerbe, Papier- und Pappeherzeugung und die Holzverarbeitung, die offensichtlich den statistischen Durchschnitt für das Verarbeitende Gewerbe entscheidend prägen. Auch die chemische Industrie zeigt ähnliche Schwerpunkte, allerdings mit der speziellen Abweichung, daß hier auch die unteren Größenklassen von 1 bis 50 Beschäftigten eine relativ stärkere Bedeutung haben als im übrigen Bundesgebiet.

Eine ganze Reihe von Branchen weist jedoch relativ starke Abweichungen von dieser durchschnittlichen Besetzung sowohl in Richtung mehr „kleinbetrieblicher“ als auch „großbetrieblicher“ Orientierung auf.

Als eindeutig großbetrieblich orientierte Branche im Vergleich zum übrigen Bundesgebiet ist in Baden-Württemberg der Straßenfahrzeugbau zu nennen, der nicht nur in der Größenklasse 1000 und mehr sondern auch in der Größenklasse 500 bis 999 Beschäftigte in Baden-Württemberg eine stärkere Besetzung aufweist als das übrige Bundesgebiet. Auch die Schuhindustrie kann hier eingestuft werden, da in dieser Branche, im Gegensatz zum Bundesgebiet, mit 29,6 % ein wesentlich höherer Anteil an Beschäftigten in Arbeitsstätten der Größenklasse 1000 und mehr tätig ist. Der entsprechende Wert für das Bundesgebiet beträgt 6,1 %. Als stärker kleinbetrieblich orientiert im Vergleich zum Bundesgebiet erscheint die Ernährungsindustrie, bei der vor allem das Gewicht der Kleinbetriebe mit 1 bis 9 Beschäftigten eindeutig stärker zu Buche schlägt. Bei näherer Betrachtung dieser sehr heterogenen Wirtschaftsgruppe ist festzustellen, daß die Gründe für den genannten Strukturunterschied in der stärker kleinbetrieblichen Ausstattung Baden-Württembergs mit Bäckereien, Milchverwertungsstellen, Schlachtereien und Fleischereien sowie Alkoholfabrikationen und sonstigen Betrieben der Spirituosenherstellung liegen.

Tabelle 6

Beschäftigte nach Beschäftigtengrößenklassen in Baden-Württemberg und im übrigen Bundesgebiet 1961 und 1970

Gebiet	Jahr	Beschäftigte insgesamt	Davon in Arbeitsstätten mit ... Beschäftigten in %						
			1 - 9	10 - 19	20 - 49	50 - 99	100 - 499	500 - 999	1000 und mehr
Verarbeitendes Gewerbe									
Baden-Württemberg	1961	1 812 301	12,02	4,96	9,25	9,75	27,86	11,26	24,90
	1970	1 946 763	9,85	4,81	8,98	9,14	27,76	12,64	26,82
Bundesgebiet ohne Baden-Württemberg 1)	1961	7 777 069	13,54	5,41	9,10	8,78	24,58	10,24	28,35
	1970	7 964 931	10,82	5,38	8,86	8,48	24,94	10,72	30,82
Baugewerbe									
Baden-Württemberg	1961	317 833	27,60	14,97	17,18	12,88	23,18	3,72	0,47
	1970	322 092	26,75	14,15	16,20	13,04	25,31	3,80	0,75
Bundesgebiet ohne Baden-Württemberg 1)	1961	1 745 926	19,95	13,18	19,56	16,37	25,62	3,39	1,93
	1970	1 726 927	19,72	14,06	19,85	15,35	24,72	3,78	2,52
Handel									
Baden-Württemberg	1961	437 512	53,76	11,94	12,36	7,41	10,53	3,08	0,92
	1970	495 796	45,86	12,90	14,34	8,67	13,04	4,12	1,07
Bundesgebiet ohne Baden-Württemberg 1)	1961	2 983 097	54,25	12,11	12,52	7,44	9,59	2,20	1,89
	1970	3 085 421	46,04	12,85	14,19	8,60	12,41	3,42	2,49

1) Zur Vergleichbarkeit hier ohne Berlin (West).

An diesen ausgewählten Beispielen sollte gezeigt werden, daß eine differenzierte Betrachtung am Platze ist. Es existiert eine ganze Reihe von Branchen mit sehr uneinheitlichen Größenklassenstrukturen, die um so deutlicher zum Vorschein kommen, je fachlicher gegliedert das statistische Material untersucht wird. Etwas klarer können spezifische baden-württembergische Verhältnisse im Baugewerbe festgestellt werden, während dagegen wiederum im Handel sich keine gravierenden Abweichungen zur Größenklassenstruktur des übrigen Bundesgebietes ergeben.

Beim Baugewerbe zeichnen sich im Gegensatz zum Verarbeitenden Gewerbe nennenswerte Unterschiede in den Größenklassenstrukturen zwischen Baden-Württemberg und dem übrigen Bundesgebiet ab. Das Baugewerbe, das die Bereiche Bauhauptgewerbe und Ausbau- und Bauhilfsgewerbe umfaßt, ist in Baden-Württemberg im Durchschnitt kleinbetrieblicher ausgerichtet als im übrigen Bundesgebiet. Während in Baden-Württemberg 26,8 % der Beschäftigten 1970 in Arbeitsstätten mit weniger als 10 Beschäftigten und 40,9 % in solchen mit weniger als 20 Beschäftigten tätig waren, liegen die entsprechenden Anteile für das übrige Bundesgebiet bei 19,7 bzw. 33,8 %. Auch im Jahr 1961 waren bereits ähnliche Unterschiede der vergleichbaren Größenklassen zu verzeichnen, so daß angenommen werden kann, daß es sich hier um eine spezifische strukturbedingte Eigenschaft der baden-württembergischen Bauwirtschaft handelt und sich der hohe Anteil an kleinen bauhandwerklichen Betrieben auf die Größenklassenstruktur entsprechend auswirkt.

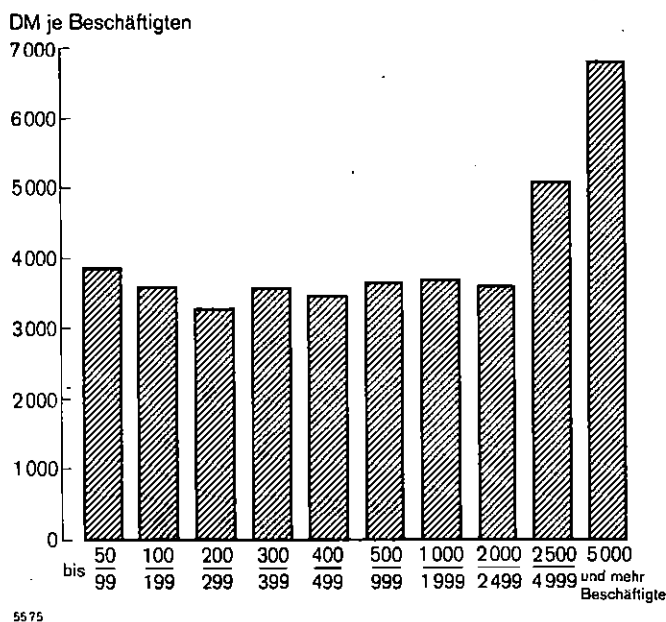
Investitionsintensität kleiner, mittlerer und größerer Unternehmen

Vielfach wird behauptet, die Wettbewerbslage der mittelständischen Betriebe sei auch auf dem Kapitalmarkt besonders schwierig und verlange die Bereitstellung von Finanzierungshilfen. Ob bei der Investitionsfinanzierung Großunternehmen begünstigt sind, wird sich wohl nicht allgemeingültig feststellen lassen. Hierfür spricht jedoch zumindest die Beobachtung, daß Großunternehmen die Fremdfinanzierung vielfach durch die Unternehmensform der „Kapitalgesellschaft“ erleichtert wird und auch die Selbstfinanzierung wegen der häufig stärkeren Marktposition leichter durchzuführen ist. Inwieweit zwischen den einzelnen Betriebsgrößen tatsächlich Unterschiede in der Möglichkeit und Bereitschaft zum Investieren bestehen, läßt ein Vergleich der Investitionsquoten erkennen.

An Hand der jährlichen Investitionserhebungen kann für den Bereich der Industrie die Investitionstätigkeit der Unternehmen mit mehr als 50 Beschäftigten nachgewiesen werden. Daraus lassen sich

Schaubild 3

Investitionen der industriellen Unternehmen nach Beschäftigtengrößenklassen 1972



auch Investitionsquoten (Investitionen in Prozent des jeweiligen Umsatzes) sowie Investitionskennziffern je Beschäftigten errechnen.

In Baden-Württemberg weisen die Großunternehmen mit 2500 und mehr Beschäftigten sowie die noch größeren Unternehmenseinheiten deutlich höhere Investitionsquoten und Investitionskennziffern je Beschäftigten auf als sämtliche anderen Beschäftigtengrößenklassen. So investieren beispielsweise die Unternehmen mit mehr als 5000 Beschäftigten im Durchschnitt mehr als das Doppelte je Beschäftigten als die Unternehmen mit 400 bis 499 Beschäftigten. Es zeigt sich auch, daß die Investitionsneigung, gemessen an den Investitionsquoten, gerade in diesem Größenklassenbereich vor allem in den Geschäftsjahren 1967 und 1968 sowie 1970 und 1972 relativ gering war. Auffallend ist auch, daß die kleineren Unternehmen mit 50 bis 99 Beschäftigten verhältnismäßig hohe Werte aufweisen.

Unterschiedliche Kostenstruktur

Statistisches Material zur Analyse der Kostenstruktur liegt auf der Basis von repräsentativen Befragungen im Bundesgebiet in Form von Ergebnissen der in mehrjährigen Abständen stattfindenden Kostenstrukturerhebungen vor. Da diese Ergebnisse, für die Industrie letztmals 1970, ausschließlich nach Größenklassen der Gesamtproduktion gegliedert sind, kann an Hand der ebenfalls verfügbaren Gesamtproduktion je Beschäftigten nur eine grobe und relativ ungenaue Umschätzung auf Beschäftigtengrößenklassen vorgenommen werden.

An Hand dieses Materials kann jedoch festgestellt werden, inwieweit die zu erwartende Tendenz,

daß nämlich mit zunehmender Unternehmensgröße aufgrund wachsender Produktivität auch der Materialverbrauch als Kostenfaktor ansteigt, zutrifft. Als gegenläufige Bewegung hierzu müßten dann die Personalkosten als Anteil am Wert der Gesamtproduktion mit zunehmender Unternehmensgröße fallen. Diese Kombination ist zwar in einigen Branchen (so z.B. beim Maschinenbau, der Elektrotechnik, der Druckereiindustrie und der Möbelindustrie) klar zu erkennen, sie tritt jedoch in anderen Branchen nicht eindeutig hervor bzw. ist sogar gleichläufig. Zu letzterer Gruppe gehört beispielsweise die Uhrenindustrie, die chemische Industrie oder auch die Schuhindustrie. Auch im Bereich der Nahrungs- und Genußmittelindustrie gibt es bei differenzierterer Betrachtung eine ganze Reihe Ausnahmen von dieser Regel, so z.B. bei der Brotindustrie, der Fleischwarenindustrie, der Herstellung von Mineralwasser und Limonaden und mit Einschränkung auch bei den Brauereien. Hier spielen produktionsspezifische Eigenschaften der Branche, vor allem der Einsatz relativ billiger Grundmaterialien, eine wichtige Rolle.

Die Personalkosten stellen einen beachtlichen Anteil an den Kosten der Unternehmen dar. Greift man einige für Baden-Württemberg wichtige Branchen heraus, so bewegt sich im Maschinenbau der Personalkostenanteil je nach Produktionsgrößenklasse zwischen 33,5 und 37,9 %, in der Druckereiindustrie sogar bis zu 46 %. Während beispielsweise im Maschinenbau der Anteil der Lohnkosten mit steigender Größenklasse kontinuierlich abnimmt, ist der Anteil der Gehaltskosten an der Gesamtproduktion bei den Unternehmen der mittleren Größenklassen höher als bei den Klein- und auch den Großbetrieben.

Als sogenannte Kostensteuern zählen vor allem die Grundsteuer, Gewerbesteuer einschließlich Lohnsummensteuer, Vermögenssteuer und die Verbrauchssteuer, wobei für Zeitvergleiche beachtet werden muß, daß ab 1. Januar 1968 die Mehrwertsteuer im Gegensatz zur vorangegangenen Bruttoumsatzsteuer nicht mehr als Kostensteuer in den Ergebnissen enthalten ist. Obwohl die Kostenbelastung mit den genannten Steuern von untergeordneter Bedeutung ist, fällt doch auf, daß Unterschiede zwischen den ausgewiesenen Ausstoßgrößenklassen vorhanden sind. Im allgemeinen nimmt mit zunehmender Größenklasse die Steuerbelastung ab. Beispielsweise beträgt in der Uhrenindustrie der Kostenanteil für Steuern der genannten Art bei den Unternehmen von 100 000 bis 1 Million DM Gesamtproduktion (dies entspricht etwa der Beschäftigtengrößenklasse bis 40 Beschäftigte) 2,3 %. Der entsprechende Wert beläuft sich in der Größenklasse 5 bis 50 Millionen DM (etwa 130 bis 1400 Beschäftigte) nur noch auf 1,4 %.

Differierende Produktionssortimente

Zur Beurteilung der wirtschaftlichen Lage und der Entwicklungsaussichten mittelständischer Betriebe ist für den Bereich des Verarbeitenden Gewerbes von Interesse, inwieweit sich das Produktsortiment kleinerer Betriebe hinsichtlich der Art und des Diversifikationsgrades von dem größerer Betriebe unterscheidet. Diese Frage ist insofern von Bedeutung, als möglicherweise kleine und mittlere Unternehmen in erheblich stärkerem Maße als Zulieferanten auftreten als Großbetriebe. Hinzu kommt, daß diese Firmen dem Preisdruck der die Zulieferprodukte abnehmenden Großunternehmen ausgesetzt sind.

Diese Vermutungen können zur Zeit weder widerlegt noch bewiesen werden. Sie treten jedoch immer mehr in den Interessenbereich der wirtschaftspolitisch verantwortlichen Stellen und der Öffentlichkeit. Die amtliche Statistik verarbeitet zwar laufend umfangreiches statistisches Material über die Produktion der Betriebe nach Warengruppen, doch müßte dieses erst durch längerfristige Sonderuntersuchungen nutzbar gemacht werden, was zumindest für Teilaspekte der Fragestellung anzustreben wäre.

3.7 Landwirtschaft im Strukturwandel — neue Entwicklungstendenzen

Der seit über einem Jahrzehnt anhaltende, tiefgreifende Strukturwandel in der Land- und Forstwirtschaft hat sich 1974 etwas abgeschwächt fortgesetzt. Die Zahl der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe mit 0,5 Hektar und mehr selbstbewirtschafteter landwirtschaftlicher Nutzfläche verminderte sich um 2,4 Prozent auf rund 204 000. Damit sind im Verlauf der letzten 25 Jahre fast die Hälfte, seit 1960 (325 500) allein über ein Drittel (37,4 %) der Betriebe aus dem Produktionsprozeß ausgeschieden. Die mit dem Schrumpfungsprozeß verbundene Verlagerung der Produktionsschwerpunkte zwischen den Größenklassen und die Konzentration der landwirtschaftlichen Nutzflächen (LF) auf größere Betriebe setzte sich ebenfalls weiter fort, wobei die Betriebsgrößenschwelle, von der ab die Zahl der Betriebe zunimmt, bis nahe 25 Hektar LF nach oben verschoben wurde. In der Größenklasse von 20 bis unter 25 Hektar LF betrug die Betriebszunahme 1974 nur noch + 1 %, in der Größenklasse von 25 bis unter 30 Hektar LF dagegen + 5 % und in der zwischen 30 und 50 Hektar LF sogar + 10 %. Heute gibt es in Baden-Württemberg annähernd 20 000 Betriebe mit mindestens 20 Hektar LF (1960 knapp 9000), das sind zwar lediglich knapp ein Zehntel aller Wirtschaftseinheiten, doch bewirtschaften diese reichlich ein Drittel (35 %) der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche (1949: 16 %).

Tabelle 1

Entwicklung der Betriebsgrößen in der Landwirtschaft

Landwirtschaftlich genutzte Fläche von bis unter ha	Betriebe				Landwirtschaftlich genutzte Fläche			
	1974	Veränderung			1974	Veränderung		
		1974 gegen 1973		Mittel der Jahre 1960-1974		1974 gegen 1973		Mittel der Jahre 1960-1974
		1000	%			1000	%	
0,5 — 1 ha	37,0	+ 0,8	+ 2,5	— 2,8	26,4	+ 0,7	+ 3,1	— 2,8
1 — 2 ha	31,9	— 1,0	— 2,7	— 3,1	45,2	— 1,5	— 3,0	— 3,1
2 — 5 ha	43,2	— 2,3	— 5,1	— 3,7	141,9	— 7,9	— 5,3	— 3,8
5 — 10 ha	36,3	— 1,7	— 4,5	— 3,5	262,3	— 12,9	— 4,7	— 3,4
10 — 15 ha	21,7	— 1,1	— 4,8	— 1,6	267,0	— 13,1	— 4,7	— 1,5
15 — 20 ha	14,1	— 0,5	— 3,4	+ 1,9	242,9	— 9,3	— 3,7	+ 1,9
20 — 50 ha	18,6	+ 0,7	+ 3,9	+ 8,7	510,2	+ 25,9	+ 5,3	+ 9,2
50 — 100 ha	0,9	+ 0,1	+ 12,5	+ 5,7	59,7	+ 7,0	+ 13,3	+ 5,6
100 und mehr	0,2	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,0	39,9	+ 1,6	+ 4,2	+ 3,4
Insgesamt	203,9	— 5,0	— 2,4	— 2,7	1595,5	— 9,5	— 0,6	— 0,6

Der Schwerpunkt der Betriebe liegt indessen noch immer bei den Betriebsgrößen zwischen 2 und 15 Hektar LF, die zusammen gut 42 % der landwirtschaftlich genutzten Fläche auf sich vereinen. Nach wie vor stehen aber in diesem Größenbereich, wie verlaufsanalytische Untersuchungen zeigen, Betriebsauflösungen und -verkleinerungen im Vordergrund. Auch 1973/74 verlor der Größenbereich von 2 bis 15 Hektar LF wieder gut 5000 Einheiten (— 5 %), doch hat sich der Rückgang damit gegenüber dem Vorjahr erkennbar verlangsamt. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, daß die Zahl der Kleinstbetriebe und Wirtschaftsheimstätten mit weniger als 1 Hektar LF erstmals zunahm. Zwar handelt es sich hier hauptsächlich um Wochenend- und Feierabendbetriebe, die im wesentlichen der Eigenversorgung und Freizeitgestaltung dienen, doch ist die Tendenz einer zunehmenden Bodenverbundenheit der Bevölkerung offenkundig, seitdem die allgemeine wirtschaftliche Stagnation das Tempo des strukturellen Konzentrationsprozesses gebremst hat. Selbst hauptberufliche Landwirte, die unter dem inflationären Kostendruck schon zur Betriebsaufgabe entschlossen waren, sind heute angesichts der gesamtwirtschaftlichen Lage und der verschlechterten Berufsalternativen zunehmend geneigt, an der landwirtschaftlichen Tätigkeit festzuhalten.

Sofern diese Tendenz anhält, werden aus dem bisherigen Betriebsreservoir der Größenklassen zwischen 2 und 15 Hektar LF künftig weniger Flächen für die Aufstockung von entwicklungsfähigen bzw. -willigen Betrieben zur Verfügung stehen. In der Vergangenheit erfolgte nämlich die Aufstockung zu größeren Einheiten überwiegend durch Zupachtung,

seltener durch Kauf freigewordener Ländereien. Das bestätigen auch die Ergebnisse der Landwirtschaftszählung 1971/72, wonach bei jedem dritten Betrieb mit 20 und mehr ha LF (gegenüber jedem neunten im Jahr 1960) mindestens die Hälfte des Betriebsareals aus Pachtland besteht. Von den rund 230 000 Hektar LF, die der Betriebsbereich mit 20 und mehr Hektar seit 1960 hinzugewonnen hat, sind allein 133 100 Hektar Pachtfläche. Obwohl in Baden-Württemberg die Landpacht erst seit dem letzten Krieg nennenswerte Bedeutung erlangt hat, beträgt der Pachtflächenanteil heute über 30 % der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche (1960: 21,6 %). Damit erhöhte sich zwar die Mobilität des Bodens, aber auch die Instabilität der Betriebsstruktur. Mehr als 83 % der Pachtflächen gehören Eigentümern, die den Betriebsinhabern familiär nicht verbunden sind. Von entscheidender Bedeutung für den weiteren Verlauf des strukturellen Wandlungsprozesses in der Landwirtschaft ist die konjunkturelle Entwicklung sowie die Entwicklung der Preis-Kostenrelation und der Agrareinkommen.

Ungünstigere Austauschrelationen

Der Index der Einkaufspreise für landwirtschaftliche Betriebsmittel stieg seit Anfang der 60er Jahre fast kontinuierlich an. Nach einer vorübergehenden Beruhigung in den Jahren 1966–1969 erhöhten sich die jährlichen Zuwachsraten in letzter Zeit sogar zunehmend. Diese Entwicklung wurde hauptsächlich getragen durch einen etwa 1969/70 einsetzenden steilen Kostenanstieg für Neubauten, Gebäudeunterhaltung und allgemeine Wirtschafts-

Tabelle 2

**Preisentwicklung landwirtschaftlicher Produkte und Betriebsmittel (einschl. Most)
(1961/62 bzw. 1962/63 = 100)**

Art	1967/68	1968/69	1969/70	1970/71	1971/72	1972/73	1973/74	1974			
								Februar	Mai	August	November
Landwirtschaftliche Produkte insgesamt	101,9	107,8	113,0	106,0	115,1	128,2	128,3	129,2	123,1	120,5	128,5
darunter:											
Pflanzliche Produkte	86,5	92,0	106,0	92,3	96,9	110,1	107,8	108,0	108,8	96,9	101,5
Tierische Produkte	107,1	113,2	115,3	110,6	121,2	134,3	135,2	136,3	128,0	128,3	137,5
Landw. Betriebsmittel insgesamt	107,9	108,4	112,7	118,4	125,0	135,6	149,2	152,1	151,8	152,4	156,4
darunter:											
Neubauten und größere Maschinen	106,4	107,8	116,6	127,3	136,4	145,3	155,8	156,9	160,8	162,5	165,8
Unterhaltung der Gebäude	107,7	112,8	127,2	143,3	155,7	165,3	174,7	173,8	179,8	180,1	179,4
Unterhaltung der Maschinen und Geräte	117,4	121,5	126,9	142,9	154,2	166,6	186,0	189,1	199,0	202,1	207,8
Treib- und Brennstoffe, Schmierstoffe, elektr. Strom	129,1	111,1	109,8	117,0	123,2	129,2	155,2	167,2	164,5	168,4	169,2
Handelsdünger	101,7	100,8	98,5	101,4	106,8	108,9	120,6	127,0	133,0	135,7	139,9

kosten sowie die im Gefolge der Ölkrise eingetretene Verteuerung der Brenn- und Treibstoffe. Aufgrund der bis Dezember 1974 vorliegenden Monatsindizes wird der Betriebsmittelindex auch im Wirtschaftsjahr 1974/75 trotz abgeschwächtem allgemeinem Wirtschaftswachstum weiter deutlich ansteigen.

Der Erzeugerpreisindex für landwirtschaftliche Produkte stieg bis Mitte der 60er Jahre langsam an, fiel dann bis 1967/68 stark zurück und erhöhte

sich seitdem schrittweise und von Schwankungen unterbrochen. Allerdings bestehen bemerkenswerte Unterschiede zwischen den pflanzlichen und den tierischen Erzeugnissen. Der Preisindex für pflanzliche Produkte pendelt in drei- bis vierjährigen Intervallen um ein mehr oder minder gleichbleibendes Gesamtniveau, wobei die Schwankungen im wesentlichen durch witterungsbedingte Erntedifferenzen, besonders bei Sonderkulturen und Kartoffeln, verursacht sind. Der Preisindex für tierische Erzeugnisse spiegelt ebenfalls die mit den zyklischen Produktionsschwankungen verbundenen Preisfluktuationen wider, doch ist hier unabhängig von den Produktionszyklen eine langfristig steigende Tendenz unverkennbar. Allerdings bleibt der Anstieg deutlich hinter dem Betriebsmittelpreisindex zurück. Mit dem Wirtschaftsjahr 1973/74 hat der Erzeugerpreisindex seinen vorläufigen Kulminationspunkt erreicht, denn aufgrund der Monatsindizes des zweiten Halbjahres 1974 und der angebotsbedingten Preischancen im ersten Halbjahr 1975 ist für das neue Wirtschaftsjahr (1974/75) ein Rückgang des Erzeugerpreisindex sehr wahrscheinlich.

Die Verschlechterung im Austauschverhältnis zwischen landwirtschaftlichen Erzeugerpreisen und Betriebsmittelkosten wird noch deutlicher, wenn man die Entwicklung der landwirtschaftlichen Austauschrelationen als Quotient zwischen Erzeugerpreisindex und Betriebsmittelpreisindex betrachtet. Sie sind seit Anfang der 50er Jahre (ausgenommen 1964–1966) tendenziell rückläufig. Dabei ist der seit der DM-Aufwertung von 1969 den deutschen

Tabelle 3

Entwicklung der landwirtschaftlichen Austauschverhältnisse (terms of trade)

Wirtschaftsjahr	Terms 1)	Wirtschaftsjahr	Terms 1)
1960/61	100,7	1968/69	98,6
1961/62	102,4	1969/70	99,5
1962/63	100,0	1970/71	88,8
1963/64	99,0	1971/72	91,4
1964/65	102,1	1972/73	93,8
1965/66	105,2	1973/74	85,3
1966/67	99,5	1980/81 2)	73,5
1967/68	93,7	1985/86 2)	58,2

1) Quotient aus landwirtschaftlichen Erzeugerpreisen und Betriebsmittelpreisen – 2) Projektion

Landwirten für Marktordnungsprodukte der EG gewährte Grenzausgleich in den Preisreihen bereits berücksichtigt. Würde er entfallen, so müßte die Landwirtschaft eine zusätzliche beträchtliche Verschlechterung ihrer Austauschrelationen in Kauf nehmen, die auf 6 bis 7 Indexpunkte veranschlagt wird.

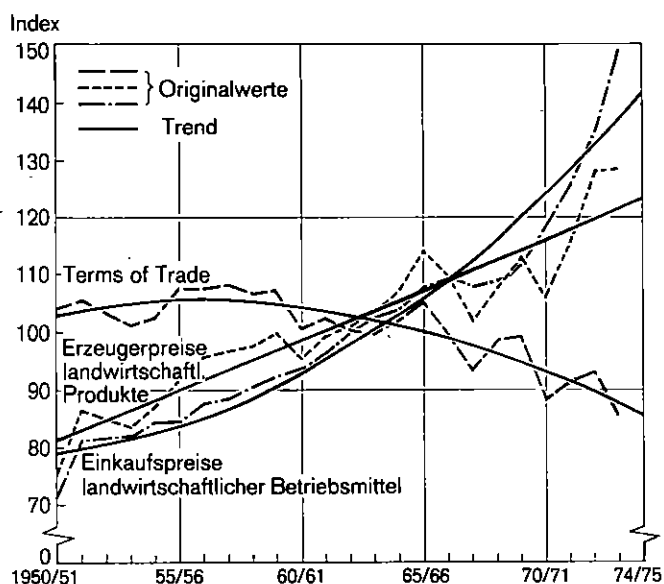
Aber auch bei Beibehaltung des Grenzausgleichs zeigt die Entwicklungsrichtung der Terms einen sich weiterverschärfenden Kostendruck an, der das bisherige Ausmaß erheblich übersteigt. Bei Verlängerung des kurvenlinearen Trends würde sich die „Preiskostenschere“ bis 1980 um über 25 %, bis 1990 um fast 60 % zuungunsten der Landwirtschaft öffnen. Nun ist als Hauptursache für die dramatische Entwicklung der letzten Jahre das Zusammenreffen einer außergewöhnlich starken Verteuerung der Produktionsmittel mit einem strukturell bedingten, mehr oder minder latenten Angebotsdruck bei Nahrungsgütern im EG-Bereich anzusehen, der eine ausreichende Preisanpassung auf Erzeugerebene verhinderte. Das gilt insbesondere für die einkommensunelastisch nachgefragten und besonders preisempfindlichen Grundnahrungsmittel, in jüngster Zeit aber auch für noch relativ einkommenselastische tierische Veredelungszeugnisse. Für die künftige Entwicklung ist aber bei der gegenwärtigen allgemeinen wirtschaftlichen Stagnation durchaus offen, ob der bisherige Trend der Betriebsmittelpreise wieder nachläßt und/oder für die Erzeugerpreise adäquate Verbesserungen durchsetzbar sind. Da die Agrarpreise zumindest für die Marktordnungsprodukte der EG politisch beeinflusst sind, ist das nicht nur eine Frage des Marktes. Die Verknappungserscheinungen des letzten Jahres auf dem Weltmarkt für Getreide, Zucker und Futtermittel haben immerhin schon zu einer veränderten Einschätzung der Versorgungslage und des volkswirtschaftlichen Versorgungsrisikos für Rohstoffe und Nahrungsgüter geführt.

Steigende Nahrungsmittelproduktion?

Ungünstigere Austauschrelationen erhöhen zwar den Kostendruck, doch müssen sie nicht zwangsläufig die Einkommensverhältnisse der Agrarbetriebe verschlechtern, wenn durch Veränderung der Faktorkombination und Adaption technologischer Fortschritte eine Anpassung des Mengengerüsts erfolgen kann. Eine der wirksamsten Anpassungsmaßnahmen der Landwirtschaft bestand bisher darin, die Produktionskosten durch innere und äußere Betriebsaufstockung einerseits und Steigerung der Erträge je Fläche oder Tier andererseits auf eine größere Produktionsmenge zu verteilen, den Arbeitskräftebestand zu reduzieren und die Produktionsschwerpunkte auf die einkommenselastisch nachgefragten Erzeugnisse auszurichten. In diesem Bemühen hat die baden-württembergische Landwirtschaft in den letzten zweieinhalb Jahrzehnten die

Schaubild 1

Entwicklung der landwirtschaftlichen Austauschverhältnisse

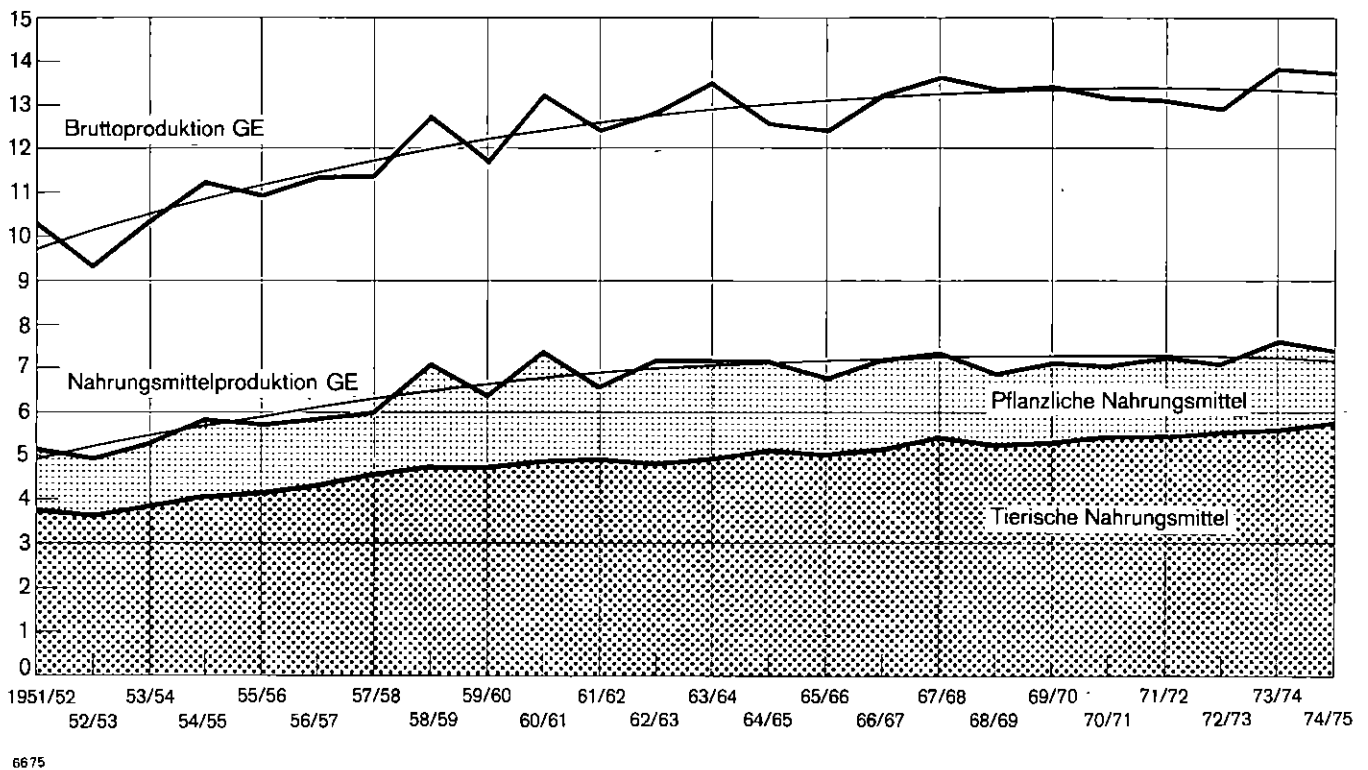


7275

jährliche Bruttoproduktion von 10 auf fast 14 Millionen Tonnen Getreideeinheiten (GE) und die Nahrungsmittelproduktion von rund fünf auf fast acht Millionen Tonnen GE erhöht, obwohl in demselben Zeitraum 220 000 ha LF aus der landwirtschaftlichen Nutzung ausgeschieden sind. Bezogen auf die jeweils verfügbare landwirtschaftlich genutzte Fläche bedeutet das eine Steigerung der natürlichen Bruttoproduktion um 58 % und der Nahrungsmittelproduktion um 80 %. Auffallenderweise erfolgte der Hauptzuwachs aber schon in den 50er Jahren, während die Produktionssteigerung in den 60er Jahren deutlich niedriger war und sich in jüngster Zeit sogar eher einer Sättigungsgrenze anzunähern scheint, die bis jetzt lediglich durch das Rekordernstjahr 1973/74 durchbrochen ist. Die Produktionssteigerung der 50er Jahre war das Ergebnis der ernährungs- und wirtschaftspolitischen Forderungen der damaligen Notlage und somit auch aus heutiger Sicht marktwirtschaftlich durchaus gerechtfertigt. Die dann zunehmende Tendenz, anstelle einer Produktionssteigerung die Produktivität zu verbessern, hat inzwischen bis zur Stagnation der landwirtschaftlichen Gesamtproduktion, in Teilbereichen sogar zur Produktionseinschränkung geführt. Im laufenden Wirtschaftsjahr 1974/75 bleibt die natürliche Brutto- und Nahrungsmittelproduktion nach den Vorschätzungen wieder um 0,7 bzw. 2,9 % hinter den Vorjahresergebnissen zurück, hauptsächlich als Folge der witterungsbedingten Produktionsausfälle bei Sonderkulturen, insbesondere Wein und Obst.

Die sich abflachende Kurve der natürlichen Mengenproduktion bedeutet nicht, daß die Flächenproduk-

Entwicklung der Brutto- und Nahrungsmittelproduktion (in Getreideeinheiten)



tivität oder die Leistungsfähigkeit je Tier im Einzelbetrieb die biologische Höchstgrenze erreicht hat. Im Gegenteil: Ständige biologische und technische Fortschritte sowie die zunehmende Anwendung bereits bekannter Technologien lassen auch künftig einen weiteren Anstieg der Flächenerträge und tierischen Leistungen im Einzelbetrieb (wo er aus Rentabilitätsgründen sogar unerlässlich ist) sowie in der Gesamtheit der Agrarbetriebe erwarten. Der abgeflachte Entwicklungsverlauf der Naturalproduktion läßt aber vermuten, daß sich im ganzen die Produktion auf eine bestimmte Gesamtnachfrage eingestellt hat oder an gewisse Grenzen stößt.

Pro Kopf der Bevölkerung werden heute ungefähr 8 dt GE Nahrungsmittel im Lande erzeugt (gegenüber 7,5 dt GE Anfang der 50er Jahre und 9 dt GE Ende der 50er Jahre). Übersichtsweise wird damit nur ungefähr gut die Hälfte des durchschnittlichen Bedarfs je Kopf der Bevölkerung abgedeckt. Im Hinblick auf die jüngste Entwicklung am Weltmarkt sollte daher die Außenabhängigkeit in der Nahrungsmittelversorgung nicht mehr vergrößert werden. Bei der gegebenen Unsicherheit auf den Weltagrarmärkten und der stagnierenden oder gar schrumpfenden Agrarproduktion je Kopf der Bevölkerung im eigenen Land werden künftig eingehende Analysen der Versorgungslage an Hand globaler und detaillierter Bilanzen von zunehmender Bedeutung sein.

Bemerkenswert sind auch die Umschichtungen, die sich seit den 60er Jahren zwischen den Nahrungsmitteln pflanzlicher und tierischer Herkunft vollzogen haben.

Heute sind 5,72 Millionen Tonnen Getreideeinheiten oder 78 % der Gesamtnahrungsmittelproduktion tierische Erzeugnisse. Damit haben die Erzeuger ihre Betriebe erfolgreich an die mit zunehmenden Masseneinkommen steigende Nachfrage nach tierischen Veredelungserzeugnissen angepaßt und mit der verstärkten Veredelung einen großen Teil der Mehrproduktion an pflanzlicher Bruttoenergie gebunden. Bei der Umformung von pflanzlichem Eiweiß in tierisches Eiweiß müssen bekanntlich erhebliche Kalorienverluste in Kauf genommen werden. Gleichwohl bleibt offen, ob man in dem hohen Anteil der Veredelungsproduktion eine Art ernährungswirtschaftlicher Versorgungsreserve sehen kann.

Das Ergebnis der Produktionsanpassung an die veränderte Nachfrage manifestiert sich im Geldwert der Brutto- bzw. Nahrungsmittelproduktion. Die Bruttoleistung erhöhte sich seit dem Wirtschaftsjahr 1950/51 linear um gut das Dreieinhalbfache auf 9 Mrd. DM. Auch der Geldwert der Nahrungsmittelproduktion stieg linear an, doch hat sich der Trend etwa ab 1964 deutlich abgeschwächt. Offenbar ist die Umschichtung im Produktionsgefüge zugunsten der tierischen Erzeugung über ein gewisses

Maß hinaus nicht möglich oder zweckmäßig, zumal bei wichtigen Produkten die Erzeugerpreise unter dem Druck der strukturellen Marktungleichgewichte in der EG leiden. So lag im Wirtschaftsjahr 1973/74, das die bisher höchste Bruttoproduktion und einen realen Zuwachs der Nahrungsmittelproduktion von 6,7 % gebracht hat, der Wert dieser Nahrungsmittelproduktion nur um 8,8 % über dem des Vorjahres, weil sich die landwirtschaftlichen Erzeugerpreise im Frühjahr 1974 nicht auf dem hohen Niveau zu Beginn des Wirtschaftsjahres halten konnten (Schlachtschweine – 23 %, Geflügel – 10 %, Eier – 21 %). Für das laufende Wirtschaftsjahr 1974/75 haben zwar einige Preise wieder leicht zunehmende Tendenz, doch sind von der abgeschwächten allgemeinen Wirtschaftskonjunktur wenig günstige Einflüsse auf die Nachfrage nach Nahrungsmitteln im zweiten Wirtschaftshalbjahr zu erwarten. Hinzu kommt das stark ermäßigte natürliche Produktionsniveau bei Obst und Wein. Auch die Brüsseler Preisbeschlüsse werden für 1974/75 nur noch zum Teil einkommenswirksam. Der Wert der Nahrungsmittelproduktion für 1974/75 wird daher nach sorgfältiger Abwägung der Bestimmungsgründe und unter Berücksichtigung der ab Januar 1975 erhöhten Vorsteuerpauschale auf 5,99 Mrd. DM vorausgeschätzt, das sind 6,9 % weniger als im Vorjahr, wobei die pflanzliche Produktion besonders stark hinter dem Vergleichswert zurückbleibt (– 16 %). Die Verkaufserlöse der baden-württembergischen Landwirtschaft stellen sich unter Einschluß der Mehrwertsteuer voraussichtlich auf 5,3 Mrd. DM, das sind rund 250 Millionen oder 4,5 % weniger als 1973/74 und nur etwa ebensoviel wie im Wirtschaftsjahr 1972/73. Dabei ist etwa ein Drittel dieser Erlösminderung auf reale Mindererträge zurückzuführen.

Sinkende Realeinkommen

Das Betriebseinkommen oder der um die Vorleistungen anderer Wirtschaftsbereiche verminderte Wert der Nahrungsmittelproduktion (= Nettosozialprodukt zu Faktorkosten oder Wertschöpfung)

ist in Baden-Württemberg seit Anfang der 50er Jahre von rund 1,2 auf 2,6 Mrd. DM um das Zwei- bis Zweieinhalbfache gestiegen. Da sich der Sachaufwand (Vorleistungen) in dieser Zeit erheblich stärker, nämlich um das Vierfache vergrößerte, blieb die Wertschöpfung damit deutlich hinter dem Zuwachs der Nahrungsmittelproduktion zurück. Auffallenderweise ist sie auch außerordentlich großen Schwankungen von Jahr zu Jahr unterworfen, deren Ausschläge sich in den letzten Jahren eher noch vergrößerten. Sie beruhen hauptsächlich auf den witterungsbedingten Ernteschwankungen und mehr oder minder zyklisch verlaufenden Preis- und Mengenbewegungen im Bereich der einkommensrelevanten tierischen Produktion, deren Wirkung auf die landwirtschaftliche Wertschöpfung eben nicht über die Gegenläufigkeit von Preis- und Mengenschwankungen kompensiert werden. Insbesondere zeigt der Sachaufwand einen ziemlich gleichmäßig steilen Aufwärtstrend. Im letzten Wirtschaftsjahr (1973/74) bewirkten die fast explosiven Preissteigerungen für sachliche Betriebsmittel eine deutliche Einschränkung im Verbrauch von Futtermitteln, Heizöl und dgl., so daß der Sachaufwand etwa auf Vorjahreshöhe gehalten werden konnte. Unter den gegenwärtigen Preis- und Kostenverhältnissen wird angenommen, daß der Einsatz von Betriebsmitteln mengenmäßig im Wirtschaftsjahr 1974/75 ebenfalls nicht gesteigert wird, zumal sich die Betriebsmittelpreise inzwischen weiter erhöht haben. Bei einer voraussichtlichen Verteuerung der Betriebsmittelpreise gegenüber dem Vorjahr um durchschnittlich 7 % stellt sich der Sachaufwand für das laufende Wirtschaftsjahr gleichwohl auf schätzungsweise 3,583 Mrd. DM. Zu der niedrigeren Annahme über die Preissteigerung der Betriebsmittel (7 % gegenüber 10 % im Vorjahr) ermutigt die Tatsache, daß die Futtermittelpreise inzwischen abermals rückläufig sind. Allerdings ist auch unterstellt, daß der Futtermittelaufwand ebenso wie die anderen Aufwandspositionen sich strukturell nicht verändern, daß keine Neuinvestitionen und Ersatzinvestitionen nur in Vorjahreshöhe vorgenommen werden. Natürlich können wachsende Unternehmen nicht über längere

Tabelle 4

Entwicklung des Betriebseinkommens der Flächen- und Arbeitsproduktivität nach Größenklassen

Betriebseinkommen	Landwirtschaftlich genutzte Fläche von ... bis unter ... ha							
	0,5 – 10		10 – 20		20 – 50		50 und mehr	
	1960/61	1973/74	1960/61	1973/74	1960/61	1973/74	1960/61	1973/74
DM je ha LF	1 193	2 132	942	1 726	736	1 361	648	1 024
DM je Betrieb	4 006	6 950	12 756	24 595	19 546	36 889	58 643	90 326
Betrieb je Vollarbeitskraft in DM	3 835	9 282	5 958	14 506	6 825	17 890	6 677	24 876

Zeit auf Neuinvestitionen von Maschinen und Geräten zum Ausgleich freigesetzter Arbeitskräfte und auf den vermehrten Einsatz ertragssteigernder Betriebsmittel verzichten, doch dürfte bei den rückläufigen Einkommen mit einer gewissen Kaufzurückhaltung zu rechnen sein, zumal im letzten Wirtschaftsjahr ein gewisser Nachholbedarf an Investitionen gedeckt werden konnte. Ob die Globalmaßnahmen der Bundesregierung zur Investitionsförderung, die grundsätzlich auch für die Landwirtschaft gelten, in diesem Bereich überhaupt wirksam werden können, bleibt ohnehin ungewiß.

Aus dem erhöhten Sachaufwand und der gegenüber dem Vorjahr verminderten Nahrungsmittelproduktion resultiert ein vorläufiges Betriebseinkommen von 2,4 Mrd.DM (— 11,8 %).

Da die Wertschöpfung die Entlohnung für die drei Produktionsfaktoren Boden, Arbeit und Kapital darstellt, sind daraus die Löhne, Fremdkapitalzinsen und Nettoinvestitionen ebenso wie die privaten Ausgaben zu bestreiten. Dabei ist noch zu berücksichtigen, daß es sich um Nominalwerte handelt und nach dem derzeitigen Stand der Entwicklung wohl davon ausgegangen werden muß, daß der Index der Lebenshaltungskosten im Wirtschaftsjahr 1974/75 um etwa 6 % gegenüber dem Vorjahr steigt. Damit ergibt sich für die baden-württembergische Landwirtschaft im laufenden Wirtschaftsjahr eine globale Minderung des Realeinkommens von fast 17 %; das Einkommenstief ist deshalb besonders gravierend, weil bereits im Vorjahr ein vermindertes Realeinkommen in Kauf genommen werden mußte.

Bezogen auf die Zahl der vorhandenen Betriebe stand 1973/74 nominell ein Betriebseinkommen von durchschnittlich 13 080 DM je Betrieb oder mehr als das Viereinhalbfache von 1950/51 und fast das Zweieinhalbfache von 1960/61 zur Verfügung. Der anhaltende Umstrukturierungsprozeß, in dessen Verlauf allein seit Anfang der 60er Jahre 37,4 % der Betriebe aus dem Produktionsprozeß ausgeschieden sind, hat somit eine wesentlich bessere Einkommensentwicklung je Betrieb ermöglicht als dem Verlauf der globalen Wertschöpfung entspricht.

Noch stärker ist die Arbeitsproduktivität gestiegen, weil die Dimensionen der Abwanderung von Arbeitskräften noch stärker sind als der Betriebsrückgang. So verminderte sich die Zahl der Familienarbeitskräfte einschließlich der ständig beschäftigten familienfremden Arbeitskräfte zwischen 1960/61 und 1972/73 um 33 % (412 000), die der vollbeschäftigten Personen sogar um 48,5 % (232 000). Ständig beschäftigte familienfremde Arbeitskräfte sind heute (16 000 Personen) aus der Landwirtschaft — von wenigen Groß- und Gartenbaubetrieben abgesehen — so gut wie verschwunden. Dafür

hat die Zahl der Teilbeschäftigten etwas zugenommen (+ 10 %). Rechnet man die teilbeschäftigten familieneigenen und nicht ständigen familienfremden Arbeitskräfte auf Vollarbeitskräfte um, so ergeben sich für 1973/74 rund 217 000 Vollarbeitskräfte und damit 46,3 % weniger als Anfang der 60er Jahre. Demgemäß beläuft sich die Wertschöpfung je Vollarbeitskraft (AK) im Jahre 1973/74 auf 12 520 DM, das ist fast dreimal so viel wie 1960/61.

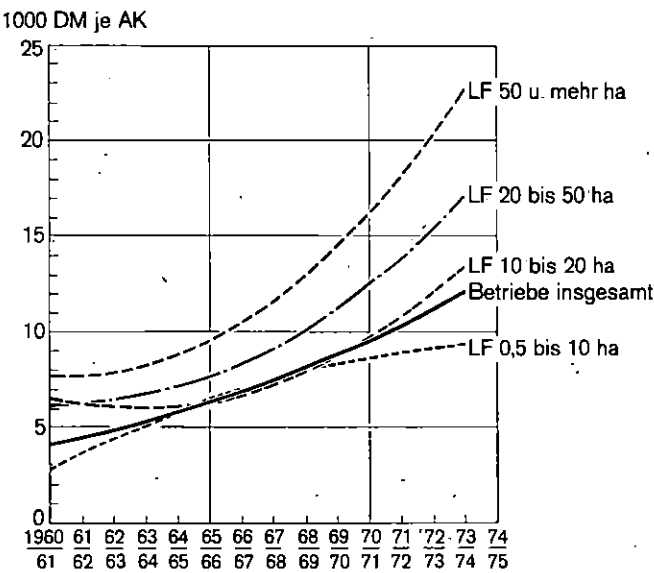
Nun kann nicht unterstellt werden, daß die bisherige Schrumpfung des Arbeitskräftepotentials um durchschnittlich 3,5 % pro Jahr auch 1974/75 anhält. Unter dem Eindruck der hohen Zahl von Arbeitslosen und Kurzarbeitern in der gewerblichen Wirtschaft scheint vielmehr die Abwanderung aus der Landwirtschaft zur Zeit völlig gestoppt. Legt man daher den bisherigen Arbeitskräftebestand zugrunde, so ergibt sich für 1974/75 nominell ein voraussichtliches Betriebseinkommen von 11 090 DM je AK, das sind 11,5 % weniger als im Vorjahr. Der reale Wert der Arbeitsproduktivität ermäßigt sich sogar auf 10 450 DM/AK (— 16,5 %). Wollte man bei der Nahrungsmittelproduktion dieses Jahr und dem gegebenen Sachaufwand dasselbe Realeinkommen je Arbeitskraft bzw. je Betrieb erzielen wie im Vorjahr, so müßten noch im laufenden Wirtschaftsjahr reichlich 35 800 Arbeitskräfte bzw. gut 30 000 Betriebe oder ungefähr fünfmal so viel wie im langjährigen Mittel ausscheiden. Damit wird das Dilemma, in dem sich die baden-württembergische Landwirtschaft zur Zeit befindet, in seinem ganzen Umfang sichtbar. Theoretisch müßte der Strukturwandel um ein Vielfaches forciert werden, damit ein adäquates Einkommenswachstum bei den gegenwärtigen Preis-Kostenrelationen gewährleistet werden kann, aber praktisch wird derselbe Strukturwandel durch die allgemeine rückläufige Wirtschaftsentwicklung erschwert. Dabei muß zusätzlich berücksichtigt werden, daß auf hohem Produktionsniveau die Substitution von Arbeit durch Kapital immer unwirtschaftlicher wird, so daß die Rationalisierung vielfach an dem hohen Kapitalbedarf scheitert. Außerdem setzt die Erhaltung der Produktion und der Landschaft eine gewisse Mindestbetriebsdichte je Region und eine Mindestausstattung mit Arbeitskräften voraus.

Große innere Disparität

Eine globale Einkommensverbesserung oder -verschlechterung in der Landwirtschaft wirkt sich bekanntlich nicht auf alle Betriebsgruppen und -typen in gleicher Weise aus. Das ergibt sich schon aus der sehr vielgestaltigen Produktions- und Einkommensstruktur der Agrarbetriebe, wobei offenbar der Betriebsgröße nach wie vor ein besonderes Gewicht zukommt. So ist die Flächenproduktivität (Betriebs-einkommen je ha LF) in Betrieben unter 10 ha LF im allgemeinen fast doppelt so hoch wie in großbäu-

erlichen und Großbetrieben (ab 50 ha) und reichlich die Hälfte bzw. ein Fünftel höher als in Betrieben mit 20 bis unter 50 bzw. 10 bis unter 20 ha LF. Die höhere Flächenproduktivität, die meist aus dem Anbau von Sonder- und Intensivkulturen sowie intensiver bodenunabhängiger Viehhaltung resultiert, ermöglicht den kleineren Betrieben einen gewissen Ausgleich für fehlende Landausstattung, doch vermag sie offenbar das Einkommensproblem dieser Betriebe auf Dauer nicht zu lösen. Beträgt doch die Wertschöpfung je Betrieb in der Größengruppe von 10 bis 20 ha LF das Dreieinhalbfache, in der Gruppe von 20 bis 50 ha das Fünffache, in der von über 50 ha sogar das Fünfzehnfache der unteren Betriebsgrößengruppe. Obwohl diese Betriebe mit Vollarbeitskräften unterschiedlich ausgestattet sind, liegt auch das Betriebseinkommen je Arbeitskraft (Arbeitsproduktivität) in den oberen Größengruppen erheblich über dem der untersten Betriebsgruppe. Zwar wurde die Arbeitsproduktivität seit 1960/61 auch hier auf das 2,4-fache verbessert, doch war diese Steigerung bei den großbäuerlichen Betrieben noch höher (2,7-fach). Im Wirtschaftsjahr 1973/74 lag die Arbeitsproduktivität der Betriebe ab 50 ha LF bei fast 24 900 DM/AK gegenüber knapp

Schaubild 3
Entwicklung des Betriebseinkommens nach Größengruppen der landwirtschaftlich genutzten Flächen



7375

Tabelle 5

Standardbetriebseinkommen der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe 1971

Betriebssystem Größengruppe der landwirtsch. genutzten Fläche von ... bis unter ... ha	Klassifizierbare Betriebe insgesamt ¹⁾	davon mit einem Standardbetriebseinkommen von ... bis unter ... DM				
		unter 4 000	4 000 — 10 000	10 000 — 20 000	20 000 — 50 000	50 000 und mehr
		Betriebe				
Marktfruchtbetriebe	39 378	26 717	5 090	3 598	3 509	464
Futterbaubetriebe	77 086	30 890	22 264	16 406	7 390	136
Veredlungsbetriebe	4 029	2 295	501	409	621	203
Dauerkulturbetriebe	19 096	9 105	5 348	3 027	1 489	127
Landw.Gemischtbetriebe	36 476	9 710	9 460	9 836	7 235	235
Landw. Betriebe insgesamt	176 065	78 717	42 663	33 276	20 244	1 165
Gartenbaubetriebe	3 409	705	896	854	698	256
Forstbetriebe	14 946	12 549	740	655	312	690
Kombinationsbetriebe	6 124	3 905	883	905	385	46
Insgesamt	200 544	95 876	45 182	35 690	21 639	2 157
darunter Betriebe in der Hand natürlicher Personen						
unter 2	42 383	37 510	3 373	873	501	126
2 — 10	88 374	47 966	32 634	6 310	1 321	143
10 — 20	40 013	210	8 156	24 789	6 745	113
20 — 50	15 939	9	117	2 919	12 426	468
50 und mehr	684	—	5	28	186	465
Insgesamt	187 393	85 695	44 285	34 919	21 179	1 315

1) Begriffserläuterungen bei R. Stadler: Die Produktions- und Einkommensstruktur der Landwirtschaftsbetriebe, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl 21. Jg., 1973, Heft 5

9300 DM/AK in der untersten Betriebsgruppe. Es handelt sich aber auch hierbei nur um einen Vergleich von Mittelwerten, die in sich wieder eine ausserordentlich große Schwankungsbreite aufweisen. Bei der Wertung dieser Zahlen ist außerdem zu berücksichtigen, daß in den Größenbereich über 50 ha LF nur 5,6 % der Betriebe fallen gegenüber 31 % in der kleinsten Gruppe.

Einen Einblick in die Einkommensdifferenzen innerhalb der Betriebsgrößengruppen ermöglicht eine Aufgliederung der Betriebe nach dem Standardbetriebseinkommen, wie sie für die baden-württembergische Landwirtschaft erstmals anläßlich der Landwirtschaftszählung 1971/72 erfolgte. Beim Standardbetriebseinkommen handelt es sich zwar nicht um effektiv erzielte Einkommenswerte, sondern um Normwerte, die unter Verwendung von Durchschnittskoeffizienten aus den betrieblichen Kapazitäten errechnet werden und immerhin einen groben Überblick über die Einkommensstreuung geben. Danach finden sich nicht nur in der Größenklasse ab 50 ha LF Betriebe mit 50 000 DM und mehr Standardbetriebseinkommen, sondern auch in den kleineren Betriebsgruppen; desgleichen sind Standardbetriebseinkommen von 20 000 DM und mehr auch für Betriebe mit unter 10 ha LF erreichbar. Daß neben der Betriebsgröße auch Betriebsorganisation, -typ und der regionale Standort eine wichtige Rolle spielen, liegt auf der Hand. So ist unter den Betrieben mit einem Standardbetriebseinkommen von mindestens 20 000 DM ein relativ hoher Anteil der Gartenbaubetriebe, Veredlungsbetriebe und landwirtschaftlichen Gemischtbetriebe vertreten, während bei den meist nebenberuflich bewirtschafteten Betrieben mit weniger als 4000 DM Standardbetriebseinkommen die Forstbetriebe, Marktfuchtbetriebe, Schweinehaltungsbetriebe und Dauerkulturbetriebe hervortreten. Förderungs- und Stützungsmaßnahmen versprechen daher eine um so größere Effizienz, je sorgfältiger sie auf die unterschiedlichen strukturellen, organisatorischen und regionalen Bedingungen der Betriebe abgestimmt sind (Agrarpolitik nach Maß). Gleichwohl verdient festgehalten zu werden, daß für 48 % der bei der Landwirtschaftszählung 1971/72 erfaßten und klassifizierten Betriebe (200 500) ein Standardbetriebseinkommen von weniger als 4000 DM/Betrieb und für gut 70 % ein solches von weniger als 10 000 DM/Betrieb ausgewiesen wurde; nur 23 000 oder 12 % der Betriebe gehörten der Klasse 20 000 DM Standardbetriebseinkommen je Betrieb und mehr an. Um Fehlschlüsse zu vermeiden wird aber nochmals darauf hingewiesen, daß mit dem Standardbetriebseinkommen lediglich die potentiellen Einkommensmöglichkeiten und keine effektiven einzelbetrieblichen Einkommen dargestellt werden. Immerhin wird bei der gegebenen Einkommensstruktur deutlich, warum der außerlandwirtschaftliche Zu- und Nebenerwerb eine besondere Rolle spielt.

Dreiviertel der Betriebe haben außerlandwirtschaftliche Einkommen

Von der bei der Landwirtschaftszählung 1971/72 erfaßten Gesamtzahl landwirtschaftlicher Betriebe, deren Inhaber natürliche Personen sind (185 900), beziehen rund 143 000 oder fast 77 % zusätzliche Einkommen aus außerlandwirtschaftlicher Erwerbstätigkeit, Renten, Pensionen, Verpachtungen, Vermietungen und dgl. Mit zunehmender Betriebsgröße nimmt die Quote der Betriebe mit Zu- und Nebenerwerbseinkommen zwar ab, doch hat selbst in den Größenklassen über 20 ha LF bzw. mehr als 20 000 DM Standardbetriebseinkommen noch jeder dritte Betriebsinhaber (bzw. Ehegatte) außerlandwirtschaftliches Einkommen. In den von dem bisherigen Schrumpfungsprozeß am stärksten betroffenen Größenklassen unter 10 ha LF bzw. in Betrieben mit weniger als 10 000 DM Standardbetriebseinkommen sind es sogar 80 bis 95 %. Die starke Verflechtung der landwirtschaftlichen und gewerblichen Beschäftigungsverhältnisse spielt in Baden-Württemberg schon seit Beginn der Industrialisierung eine große Rolle und galt lange als volkswirtschaftlich wertvolle Krisensicherung. Inzwischen sind die Anforderungen an einen echten Doppelberuf aber enorm gewachsen.

Tatsächlich handelt es sich bei 27 % der Betriebe nur um solche, deren außerlandwirtschaftliche Einkommen nicht durch Erwerbstätigkeit erworben sind, sondern aus Renten, Pensionen, Kapitalvermögen, Vermietung, Verpachtung u.dgl. bestehen. Immerhin verbleiben rund 83 870 oder 45 % der klassifizierbaren Betriebe in der Hand natürlicher Personen, in denen sich der Betriebsinhaber oder/und sein Ehegatte ausschließlich durch außerlandwirtschaftliche Erwerbstätigkeit zusätzliches Einkommen verschafft, und weitere 20 680 oder 11 % der Betriebe, die sowohl über außerlandwirtschaftliche Erwerbseinkommen als auch über Nichterwerbseinkommen verfügen. Durch nichts könnte die prekäre Einkommenslage der Landwirtschaft besser dokumentiert werden. Offenbar ist doch ein großer Teil der Betriebsinhaber aufgrund der ungenügenden Einkommen aus ihrem landwirtschaftlichen Betrieb auf Zu- und Nebenverdienste angewiesen. Nur 44 % der Betriebe kommen bisher ohne außerbetriebliche Erwerbstätigkeit und nur 23 % der Betriebe ganz ohne außerlandwirtschaftliche Zusatzeinkommen aus.

Die letztgenannte Betriebsgruppe umfaßt offensichtlich landwirtschaftliche Haupterwerbsbetriebe. Aber auch bei Betrieben mit außerbetrieblichen Einkommen bildet die Landwirtschaft im allgemeinen noch die Haupterwerbsquelle, solange das außerlandwirtschaftliche Einkommen nicht größer ist als das Betriebseinkommen; bei der Landwirtschaftszählung 1971/72 war das bei rund 42 000 Betrieben der Fall, so daß im Landesmittel ungefähr 85 000

Tabelle:6

Außerbetriebliches Einkommen der Agrarbetriebe 1)

Standardbetriebseinkommen von ... bis unter ... DM	Betriebe mit außer- betrieblichem Einkommen 2)	Außer- betriebliches Einkommen je Betrieb	Landwirtschaftlich genutzte Fläche von ... bis unter ... ha	Betriebe mit außer- betrieblichem Einkommen 2)	Außer- betriebliches Einkommen je Betrieb
	1000	DM		1000	DM
bis unter 5 000	85,0	12 477	unter 1	6,3	11 791
5 000 bis unter 10 000	21,8	11 048	1 — 2	28,6	11 833
10 000 bis unter 15 000	9,3	9 210	2 — 5	40,5	12 730
15 000 bis unter 20 000	5,9	7 673	5 — 10	29,3	11 639
20 000 bis unter 30 000	3,9	7 291	10 — 20	18,5	9 299
30 000 bis unter 50 000	1,5	8 014	20 — 30	3,5	7 544
50 000 und mehr	0,4	13 089	30 und mehr	1,1	9 468
Insgesamt	127,8	11 566	Insgesamt	127,8	11 566

1) Ergebnisse der Landwirtschaftszählung 1971/72.— 2) Nur Betriebe mit Angabe ihres außerbetrieblichen Einkommens.

oder 46 % der Betriebe ihren Hauptunterhalt aus der Landwirtschaft bezogen, während 54 % Nebenerwerbsbetriebe waren. Da diese Zusammenhänge bei der Landwirtschaftszählung erstmals quantifiziert wurden, liegen Vergleichszahlen früherer Jahre nicht vor, doch zeigen die älteren Erhebungen über den Anteil der hauptberuflichen Landwirte, daß in den letzten Jahren eine Eskalation der Nebenerwerbstätigkeiten stattgefunden hat. Regional ist der Anteil der Nebenerwerbsbetriebe besonders niedrig (15 bis 30 %) in Gebieten mit günstiger Agrarstruktur (Oberschwaben, Hohenlohe); in Südbaden, im Odenwald, Bauland, Taubertal und Stuttgarter Raum steigt er schon auf mehr als die Hälfte, im Gebiet um Reutlingen, Tübingen, Rottweil, Calw und Bruchsal mit vorwiegender Kleinbetriebsstruktur auf über 70 % und im Rastatter Raum sogar auf über 90 % an.

Der Anteil der Haupterwerbsbetriebe ist aber auch in den Großstädten sehr hoch, weil offenbar hier der Konzentrationsprozeß besonders weit vorangeschritten und die Quote der Sonderkultur- und Gartenbaubetriebe außergewöhnlich groß ist.

Um einen Überblick über die Größenordnungen der außerlandwirtschaftlichen Einkommen zu gewinnen, wurde bei der Landwirtschaftszählung das 1971 erzielte Nettoeinkommen aus nichtlandwirtschaftlicher Erwerbstätigkeit, Rente, Pension und dgl. in Einkommensspannen erfragt. Die Non-Responsquote betrug durchschnittlich 10 % und war in den oberen Größenklassen nach der Betriebsfläche einerseits und den Standardbetriebseinkommen andererseits etwa 2 bis 3 Mal so hoch wie in den unteren.

ren. Die Ergebnisse sind daher nur mit größtem Vorbehalt zu bewerten, zumal auch beim Zusammenfassen der Einkommen verschiedener Personen nur mit Gruppenmittelwerten gerechnet werden konnte. Gleichwohl lassen die Ergebnisse erkennen, daß es sich um recht beachtliche Einkommenswerte handelt: für 1971 wurden durchschnittlich 10 570 DM je Betrieb ermittelt, das entspricht, auf das Land umgerechnet, ungefähr drei Viertel der landwirtschaftlichen Wertschöpfung. Mit zunehmender Betriebsgröße und wachsendem Umfang der betrieblichen Tätigkeit der Landwirte geht das außerbetriebliche Einkommen etwas, mit zunehmender Größenklasse des Standardbetriebseinkommens erwartungsgemäß erheblich zurück. Die höchsten außerlandwirtschaftlichen Einkommen wurden 1971 in Betrieben mit weniger als 5000 DM Standardbetriebs-einkommen erzielt (durchschnittlich 12 500 DM/ Betrieb), das sind zwei Drittel aller Betriebe mit außerlandwirtschaftlichen Einkommen. In der nächsthöheren Größenklasse von 5000 bis 10 000 DM Standardbetriebseinkommen, auf die weitere 17 % der Betriebe entfallen, sind es noch gut 11 000 DM/ Betrieb. Damit wird die Bedeutung der außerlandwirtschaftlichen Einkommen für die Masse der Agrarbetriebe und ihre Abhängigkeit von der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung eindeutig unterstrichen. Die Möglichkeit außerbetrieblicher Einkünfte darf aber nicht zu einer Fehlbeurteilung der Effektiventlohnung der eigentlichen agrarischen Tätigkeit führen. Entscheidend für die Beurteilung der Lage in der Landwirtschaft sind nach wie vor die Vollerwerbsbetriebe und ihre Einkommenssituation gemessen an der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung.

3.8 Bauwirtschaft – Bestandsaufnahme und Tendenzen

Die Situation der Bauwirtschaft im Jahr 1974 war im Bereich des Hochbaus gekennzeichnet von einem Prozeß, der, wenigstens was den Wohnungsbau betrifft, weit über das hinausgeht, was als Folge konjunktureller Schwankungen bezeichnet werden kann. Es handelt sich hier vielmehr um einen Umstrukturierungsprozeß als Folge der Anpassung der Wohnungsbaukapazitäten an die gegenwärtige und die längerfristig zu erwartende künftige „echte“ Wohnungsbaunachfrage. Dieser Anpassungsprozeß wurde zweifellos ausgelöst durch die Mitte des Jahres 1973 von Bundesregierung und Bundesbank ergriffenen Stabilitätsmaßnahmen, durch welche die bisherige Attraktivität des Wohnungseigentums als risikofreie und wertbeständige Kapitalanlage mit allen damit verbundenen Begleiterscheinungen, die zu einer erheblichen Verzerrung der Nachfrage geführt hatten, in Frage gestellt wurde.

Wohnungsbau: Stabilisierung auf niedrigerem Niveau

Verfolgt man die Entwicklung der Baugenehmigungen im Verlauf des Jahres 1974, so zeigt sich nach dem Einbruch im zweiten Halbjahr 1973 deutlich eine Tendenz zur Stabilisierung auf niedrigerem Niveau.

Im Jahr 1974 wurden rund 40 % weniger Wohnungen genehmigt als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Bemerkenswert ist, daß sich dieser Rückgang auf die einzelnen Bauherrngruppen höchst unterschiedlich verteilte. Daß der höchste Rückgang der Genehmigungszahlen (– 70,6 %) auf die Bauherrngruppe „Unternehmen“ entfiel, dürfte auf die gesamtwirtschaftliche Konjunkturlage zurückzuführen

ren sein. Es ist nämlich anzunehmen, daß der Wohnungsbau der Unternehmen im wesentlichen für den Bedarf der eigenen Mitarbeiter oder als Kapitalanlage erfolgt und daher wegen der konjunkturellen Abkühlung hier zunehmende Zurückhaltung geübt wurde. Ein ebenfalls sehr hoher Rückgang (– 57,7 %) wurde bei den Genehmigungszahlen der Wohnungsunternehmen beobachtet, deren Wohnungsbauten überwiegend für den Absatz am Markt bestimmt sind. Dieser hohe Rückgang ist eine (allerdings recht späte) Reaktion auf die Tatsache, daß sich die Wohnungsunternehmen einer stetig wachsenden Halde – jedenfalls zu kostendeckenden Preisen – unverkäuflicher und nicht vermietbarer Wohnungen gegenübersehen. Auffallend ist jedoch der mit –25,7 % relativ geringe Rückgang bei den privaten Haushalten, der dazu geführt hat, daß der Anteil dieser Bauherrngruppe, die noch am ehesten direkter Bedarfsträger für Wohnungen ist, an den Genehmigungszahlen von 55,2 % im Jahre 1973 auf 69,3 % im Jahr 1974 angewachsen ist. Die öffentlichen Bauherren spielen hier mit 3,7 % (1973: 2,7 %) nach wie vor nur eine untergeordnete Rolle.

Anhaltspunkte für den künftigen Wohnungsbaubedarf

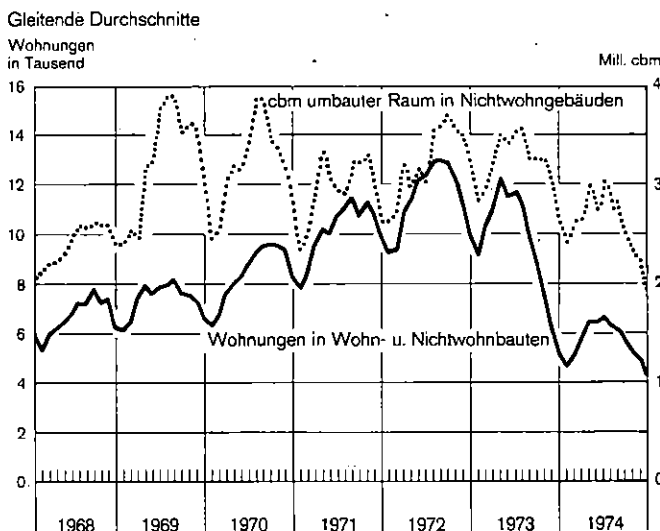
Zur adäquaten Beurteilung des auf den ersten Blick sehr groß erscheinenden Rückgangs der Genehmigungszahlen von 40 % ist allerdings zu beachten, daß diese Art von Vorjahresvergleichen besonders beim Wohnungsbau angesichts der hohen Zahl unvermietbarer und unverkäuflicher Wohnungen in zunehmendem Maß als ungeeignet erscheinen muß. Eine zutreffendere Würdigung der Genehmigungszahlen erscheint nur vor dem Hintergrund des zu erwartenden mittel- und langfristigen Wohnungsbaubedarfs trotz aller Vorbehalte gegenüber der Problematik solcher Bedarfsschätzungen als möglich.

Der wesentliche bedarfsbestimmende Faktor für die Nachfrage nach Wohnungen ist die Entwicklung der Bevölkerung, insbesondere die Zahl der Haushalte. Um einen Anhaltspunkt für die Größenordnung der langfristig zu erwartenden Wohnungsbaunachfrage zu geben, wurde basierend auf der in Teil 2 dargestellten Haushaltsvorausschätzung vom Statistischen Landesamt der künftige wahrscheinliche Wohnungsbaubedarf bis 1990 berechnet.

Von der Gesamtzahl der Haushalte ist allerdings die Zahl der als Untermieter lebenden Studenten und jüngeren Erwerbstätigen abzusetzen, da davon ausgegangen werden kann, daß dieser Anteil der Untermieterhaushalte auch in Zukunft in etwa konstant bleiben dürfte. Der notwendige Versorgungsgrad mit Wohnungen der dann noch verbleibenden Haushalte wurde mit 104 % angesetzt, und zwar 2 % als Ferien- bzw. Zweitwohnungen und 2 % als für das Funktionieren des Wohnungsmarktes not-

Schaubild 1

Entwicklung der Baugenehmigungen



wendige Fluktuationsreserve. Hinzu kommt der Ersatzbedarf, der mit 1 % des Altbestandes (Wohnungen mit Baujahr 1948 und früher) angenommen wurde. Unter Berücksichtigung der Tatsache, daß der Wohnungsabgang in den Jahren 1953 bis 1967 jährlich rund 0,5 % und in den Jahren 1968 bis 1973 jährlich sogar nur rund 0,3 % des jeweiligen Altbestandes betragen hat, scheint eine Annahme von mehr als 1 % aus heutiger Sicht nicht als gerechtfertigt. Hinzu kommt noch, daß mit zunehmender Modernisierung des Altbaubestandes einer Erhöhung des Ersatzbedarfs entgegengewirkt wird.

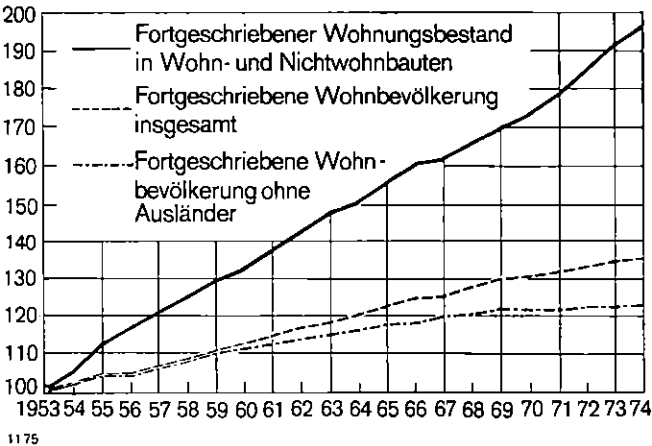
Der Wohnungsbaubedarf (Genehmigungsbedarf) bis 1990 errechnet sich dann wie folgt:

(1) Zahl der Haushalte Anfang 1990	3 972 000
./.. Zahl der Untermieterhaushalte (8 % von (1))	318 000
(2) Zahl der Haushalte mit Wohnungsbedarf	3 654 000
+ 2 % von (2) als Zweitwohnungen	73 000
+ 2 % von (2) als Fluktuationsreserve	73 000
Zahl der Anfang 1990 benötigten Wohnungen	3 800 000
./.. Wohnungsbestand am 31.12.1974	3 306 000
Wachstumsbedarf bis 1990	494 000
+ Erneuerungsbedarf bis 1990 (Ø 1 % jährlich des jeweiligen Altbestandes)	201 000
./.. Überhang Ende 1974	145 000
+ voraussichtlicher Überhang Ende 1989	50 000
Gesamter Wohnungsbaubedarf bis 1990	600 000
= durchschnittlicher jährlicher Bedarf	40 000

Da das Statistische Landesamt aus verschiedenen Gründen den hier errechneten Wert bei realistischer Einschätzung der heute erkennbaren Entwicklung für eine Obergrenze ansieht, veranschlagt es – in Übereinstimmung mit dem Landesentwicklungsbericht – den jährlichen durchschnittlichen Wohnungsbaubedarf von Anfang 1975 bis Anfang 1990 auf eine Größenordnung von 30 000 bis 40 000 Wohnungen. Aufgrund differenzierter Untersuchungen kann jedoch damit gerechnet werden, daß die Bauleistung bis 1980 deutlich über und nach 1980 unter diesem Prognosewert liegen dürfte.

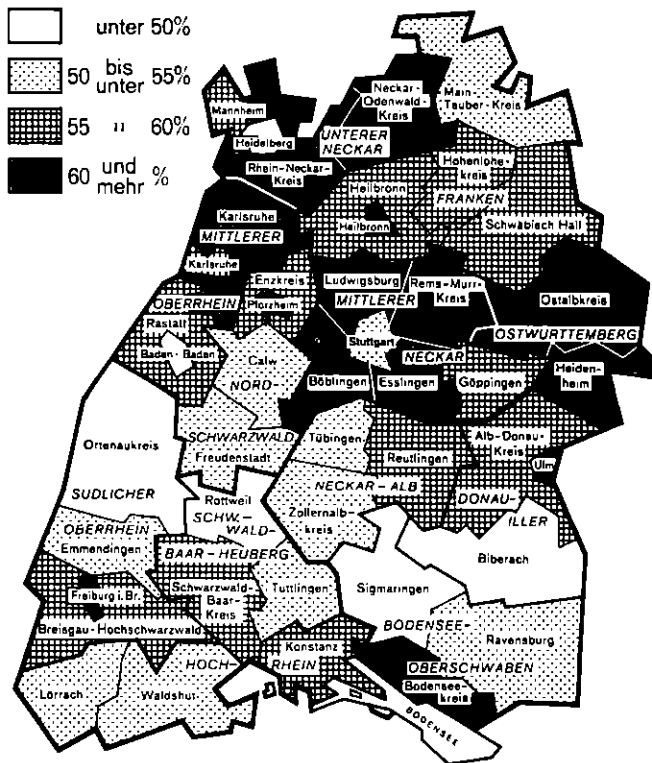
Da für den Zeitraum nach 1990 abzusehen ist, daß die Zahl der Haushalte wieder abnehmen wird, dürfte dann nahezu der gesamte Wohnungsbaubedarf aus dem Ersatzbedarf für alte Wohnungen resultieren. Nach den oben dargestellten Annahmen wird der Wohnungsbestand 1990 jedoch zu rund zwei Dritteln aus Wohnungen bestehen, die 1949 und später gebaut wurden; die Hälfte davon wird sogar vom Baujahr 1968 und später sein. Daher ist auch hiervon kaum ein Wiederansteigen des Wohnungsbaubedarfs zu erwarten. An dieser Stelle soll jedoch darauf hingewiesen werden, daß es andere Prognosen gibt, die abweichend von obiger Prognose – allerdings mit einer nochmals erheblich erhöhten Abgängigkeit – höhere Aussagen beinhalten.

Schaubild 2
Bevölkerungsentwicklung und Wohnungsbestand
1953 = 100



Insgesamt ist festzustellen, daß ein weiteres Absinken der Genehmigungszahlen im Wohnungsbau in den nächsten Jahren zu erwarten und als „normal“ im Sinne einer Anpassung an den langfristigen Bedarf anzusehen ist.

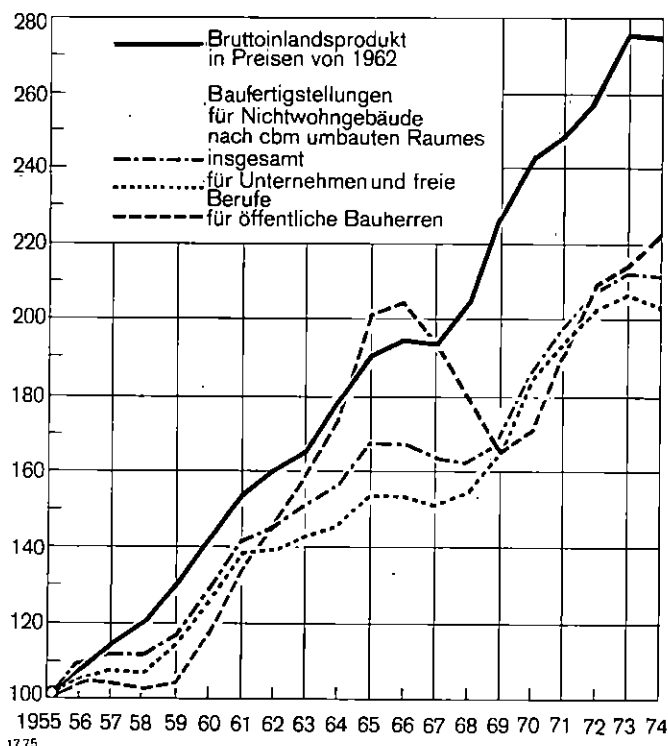
Schaubild 3
Anteil der Neubauten ¹⁾ am Wohnungsbestand ²⁾ in den Stadt- und Landkreisen



- 1) 1949 und später fertiggestellte Wohnungen
- 2) Fortgeschriebener Bestand am 31.12.1973

Schaubild 4

Bautätigkeit und wirtschaftliche Entwicklung 1955 = 100



Gedämpfte Nachfrage im übrigen Hochbau

Wie beim Wohnungsbau, so lag auch im Bereich des übrigen Hochbaus – darunter fallen vor allem gewerbliche Bauten wie Betriebs- und Bürogebäude sowie Hochbauten der öffentlichen Hand – im Jahr 1974 die Baunachfrage unter den entsprechenden Vorjahreswerten. Gemessen an der Kubikmeterzahl umbauten Raumes gingen hier die Genehmigungen um rund 17 % zurück. Dabei konnte die um rund 32 % gesteigerte Nachfrage der öffentlichen Bauherren das Absinken der Genehmigungszahlen der gewerblichen Wirtschaft nicht mehr kompensieren. Gleichzeitig verschob sich das Verhältnis des Nachfragegewichts zwischen gewerblicher Wirtschaft und öffentlicher Hand von 76 % zu 22 % im Jahre 1973 nach 63 % zu 34 % im Jahre 1974.

Auch in diesem Hochbaubereich muß im Hinblick auf das zu erwartende geringere Wachstum des Bruttoinlandsproduktes die künftige Nachfrage neu überdacht werden. Bei einer Betrachtung der längeren zeitlichen Entwicklung von Bruttoinlandsprodukt und Baufertigstellungen für Nichtwohngebäude nach cbm umbauten Raumes ergibt sich, daß bei einem durchschnittlichen jährlichen Wachstum des realen Bruttoinlandsproduktes von 5,8 % in der Zeit von 1955 bis 1973 die Fertigstellungen nur um jährlich 4,25 % gewachsen sind. Ein geringeres Wachstum des BIP in Zukunft wird auch am Nichtwohnungsbau nicht spurlos vorübergehen.

Nicht auszuschließen ist auch die Möglichkeit, daß die gewerbliche Wirtschaft in Erwartung eines geringeren Wachstums bei den baulichen Investitionen besondere Zurückhaltung übt. Allerdings kann dem gegenüber aus Auflagen im Zusammenhang mit dem Umweltschutz auch auf partiell erhöhte Nachfragen geschlossen werden.

Darüber hinaus muß die Möglichkeit der weiteren Steigerung der Hochbautätigkeit der öffentlichen Hand durch verstärkten Bau von infrastrukturellen Einrichtungen, wie Schulen, Krankenhäusern, Altenheimen und dergleichen, an den Finanzierungsmöglichkeiten – und zwar nicht nur der Investitionen sondern auch ihrer Folgekosten – gemessen werden. Diese Finanzierungsmöglichkeiten werden der Verwirklichung des an sich hohen Bedarfes relativ enge Grenzen setzen.

Hochbau: Reale Auftragseingänge über Niveau von 1971

Entsprechend dem Verlauf der Baugenehmigungen gestaltet sich die Auftragslage der Betriebe des Bauhauptgewerbes.

Im Wohnungsbau folgte der Wertindex der Auftragseingänge im Jahr 1974 auf einem um rund 16 % gegenüber dem Vorjahr ermäßigten Niveau im wesentlichen dem üblichen Saisonverlauf. Da es sich beim Auftragseingangsindex um die wertmäßig erfaßten Aufträge zu jeweiligen Preisen handelt, lagen die Aufträge real, das heißt unter Berücksichtigung der seit dem Basisjahr 1971 eingetretenen Preissteigerungen, um rund 6 % unter den Werten des Basisjahres.

Ähnliches gilt für die Auftragseingänge von seiten der gewerblichen Wirtschaft, die 1974 um rund 28 % unter dem Vorjahr lagen und sich damit real um rund 5 % unter dem Niveau von 1971 bewegten. Die Auftragseingangswerte von seiten der öffentlichen Hand dagegen lagen um rund 5 % über dem Vorjahr und dürften damit real die Werte von 1971 sogar um mehr als die Hälfte übertreffen.

Damit lagen die Auftragseingänge im gesamten Hochbaubereich um rund 14 % unter den Werten des Vorjahres. Dennoch ergibt sich auch unter Berücksichtigung der Preissteigerungen gegenüber 1971 ein Zuwachs von rund 10 %.

Obwohl das Jahr 1971 für die Betriebe des Bauhauptgewerbes einen durchaus guten Auftragseingang im Hochbau gebracht hatte, wurden von ihnen die demgegenüber real um rund ein Zehntel erhöhten Auftragseingänge des Jahres 1974 als unbefriedigend beurteilt. Das ist wohl überwiegend darauf zurückzuführen, daß das Bauhauptgewerbe zu Zeiten des Booms seine Kapazitäten offensichtlich kräftig erhöht hat und gemessen an diesen Kapazitäten die erteilten Aufträge das gewohnte, von Mitte 1972

bis Mitte 1973 sogar extrem hohe Auftragspolster und damit die Reichweite der Aufträge für die einzelnen Betriebe erheblich schrumpfen ließen.

Diese Tatsache wird auch durch die Entwicklung der Auftragsbestandsindizes im Hochbau bestätigt. Danach sanken die Auftragsbestände im vierten Quartal 1973 unter die 100-Punkte-Marke und lagen Ende 1973 um rund 27 % unter dem entsprechenden Vorjahresquartal. Auch während des Jahres 1974 war kein Ansteigen der Hochbaubestände insgesamt zu verzeichnen, die damit Ende 1974 real um etwa 40 % unter denen Ende 1971 gelegen haben dürften.

Befriedigende Auftragsentwicklung im Tiefbau

Im Bereich des Tiefbaus setzte sich im Lauf des Jahres 1974 eine ausgesprochen freundliche Tendenz durch. Wichtigster Auftraggeber ist beim Tiefbau mit über 90 % der Eingangswerte die öffentliche Hand.

Im gesamten Jahr 1974 lagen die wertmäßigen Auftragseingänge um rund 20 % über dem Vorjahr. Ausschlaggebend hierfür waren besonders die im Vergleich zum Vorjahr um rund 47 % gestiegenen Auftragseingänge im Straßenbau. In diesem Bereich erreichte der Wertindex der Auftragseingänge im September mit weit über 300 Punkten (Basisjahr 1971) seinen bisherigen absoluten Höchststand. Aber auch die übrigen Tiefbauvergaben der öffentlichen Hand – darunter fallen z.B. Kanalisationsbauten, Bau von Kläranlagen, U-Bahn-Bauten – schlugen mit einer Zunahme von rund 10 % gegenüber dem Vorjahr und rund 46 % gegenüber 1971 bei den Auftragseingängen zu Buch. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, daß das Basisjahr 1971 für den Tiefbau eher ein mäßiges Jahr gewesen ist. Allerdings dürften die Preissteigerungen in dieser Sparte auch erheblich unter denen des Hochbaus gelegen haben.

Daher kann wohl insgesamt von einer für die Betriebe des Bauhauptgewerbes im Jahr 1974 zufriedenstellenden Auftragslage im Tiefbau gesprochen werden. Auch die Entwicklung der Auftragsbestände läßt dies erkennen; so lag der Wertindex der Auftragsbestände im Tiefbau im vierten Quartal 1974 um rund 11 % über dem entsprechenden Vorjahreswert und um rund ein Drittel über dem Wert des vierten Quartals des Basisjahres.

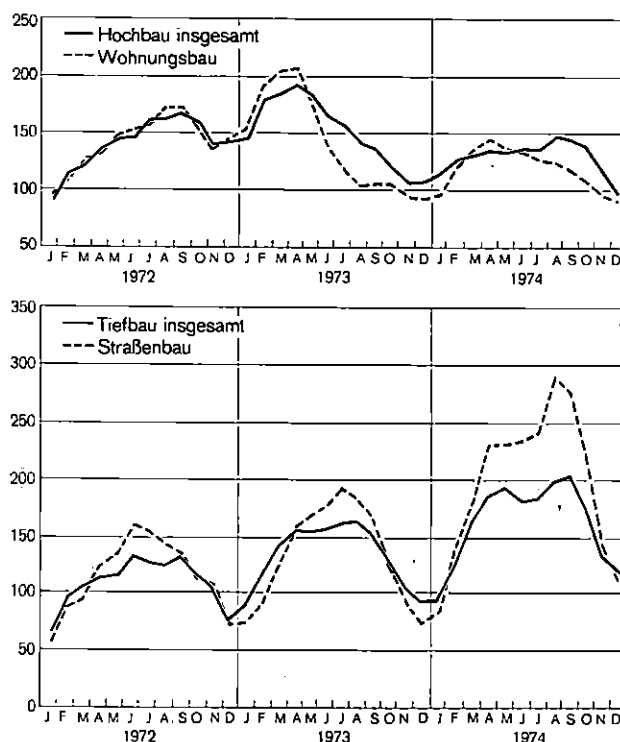
Beschäftigtenzahl weiter reduziert

Offensichtlich versuchten die Betriebe des Bauhauptgewerbes auch im Jahr 1974, ihre Arbeitskräftekapazität an die veränderte Auftragslage anzupassen.

Während bereits im Jahr 1973 vor allem die Zahl der ganz überwiegend von Ausländern gestellten Gruppe der Fachwerker und Werker bei insgesamt nur unwesentlich verringerter Gesamtbeschäftigten-

Schaubild 5

Entwicklung der Auftragseingänge*) im Bauhauptgewerbe geglättete Reihe



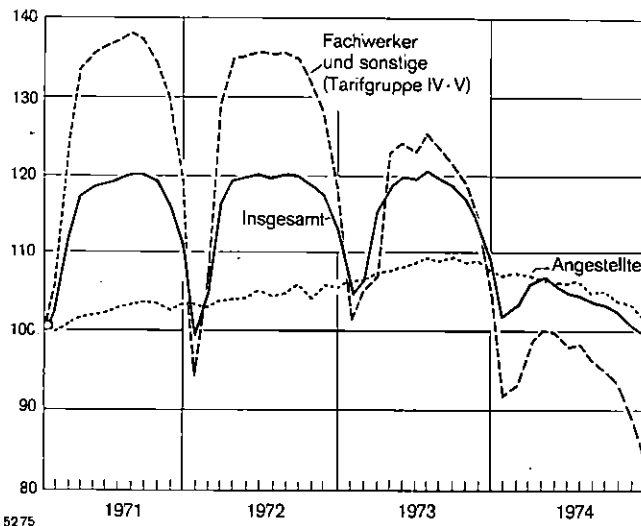
*) Auftragseingangindex - Monatsdurchschnitt 1971 = 100

zahl reduziert wurde, erstreckte sich der Rückgang im Jahr 1974, allerdings in unterschiedlichem Ausmaß, auf nahezu alle Beschäftigtengruppen. Sogar die lange Zeit stetig steigende Zahl der kaufmännischen und technischen Angestellten (einschl. Aus-

Schaubild 6

Entwicklung der Beschäftigten im Bauhauptgewerbe

Meßziffern - Januar 1971 = 100



zubildende) sank erstmals wieder und lag um rund 1 % unter dem Vorjahr. Auch die Zahl der qualifizierten Arbeiter (Poliere, Meister und Facharbeiter) reduzierte sich gegenüber dem Vorjahr um rund 8 %. Nach wie vor am größten war der Rückgang jedoch bei den Fachwerkern und Werkern. Die Tatsache, daß der hier sonst übliche starke Beschäftigtenaufschwung im Frühjahr 1974 ausgeblieben ist, legt den Schluß nahe, daß vor allem viele Ausländer aus ihrem traditionellen Heimaturlaub im Winter nicht mehr nach Deutschland zurückgekehrt sind. Weiterhin fällt auf, daß trotz allgemeinen Rückgangs die Zahl der gewerblich Auszubildenden beim Bauhauptgewerbe mit rund 14 % relativ stark angestiegen ist. Offenbar hat sich die Attraktivität qualifizierter Bauberufe, vielleicht auch infolge eines gesunkenen Angebots an Lehrstellen bei der übrigen Wirtschaft, wieder erhöht. Insgesamt war der Rückgang der Beschäftigten bei den bauhauptgewerblichen Betrieben mit rund -10 % geringer als der Rückgang der Arbeitsstundenzahl von rund -13 %, was bedeutet, daß auch die individuelle Arbeitszeit wohl vor allem durch Abbau von Überstunden weiter reduziert wurde.

Konsequenzen für die Betriebe des Baugewerbes

Von besonderem Interesse dürften neben der kurzfristigen Auftragsentwicklung im laufenden Jahr vor allem die längerfristigen Aussichten im Hochbaubereich sein zur Beantwortung der Frage, ob der zweifellos schon vorangegangene Schrumpfungsprozeß der Kapazitäten als abgeschlossen betrachtet werden kann oder ob die längerfristig zu erwartende Nachfrage einen weiteren Kapazitätsabbau notwendig machen wird.

Wie schon ausgeführt, dürfte die Wohnungsbaunachfrage künftig keinesfalls über der Nachfrage des Jahres 1974 liegen, wahrscheinlich aber nicht unerheblich niedriger, so daß von dieser Seite kaum eine reale Erhöhung des Auftragsvolumens erwartet werden kann. Aber auch der gewerbliche Hochbau dürfte real aus den oben angeführten Gründen langfristig stagnieren, wobei die Frage allerdings offen ist, auf welchem Niveau. Es ist jedoch anzunehmen, daß dieses Niveau kaum nennenswert über dem von 1974 liegen wird. Wenn hier der Wirtschaftspolitik keine Verstärkung der Nachfrage gelingt, was auch nach Meinung der Enquetekommission¹ äußerst schwierig sein dürfte, so ist freilich auch in Zukunft damit zu rechnen, daß die gewerbliche Baunachfrage mehr oder weniger dem Auf und Ab der Konjunkturbewegungen folgen und somit beim nächsten Konjunkturaufschwung kurzfristig wieder wachsen dürfte.

Ob die Nachfrage der öffentlichen Hand real noch wesentlich über das Niveau des Jahres 1974 gesteigert werden kann, erscheint bei realistischer Einschätzung der Finanzierungsmöglichkeiten als wenig wahrscheinlich. Alles in allem stellt sich daher die Annahme, daß die Auftragsentwicklung des Jahres 1974 im übrigen Hochbau mehr oder weniger typisch für die durchschnittliche Entwicklung der kommenden Jahre sein könnte, als durchaus plausibel dar, während das Auftragsvolumen der nächsten Jahre im Wohnungsbau wohl noch weiter abnehmen dürfte. Damit wird auch weiterhin die Notwendigkeit bestehen, die baugewerblichen Kapazitäten im Hinblick auf die langfristig zu erwartende Nachfrage vor allem im Bereich des Wohnungsbaus kontinuierlich abzubauen. Dieser Prozeß, der sich wohl noch über die nächsten Jahre erstrecken dürfte, wird dazu führen, daß auch in Zukunft Arbeitskräfte aus dem Baugewerbe freigesetzt werden, zumal gerade die Produktionsweise im Wohnungsbau relativ arbeitsintensiv ist.

Von dieser Entwicklung sind sowohl die Betriebe des Bauhauptgewerbes als auch mit einem gewissen zeitlichen Abstand die nachgelagerte Produktion der ausbaugewerblichen Betriebe betroffen; jedoch besteht besonders für das Ausbaugewerbe die Möglichkeit, in gewissem Umfang auf Instandhaltungs- und Modernisierungsarbeiten auszuweichen.

Sozialer Wohnungsbau

Das Landeswohnungsbauprogramm 1974/75 sah für 1974 eine Förderung von 15 000 Wohnungen und 4500 Wohnplätzen in Heimen vor, wobei die Wohnplätze in Heimen ausschließlich für ältere Menschen, Personal in Krankenhäusern und anderen karitativen Einrichtungen und Schüler in zentralen Bildungseinrichtungen im Sinne der Schulentwicklungspläne bestimmt sind.

Im Rahmen der Statistik der Bewilligungen im sozialen Wohnungsbau wurden für das Jahr 1974 folgende Mittelvergaben registriert:

Im ersten Förderungsweg wurden für 10 119 Wohnungen direkte Darlehen über die Landeskreditbank vergeben und für 9383 Wohnungen im Rahmen des zweiten Förderungsweges Zinszuschüsse und Annuitätsdarlehen gewährt. Weiterhin wurden 2781 Wohnplätze gefördert. Hierbei ist jedoch zu beachten, daß in diesen Zahlen noch Wohnungen und Wohnplätze enthalten sind, deren Förderungsbewilligung aus Programmen der Vorjahre stammt. Hinzu kamen noch 4178 durch ein besonderes Regionalprogramm des Bundes geförderte Wohnungen, so daß im genannten Zeitraum insgesamt 23 680 Wohnungen begünstigt waren. Davon wurden rund 35 % als Mietwohnung, 48 % als Eigentümer- und 17 % als Eigentumswohnung gebaut.

¹ Vgl. Enquete über die Bauwirtschaft, hrsg. im Auftrag des Bundesministers für Wirtschaft, Stuttgart 1973.

Die 1974 neu geförderten Wohnungen waren überwiegend schon rohbaufertig; durch die Übernahme geeigneter Objekte in den sozialen Wohnungsbau konnte hier ein Stocken der Baumaßnahmen verhindert und die Durchführung der Ausbauarbeiten gesichert werden. Außerdem wurden im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus im Zuge der im letzten Jahr eingeführten Mietkaufsysteme der Kauf älterer Mietwohnungen der Wohnungsunternehmen durch die Mieter sowie der Mietkauf von neuen Eigenheimen und Eigentumswohnungen durch junge Familien sowie große Familien mit fünf und mehr Kindern gefördert.

Unter Berücksichtigung der Lage auf dem Bau- und Wohnungsmarkt wurde der Schwerpunkt der Zielsetzung des Landeswohnungsbauprogramms 1975/76 auf eine Überführung geeigneter, bereits fertiggestellter Wohnungen in den sozialen Wohnungsbau gelegt. Damit soll zum Abbau des Teils der Wohnungshalde beigetragen werden, der für den sozialen Wohnungsbau verwertbar erscheint. Eine Förderung neuer Wohnungen soll nur noch dann durchgeführt werden, wenn auf dem Wohnungsmarkt entsprechende Angebote fehlen.

3.9 Umwelt

3.9.1 Regionale Entwicklung der Flächennutzung

Die durch wirtschaftliches Wachstum und fortschreitende Urbanisierung verursachten Veränderungen in der Landschafts- und Siedlungsstruktur führen insbesondere in den dichter besiedelten Räumen des Landes oftmals zu schwerwiegenden Eingriffen in das ökologische System. Vor allem der große Bedarf an Bebauungs- und Verkehrsflächen und die damit verbundene Einschränkung der freien, un bebauten Kulturlandschaft, beeinflussen zunehmend die natürlichen Lebensgrundlagen des Menschen. Dabei lassen sich die für die gesellschaftliche und wirtschaftliche Weiterentwicklung erforderlichen Nutzungsansprüche an die Landschaft nur dann mit den vielfältigen Funktionen der Kultur- und Erholungslandschaft in Einklang bringen, wenn die Grenzen der Belastbarkeit des Naturhaushalts erkannt und bei der Ausführung der Flächennutzungspläne auch beachtet werden. In Anbetracht der differenzierten naturräumlichen Gliederung unseres Landes bedarf es bei einer auf das Naturpotential abgestimmten Landschaftsnutzung auch eingehender Kenntnisse über die Entwicklung und den gegenwärtigen Stand der Flächennutzung. Im folgenden werden als Beitrag hierzu die sich gegenwärtig aus den Ergebnissen der Bodennutzungserhebungen abzeichnenden wichtigsten Komponenten der räumlichen Entwicklung der Hauptnutzungsarten dargestellt. In die Untersuchung wurden neben den administrativen Raumein-

heiten auch die im Landesentwicklungsplan von Baden-Württemberg abgegrenzten Gebietskategorien¹ einbezogen.

Abnahme des land- oder forstwirtschaftlich genutzten Kulturlandes am größten in verdichteten Räumen

Die landwirtschaftlich genutzte Fläche Baden-Württembergs hat sich im Zeitraum 1950 bis 1974 um rund 230 000 ha oder 12 % verringert. Sie bedeckt heute mit 1,74 Millionen ha nur noch knapp 49 % der Landesoberfläche. Vor allem in den letzten Jahren ist ein beschleunigter Rückgang der Landwirtschaftsfläche festzustellen.

Wie die Flächenbilanz für den Zeitraum 1950 bis 1974 zeigt, wurden rund 60 % der für anderweitige Zwecke bereitgestellten Agrarfläche zur Erweiterung der Bebauungs- und Verkehrsflächen, Gewässer, Park- und Grünanlagen, Friedhöfe, Sportflächen und sonstiger Siedlungsflächen verwendet; jeweils rund ein Fünftel wurde aufgeforstet bzw. ungenutzt als Brachland sich selbst überlassen. In den Verdichtungsgebieten benutzte man sogar rund 70 % der ausgeschiedenen Landwirtschaftsfläche für Siedlungszwecke.

Stark zurückgegangen ist die landwirtschaftlich genutzte Fläche in den Verdichtungsgebieten der Oberrheinebene, im Mittleren Neckarraum, nördlichen Schwarzwald (der Randzone zwischen den Verdichtungsräumen Stuttgart und Karlsruhe), am Hochrhein (Verdichtungsraum Basel-Lörrach, Verdichtungsbereich Konstanz) und im oberen Neckarraum (Verdichtungsbereiche Villingen-Schwenningen und Balingen-Ebingen) sowie in den Verdichtungsbereichen Aalen-Heidenheim und Ulm (vgl. Tabelle im Anhang). Die noch stärker agrarwirtschaftlich orientierten Gebiete, insbesondere der Nordosten des Landes und der oberschwäbische Raum, weisen demgegenüber wesentlich kleinere Abnahmeraten auf. Das regionale Gefälle in der Ausstattung mit Landwirtschaftsflächen zwischen den ländlichen Räumen und den dichtbesiedelten Gebieten hat damit vor allem in den letzten 15 Jahren weiter zugenommen.

Zuwachs beim Brachland weitgehend gestoppt

Die etwa seit Mitte der sechziger Jahre zu beobachtende rapide Zunahme der brachliegenden, früher noch landwirtschaftlich genutzten Flächen hat sich in jüngster Zeit nicht mehr fortgesetzt. Überdurchschnittlich hohe Brachlandanteile weisen allerdings nach wie vor die nordbadische Oberrheinebene (Region Mittlerer Oberrhein), der Nordschwarzwald, das Hochrheingebiet und die westliche

¹ Vgl. Landtag von Baden-Württemberg, Drucksache V-5400, S. 41 ff.

Tabelle 1

Entwicklung der unbebauten Freiflächen außerhalb des Siedlungsbereiches nach Räumen des Landesentwicklungsplanes Baden-Württemberg 1960 bis 1973

Gebietskategorie ¹⁾	Insgesamt				Davon			
					unkultivierte Bodenfläche ²⁾ einschl. Gewässer			
	1960	1973	Veränderung 1973 gegen 1960		1960	1973	Veränderung 1973 gegen 1960	
	Hektar		%		Hektar		%	
Verdichtungsräume	242 846	231 931	- 10 915	- 4,5	9 123	13 385	+ 4 262	+ 46,7
Randzonen um Verdichtungsräume	468 860	450 322	- 18 538	- 4,0	14 604	28 125	+ 13 521	+ 92,6
Verdichtungsgebiete	224 200	221 807	- 2 393	- 1,1	6 660	10 959	+ 4 299	+ 64,5
Insgesamt (verdichteter Raum)	935 906	904 060	- 31 846	- 3,4	30 387	52 469	+ 22 082	+ 72,7
Ländlicher Raum	2 358 078	2 302 066	- 56 012	- 2,4	83 490	101 668	+ 18 178	+ 21,8
darunter Strukturschwacher, ländlicher Raum	1 224 829	1 187 645	- 37 184	- 3,0	45 099	50 981	+ 5 882	+ 13,0
Baden-Württemberg	3 293 984	3 206 126	- 87 858	- 2,7	113 877	154 137	+ 40 260	+ 35,4
Bundesgebiet einschl. Berlin (West)	22 672 715	22 157 166	- 515 549	- 2,3	1 300 105	1 556 996	+ 256 891	+ 19,8

1) Gebietskategorien im Sinne des Landesentwicklungsplans Baden-Württemberg vom 22.6.1971

2) Brachliegende, nicht mehr genutzte landwirtschaftliche Fläche, Öd- und Unland, Abbauland, unkultivierte Moorflächen

Schwäbische Alb auf (vgl. Tabelle im Anhang). Mit Ausnahme von einigen Gebieten in Verdichtungsräumen war erstmals 1971/72 eine stärkere Abnahme beim Brachland in der Feldflur festzustellen.

Möglicherweise steht dieser Rückgang auch im Zusammenhang mit der im Landwirtschafts- und Landeskulturgesetz von Baden-Württemberg¹ festgelegten Verpflichtung der Besitzer landwirtschaftlich nutzbarer Grundstücke zur Pflege ihrer Flächen oder zur Duldung der Bewirtschaftung durch Dritte.

Zählt man zur brachliegenden, ehemaligen Landwirtschaftsfläche das Öd- und Unland hinzu, ergibt sich eine gesamte unkultivierte Bodenfläche in Baden-Württemberg von 123 000 ha, das entspricht 3,4 % der Landesoberfläche oder annähernd der Größe des Kreises Sigmaringen. Wie die Tabelle über die Entwicklung der brachliegenden Flächen zeigt, nahm die unkultivierte Bodenfläche in den verdichteten Räumen wesentlich stärker zu als im ländlichen Raum. Insbesondere weist die Randzone des Verdichtungsraums Karlsruhe und das angrenzende Gebiet zwischen Karlsruhe und Stuttgart (Enzkreis, nördlicher Teil des Kreises Calw) einen stärkeren Zuwachs bei diesen Flächen auf. An der

Spitze steht der Verdichtungsraum Karlsruhe mit einem Anstieg der unkultivierten Bodenfläche seit 1960 um gut das Dreifache. Am schwächsten hat demgegenüber die Brachlandfläche in den strukturschwachen ländlichen Räumen zugenommen.

Regional unausgeglichene Entwicklung der Waldfläche

In weiten Gebieten Baden-Württembergs, insbesondere den Mittelgebirgs- und Höhenlagen, wird das Landschaftsbild von umfangreichen Wäldern geprägt, die gegenwärtig mit 1,3 Mill. ha fast 37 % der Landesfläche bedecken. Insgesamt vergrößerte sich die Waldfläche in den letzten 15 Jahren durchschnittlich um rund 2000 ha pro Jahr, doch beschränken sich die Aufforstungen weitgehend auf die ohnehin schon walddreichen und im allgemeinen auch dünner besiedelten Landesteile. In den Verdichtungsräumen, wie im Raum Karlsruhe und Stuttgart, mußte hingegen Wald in größerem Umfang für den Ausbau der Verkehrswege, Versorgungseinrichtungen und andere öffentliche Zwecke ausgestockt werden, ohne daß hier immer ein vollwertiger Ausgleich durch Neuaufforstungen geschaffen werden konnte. Da gerade in Regionen mit sehr hoher Bebauungsdichte die Wälder, neben ihrer großen Bedeutung als Naherholungsraum, auch wichtige ökologische Funktionen zu erfüllen haben, sind

1 Gesetzblatt für Baden-Württemberg 1972, Nr. 6, S. 74

Davon			
land- oder forstwirtschaftlich genutztes Kulturland			
1960	1973	Veränderung 1973 gegen 1960	
Hektar			%
233 723	218 546	– 15 177	– 6,5
454 256	422 197	– 32 059	– 7,1
217 540	210 848	– 6 692	– 3,1
905 519	851 591	– 53 928	– 6,0
2 274 588	2 200 398	– 74 190	– 3,3
1 179 730	1 136 664	– 43 066	– 3,7
3 180 107	3 051 989	– 128 118	– 4,0
21 372 610	20 600 170	– 772 440	– 3,6

diese Flächenverluste besonders bedenklich, zumal dort auch die übrigen, bisher noch landwirtschaftlich genutzten Freiräume immer mehr eingeengt werden. Ein besserer Schutz dieser Wälder soll durch die Verankerung des Grundsatzes der Walderhaltung in verdichteten Räumen im Landeswaldgesetz erreicht werden. Das Gesetz soll noch in dieser Legislaturperiode vom Landtag verabschiedet werden.

Während in den von Natur aus für die landwirtschaftliche Nutzung benachteiligten Gebieten die Aufforstung landwirtschaftlicher Grenzböden mehr als bisher kontrolliert und gesteuert werden muß – die im Landwirtschafts- und Landeskultugesetz vorgesehene Genehmigungspflicht von Aufforstungen bietet hierfür die gesetzliche Handhabe –, sollte in den Bevölkerungszentren die Ausstockung von Waldflächen auf ein Mindestmaß begrenzt bzw. die Neuanlage von Schutzwaldungen (z.B. für Erholungszwecke) entsprechend gefördert werden.

Gemeinsam ist der Entwicklung der land- und forstwirtschaftlichen Flächennutzung in allen Landschaften die zunehmende Anpassung der Bodenbewirtschaftung an die durch Klima, Boden und Geländegestaltung vorgegebenen Standortbedingungen. Im Zuge der innerbetrieblichen Vereinfachung und Spezialisierung in der Land- und Forstwirtschaft

führte diese Tendenz allerdings verschiedentlich auch zu einer Nivellierung bei der für unser Land bisher typischen kleinräumlichen Vielfalt der Bodennutzung und Landschaftsgestaltung. Darüber hinaus muß mit Störungen im Regenerationszyklus des Naturhaushalts gerechnet werden, wenn die Nutzung der Kulturböden zu einseitig auf bestimmte Pflanzenarten ausgerichtet wird. Namentlich wenn sich der Anbau von Monokulturen in den Verdichtungsräumen weiter verstärken würde, könnten bei der oftmals engen Verzahnung von Siedlungen und landwirtschaftlich genutzten Flächen die Freiräume nicht mehr voll die ihnen zukommenden Aufgaben bei der Umweltvorsorge erfüllen. Im Falle eines Zusammentreffens mehrerer ungünstiger Faktoren besteht sogar die Gefahr unmittelbarer negativer Einflüsse auf den Siedlungsbereich (durch Erdabschwemmungen, tierische Schädlinge u.dgl.).

Sofern in der Land- und Forstwirtschaft weiterhin den jeweiligen naturbedingten Standortverhältnissen Rechnung getragen wird, dürfte jedoch auch künftig in Baden-Württemberg eine rationelle und zugleich umweltfreundliche Bodenbewirtschaftung möglich sein. Aufgrund der relativ hohen Besiedlungsdichte und den stark variierenden klimatischen und topographischen Gegebenheiten sind hierzulande der Spezialisierung und regionalen Schwerpunktbildung allerdings engere Grenzen gezogen als in weiträumigen, dünner besiedelten Ländern.

Die Erweiterung der Siedlungsfläche verlagert sich zunehmend in den Nahbereich um die Verdichtungsräume

Bei dem im Landesentwicklungsplan von Baden-Württemberg abgegrenzten verdichteten Raum¹ führte das rasche Wirtschafts- und Bevölkerungswachstum seit 1960 zu einer annähernd doppelt so hohen prozentualen Abnahme der freien, noch unbebauten Flächen wie im ländlichen Raum. So stehen heute in den Verdichtungsräumen Stuttgart, Karlsruhe und Rhein-Neckar nur noch 5 bis 6 Ar land- oder forstwirtschaftlich genutztes Kulturland je Einwohner zur Verfügung (in den Stadtkreisen Mannheim und Stuttgart sogar nur noch knapp 2 Ar), in den Randzonen um die Verdichtungsräume und den Verdichtungsbereichen etwa 20 Ar, gegenüber immerhin 70 bis 80 Ar im ländlichen Raum.

Das Flächenverhältnis zwischen dem land- und forstwirtschaftlich genutzten Kulturland und der Siedlungsfläche² entwickelte sich seit 1950 zugun-

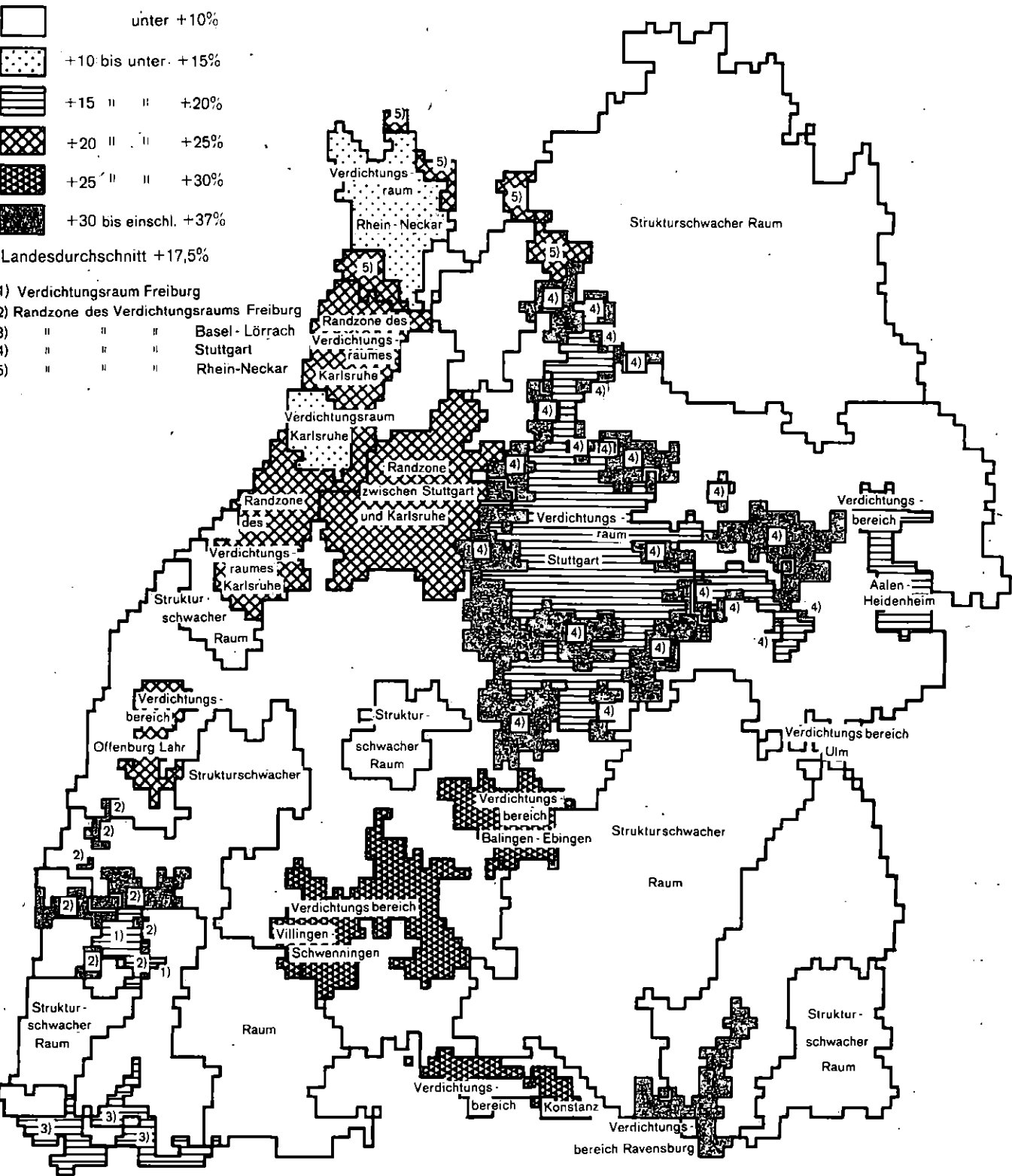
1 Hierzu zählen die Verdichtungsräume, Randzonen um Verdichtungsräume und Verdichtungsgebiete.

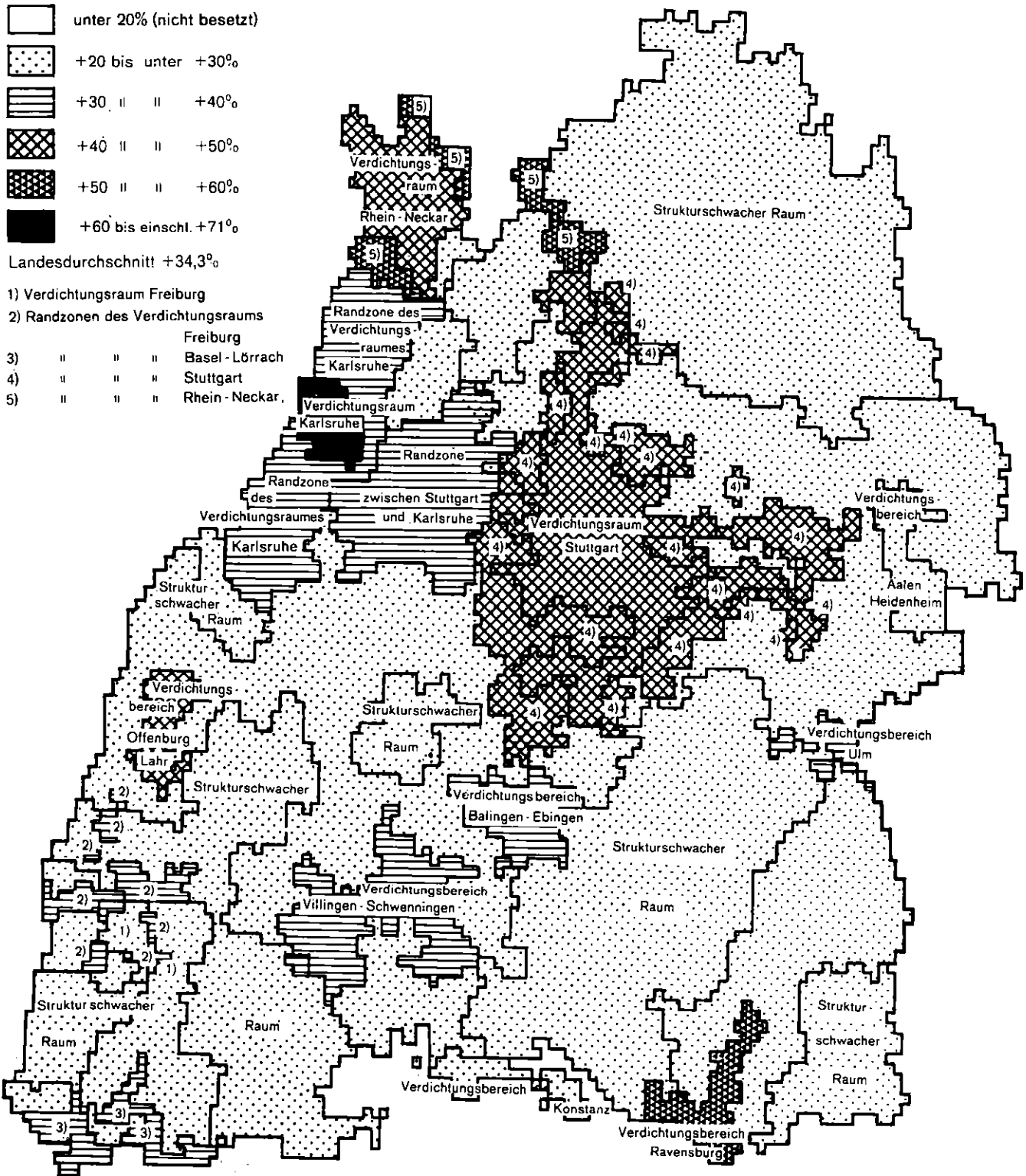
2 Zur Siedlungsfläche werden die Bebauungs- und Verkehrsflächen, Park- und Grünanlagen, Ziergärten, Friedhöfe, Sport-, Flug- und Militärlagerplätze gerechnet.

Schaubild 1

Entwicklung der Bevölkerung und der überbauten Flächen nach Räumen des Landesentwicklungsplans

Bevölkerungszunahme 1961 bis 1973





sten der Siedlungsfläche von 15:1 (Siedlungsfläche = 1) auf 9:1 im Jahr 1974. Regional bestehen allerdings beträchtliche Unterschiede. So beläuft sich in ländlichen Räumen wie in Hohenlohe oder Oberschwaben das Kultur-/Siedlungsflächenverhältnis noch heute auf etwa 13:1 gegenüber einem Verhältnis von 3:1 in den Verdichtungsräumen beziehungsweise 7:1 in deren Randzonen.

Bedingt durch die stärkere Bevölkerungszunahme in den Randzonen um die Verdichtungsräume geht dort die unbebaute Freifläche je Einwohner stärker zurück als in den Verdichtungsräumen selbst. Diese Entwicklung ist nicht nur auf den zusätzlichen Bedarf an Siedlungsflächen für die gerade in diesen Räumen besonders kräftig gestiegene Bevölkerungszahl zurückzuführen, sondern sie muß auch im Zusammenhang mit dem mittlerweile knapp gewordenen Bauland im Kernbereich der Verdichtungsräume gesehen werden. Vor allem bauliche Anlagen mit hohem Grundflächenbedarf, wie Einkaufszentren, Flugplätze und Freizeiteinrichtungen (Golf- und Reitplätze, Tennisanlagen u.dgl.), müssen heute notgedrungen vielfach in den Randbereichen der Ballungszentren errichtet werden, obwohl sie zu einem guten Teil auch von der in den Verdichtungskernen lebenden Bevölkerung benutzt werden.

Bei einer regionalen Ordnung und Weiterentwicklung der Flächennutzung sind daher neben den Ballungsräumen auch die Randzonen um die Verdichtungsräume vorrangig zu berücksichtigen, damit Fehlentwicklungen durch strukturpolitische Maßnahmen möglichst frühzeitig begegnet werden kann.

Zunehmende Bebauungsdichte

Nach den Ergebnissen der Bodennutzungserhebung 1974 bezifferte sich in Baden-Württemberg die Siedlungsfläche auf insgesamt 351 000 ha. Allein im Zeitraum 1960 bis 1974 wurden 99 000 ha (+ 39 %) für Siedlungszwecke beansprucht, wovon rund 85 000 ha auf die Bebauungs- und Verkehrsflächen entfallen. Somit sind gegenwärtig 8,67 % des Landesgebiets überbaut. In den Verdichtungsräumen erreicht heute die Siedlungsfläche bereits einen Anteil von 25 bis 30 % an der gesamten Gebietsfläche gegenüber einem Anteil von 6 bis 7 % im ländlichen Raum.

Die Regionen mit absolut und relativ hohen Zunahmen beim Siedlungsland sind weitgehend deckungsgleich mit den Gebieten, in denen seit 1960 auch die Bevölkerungszahl stark angestiegen ist. Außerhalb dieser Gebiete blieb in den meisten Stadtkreisen, aber auch in verschiedenen Landkreisen, wie im Neckar-Odenwald-Kreis, Main-Tauber-Kreis, Ostalbkreis sowie den Kreisen Tuttlingen und Göppingen, der Bevölkerungszuwachs hinter der Zunahme der Siedlungsfläche zurück. Die vergleichsweise hohe Zuwachsrate der Siedlungsfläche in diesen Gebieten dürfte in erster Linie auf den Straßenbau zu-

rückzuführen sein. Umgekehrt ist im Kreis Böblingen, im Nordschwarzwald mit dem Schwerpunkt im Kreis Calw, im Freiburger Raum sowie am Bodensee die Bevölkerungszahl schneller gewachsen als die Siedlungsfläche.

Wesentlich beschleunigt hat sich die Zunahme der Siedlungsfläche zu Beginn dieses Jahrzehnts in den Verdichtungsräumen Stuttgart (einschl. der Randzonen um diesen Verdichtungsraum) und Freiburg, in den Verdichtungsbereichen Villingen-Schwenningen, Konstanz, Ravensburg, Ulm und Aalen-Heidenheim, sowie in den ländlichen Räumen außerhalb der strukturschwachen Gebiete (vgl. Tabelle im Anhang). Andererseits verringerten sich gleichzeitig in den strukturschwachen ländlichen Gebieten¹⁾ die ohnehin schon kleineren Zuwachsraten beim Siedlungsland. In den Verdichtungsräumen kommt dabei in jüngster Zeit dem Flächenbedarf für gemeinnützige Einrichtungen wachsende Bedeutung zu, während in den übrigen Gebieten nach wie vor der Wohnungs- und Straßenbau sowie die Gewerbeansiedlung im Vordergrund stehen.

Ein Indikator für die zunehmende Verdichtung der Bebauung ist das Gebäude-Wegeflächen-Verhältnis. Im Landesdurchschnitt verengte sich diese Relation schon seit langem zugunsten eines höheren Gebäudeflächenanteils. Besonders die Verdichtungsräume Stuttgart und Rhein-Neckar mit ihren zugehörigen Randzonen sowie die Verdichtungsgebiete Ravensburg und Ulm lassen eine beschleunigte Konzentration der Bebauung erkennen. Hierin spiegeln sich unter anderem auch der Mangel an bebaubaren Freiflächen und die hohen Bodenpreise wider. Im Verdichtungsraum Karlsruhe, der in den sechziger Jahren den relativ stärksten Anstieg bei den Bebauungsflächen zeigte, ist jedoch in jüngster Zeit eine wesentlich ausgeglichene Entwicklung zwischen den Gebäude- und Verkehrsflächen zu beobachten. Dagegen eilt in den strukturschwachen ländlichen Räumen die Erweiterung der Gebäudeflächen nicht in gleichem Maß dem Ausbau des Verkehrsnetzes voraus, wie dies in den verdichteten Räumen der Fall ist, so daß dort die Bebauungsdichte auch weniger stark zunahm.

Künftig muß vor allem in der Oberrheinebene mit dem Schwerpunkt im Breisgau, im mittleren und oberen Neckarraum und nördlichen Schwarzwald – insbesondere in den Räumen Böblingen/Calw und Reutlingen/Tübingen – sowie in der Bodenseeregion mit einem relativ hohen Zuwachs an Siedlungsflächen gerechnet werden. In diesen „Wachstumsgebieten“ werden außerdem größere Flächenanteile als bisher für die Verbesserung der Infrastruktur benötigt.

1) Hierzu rechnet der ländliche Raum, in dem die Lebensbedingungen in ihrer Gesamtheit im Verhältnis zum Bundesdurchschnitt oder zum Landesdurchschnitt wesentlich zurückgeblieben sind oder zurückzubleiben drohen.

3.9.2 Umweltschutz

Die im Zeichen einer intensiven Aufklärungsarbeit gewachsene Erkenntnis von der lebenswichtigen Bedeutung des Umweltschutzes hat dazu beigetragen, daß — trotz einer sich abzeichnenden Anspannung der wirtschaftlichen Situation — der Erhaltung und Verbesserung der natürlichen Lebensgrundlagen auch im vergangenen Jahr 1974 große Bedeutung beigemessen wurde. Dem entsprechen zahlreiche Maßnahmen und Aktivitäten in den Bereichen von Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft, aus deren Fülle die folgenden besonders herausragen:

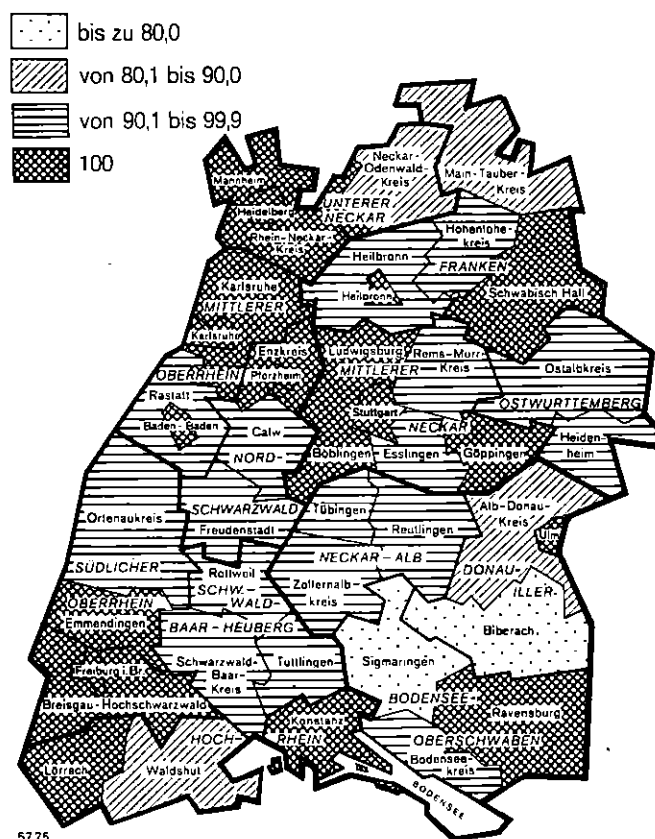
- der Hausmüllbeseitigungsplan für Baden-Württemberg mit dem Ziel der Beschränkung auf 80 zentrale Abfallbeseitigungsanlagen gegenüber ursprünglich ca. 4000 Müllkippen.
- Erarbeitung eines Entwurfs eines neuen Landesabfallgesetzes mit der Kompetenzverlagerung bei der Müllabfuhr und -beseitigung auf die Kreise.
- Aktivierung der Sonderabfallbeseitigung in Kooperation der öffentlichen Hand mit den Industrie- und Handelskammern sowie dem Landesverband der baden-württembergischen Industrie.
- Einrichtung einer Abfallbörse zur Wiedereingliederung von Abfällen in den Wirtschaftskreislauf (Recycling) durch die Industrie- und Handelskammern.
- Verbesserung des Immissionsschutzes durch Inkrafttreten des Bundesimmissionsschutzgesetzes sowie einer Initiative der Landesregierung zur Herabsetzung des Schwefelgehalts von schwerem Heizöl.
- Aufbau des vollautomatischen Immissionsmeßnetzes.
- Vorbereitung eines Neckar-Sanierungsprogramms.
- Zwingende Vorschrift der verbesserten Abwasserbeseitigung in Verbindung mit der Genehmigung von Bebauungsplänen.
- Erarbeitung eines Landesnaturschutzgesetzes.
- Entwurf eines Abwassergesetzes.
- Erarbeitung der Abwassertechnischen Zielplanung.
- Einrichtung der Umweltmeldestelle.

Mittlerweile hat der baden-württembergische Ministerrat die Errichtung einer Landesanstalt für Umweltschutz mit Sitz in Karlsruhe beschlossen. Ab 1. Januar 1975 werden daher die verschiedenen Aufgabenbereiche wie Immissionsschutz, Wasser- und Abfallwirtschaft, Ökologie und Naturschutz, Landschaftsplanung, Dokumentation und Koordination der Umweltforschung sowie die Beurteilung umweltrelevanter Sachverhalte, Vorhaben und Technologien unter einem Dach zusammengefaßt. Mit der vorangegangenen Aufzählung ist nur ein Ausschnitt gegeben aus dem Katalog der mehr als 200 im Rahmen des mittelfristigen Umweltprogramms der Landesregierung beschlossenen Maßnahmen zur Verbesserung der Umweltverhältnisse.

Schaubild 2

Haus- und Sperrmüll- Entsorgungsquoten in den Stadt- und Landkreisen Anfang 1974

Anteil der regelmäßig Entsorgten an der gesamten Wohnbevölkerung in %



5775

Zielkonflikte ergeben sich im Blick auf die sich abzeichnende ungünstige Finanzlage bei Land und Gemeinden sowie der allgemeinen stagnierenden oder rezessiven Wirtschaftslage. Unter diesen Gesichtspunkten werden sicher nicht alle Maßnahmen im ursprünglich geplanten Zeitraum und Umfang realisiert werden können. Dennoch sollte der Stellenwert der Umweltplanung nicht gemindert werden, da es sich um Langzeitprojekte handelt, und ein Hinausschieben von notwendigen Umweltmaßnahmen nur bedeuten würde, später schwerere Schäden mit erheblich höheren Kosten beseitigen zu müssen. Auch bei Förderungsmaßnahmen zur Erhaltung der Arbeitsplätze sowie bei der Standortfindung für Kernkraftwerke, Raffinerien oder andere umweltbelastende Einrichtungen ist der Umweltschutz stets zu berücksichtigen.

Für die Aufgeschlossenheit der Bevölkerung und ihre Bereitschaft zu weitgehenden Zugeständnissen an einen verbesserten Umweltschutz spricht eine Meinungsumfrage des Instituts für Demoskopie in Allensbach. Danach erkennen etwa 80 % der Bevölkerung die vorrangige Bedeutung des Umweltschutzes auch in Zeiten wirtschaftlicher Krisensi-

tuationen an. Etwa 50 % würden gewisse Preissteigerungen und sogar 56 % eine Gefährdung des Arbeitsplatzes in Kauf nehmen, wenn diese Opfer einer unmittelbaren Verbesserung gefährdeter Umweltverhältnisse zugute kämen.

Unter diesen Gesichtspunkten kann sicher damit gerechnet werden, daß eine entschiedene Umweltpolitik in der gegenwärtigen Zeit trotz wirtschaftlicher und finanzwirtschaftlicher Unsicherheiten in weiten Kreisen der Bevölkerung auf Verständnis stößt.

Fortschritte im Vollzug des Abfallbeseitigungsplanes „Hausmüll“

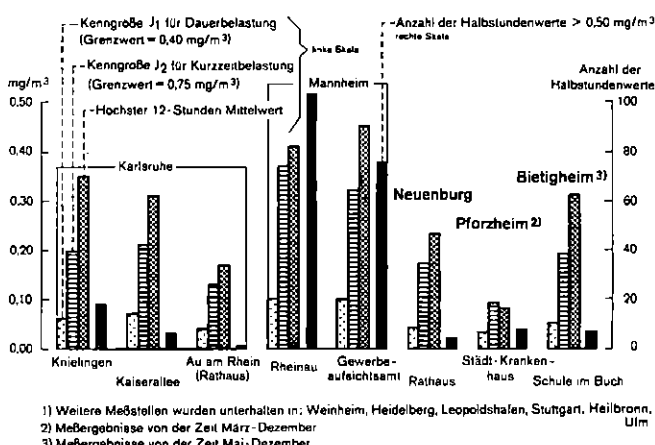
Im Wege der umfangreichen Vorbereitung der mit dem Jahre 1975 beginnenden zehn Umweltstatistiken sind erste vorläufige Informationen angefallen, die den Stand der Abfallbeseitigung beleuchten. Danach sollen als Übergangslösung in Richtung auf den Vollzug des Hausmüllbeseitigungsplanes für Baden-Württemberg noch etwa 160 Deponien verbleiben.

Von den ursprünglich betriebenen 4000 Müllkippen standen Ende 1974 noch 1036 zur Schließung heran. Von den 2964 geschlossenen Müllkippen sind 898 bereits völlig rekultiviert.

Die auf die Wohnbevölkerung des Landes bezogene Entsorgungsquote von fast 97 % ergibt ein recht positives Bild. Die restlichen 3 % der nicht von der öffentlichen Müllabfuhr entsorgten Bevölkerung verteilen sich durchweg auf kleinere ländliche Gemeinden. Die regionalen Unterschiede ergeben sich aus Schaubild 2.

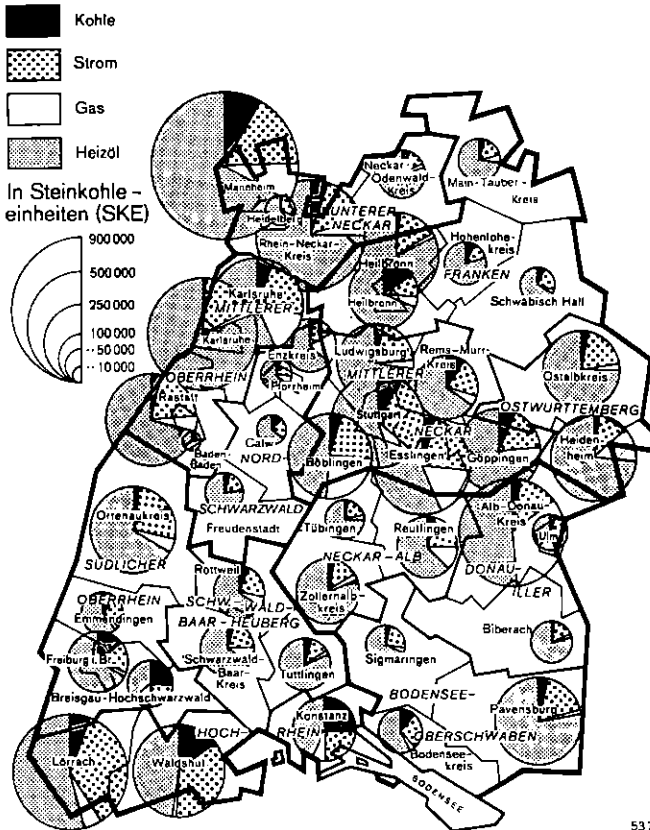
Schaubild 3
Schwefeldioxid - Immissions - Konzentration (SO₂) 1973

Jahreswerte ausgewählter Meßstellen¹⁾



1) Weitere Meßstellen wurden unterhalten in: Weinheim, Heidelberg, Leopoldshafen, Stuttgart, Heilbronn, Ulm
2) Meßergebnisse von der Zeit März - Dezember
3) Meßergebnisse von der Zeit Mai - Dezember
Quelle: Landesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin, Immissions- und Strahlenschutz Karlsruhe (LAK)

Schaubild 4
Energieverbrauch der Industrie als Maßstab für Emissionen in den Stadt- und Landkreisen



Erste Informationen über Zahl und Ausstattung der Anlagen in den Bereichen von Abfallbeseitigung, Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung fallen im Rahmen der durch das Bundesgesetz vom 15.8.1974 beschlossenen Umweltstatistiken etwa Mitte 1975 an.

Über das Volumen des Haus- und Sperrmülls liegen vor der endgültigen Auswertung der Umweltstatistiken im Jahre 1976 noch keine zuverlässigen Angaben vor. Legt man jedoch die vom Rat der Sachverständigen in seinem Gutachten 1974 angesetzten Werte je Einwohner für das Bundesgebiet von 0,261 t Müll pro Jahr zugrunde, so berechnet sich für Baden-Württemberg eine Menge von gegenwärtig etwa 2,5 Millionen t. Man rechnet mit einer 15%igen Zunahme des Haus- und Sperrmüllanfalls, so daß dieser im Jahre 1990 auf nahezu 3 Millionen t angewachsen sein wird.

Erweiterte Beobachtung der Luftbelastung
Zugunsten einer breiteren Berichterstattung werden monatlich in Zusammenarbeit mit der Landesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin, Immissions- und Strahlenschutz Meßergebnisse zur Luftbelastung veröffentlicht. Die geplante Erweiterung der ursprünglich nur auf Schwefeldioxid (SO₂) beschränkten Messungen kommt aus technischen Gründen nur allmählich zustande. Inzwischen liegen auch verschiedene Meßwerte für Stickoxid (NO_x) vor.

Das nebenstehende Schaubild stellt die SO_2 -Werte für ausgewählte Meßstellen dar. Obwohl die Grenzwerte für Dauer- und Kurzzeitbelastungen in keinem Falle überschritten werden, ragen doch die Meßwerte im Raum Mannheim besonders heraus. Betrachtet man die regionale Verteilung des Energieverbrauches der Industrie (Schaubild) so lassen sich schon Schwerpunkte der Emission erkennen, denen während der Heizperiode noch die des nicht unbeträchtlichen Hausbrands zuzurechnen sind. Für eine eingehendere Beurteilung der Luftbelastung in Ballungsgebieten ist ein Emissionskataster zu erstellen.

Wasserwirtschaftliche Aspekte

Zu den vorrangigen Aufgaben des Umweltschutzes gehört im Bereich der Wasserwirtschaft auch die Sorge um ein ausreichendes, also den zunehmenden Ansprüchen der Wirtschaft sowie der privaten Haushalte angemessenes Wasserdargebot. Die Möglichkeiten der gegenwärtigen Bedarfsdeckung sind – wie die nebenstehende Systemskizze zeigt – im wesentlichen gegeben durch

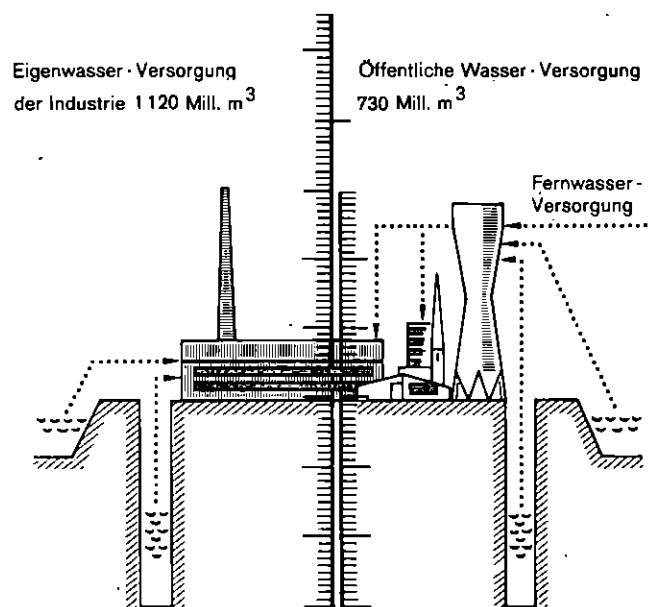
- die öffentliche Wasserversorgung mit ca. 40 %
- die Eigenwasserversorgung der Industrie mit ca. 60 %

Anteilen an der insgesamt im Lande geförderten Wassermenge, die sich derzeit auf die Größenordnung von ca. 2 Milliarden m^3 zubewegt.

Die natürlichen Quell- und Grundwasservorkommen sind für die Bedarfsdeckung schon seit längerer Zeit nicht mehr ausreichend, so daß fast ein Fünftel des benötigten Wassers aus oberirdischen

Schaubild 5

Öffentliche Wasser - Versorgung und Eigenwasserversorgung der Industrie 1974 (Systemskizze)



Quelle: Landesanstalt für Umweltschutz - Institut für Wasser- und Abfallwirtschaft Karlsruhe

4275

Gewässern gewonnen werden muß. Den Problemen der Reinhaltung der Gewässer, also den Abwasser- und Abfallproblemen, ist daher besondere Bedeutung beizumessen. Die Aufgabenstellung ist im mittelfristigen Umweltprogramm der Landesregierung dargelegt.

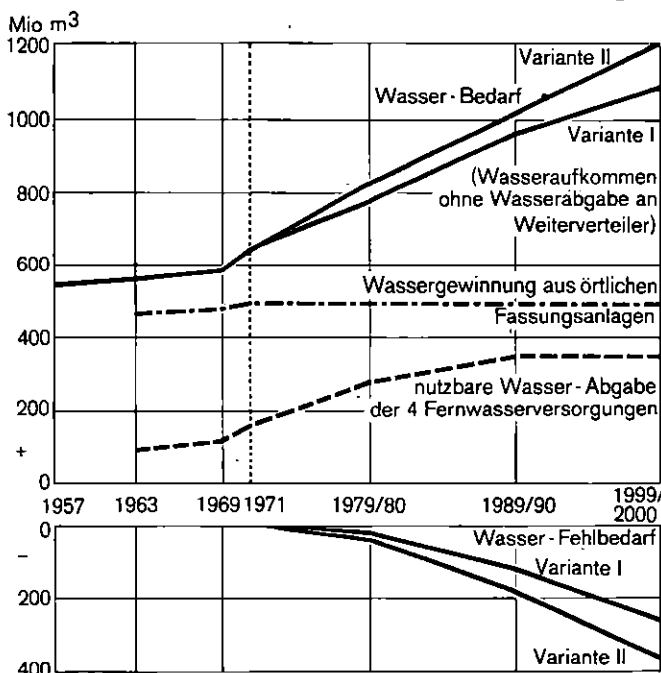
Aus der nebenstehenden Wasserbilanz der öffentlichen Wasserversorgung ist die Entwicklung bis zum Jahre 2000 ersichtlich. Für die Eigenwasserversorgung der Industrie muß der entsprechende Kenntnisstand noch erarbeitet werden. In derartige Überlegungen sind zum Beispiel auch die Prognosewerte der Sozialproduktberechnung einzubeziehen.

Unumgänglich ist eine laufende Fortschreibung der so gewonnenen Bilanzprognose. Dafür sprechen nicht nur die durch neue Erkenntnisse zu gewinnenden Methodenverbesserungen, sondern auch die allmählich zu schließenden Lücken auf hydrologischem Gebiet, so zum Beispiel das Wissen,

- inwieweit die derzeit genutzten Vorkommen mittel- und langfristig ergiebig sind, und zwar nach den strengen Maßstäben hygienischer, betrieblicher und technischer Erfordernisse.
- Wieviel Wasser sowohl im Bereich der Eigenförderung der Industrie als auch in der öffentlichen Wasserversorgung regional und lokal zur Deckung des künftigen Fehlbedarfs zusätzlich gewonnen werden kann.

Schaubild 6

Wasserbilanz der öffentlichen Wasser-Versorgung



Quelle: Landesanstalt für Umweltschutz - Institut für Wasser- und Abfallwirtschaft, Karlsruhe

3.10 Die Steuerreform – Auswirkungen auf den Haushaltsplan 1975/76

Mit den am 1. Januar 1975 in Kraft getretenen Vorschriften des Dritten Steuerreformgesetzes sind einschneidende Änderungen auf dem Gebiet der Einkommensbesteuerung, des Familienlastenausgleichs und der Sparförderung verwirklicht worden.

Den Schwerpunkt der Reform bildet die steuerliche Entlastung im unteren und mittleren Einkommensbereich. Sie wird durch einen neuen Einkommensteuertarif erreicht, der im Aufbau dem bisher geltenden Tarif mit Grundfreibetrag („Nullzone“), Proportionalzone, Progressionszone und abschließender Proportionalzone entspricht. Die Erhöhung des Grundfreibetrags von bisher jährlich 1680/3360 DM (Ledige/Verheiratete) auf 3000/6000 DM, die Ausdehnung der Proportionalzone von 8000/16 000 DM auf 16 000/32 000 DM bei gleichzeitiger Anhebung des Steuersatzes von 19 % auf 22 % sowie eine mit einem Steuersatz von 30,8 % beginnende und bis zu einem Spitzensteuersatz von 56 % reichende Progressionszone bringen Entlastungen bei zu versteuernden Einkommen bis 40 000/80 000 DM. Berücksichtigt man den Wegfall der Ergänzungsabgabe für natürliche Personen, so reicht der Entlastungseffekt bis etwa 80 000/160 000 DM. Den Beziehern höherer Einkommen wird ein größerer Beitrag zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben als bisher abverlangt.

Die Tarifänderung sowie der Wegfall der Ergänzungsabgabe müssen in Kombination mit einer Reihe weiterer Steuerrechtsänderungen gesehen werden, die zum überwiegenden Teil eine entlastende Wirkung haben, wie z.B. die Anhebung der Höchstbeträge für den Abzug von Vorsorgeaufwendungen im Rahmen der Sonderausgaben, die Erhöhung des Versorgungs-(Pensions-)Freibetrags, die Einführung eines zusätzlichen Altersentlastungsbetrags und eines Freibetrags für Sparer sowie die Verdoppelung des Arbeitnehmerfreibetrags. Belastend wirken sich z.B. die Aufhebung der Möglichkeit des Vermögensteuerabzugs sowie die Einschränkung der Abzugsfähigkeit von Bewirtungskosten und Geschenken aus.

Ein weiteres wesentliches Element der Steuerreform ist die Umgestaltung des Familienlastenausgleichs. Das bisherige Nebeneinander der Kinderfreibeträge im Rahmen der Einkommenbesteuerung, der Kinderzuschläge im öffentlichen Dienst und des Kindergeldes nach dem Bundeskindergeldgesetz ist ersetzt worden durch die Gewährung eines allgemeinen, einheitlichen Kindergeldes vom ersten Kind an. Die Entlastung wirkt sich nicht mehr als Minderung der Steuer aus. Vielmehr wird das Kindergeld nunmehr außerhalb des Besteuerungsverfahrens durch die Arbeitsverwaltung ausbezahlt.

Der Wegfall der Kinderfreibeträge wirkt sich auf der Einnahmenseite der öffentlichen Haushalte in positiver Richtung aus. Insgesamt gesehen ergibt sich durch das Kindergeld jedoch eine Haushaltsmehrbelastung gegenüber dem bisher geltenden Recht.

Die Reform der Sparförderung schließlich führt – in erster Linie durch die Einführung einer Einkommensgrenze – ab 1976 zu einer Haushaltsentlastung.

Die aufgeführten Ent- und Belastungswirkungen des Dritten Steuerreformgesetzes bedeuten per Saldo für die öffentlichen Haushalte von Bund, Ländern und Gemeinden Steuermindereinnahmen bzw. Mehrausgaben, die sich nach Angaben der Bundesregierung¹ auf rund 13,7 Mrd. DM im Jahr belaufen. Hinzu treten noch die finanziellen Auswirkungen des Zweiten Steuerreformgesetzes, die für die öffentlichen Hände teils negativ (Gewerbesteuer, Vermögensteuer), teils positiv (Erbsteuer, Grundsteuer) sind.

Die Landesregierung beziffert die finanziellen Auswirkungen der Steuerreform für die Jahre 1975 und 1976 auf –281 bzw. –64 Mill. DM. Hinzu kommen die Auswirkungen der Neuverteilung der Umsatzsteuer auf das Land Baden-Württemberg. Nach Auffassung der Ländervertreter in der „Arbeitsgruppe zur Vorbereitung der Verhandlungen über die Neufestsetzung des Beteiligungsverhältnisses an der Umsatzsteuer“ kann der Bund eine Erhöhung seines Anteils an der Umsatzsteuer um 2,4 Punkte im Jahr 1975 und um 3,5 Punkte im Jahr 1976 verlangen. Dies würde eine weitere Belastung bedeuten, und zwar nach Gegenrechnung der Minderausgaben im Rahmen des kommunalen und des Länderfinanzausgleichs um 154 bzw. 245 Mill. DM. Nach dem Standpunkt des Bundes soll der Länderanteil 1975 um 9,5 % bzw. 11,4 % im Jahre 1976 erhöht werden; die Mehrbelastung aufgrund der Neuverteilung der Umsatzsteuer würde sich damit auf netto 608 Mill. DM 1975 und 198 Mill. DM 1976 erhöhen. Die Auswirkungen der Steuerreform würden sich dann auf 890 Mill. DM Minderausgaben (1976: 860 Mill. DM) belaufen. Diese Beträge setzen sich im einzelnen aus folgenden Haushaltsbe- oder -entlastungen zusammen.

	1975	1976
	Mill. DM	
Unmittelbare Auswirkungen		
Zweites Steuerreformgesetz	– 91	– 43
Drittes Steuerreformgesetz	– 165	– 61
Steuerliche Auswirkungen zusammen	– 256	– 104
Familienlastenausgleich und Sparförderung	– 95	+ 13
insgesamt	– 351	– 91

1 Bulletin Nr. 10 vom 30.7.1974

Mittelbare Auswirkungen

Länderfinanzausgleich, Kommunal- Finanzausgleich, Lastenausgleichsfonds	+ 70	+ 27
Auswirkungen der Steuerreform	- 281	- 64
Auswirkungen der Revision der Umsatz- steuerverteilung		
Verminderung des Länderanteils Standpunkt des Bundes 1975 um 9,5%, 1976 um 11,4%	- 608	- 798
Standpunkt der Länder 1975 um 2,4%, 1976 um 3,5%	- 154	- 245
(unter Berücksichtigung des Länderfinanz- ausgleichs und des Kommunalen Finanz- ausgleichs)		
Gesamtbelastung	- 890	- 860
bzw.	- 430	- 310

Da die Einnahmestruktur des Landes dadurch gekennzeichnet ist, daß sie schwergewichtig (rd. 70 % des Haushaltsvolumens) von Steuern „lebt“, bedeuten die durch die Reform bedingten steuerlichen Ausfälle ein echtes Problem für den Haushaltsausgleich. Darüber hinaus wird das Land 1975/76 durch die zu erwartende Konjunkturschwäche vor einer stark veränderten Einnahmesituation stehen.

Auf diese haushaltsrechtliche Lage soll, soweit sie von der Steuerreform beeinflusst ist, näher eingegangen werden.

Auffällig ist in den von der Regierung dem Landtag zur Beschlußfassung vorliegenden Haushaltsentwürfen für die Jahre 1975 und 1976 die Kombination aus relativ niedrig veranschlagten Zuwächsen bei den Steuereinnahmen (10,9 %), einer entsprechend kräftig ausgeweiteten Kapitalmarktbeanspruchung, mäßig steigenden Personalausgaben und nahezu stagnierenden Aufwendungen für Investitionen. An diesem auf der bereits ungünstigen Steuerschätzung vom Juni vergangenen Jahres aufgebauten Doppelhaushalt 1975/76 mußten inzwischen mit einer Ergänzung Abstriche um 650 Mill.DM (1975) bzw. 700 Mill.DM (1976) an den Steuereinnahmen vorgenommen werden, was einer Kürzung der gesamten Haushalte um 460,8 Mill.DM bzw. 628,7 Mill.DM entspricht und zwangsläufig auch die Kürzung verschiedener Ausgabetitel zur Folge hat.

Dieser Ergänzung lag die im November vom Bund-Länder-Arbeitskreis vorgenommene, angesichts der schleppenden Konjunkturentwicklung erneut nach unten revidierte Steuerschätzung zugrunde, nach der regionalisiert für Baden-Württemberg mit einem Einnahmeverlust von 480 Mill.DM (1976: 580 Mill.DM) an gemeinschaftlichen Steuern und 170 Mill.DM (1976: 120 Mill.DM) an Landessteuern gerechnet wird.

Die Belastungen aus der Einkommensteuerreform betragen nach den Berechnungen der Landesregierung 1975 rund 165 Mill.DM, von denen allein 156 Mill.DM auf die aufkommenstärkste Lohnsteuer und nur 10 Mill.DM auf die veranlagte Einkom-

mensteuer entfallen. Im Jahre 1976 erhöhen sich diese Werte auf 192 Mill.DM bzw. 20 Mill.DM. In diesem Jahr ist aber aus der Neuregelung der Vermögensteuer mit Mehreinnahmen in Höhe von 158 Mill.DM zu rechnen; ob diese Ergiebigkeit auch tatsächlich erreicht wird, ist noch völlig offen. Die ursprünglich vom Bund-Länder-Arbeitskreis geschätzten, bereits für 1975 aus der Vermögensteuerreform erwarteten den Landeshaushalten zufließenden Mehreinnahmen von 890 Mill.DM mußten wieder gestrichen werden, da die Hauptveranlagung auf 1.1.1974 nicht vor Herbst 1975 begonnen werden kann und daher keine Auswirkungen mehr für den Haushalt 1975 zu erwarten sind.

Die aus der 2. Steuerreform dem Land erwachsenen Einnahmeausfälle in Höhe von 91 Mill.DM (1975) und 43 Mill.DM (1976) resultieren schwerpunktmäßig mit ca. 30 Mill.DM aus der Gewerbesteuerumlage und mit ca. 60 Mill.DM aus der Vermögensteuer.

Noch ungeklärt ist, inwieweit die Steuereinnahmen der Länder durch eine Verminderung des Anteils am Umsatzsteueraufkommen noch einmal geschmälert werden. Aufgrund der vereinbarten Revisionsklausel sind die Verluste des Landes in der Ergänzung zu den Haushaltsentwürfen 1975 und 1976 mit je 3 v.H. angesetzt worden. Wenn der Bund allerdings seine Forderung auf Erhöhung seines Anteils um 9,5 % (1976: um 11,4 %) durchsetzt, würde dies für den Landeshaushalt Verluste in Höhe von ca. 600 bzw. 800 Mill.DM bedeuten.

Inwieweit sich die durch das Dritte Steueränderungsgesetz befürchteten Einbußen von 165 Mill.DM (1976: 61 Mill.DM) auf das Ausgabevolumen der Haushalte auswirken, ist nicht festzustellen. Dabei dürfen die bereits bei der Aufstellung der Haushaltspläne 1975 und 1976 vorgenommenen beachtlichen Einsparungen nicht außer Betracht gelassen werden. So wurden z.B. 1975 um rund 15 % weniger Mittel für Baumaßnahmen etatisiert als ein Jahr zuvor und mit der Ergänzung wurden innerhalb des Haushaltes noch einmal zahlreiche Ausgabeverschiebungen vorgenommen, um die sehr viel geringeren Steuereinnahmen mindestens im Jahre 1975 ohne weitere Schuldenaufnahmen auffangen zu können.

Bei den Personalausgaben wurden bereits im Entwurf drastische Sparmaßnahmen vorgenommen und zwar verbindliche Höchstzahlen für Personalvermehrungen (1975: 5500, 1976: 4000), Verzicht auf strukturelle Verbesserungen, Stellensperre in Höhe von 30 v.H. aller Neustellen. Der Landtag hat darüber hinaus weitere Abstriche vorgenommen. So wurden die ursprünglich festgelegten Höchstzahlen für Personalvermehrungen um 350 Stellen vermindert und weitere 150 Stellen mit einem „k.w.-Vermerk“ versehen. Außerdem wurde der laufende Sachaufwand um 54,5 Mill.DM (1975) bzw.

110,0 Mill.DM (1976) gekürzt. Diese weiteren Kürzungen erfolgten, um für die Investitionsausgaben einen zusätzlichen Spielraum zu schaffen.

Bei den laufenden Zuweisungen und Zuschüssen wirkt sich der mit der Automatik des Steuerverbunds zwischen Land und Gemeinden einerseits und den finanzschwachen und finanzstarken Ländern andererseits vereinbarte Finanzausgleich aus.

Zu den bisher aufgezeichneten steuerlichen Mindereinnahmen tritt eine Haushaltsmehrbelastung durch die Neuregelung des Kindergeldes (den sog. Familienlastenausgleich). Für die Angehörigen des öffentlichen Dienstes ist bis 31.12.1976 eine Übergangsregelung in der Weise getroffen worden, daß diese das Kindergeld (für das 1. Kind 50 DM, das 2. Kind 70 DM und für jedes weitere Kind 120 DM) nicht vom Arbeitsamt, sondern von ihrem öffentlich-rechtlichen Dienstherrn oder Arbeitgeber erhalten. Hierfür mußten für beide Jahre jeweils 160

Mill.DM in den Haushaltsplan eingesetzt werden. Dieser Betrag reduziert sich durch Wegfall des bisherigen Kinderzuschlags und Neuregelung des Ortszuschlags auf netto 95 Mill.DM.

Wie bereits eingangs erwähnt, ist die Sparförderung zu einem nicht zu übersehenden Bestandteil des Dritten Steuerreformgesetzes geworden. Es wird durch die Begrenzung der Prämiengewährung auf untere Einkommen dem Land gewisse Einsparungen bringen, die in den Planansätzen schon berücksichtigt sind. Der Landesanteil an den Ausgaben für die Wohnungsbauprämie ist 1976 um 60 Mill. DM gekürzt worden.

Die Steuerreform und ihre Auswirkungen auf den zu beratenden Doppelhaushalt haben die Landesregierung in ihrer Entschlossenheit bekräftigt, 1975 und 1976 zu Jahren besonders sparsamer Ausgabenpolitik zu machen.

Anhang

Anmerkungen und Tabellen zu Teil 2 und 3

Seite

Inhalt

1. Kenndaten der Vorausschätzung für die Bevölkerung	3*
2. Kenndaten der Vorausschätzung für die Erwerbspersonen	3*
3. Vorausberechnung von Absolventen der Allgemeinbildenden und Beruflichen Schulen bis 1985	4*
4. Gesamte und ausländische Wohnbevölkerung am 30.6.1974 in den Stadt- und Landkreisen	5*
5. Übergänge aus der 4. und 5. Klassenstufe der Grund- und Hauptschulen auf Realschulen und Gymnasien in den Stadt- und Landkreisen	6*
6. Schüler je Lehrer an Allgemeinbildenden Schulen in den Stadt- und Landkreisen	7*
7. Sozialbudget 1973 – Leistungen nach Funktionen und Institutionen	8*
8. Sozialbudget – Struktur der Sozialleistungen nach Funktionen	9*
9. Anmerkungen zum Staatlichen Sozialbudget	10*
10. Ärzte und Zahnärzte am 31.12.1973 in den Stadt- und Landkreisen	11*
11. Krankenhäuser am 31.12.1973 in den Stadt- und Landkreisen	12*
12. Planmäßige Betten in Akutkrankenhäusern nach Fachrichtungen am 31.12.1973 in den Stadt- und Landkreisen	13*
13. Entwicklung der Leistungsausgaben der RVO-Kassen	14*
14. Ältere Menschen am 31.12.1973 in den Stadt- und Landkreisen	15*
15. Heime und Heimplätze für ältere Menschen am 3.4.1974 in den Stadt- und Landkreisen	16*
16. Beschäftigte und Umsätze der Industrie 1973	17*
17. Entwicklung der Exportintensität der Industrie 1974	18*
18. Beschäftigtenanteile nach Größenklassen in ausgewählten Wirtschaftsgruppen für Baden-Württemberg und das übrige Bundesgebiet 1970	19*
19. Investitionskennziffern nach Beschäftigtengrößenklassen der industriellen Unternehmen	20*
20. Ausgewählte Kosten der industriellen Unternehmen nach Größenklassen der Gesamtproduktion im Bundesgebiet 1970	21*
21. Wohnungen nach Baualtersgruppen am 31.12.1973 in den Stadt- und Landkreisen	22*
22. Entwicklung der landwirtschaftlich genutzten Fläche 1960 bis 1973 nach Räumen des Landesentwicklungsplans	23*
23. Entwicklung der brachliegenden, nicht mehr genutzten landwirtschaftlichen Flächen 1971 bis 1974 in den Stadt- und Landkreisen	24*
24. Entwicklung der Flächennutzung im Siedlungsbereich 1960 bis 1973 nach Räumen des Landesentwicklungsplans	25*
25. Daten zur Haus- und Sperrmüllbeseitigung 1974 in den Stadt- und Landkreisen	26*

1. Kenndaten der Vorausschätzung für die Bevölkerung

Basisbevölkerung: Stand 1. 1. 1973

Sterbeziffern und Überlebenswahrscheinlichkeit der Neugeborenen: Im gesamten Vorausschätzungszeitraum entsprechend dem Mittel 1970/72.

Fruchtbarkeitsziffern: Ausgehend vom Stand im Jahr 1972 wurden diese Ziffern entsprechend der bis Mitte 1973 überschaubaren Entwicklung vermindert. Für das Berechnungsjahr 1974 erfolgte nochmals eine Verminderung um die halbe Abnahmerate 1972 auf 1973. Von da ab wurden die Ziffern auf dem erreichten Stand konstant belassen.

Wanderungsansatz: Für 1973 wurde ein Wanderungsgewinn von 79 000 eingerechnet, der sich bis 1976 zunächst langsam und dann rascher bis auf 15 000 Personen im Jahr 1979 reduziert. Dieser jährliche Wanderungsgewinn wurde dann in allen weiteren Jahren konstant gehalten.

2. Kenndaten der Vorausschätzung für die Erwerbspersonen

Basisbevölkerung: Stand 1. 1. 1974

Sterbeziffern und Überlebenswahrscheinlichkeit der Neugeborenen: Im gesamten Vorausschätzungszeitraum entsprechend dem Mittel 1970 / 72.

Fruchtbarkeitsziffern: Werte des Jahres 1973 konstant über den Vorausschätzungszeitraum, da für 1974 bis heute keine weitere Abnahme festzustellen ist.

Wanderungsansatz: Jährlicher Wanderungsgewinn über den gesamten Vorausschätzungszeitraum 15 000 Personen

Erwerbsquoten: Entsprechend den im Beitrag "Entwicklung der Erwerbsquoten 1961 – 1970 und Vorausschätzungen für 1975" in Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 9/1973, genannten Daten, jedoch Annahme für 1975 konstant für den Vorausschätzungszeitraum.

3. Vorausberechnung von Absolventen der Allgemeinbildenden und Beruflichen Schulen bis 1985

a) Abgänger und Absolventen der Allgemeinbildenden Schulen

Jahr	Abgänger			Absolventen				
	aus Hauptschulen ohne Abschluß ²⁾	aus Sonderschulen ³⁾	aus Gymnasien nach Abschluß der Klassen 10 bis 12 ⁴⁾	Hauptschulen	Realschulen	mit allgemeiner und fachgebundener Hochschulreife ⁶⁾	Abend-realschulen	Abendgymnasien und Kollegs ⁷⁾
1970/71 ¹⁾	8 860	4 685	3 297	58 165	15 784	12 322	923	239
1973/74 ¹⁾	6 029	5 878	4 773	55 710	17 676	14 221	915	359
1974/75	6 300	6 500	5 000	43 300	23 700	16 200	1 100	450
1975/76	7 700	6 800	4 100	53 300	21 600	17 200	1 100	450
1976/77	8 600	7 200	5 900	59 700	27 000	17 500	1 100	450
1977/78	9 200	7 600	7 100	63 600	33 000	17 500	1 100	450
1978/79	9 300	7 900	7 000	64 500	33 000	14 000	1 100	450
1979/80	9 200	8 300	7 200	63 600	33 700	19 500	1 100	450
1980/81	9 100	8 700	7 400	63 300	34 100	23 000	1 100	450
1981/82	8 800	8 500	7 600	60 600	34 000	23 100	1 100	450
1982/83	8 200	8 200	7 600	57 100	33 700	23 600	1 100	450
1983/84	7 600	8 000	7 100	52 500	32 000	24 400	1 100	450
1984/85	7 100	7 800	6 800	48 900	30 300	25 000	1 100	450

b) Abgänger und Absolventen der Beruflichen Schulen

Jahr	Absolventen				Abgänger aus	
	der Berufsschulen ⁸⁾	mit mittleren Abschlüssen und Fachschulreife ⁹⁾	mit Fachhochschulreife ¹⁰⁾	mit allgemeiner und fachgebundener Hochschulreife ¹¹⁾	Berufsfachschulen	Fachschulen ¹²⁾
1970/71 ¹⁾	66 598	11 012	315	3 073	14 569	5 837
1973/74 ¹⁾	70 024	12 267	471	4 316	16 173	6 995
1974/75	76 900	15 000	600	5 900	19 800	7 100
1975/76	76 300	16 100	700	6 700	20 200	7 200
1976/77	75 200	17 600	800	7 500	20 400	7 300
1977/78	76 600	19 200	800	8 300	20 600	7 300
1978/79	81 300	20 800	900	9 100	20 800	7 400
1979/80	86 500	22 300	1 000	10 000	21 000	7 400
1980/81	89 500	23 800	1 000	11 000	21 000	7 500
1981/82	90 000	23 500	1 000	12 000	21 200	7 600
1982/83	88 600	23 600	1 000	13 000	21 200	7 600
1983/84	85 600	23 500	1 000	14 000	21 000	7 700
1984/85	81 800	22 800	1 000	15 000	20 600	7 700

Quelle: Arbeitsgruppe Bedarfsfeststellung der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland.-
 1) Ist-Zahlen.- 2) Aus Klassen 5 bis 8 und nach erfolglosem Besuch des 9. Schuljahres.- 3) Einschl. Abgänger mit Hauptschulabschluß.-
 4) Ohne Fachhochschulreife.- 5) Nach erfolgreichem Besuch des 9. Schuljahres.- 6) Einschl. Fachhochschulreife, jedoch ohne Absolventen
 von Vorbereitungskursen an Fachhochschulen mit Fachhochschulreife.- 7) Einschl. Externe.- 8) Einschl. Sonderberufsfachschulen.- 9) Dem
 Realschulabschluß entsprechend.- 10) Berufl. Gymnasien ohne Absolventen von Vorbereitungskursen an Fachhochschulen mit Fachhochschul-
 reife.- 11) Einschl. Berufliche Gymnasien mit Techn. Oberschulen.- 12) Soweit in der Zuständigkeit des Kultusministeriums. 1973/74 ohne
 Fachschulen für Sozialpädagogik, die vorher Berufsfachschulen waren.

4. Gesamte und ausländische Wohnbevölkerung am 30. Juni 1974 in den Stadt- und Landkreisen

Kreis Regionalverband (RV) Regierungsbezirk Land	Deutsche und Ausländer			Darunter Ausländer					
	insgesamt	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich	Anteil an der gesamten Wohnbevölkerung in %		
							zusammen	männlich	weiblich
Stadtkreis Stuttgart	618 635	296 555	322 080	99 568	61 033	38 535	16,1	20,6	12,0
Landkreise									
Böblingen	306 108	152 002	154 106	42 709	25 972	16 737	14,0	17,1	10,9
Esslingen	434 372	214 200	220 172	61 102	36 576	24 526	14,1	17,1	11,1
Göppingen	232 969	113 038	119 931	26 143	15 734	10 409	11,2	13,9	8,7
Ludwigsburg	427 322	210 751	216 571	60 938	35 795	25 143	14,3	17,0	11,6
Rems-Murr-Kreis	352 709	171 279	181 430	40 201	22 824	17 377	11,4	13,3	9,6
RV Mittlerer Neckar	2 372 115	1 157 825	1 214 290	330 661	197 934	132 727	13,9	17,1	10,9
Stadtkreis Heilbronn	116 371	55 614	60 757	14 914	8 903	6 011	12,8	16,0	9,9
Landkreise									
Heilbronn	235 977	115 192	120 785	20 946	12 464	8 482	8,9	10,8	7,0
Hohenlohekreis	85 023	41 390	43 633	5 926	3 284	2 642	7,0	7,9	6,1
Schwäbisch Hall	150 466	72 758	77 708	8 439	5 030	3 409	5,6	6,9	4,4
Main-Tauber-Kreis	127 227	61 130	66 097	4 444	2 633	1 811	3,5	4,3	2,7
RV Franken	715 064	346 084	368 980	54 669	32 314	22 355	7,6	9,3	6,1
Landkreise									
Heidenheim	126 872	60 392	66 480	11 598	6 346	5 252	9,1	10,5	7,9
Ostalbkreis	276 813	133 380	143 433	18 450	10 816	7 634	6,7	8,1	5,3
RV Ostwürttemberg	403 685	193 772	209 913	30 048	17 162	12 886	7,4	8,9	6,1
Regierungsbezirk Stuttgart	3 490 864	1 697 681	1 793 183	415 378	247 410	167 968	11,9	14,6	9,4
Stadtkreise									
Baden-Baden	47 192	20 665	26 527	2 898	1 480	1 418	6,1	7,2	5,3
Karlsruhe	266 642	123 144	141 498	22 446	13 150	9 296	8,4	10,5	6,6
Landkreise									
Karlsruhe	369 431	180 629	188 802	28 413	16 238	12 175	7,7	9,0	6,4
Rastatt	193 157	92 764	100 393	13 175	7 672	5 503	6,8	8,3	5,5
RV Mittlerer Oberrhein	876 422	419 202	457 220	66 932	38 540	28 392	7,6	9,2	6,2
Stadtkreise									
Heidelberg	121 358	55 430	65 928	10 603	5 785	4 818	8,7	10,4	7,3
Mannheim	322 109	156 925	165 184	40 625	26 506	14 119	12,6	16,9	8,5
Landkreise									
Neckar-Odenwald-Kreis	132 449	64 103	68 346	6 414	3 635	2 779	4,8	5,7	4,1
Rhein-Neckar-Kreis	457 774	222 541	235 233	38 213	22 501	15 712	8,3	10,1	6,7
RV Unterer Neckar	1 033 690	498 999	534 691	95 855	58 427	37 428	9,3	11,7	7,0
Stadtkreis Pforzheim	99 153	46 431	52 722	11 454	6 621	4 833	11,6	14,3	9,2
Landkreise									
Calw	126 125	61 125	65 000	14 173	7 915	6 258	11,2	12,9	9,6
Enzkreis	164 495	80 043	84 452	17 246	10 036	7 210	10,5	12,5	8,5
Freudenstadt	98 427	46 385	52 042	6 408	3 655	2 753	6,5	7,9	5,3
RV Nordschwarzwald	488 200	233 984	254 216	49 281	28 227	21 054	10,1	12,1	8,3
Regierungsbezirk Karlsruhe	2 398 312	1 152 185	1 246 127	212 068	125 194	86 874	8,8	10,9	7,0
Stadtkreis Freiburg im Breisgau	173 984	79 361	94 623	12 881	7 072	5 809	7,4	8,9	6,1
Landkreise									
Breisgau-Hochschwarzwald	187 636	90 763	96 873	10 572	5 938	4 634	5,6	6,5	4,8
Emmendingen	128 593	61 770	66 823	6 181	3 512	2 669	4,8	5,7	4,0
Ortenaukreis	357 088	170 780	186 308	19 408	11 293	8 115	5,4	6,6	4,4
RV Südlicher Oberrhein	847 301	402 674	444 627	49 042	27 815	21 227	5,8	6,9	4,8
Landkreise									
Rottweil	131 279	62 513	68 766	10 545	5 913	4 632	8,0	9,5	6,7
Schwarzwald-Baar-Kreis	202 367	97 185	105 182	25 512	13 558	11 954	12,6	14,0	11,4
Tuttlingen	111 606	53 997	57 609	10 160	5 760	4 400	9,1	10,7	7,6
RV Schwarzwald-Baar-Heuberg	445 252	213 695	231 557	46 217	25 231	20 986	10,4	11,8	9,1
Landkreise									
Konstanz	232 858	113 107	119 751	26 478	15 641	10 837	11,4	13,8	9,1
Lörrach	195 659	95 038	100 621	18 357	10 844	7 513	9,5	11,4	7,7
Waldshut	144 229	70 246	73 983	13 927	8 197	5 730	9,7	11,7	7,7
RV Hochrhein	572 726	278 391	294 335	58 962	34 682	24 280	10,3	12,5	8,2
Regierungsbezirk Freiburg	1 865 279	894 760	970 519	154 221	87 728	66 493	8,3	9,8	6,9
Landkreise									
Reutlingen	236 759	112 964	123 795	25 422	14 037	11 385	10,7	12,4	9,2
Tübingen	164 640	80 397	84 243	16 129	9 132	6 997	9,8	11,4	8,3
Zollernalbkreis	176 045	83 864	92 181	15 876	8 744	7 132	9,0	10,4	7,7
RV Neckar-Alb	577 444	277 225	300 219	57 427	31 913	25 514	9,9	11,5	8,5
Stadtkreis Ulm	93 244	45 275	47 969	10 547	6 986	3 561	11,3	15,4	7,4
Landkreise									
Alb-Donau-Kreis	161 361	79 225	82 136	12 923	7 551	5 372	8,0	9,5	6,5
Biberach	150 089	73 073	77 016	7 404	4 311	3 093	4,9	5,9	4,0
RV Donau-Iller ¹⁾	404 694	197 573	207 121	30 874	18 848	12 026	7,6	9,5	5,8
Landkreise									
Bodenseekreis	161 845	78 633	83 212	14 934	8 453	6 481	9,2	10,7	7,8
Ravensburg	225 669	109 192	116 477	15 086	8 819	6 267	6,7	8,1	5,4
Sigmaringen	113 537	55 518	58 019	6 984	4 059	2 925	6,2	7,3	5,0
RV Bodensee-Oberschwaben	501 051	243 343	257 708	37 004	21 331	15 673	7,4	8,8	6,1
Regierungsbezirk Tübingen	1 483 189	718 141	765 048	125 305	72 092	53 213	8,4	10,0	7,0
Baden-Württemberg	9 237 644	4 462 767	4 774 877	906 972	532 424	374 548	9,8	11,9	7,8

1) Soweit Land Baden-Württemberg.

neue Tabelle

5. Übergänge aus der 4. und 5. Klassenstufe der Grund- und Hauptschulen in den Stadt- und Landkreisen

Kreis Regionalverband (RV) Regierungsbezirk Land	Übergänger insgesamt zum Ende des Schuljahres				Übergänger in % der Schüler in der 4. Klassenstufe			
	darunter auf				auf Realschulen		auf Gymnasien	
	Realschulen		Gymnasien					
	1972/73	1973/74	1972/73	1973/74	1972/73	1973/74	1972/73	1973/74
Stadtkreis Stuttgart	1 832	1 757	3 208	3 027	24,2	24,8	42,4	42,7
Landkreise								
Böblingen	1 427	1 335	1 774	1 870	27,6	25,3	34,3	35,4
Esslingen	1 990	1 963	2 046	1 958	29,1	28,5	29,9	28,5
Göppingen	1 008	898	1 101	991	26,9	24,7	29,4	27,3
Ludwigsburg	1 832	1 833	2 298	2 298	27,3	26,6	34,2	33,3
Rems-Murr-Kreis	1 674	1 698	1 727	1 719	28,5	28,2	29,4	28,6
RV Mittlerer Neckar	9 763	9 484	12 154	11 863	27,2	26,5	33,9	33,1
Stadtkreis Heilbronn	432	394	536	558	27,1	24,6	33,6	34,9
Landkreise								
Heilbronn	1 310	1 129	1 118	1 123	29,6	25,7	25,3	25,6
Hohenlohekreis	384	407	341	316	23,3	25,5	20,7	19,8
Schwäbisch Hall	771	770	590	578	28,2	27,6	21,6	20,7
Main-Tauber-Kreis	625	724	574	507	26,9	31,0	24,7	21,7
RV Franken	3 522	3 424	3 159	3 082	27,7	27,0	24,8	24,3
Landkreise								
Heidenheim	460	455	743	734	21,2	20,8	34,2	33,5
Ostalbkreis	1 432	1 429	1 360	1 314	29,2	28,3	27,3	26,1
RV Ostwürttemberg	1 912	1 884	2 103	2 048	26,7	26,0	29,4	28,3
Regierungsbezirk Stuttgart	15 197	14 792	17 416	16 993	27,2	26,5	31,2	30,5
Stadtkreise								
Baden-Baden	104	125	223	238	22,7	21,3	48,6	40,5
Karlsruhe	701	739	1 491	1 408	19,9	21,5	42,3	41,0
Landkreise								
Karlsruhe	1 346	1 350	1 786	1 712	20,2	20,2	26,8	25,6
Rastatt	917	811	990	930	23,9	22,3	25,8	25,6
RV Mittlerer Oberrhein	3 068	3 025	4 490	4 288	21,2	21,1	31,0	29,9
Stadtkreise								
Heidelberg	306	272	716	692	21,2	19,8	49,5	50,4
Mannheim	685	648	1 439	1 323	16,4	15,8	34,5	32,2
Landkreise								
Neckar-Odenwald-Kreis	631	608	591	525	25,7	24,9	24,1	21,5
Rhein-Neckar-Kreis	1 619	1 569	2 430	2 357	22,3	21,7	33,4	32,5
RV Unterer Neckar	3 241	3 097	5 176	4 897	21,1	20,4	33,7	32,3
Stadtkreis Pforzheim	214	196	480	484	16,2	14,3	36,2	35,4
Landkreise								
Calw	518	483	549	504	24,3	21,7	25,8	22,6
Enzkreis	666	642	722	682	22,7	21,7	24,6	23,1
Freudenstadt	567	475	471	449	29,9	24,5	24,9	23,1
RV Nordschwarzwald	1 965	1 796	2 222	2 119	23,7	21,1	26,8	24,9
Regierungsbezirk Karlsruhe	8 274	7 918	11 888	11 304	21,7	20,8	31,2	29,7
Stadtkreis Freiburg im Breisgau	299	357	963	875	14,1	16,4	45,3	40,2
Landkreise								
Breisgau-Hochschwarzwald	868	870	937	886	25,9	25,0	28,0	25,5
Emmendingen	554	628	575	552	24,2	26,4	25,1	23,2
Ortenaukreis	1 374	1 338	1 679	1 595	20,3	20,4	24,9	24,3
RV Südlicher Oberrhein	3 095	3 193	4 154	3 908	21,3	21,9	28,6	26,8
Landkreise								
Rottweil	539	475	641	608	24,0	20,1	27,5	25,7
Schwarzwald-Baar-Kreis	745	729	958	913	20,4	20,3	26,2	25,5
Tuttlingen	482	505	568	489	24,8	25,8	29,3	25,0
RV Schwarzwald-Baar-Heuberg	1 786	1 709	2 167	2 010	22,5	21,6	27,3	25,4
Landkreise								
Konstanz	952	1 013	986	1 024	27,3	25,6	28,3	25,9
Lörrach	846	826	775	773	23,8	23,4	21,8	23,8
Waldshut	680	715	543	450	23,7	27,4	20,5	17,2
RV Höchrhein	2 478	2 554	2 304	2 247	25,6	26,0	23,8	22,9
Regierungsbezirk Freiburg	7 359	7 456	8 625	8 165	22,9	23,1	26,8	25,3
Landkreise								
Rüdlingen	909	1 021	1 218	1 190	23,9	25,8	32,1	30,1
Tübingen	620	505	804	701	24,4	21,6	31,6	30,0
Zollernalbkreis	895	919	828	754	28,3	28,6	26,2	23,5
RV Neckar-Alb	2 424	2 445	2 850	2 643	23,5	23,7	30,0	27,8
Stadtkreis Ulm	326	389	500	477	25,3	28,3	38,9	34,7
Landkreise								
Alb-Donau-Kreis	799	825	703	680	27,3	27,6	24,0	22,8
Biberach	663	739	861	822	22,3	24,8	29,0	27,6
RV Donau-Iller ¹⁾	1 788	1 953	2 064	1 979	24,9	26,6	28,7	26,9
Landkreise								
Bodenseekreis	803	760	700	660	31,1	29,1	27,1	25,3
Ravensburg	1 124	923	1 024	970	28,7	23,9	26,1	25,1
Sigmaringen	462	468	655	592	21,4	21,1	30,3	26,6
RV Bodensee-Überschwaben	2 389	2 151	2 379	2 222	27,6	24,7	27,5	25,5
Regierungsbezirk Tübingen	6 601	6 549	7 293	6 846	26,0	25,6	28,8	26,8
Baden-Württemberg	27 431	36 715	45 222	43 308	24,7	24,2	29,9	28,6

1) Soweit Land Baden-Württemberg.

neue Tabelle

6. Schüler je Lehrer an Allgemeinbildenden Schulen in den Stadt- und Landkreisen

Kreis Regionalverband (RV) Regierungsbezirk Land	Schüler je Lehrer					
	Grund- und Hauptschulen		Realschulen		Gymnasien	
	1972/73	1973/74	1972/73	1973/74	1972/73	1973/74
Stadtkreis Stuttgart	30,0	29,3	25,5	23,3	20,3	20,9
Landkreise						
Böblingen	32,1	30,9	27,2	25,1	22,8	23,8
Esslingen	29,9	29,5	24,9	24,5	23,3	23,3
Göppingen	32,1	31,1	26,0	26,7	23,3	22,9
Ludwigsburg	32,1	31,5	26,9	25,9	23,0	22,9
Rems-Murr-Kreis	32,6	31,4	27,0	25,5	23,9	23,7
RV Mittlerer Neckar	31,3	30,5	26,2	25,0	22,3	22,6
Stadtkreis Heilbronn	33,6	32,5	26,7	27,0	22,8	22,7
Landkreise						
Heilbronn	33,2	32,7	28,3	26,6	24,0	23,9
Hohenlohekreis	32,0	31,8	28,0	26,7	18,6	20,2
Schwäbisch Hall	31,0	30,5	26,7	26,0	24,4	22,8
Main-Tauber-Kreis	28,8	27,6	25,9	26,6	23,2	23,6
RV Franken	31,7	31,0	27,1	26,5	22,9	22,9
Landkreise						
Heidenheim	35,2	33,7	25,7	24,9	20,8	20,4
Ostalbkreis	31,6	30,1	27,1	26,7	23,5	21,8
RV Ostwürttemberg	32,6	31,1	26,6	25,8	22,6	21,4
Regierungsbezirk Stuttgart	31,6	30,7	25,5	25,4	22,5	22,5
Stadtkreise						
Baden-Baden	30,6	28,4	24,1	24,1	18,7	16,8
Karlsruhe	31,8	31,0	24,8	24,2	20,7	20,2
Landkreise						
Karlsruhe	30,2	29,5	25,6	24,1	23,5	23,2
Rastatt	32,5	29,8	24,6	23,6	23,0	22,1
RV Mittlerer Oberrhein	31,1	29,9	25,0	24,0	21,8	21,3
Stadtkreise						
Heidelberg	26,9	26,1	23,3	20,4	18,5	17,7
Mannheim	31,3	30,9	23,7	23,1	20,7	20,0
Landkreise						
Neckar-Odenwald-Kreis	27,5	27,7	25,8	26,1	17,8	17,6
Rhein-Neckar-Kreis	28,9	28,9	24,2	23,8	22,6	23,2
RV Unterer Neckar	29,0	28,9	24,2	23,6	20,4	20,2
Stadtkreis Pforzheim	31,2	32,0	27,4	25,4	24,2	23,3
Landkreise						
Calw	28,9	27,9	24,6	24,0	20,6	22,8
Enzkreis	31,3	30,6	27,6	25,0	23,5	24,6
Freudenstadt	31,2	30,8	25,9	25,2	22,3	21,9
RV Nordschwarzwald	30,6	30,1	26,2	24,8	22,9	22,5
Regierungsbezirk Karlsruhe	30,1	29,5	24,9	24,0	21,4	21,0
Stadtkreis Freiburg im Breisgau	26,2	25,7	23,2	23,9	18,6	17,5
Landkreise						
Breisgau-Hochschwarzwald	29,7	27,9	26,1	24,7	22,5	23,1
Emmendingen	29,1	27,4	24,2	23,6	20,5	20,8
Ortenaukreis	32,3	29,7	24,5	23,3	20,2	20,4
RV Südlicher Oberrhein	30,2	28,3	24,5	23,7	20,9	19,8
Landkreise						
Rottweil	32,4	31,0	29,1	29,1	19,8	19,0
Schwarzwald-Baar-Kreis	32,6	30,4	24,8	22,8	21,2	21,4
Tuttlingen	30,6	29,6	26,4	26,0	25,5	24,0
RV Schwarzwald-Baar-Heuberg	32,0	30,4	26,3	25,0	21,6	21,0
Landkreise						
Konstanz	29,9	28,4	23,1	24,3	20,4	19,1
Lörrach	31,0	28,9	26,1	24,9	19,6	20,0
Waldshut	31,1	28,9	26,4	25,8	21,1	20,7
RV Hochrhein	30,7	28,7	25,0	24,9	20,2	19,7
Regierungsbezirk Freiburg	30,8	28,9	25,0	24,4	20,5	20,1
Landkreise						
Reutlingen	29,4	28,0	22,9	21,9	20,3	20,9
Tübingen	28,0	27,9	22,3	22,4	20,3	20,1
Zollernalbkreis	31,0	30,1	25,1	25,2	22,8	22,1
RV Neckar-Alb	29,5	28,6	23,5	23,1	20,9	21,0
Stadtkreis Ulm	29,4	27,4	26,0	24,9	21,1	20,7
Landkreise						
Alb-Donau-Kreis	30,7	30,1	25,8	25,7	20,0	19,6
Biberach	32,4	31,4	28,1	29,7	22,2	21,9
RV Donau-Iller ¹⁾	31,1	30,1	26,6	26,7	21,3	20,9
Landkreise						
Bodenseekreis	30,7	29,4	21,7	20,4	19,5	19,3
Ravensburg	30,2	29,4	23,2	22,0	20,2	20,5
Sigmaringen	30,2	29,6	28,4	24,6	21,9	18,5
RV Bodensee-Oberschwaben	30,3	29,4	23,6	21,9	20,4	19,6
Regierungsbezirk Tübingen	30,3	29,3	24,3	23,6	20,9	20,5
Baden-Württemberg	30,8	29,8	25,5	24,6	21,5	21,3

1) Soweit Land Baden-Württemberg.

7. Sozialbudget 1973 — Leistungen nach Funktionen und Institutionen

Institutionen	Ins- gesamt	Familie			Gesundheit				Beschäftigung		
		Kinder	Ehe- gatten	Mutter- schaft	Vor- beu- gung	Krank- heit	Unfall	Invali- dität (allg.)	Beruf- Bildung	Mobi- lität	Arbeits- losig- keit
		Mill. DM									
Sozialbudget insgesamt	37 459	2 873,2	2 749,7	241,7	942,7	8 057,7	1 572,1	1 697,6	766,3	310,7	190,1
1 Soziale Sicherung	27 731	1 573,9	474,1	225,1	741,4	7 668,3	1 485,8	1 383,6	317,3	310,6	189,0
10 Allgemeine Systeme	19 904	913,9	33,4	215,8	538,1	5 447,4	915,7	1 113,4	317,2	310,6	187,0
101 Rentenversicherung der Arbeiter	8 062	242,7	2,4	—	267,6	204,8	50,0	855,4	20,1	—	—
102 Rentenversicherung der Angestellten	3 655	72,0	0,4	—	92,1	79,7	14,6	258,0	5,1	—	—
103 Krankenversicherung	5 979	21,5	19,7	215,8	151,9	5 162,9	205,7	—	0,2	—	—
104 Unfallversicherung	881	41,2	2,6	—	26,5	—	645,4	—	6,4	—	—
105 Arbeitsförderung	829	38,5	8,3	—	—	—	—	—	284,4	310,6	187,0
106 Kindergeld	498	498,0	—	—	—	—	—	—	—	—	—
11 Entgeltfortzahlung	2 773	—	—	—	194,1	2 024,3	554,6	—	—	—	—
12 Sondersysteme	361	3,8	31,9	—	3,3	9,6	1,2	30,5	0,1	—	2,0
121 Knappschaftliche Rentenversicherung	136	3,8	0,0	—	1,0	0,5	0,9	15,1	0,1	—	2,0
122 Altershilfe Landwirte	225	—	31,9	—	2,3	9,1	0,3	15,4	—	—	—
13 Beamtenrechtliche Systeme	4 431	653,4	408,8	9,3	5,9	187,0	11,6	177,3	—	—	—
131 Pensionen	3 177	9,2	—	—	—	7,3	9,2	177,3	—	—	—
132 Familienzuschläge	1 053	644,2	408,8	—	—	—	—	—	—	—	—
133 Beihilfen	201	—	—	9,3	5,9	179,7	2,4	—	—	—	—
14 Ergänzungssysteme	262	2,8	—	—	—	—	2,7	62,4	—	—	—
141 Zusatzversicherung im öffentl. Dienst	257	2,8	—	—	—	—	2,7	61,3	—	—	—
142 Zusatzversicherung für einzelne Berufe	5	—	—	—	—	—	—	1,1	—	—	—
2 Freiwillige Leistungen	875	64,0	11,2	7,0	31,2	92,2	77,8	51,0	—	—	—
201 Arbeitgeberleistungen	875	64,0	11,2	7,0	31,2	92,2	77,8	51,0	—	—	—
3 Entschädigung	1 722	26,1	72,7	4,8	19,8	34,3	—	9,3	53,2	—	—
301 Versorg. der Kriegs- u. Wehrdienstopfer	1 309	11,8	10,3	3,7	19,8	31,5	—	9,3	53,1	—	—
302 Lastenausgleich	163	1,9	16,3	—	—	—	—	—	—	—	—
303 Wiedergutmachung	147	0,5	—	—	—	1,3	—	—	0,1	—	—
309 Sonstige Entschädigungen	103	11,9	46,1	1,1	—	1,5	—	—	—	—	—
4 Soziale Hilfen und Dienste	1 618	264,5	12,1	4,8	150,3	215,4	8,5	202,0	393,4	0,1	1,1
401 Sozialhilfe	659	11,5	10,2	0,7	10,6	195,6	8,5	202,0	40,5	0,1	1,1
402 Jugendhilfe	374	253,0	1,9	4,1	21,4	4,1	—	—	10,9	—	—
403 Ausbildungsförderung	332	—	—	—	—	—	—	—	332,0	—	—
404 Wohngeld	119	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
405 Öffentlicher Gesundheitsdienst	134	—	—	—	118,3	15,7	—	—	—	—	—
5 Indirekte Leistungen	5 513	944,7	2 179,6	—	—	47,5	—	51,7	12,4	—	—
501 Steuerermäßigungen	5 165	944,7	2 179,6	—	—	47,5	—	51,7	12,4	—	—
509 Sonstige Vergünstigungen	348	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—

Noch: Leistungen nach Funktionen und Institutionen

Institutionen	Alter	Hinter- bliebene	Folgen politischer Ereig- nisse	Woh- nen	Spar- förde- rung	Allgemeine Lebens- hilfen
Mill. DM						
Sozialbudget insgesamt	8 928,4	4 914,4	1 661,6	731,3	1 624,3	197,3
1 Soziale Sicherung	8 414,3	4 726,2	164,0	1,6	-	55,8
10 Allgemeine Systeme	6 209,5	3 489,5	155,1	1,6	-	55,8
101 Rentenversicherung der Arbeiter	4 145,5	2 171,1	100,8	1,6	-	-
102 Rentenversicherung der Angestellten	2 064,0	1 039,9	29,2	-	-	-
103 Krankenversicherung	-	119,6	25,1	-	-	55,6
104 Unfallversicherung	-	158,9	-	-	-	-
105 Arbeitsförderung	-	-	-	-	-	0,2
106 Kindergeld	-	-	-	-	-	-
11 Entgeltfortzahlung	-	-	-	-	-	-
12 Sondersysteme	177,4	99,4	1,8	-	-	-
121 Knappschaftliche Rentenversicherung	66,7	44,1	1,8	-	-	-
122 Altershilfe Landwirte	110,7	55,3	-	-	-	-
13 Beamtenrechtliche Systeme	1 899,2	1 078,5	-	-	-	-
131 Pensionen	1 899,2	1 074,8	-	-	-	-
132 Familienzuschläge	-	-	-	-	-	-
133 Beihilfen	-	3,7	-	-	-	-
14 Ergänzungssysteme	128,2	58,8	7,1	-	-	-
141 Zusatzversicherung im öffentl. Dienst	126,6	56,5	7,1	-	-	-
142 Zusatzversicherung für einzelne Berufe	1,6	2,3	-	-	-	-
2 Freiwillige Leistungen	268,4	139,8	-	132,4	-	-
201 Arbeitgeberleistungen	268,4	139,8	-	132,4	-	-
3 Entschädigung	0,3	0,4	1 467,5	2,1	8,2	23,3
301 Versorg. der Kriegs- u. Wehrdienstopfer	-	0,4	1 180,7	0,4	-	8,0
302 Lastenausgleich	-	-	144,8	-	-	-
303 Wiedergutmachung	-	-	145,0	-	-	0,1
309 Sonstige Entschädigungen	0,3	-	17,0	1,7	8,2	15,2
4 Soziale Hilfen und Dienste	132,3	0,5	5,7	119,1	-	118,2
401 Sozialhilfe	132,3	0,5	5,7	0,1	-	39,6
402 Jugendhilfe	-	-	-	-	-	78,8
403 Ausbildungsförderung	-	-	-	-	-	-
404 Wohngeld	-	-	-	119,0	-	-
405 Öffentlicher Gesundheitsdienst	-	-	-	-	-	-
5 Indirekte Leistungen	113,1	47,5	24,3	476,1	1 616,1	-
501 Steuerermäßigungen	113,1	47,5	24,3	128,1	1 616,1	-
509 Sonstige Vergünstigungen	-	-	-	348,0	-	-

8. Sozialbudget — Struktur der Sozialleistungen nach Funktionen

Funktionen	Sozialleistungen insgesamt				
	1971		1973		Zunahme 1971/1973 in %
	Mill. DM	%	Mill. DM	%	
Familie					
Kinder	2 562,9	9,0	2 873,2	7,7	12,1
Ehegatten	2 497,1	8,7	2 749,7	7,3	10,1
Mutterschaft	208,8	0,7	241,7	0,7	15,8
zusammen	5 268,8	18,4	5 864,6	15,7	11,3
Wohnen	546,4	1,9	731,3	2,0	33,8
Gesundheit					
Vorbeugung	657,7	2,3	942,7	2,5	43,3
Krankheit	5 974,9	20,9	8 057,7	21,5	34,9
Arbeitsunfall, Berufskrankheit	1 141,5	4,0	1 572,1	4,2	37,7
Invalidität	1 237,2	4,3	1 697,6	4,6	37,2
zusammen	9 011,3	31,5	12 270,1	32,8	36,2
Beschäftigung					
Berufliche Bildung	432,9	1,5	766,3	2,1	77,0
Sonstige Mobilität	146,7	0,5	310,7	0,8	111,8
Arbeitslosigkeit	91,9	0,3	190,1	0,5	106,9
zusammen	671,5	2,3	1 267,1	3,4	88,7
Alter	6 583,0	23,0	8 928,4	23,8	35,6
Hinterbliebene	3 604,8	12,6	4 914,4	13,1	36,3
Folgen politischer Ereignisse	1 492,2	5,2	1 661,5	4,4	11,3
Sparförderung	1 312,5	4,6	1 624,3	4,3	23,8
Allgemeine Lebenshilfen	135,5	0,5	197,3	0,5	45,6
Sozialbudget insgesamt	28 626	100	37 459	100	30,9

9. Anmerkungen zum Staatlichen Sozialbudget

Die im Anhang zum staatlichen Sozialbudget zusätzlich erfaßten sozial-motivierten Leistungen umfassen folgende Tatbestände:

I. Familie

Allgemeinbildende Schulen, Personal- und Verwaltungskosten; Förderung der freien Wohlfahrtspflege, Trennungsgelder, Umzugskosten, Auslagen in Armenrechtssachen, Zuschüsse zur Gemeinschaftsverpflegung.

II. Gesundheit

Leibesübungen einschließlich Einrichtungen, Kosten für ärztliche Untersuchungen nach dem Jugendschutzgesetz, Ersatz für Impfschäden und ähnliches; Förderungsmaßnahmen des Landes zum Bau, Erweiterungen und Einrichtungen von Krankenanstalten, Universitätskliniken (Personal- und Verwaltungskosten); Zuschüsse zur Förderung von Einrichtungen und Bau für Suchtkranke, Baumaßnahmen für Anstalten von Nerven- und Geisteskranken, Hilfe für Zivilblinde.

III. Beschäftigung

Berufsschulen (Pflichtfortbildung), Ingenieurschulen, Hochschulen und sonstige wissenschaftliche Einrichtungen, Personal- und Verwaltungskosten sowie bauliche Maßnahmen; Zuschüsse für Investitionen an gewerblichen Unternehmen, Einsatz von Betriebsshelfern, Armenanwaltskosten (Arbeits- und Sozialministerium).

IV. Alter und Hinterbliebene

Förderung von Alten- und Altenwohnheimen sowie Altenpflegeheimen.

V. Folgen politischer Ereignisse

Gefahrenzulage bei der Kampfmittelbeseitigung, Zuschüsse zur Pflege der Kriegsofopfergräber, Anstaltskosten für die von der IRO untergebrachten Ausländer, Ausgaben für die zivile Verteidigung.

VI. Wohnen

Wohnraumbewirtschaftung und Wohnungsaufsicht, Wohnungsbau und Wohnsiedlung.

VII. Sparförderung

Zinsverbilligungszuschüsse zur Förderung baulicher Maßnahmen (Altgehöfte).

VIII. Allgemeine Lebenshilfen

Hilfsmaßnahmen für Landwirte (Naturkatastrophen und sonstige Notstände), Gefangenen- und Entlassenenfürsorge.

IX. Bevölkerungsschutz und Verbesserung der Umweltverhältnisse

Straßenentwässerung und Bedürfnisanstalten, Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche, Landespolizei (Personal- und Verwaltungskosten), Allgemeine Maßnahmen zur Hebung der Verkehrssicherheit.

10. Ärzte und Zahnärzte am 31. Dezember 1973 in den Stadt- und Landkreisen

Kreis Regionalverband (RV) Regierungsbezirk Land	Ärzte insgesamt	Fach- ärzte/ prakt. Ärzte	Primär- ärzte 1)	Zahnärzte	Auf ... Einwohner kam ein			
					Arzt	Facharzt/ prakti- scher Arzt	Primär- arzt 1)	Zahnarzt
in freier Praxis					in freier Praxis			
Stadtkreis Stuttgart	1 807	849	572	619	346	736	1 092	1 009
Landkreise								
Böblingen	357	203	156	98	853	1 500	1 952	3 107
Esslingen	505	306	237	156	857	1 414	1 825	2 773
Göppingen	308	187	148	106	756	1 246	1 574	2 197
Ludwigsburg	449	274	222	162	951	1 558	1 923	2 635
Rems-Murr-Kreis	355	215	170	130	990	1 635	2 067	2 704
RV Mittlerer Neckar	3 781	2 034	1 505	1 271	628	1 167	1 577	1 867
Stadtkreis Heilbronn	275	135	86	70	387	783	1 230	1 511
Landkreise								
Heilbronn	218	112	95	74	1 135	2 210	2 605	3 344
Hohenlohekreis	77	48	44	25	1 103	1 769	1 930	3 397
Schwäbisch Hall	170	99	80	50	885	1 520	1 882	3 011
Main-Tauber-Kreis	213	102	87	54	598	1 248	1 464	2 358
RV Franken	951	496	392	273	753	1 444	1 827	2 623
Landkreise								
Heidenheim	169	106	86	55	751	1 198	1 477	2 309
Ostalbkreis	356	196	148	109	824	1 412	1 870	2 539
RV Ostwürttemberg	505	302	234	164	800	1 337	1 725	2 462
Regierungsbezirk Stuttgart	5 257	2 832	2 131	1 708	667	1 233	1 639	2 045
Stadtkreise								
Baden-Baden	159	87	63	46	279	509	704	964
Karlsruhe	773	356	240	212	338	734	1 089	1 232
Landkreise								
Karlsruhe	347	210	173	121	1 083	1 789	2 172	3 105
Rastatt	228	143	111	91	860	1 371	1 766	2 154
RV Mittlerer Oberrhein	1 507	796	587	470	582	1 102	1 495	1 867
Stadtkreise								
Heidelberg	1 355	365	241	150	89	331	502	806
Mannheim	806	388	278	173	404	839	1 170	1 881
Landkreise								
Neckar-Odenwald-Kreis	129	80	66	56	1 028	1 658	2 010	2 369
Rhein-Neckar-Kreis	497	371	304	197	917	1 229	1 500	2 314
RV Unterer Neckar	2 787	1 204	889	576	371	859	1 164	1 794
Stadtkreis Pforzheim	292	147	92	59	322	640	1 023	1 595
Landkreise								
Calw	225	87	75	57	560	1 449	1 681	2 211
Enzkreis	81	73	74	22	2 095	2 323	2 291	7 707
Freudenstadt	110	65	54	35	898	1 519	1 828	2 821
RV Nordschwarzwald	708	372	295	173	690	1 313	1 656	2 823
Regierungsbezirk Karlsruhe	5 002	2 372	1 771	1 219	480	1 012	1 356	1 969
Stadtkreis Freiburg im Breisgau	1 176	305	209	151	149	574	837	1 159
Landkreise								
Breisgau-Hochschwarzwald	278	158	136	75	675	1 184	1 375	2 494
Emmendingen	130	82	66	51	978	1 550	1 926	2 492
Ortenaukreis	492	242	202	145	725	1 475	1 767	2 461
RV Südlicher Oberrhein	2 076	787	613	422	408	1 075	1 380	2 005
Landkreise								
Rottweil	155	87	70	56	824	1 467	1 824	2 280
Schwarzwald-Baar-Kreis	334	176	134	113	616	1 169	1 535	1 821
Tuttlingen	107	72	60	44	1 042	1 548	1 858	2 533
RV Schwarzwald-Baar-Heuberg	596	335	264	215	746	1 328	1 685	2 089
Landkreise								
Konstanz	483	233	182	180	482	999	1 278	1 293
Lörrach	255	159	131	107	770	1 234	1 498	1 834
Waldshut	206	105	87	83	696	1 366	1 648	1 728
RV Hochrhein	944	497	400	370	606	1 152	1 431	1 547
Regierungsbezirk Freiburg	3 616	1 619	1 277	1 005	515	1 151	1 459	1 854
Landkreise								
Reutlingen	313	180	139	141	756	1 315	1 703	1 679
Tübingen	718	97	76	64	229	1 696	2 165	2 571
Zollernalbkreis	197	137	108	84	896	1 288	1 634	2 101
RV Neckar-Alb	1 228	414	323	289	470	1 395	1 789	1 999
Stadtkreis Ulm	504	122	75	61	184	762	1 239	1 523
Landkreise								
Alb-Donau-Kreis	95	69	65	47	1 737	2 341	2 485	3 437
Biberach	212	95	72	59	708	1 581	2 086	2 546
RV Donau-Iller 2)	809	286	212	167	500	1 415	1 909	2 423
Landkreise								
Bodenseekreis	255	173	137	105	635	936	1 182	1 542
Ravensburg	424	178	145	98	531	1 264	1 552	2 297
Sigmaringen	122	65	55	45	928	1 742	2 058	2 516
RV Bodensee-Oberschwaben	801	416	337	248	624	1 202	1 484	2 017
Regierungsbezirk Tübingen	2 838	1 116	872	704	522	1 328	1 700	2 106
Baden-Württemberg	16 693	7 939	6 051	4 636	553	1 164	1 527	1 992

1) Praktischer Arzt (Allgemeinpraktiker), Internist, Frauenarzt, Kinderarzt.- 2) Soweit Land Baden-Württemberg.

11. Krankenhäuser am 31.12.1973 in den Stadt- und Landkreisen

Kreis Regionalverband (RV) Regierungsbezirk Land	Krankenhäuser insgesamt			Darunter Akutkrankenhäuser						
	An- zahl	Planmäßige Betten	Stationär behandelte Kranke 1)	An- zahl	Planmäßige Betten	auf 10 000 Einwohner	Ärzte	darunter Beleg- Ärzte	Stationär behandelte Kranke 1)	Kranke auf 1 000 Einwohner
Stadtkreis Stuttgart	47	7 398	127 501	43	7 166	114,7	747	74	126 696	201,5
Landkreise										
Böblingen	5	1 357	51 155	5	1 357	44,6	125	8	31 155	103,4
Esslingen	9	1 902	44 741	9	1 902	44,0	175	27	44 741	104,2
Göppingen	7	1 961	28 384	4	1 068	45,9	84	12	22 470	96,6
Ludwigsburg	12	2 317	37 100	10	1 752	41,0	152	24	33 685	79,6
Reims-Murr-Kreis	11	3 651	29 936	7	1 379	39,2	104	27	24 736	70,7
RV Mittlerer Neckar	91	18 586	298 817	78	14 624	61,6	1 387	172	283 483	119,9
Stadtkreis Heilbronn	10	1 163	28 369	9	1 144	108,2	105	20	28 195	266,4
Landkreise										
Heilbronn	17	2 710	27 263	10	881	35,6	42	10	14 118	57,6
Hohenlohekreis	2	332	6 888	2	332	39,1	19	5	6 888	81,2
Schwäbisch Hall	9	1 258	23 059	8	1 230	81,7	60	21	22 696	151,1
Main-Tauber-Kreis	31	3 388	40 722	10	1 641	128,9	76	24	33 131	181,1
RV Franken	69	8 851	126 301	39	5 228	73,0	302	80	95 028	135,2
Landkreise										
Heidenheim	3	761	12 324	2	716	56,4	56	3	12 267	96,7
Ostalbkreis	13	1 846	34 637	10	1 717	62,0	112	23	32 410	117,5
RV Ostwürttemberg	16	2 607	46 961	12	2 433	60,3	168	26	41 677	110,8
Regierungsbezirk Stuttgart	176	30 044	472 079	129	22 285	63,8	1 857	278	423 188	121,6
Stadtkreis Baden-Baden	12	1 223	15 836	5	668	150,7	43	6	9 947	222,3
Karlsruhe	14	3 487	75 405	14	3 487	133,5	360	36	75 405	287,8
Landkreise										
Karlsruhe	10	1 412	26 092	5	803	21,4	73	14	18 803	50,4
Rastatt	9	1 203	18 018	5	794	40,3	55	13	15 102	77,2
RV Mittlerer Oberrhein	43	7 325	135 351	29	5 752	65,6	531	69	119 237	136,2
Stadtkreise Heidelberg	26	4 316	67 148	22	3 507	290,0	659	16	61 443	504,5
Mannheim	9	3 596	72 864	8	3 591	110,4	325	29	72 740	222,3
Landkreise										
Neckar-Odenwald-Kreis	9	965	15 218	7	775	58,4	36	19	13 132	99,2
Rhein-Neckar-Kreis	11	3 714	28 326	7	960	21,1	57	16	19 256	42,7
RV Unterer Neckar	55	12 589	185 556	44	8 833	85,4	1 077	80	166 571	161,5
Stadtkreis Pforzheim	5	1 348	26 307	5	1 348	143,2	138	12	26 307	279,5
Landkreise										
Calw	34	2 726	25 728	6	629	49,9	43	3	13 454	107,7
Enzkreis	5	483	6 970	3	357	21,1	25	3	6 510	58,7
Freudenstadt	23	1 644	19 608	6	473	47,9	30	10	9 554	97,0
RV Nordschwarzwald	67	6 201	78 613	20	2 807	57,5	236	28	55 825	114,9
Regierungsbezirk Karlsruhe	167	26 115	397 520	93	17 392	72,4	1 844	177	341 653	142,7
Stadtkreis Freiburg im Breisgau	24	3 154	66 778	20	2 781	158,9	328	18	61 247	356,4
Landkreise										
Breisgau-Hochschwarzwald	45	3 818	38 673	16	1 060	56,7	46	19	14 504	77,8
Emmendingen	8	2 428	18 699	4	678	53,3	24	15	11 034	87,3
Ortenaukreis	36	5 061	61 876	19	2 628	73,6	187	30	46 792	151,1
RV Südlicher Oberrhein	113	14 461	186 026	59	7 147	84,5	785	82	133 577	158,9
Landkreise										
Rottweil	8	1 857	19 672	6	917	71,8	46	30	17 331	135,8
Schwarzwald-Baar-Kreis	26	3 221	43 579	12	1 706	82,9	100	24	31 937	156,2
Tuttlingen	4	528	11 511	4	528	47,4	32	5	11 511	103,8
RV Schwarzwald-Baar-Heuberg	38	5 606	74 762	22	5 151	70,8	178	59	60 779	137,2
Landkreise										
Konstanz	19	3 913	45 084	14	1 962	84,3	145	31	33 760	145,6
Lörrach	15	1 368	21 263	11	907	46,2	63	18	18 881	96,5
Waldshut	26	2 990	29 312	10	1 210	84,4	50	24	18 494	129,4
RV Hochrhein	60	8 271	95 659	35	4 079	71,3	258	75	71 135	124,7
Regierungsbezirk Freiburg	211	28 338	356 447	116	14 377	77,2	1 221	214	265 491	145,2
Landkreise										
Reutlingen	10	1 919	26 958	7	1 073	45,3	97	13	24 727	105,0
Tübingen	19	2 670	47 157	15	2 155	131,0	466	3	41 212	252,9
Zollernalbkreis	6	1 055	19 026	4	769	43,6	59	17	17 114	97,2
RV Neckar-Alb	35	5 644	93 141	26	3 997	69,2	622	33	83 053	144,6
Stadtkreis Ulm	9	1 178	28 684	8	1 153	124,1	202	17	28 502	305,4
Landkreise										
Alb-Donau-Kreis	6	663	9 505	6	663	41,0	23	12	9 505	59,2
Biberach	15	2 827	30 852	7	830	55,3	63	15	16 023	106,9
RV Donau-Iller 2)	30	4 668	69 041	21	2 646	65,4	288	44	54 030	133,8
Landkreise										
Bodenseekreis	23	2 546	27 427	10	884	54,6	58	13	19 277	119,3
Ravensburg	26	5 325	59 362	10	1 797	79,8	124	23	32 693	146,2
Sigmaringen	8	982	13 859	7	942	85,2	51	15	13 720	121,2
RV Bodensee-Oberschwaben	57	8 853	100 648	27	3 623	72,4	233	51	65 690	131,8
Regierungsbezirk Tübingen	122	19 165	262 830	74	10 266	69,2	1 143	128	202 773	137,3
Baden-Württemberg	676	103 662	1 488 876	412	64 320	69,6	6 065	797	1 233 105	133,9

1) Im Jahr 1973.- 2) Soweit Land Baden-Württemberg.

12. Planmäßige Betten in Akutkrankenhäusern nach Fachrichtungen am 31. Dezember 1973 in den Stadt- und Landkreisen

Kreis Regionalverband (RV) Regierungsbezirk Land	Ins- gesamt	Darunter für									
		Chirur- gie	Innere, Infek- tion	Gynäko- logie, Geburts- hilfe	Säug- linge, Kinder	Halb, Nasen, Ohren	Augen	Psychia- trie, Neuro- logie	Neuro- chirurgie	Ortho- pädie	Urologie
Stadtkreis Stuttgart	7 166	1 710	1 868	978	481	358	175	242	65	285	226
Landkreise											
Böblingen	1 357	459	419	309	80	44	18	-	-	-	10
Esslingen	1 902	639	656	312	87	99	-	-	-	16	20
Göppingen	1 068	341	387	168	42	67	10	-	-	-	33
Ludwigsburg	1 752	437	421	214	130	93	27	-	-	126	43
Rems-Murr-Kreis	1 379	450	451	289	89	50	2	-	-	12	20
RV Mittlerer Neckar	14 624	4 036	4 202	2 265	909	711	232	242	65	439	352
Stadtkreis Heilbronn	1 144	217	191	260	191	87	37	-	-	-	82
Landkreise											
Heilbronn	881	328	216	41	25	-	-	-	-	135	-
Hohenlohekreis	332	131	127	34	-	22	-	-	-	-	-
Schwäbisch Hall	1 230	332	285	175	113	55	14	-	-	31	21
Main-Tauber-Kreis	1 641	320	732	128	-	22	7	-	-	120	28
RV Franken	5 228	1 328	1 551	638	329	186	58	-	-	286	131
Landkreise											
Heidenheim	716	166	147	113	82	40	20	40	-	-	40
Ostalbkreis	1 717	473	421	314	200	50	21	-	-	7	22
RV Ostwürttemberg	2 433	639	568	427	282	90	41	40	-	7	62
Regierungsbezirk Stuttgart	22 285	6 003	6 321	3 335	1 520	987	331	282	65	732	545
Stadtkreise											
Baden-Baden	668	135	356	89	37	15	-	-	-	-	30
Karlsruhe	3 487	720	914	554	337	218	159	91	-	165	149
Landkreise											
Karlsruhe	803	306	270	129	-	23	17	-	-	6	50
Rastatt	794	254	207	125	28	28	-	-	-	-	23
RV Mittlerer Oberrhein	5 732	1 415	1 747	897	402	284	176	91	-	171	252
Stadtkreise											
Heidelberg	3 507	648	1 119	384	230	134	120	-	-	390	48
Mannheim	3 591	947	1 286	417	203	148	31	77	-	187	138
Landkreise											
Neckar-Odenwald-Kreis	775	213	226	73	9	16	-	38	-	-	-
Rhein-Neckar-Kreis	960	367	311	145	-	35	3	-	-	-	40
RV Unterer Neckar	8 833	2 175	2 942	1 019	442	333	154	115	-	577	226
Stadtkreis Pforzheim	1 348	369	404	228	113	45	30	32	-	3	74
Landkreise											
Calw	629	254	161	89	-	27	6	-	-	54	-
Enzkreis	357	92	76	32	-	-	-	-	-	-	-
Freudenstadt	473	133	102	22	56	11	11	-	-	-	-
RV Nordschwarzwald	2 807	848	743	371	169	83	47	32	-	57	74
Regierungsbezirk Karlsruhe	17 392	4 438	5 432	2 287	1 013	700	377	238	-	805	552
Stadtkreis Freiburg im Breisgau	2 781	694	658	479	369	201	158	-	49	1)	3
Landkreise											
Breisgau-Hochschwarzwald	1 060	267	272	90	55	11	-	-	-	-	10
Emmendingen	678	295	210	74	-	-	-	10	-	-	6
Ortenaukreis	2 628	769	936	310	57	93	62	44	-	5	10
RV Südlicher Oberrhein	7 147	2 025	2 076	953	481	305	220	54	49	5	29
Stadtkreise											
Rottweil	917	341	277	84	29	34	8	-	-	-	-
Schwarzwald-Baar-Kreis	1 706	446	582	200	161	77	73	-	-	-	10
Tuttlingen	528	211	199	57	-	22	39	-	-	-	-
RV Schwarzwald-Baar-Heuberg	3 151	998	1 058	341	190	133	120	-	-	-	10
Landkreise											
Konstanz	1 962	589	537	220	177	22	20	-	-	-	104
Lörrach	907	317	215	160	3	39	19	-	-	-	15
Waldshut	1 210	239	371	127	25	26	274	-	-	6	-
RV Hochrhein	4 079	1 145	1 123	507	205	87	313	-	-	6	119
Regierungsbezirk Freiburg	14 377	4 168	4 257	1 801	876	525	653	54	49	11	158
Landkreise											
Reutlingen	1 073	366	326	184	104	58	-	-	-	5	-
Tübingen	2 155	525	638	266	110	133	143	-	-	80	-
Zollernalbkreis	769	262	242	120	24	44	15	-	-	-	-
RV Neckar-Alb	3 997	1 153	1 206	570	238	235	158	-	-	85	-
Stadtkreis Ulm	1 153	360	296	154	110	44	-	-	-	1)	123
Landkreise											
Alb-Donau-Kreis	663	84	69	36	-	16	6	-	-	-	-
Biberach ²⁾	830	259	284	125	-	26	14	-	-	28	22
RV Donau-Iller ²⁾	2 646	703	649	315	110	86	20	-	-	28	145
Landkreise											
Bodenseekreis	884	276	232	120	-	33	5	-	-	11	21
Ravensburg	1 797	622	434	190	175	87	31	50	42	-	9
Sigmaringen	942	238	168	115	-	19	-	160	-	-	32
RV Bodensee-Oberschwaben	3 623	1 136	854	425	175	139	36	210	42	11	62
Regierungsbezirk Tübingen	10 266	2 992	2 709	1 310	523	460	214	210	42	124	207
Baden-Württemberg	64 320	17 601	18 719	8 733	3 932	2 672	1 575	784	156	1 672	1 462

1) Betten in Chirurgie enthalten.- 2) Soweit Land Baden-Württemberg.

13. Entwicklung der Leistungsausgaben der RVO-Kassen ¹⁾

Leistungsart	Leistungsausgaben					
	1968		1970		1973	
	Mill.DM	%	Mill.DM	%	Mill.DM	%
Allgemeine KV						
Ausgaben insgesamt	1 737,3	100	1 879,7	100	2 939,2	100
davon für						
Behandlung durch Ärzte	338,9	19,5	431,9	23,0	620,5	21,1
Behandlung durch Zahnärzte	131,2	7,5	153,0	8,1	220,2	7,5
Arznei, Heil- und Hilfsmittel aus Apotheken	197,8	11,4	246,8	13,1	379,0	12,9
Sonstige Heil- und Hilfsmittel	38,9	2,2	50,8	2,7	110,1	3,7
Zahnersatz	38,6	2,2	61,2	3,3	119,3	4,1
Krankenbehandlung in Anstalten	324,7	18,7	440,4	23,4	768,4	26,1
Krankenpflege-Barleistungen	512,6	29,5	278,4	14,8	414,7	14,1
Fürsorge für Genesende	3,0	0,2	3,1	0,2	3,4	0,2
Maßnahmen der Vorbeugung und Verhütung	12,0	0,7	17,8	0,9	82,3	2,8
Mutterschaftshilfe	107,1	6,2	130,2	6,9	161,4	5,5
Sterbegeld	8,5	0,5	10,5	0,6	14,3	0,5
Sonstiges	24,0	1,4	55,6	3,0	45,6	1,5
KVdR						
Ausgaben insgesamt	532,9	100	741,5	100	1 307,6	100
davon für						
Behandlung durch Ärzte	135,8	25,5	176,3	23,8	274,8	21,0
Behandlung durch Zahnärzte	11,2	2,1	13,5	1,8	18,4	1,4
Arznei, Heil- und Hilfsmittel aus Apotheken	145,7	27,3	207,3	28,0	334,9	25,6
Sonstige Heil- und Hilfsmittel	15,4	2,9	22,8	3,1	53,9	4,1
Zahnersatz	16,3	3,1	27,5	3,7	55,9	4,3
Krankenbehandlung in Anstalten	170,5	32,0	241,1	32,5	472,3	36,1
Krankenpflege-Barleistungen	-	-	-	-	-	-
Fürsorge für Genesende	0,3	0,1	0,4	0,0	1,4	0,1
Maßnahmen der Vorbeugung und Verhütung	2,6	0,5	4,4	0,6	19,0	1,5
Mutterschaftshilfe	0,2	0,0	0,2	0,0	0,3	0,0
Sterbegeld	28,8	5,4	34,0	4,6	55,3	4,2
Sonstiges	3,9	1,1	14,0	1,9	21,4	1,7
RVO-Kassen insgesamt						
Ausgaben insgesamt	2 270,2	100	2 621,2	100	4 246,8	100
davon für						
Behandlung durch Ärzte	474,7	20,9	608,2	23,2	895,3	21,1
Behandlung durch Zahnärzte	142,4	6,3	166,5	6,4	238,6	5,6
Arznei, Heil- und Hilfsmittel aus Apotheken	343,5	15,1	454,1	17,3	713,9	16,8
Sonstige Heil- und Hilfsmittel	54,3	2,4	73,6	2,8	164,0	3,9
Zahnersatz	55,1	2,4	88,7	3,4	175,2	4,1
Krankenbehandlung in Anstalten	495,2	21,8	681,5	26,0	1 240,7	29,2
Krankenpflege-Barleistungen	512,6	22,6	278,4	10,6	414,7	9,8
Fürsorge für Genesende	3,3	0,2	3,5	0,1	6,8	0,2
Maßnahmen der Vorbeugung und Verhütung	14,6	0,7	22,2	0,8	101,3	2,4
Mutterschaftshilfe	107,3	4,7	130,4	5,0	161,7	3,8
Sterbegeld	37,3	1,6	44,5	1,7	69,6	1,6
Sonstiges	29,9	1,3	69,6	2,7	65,0	1,5

1) Orts-, Betriebs- und Innungskrankenkassen.

14. Ältere Menschen ¹⁾ am 31.12.1973 in den Stadt- und Landkreisen

Kreis Regionalverband (RV) Regierungsbezirk Land	Wohnbevölkerung insgesamt 1 000	Darunter Ältere Menschen ¹⁾			
		zusammen		männlich	75 und mehr Jahre alt
		Anzahl	% der Wohnbevölkerung	% der älteren Menschen	
Stadtkreis Stuttgart	624,8	89 058	14,3	37,2	32,1
Landkreise					
Böblingen	304,5	29 217	9,6	38,6	30,8
Esslingen	432,6	47 385	11,0	38,3	31,0
Göppingen	252,9	30 491	13,1	38,0	31,4
Ludwigsburg	426,9	44 460	10,4	38,9	30,9
Rems-Murr-Kreis	351,5	40 534	11,5	38,4	31,8
RV Mittlerer Neckar	2 375,5	281 145	11,8	38,1	31,5
Stadtkreis Heilbronn	105,8	14 102	13,3	38,7	31,1
Landkreise					
Heilbronn	247,5	29 669	12,0	38,7	31,8
Hohenlohekreis	84,9	11 127	13,1	39,9	33,9
Schwäbisch Hall	150,5	20 472	13,6	39,9	34,6
Main-Tauber-Kreis	127,3	18 079	14,2	38,8	34,4
RV Franken	716,0	93 449	13,1	39,1	33,1
Landkreise					
Heidenheim	127,0	16 214	12,8	38,4	31,7
Ostalbkreis	276,7	34 419	12,4	38,7	33,2
RV Ostwürttemberg	403,7	50 635	12,5	38,6	32,7
Regierungsbezirk Stuttgart	3 493,0	425 227	12,2	38,4	32,0
Stadtkreise					
Baden-Baden	44,5	9 142	20,6	34,8	35,6
Karlsruhe	261,3	39 738	15,2	35,2	33,6
Landkreise					
Karlsruhe	375,7	41 559	11,1	38,0	29,6
Rastatt	196,0	24 016	12,3	38,9	29,9
RV Mittlerer Oberrhein	877,3	114 455	13,0	37,0	31,6
Stadtkreise					
Heidelberg	120,9	18 424	15,2	33,9	34,5
Mannheim	325,4	46 288	14,2	37,2	30,4
Landkreise					
Neckar-Odenwald-Kreis	152,7	17 826	15,4	39,8	32,9
Rhein-Neckar-Kreis	455,9	53 378	11,7	38,5	31,0
RV Unterer Neckar	1 034,8	155 916	13,1	37,6	31,5
Stadtkreis Pforzheim	94,1	13 923	14,8	36,5	32,0
Landkreise					
Calw	126,1	16 886	13,4	38,7	32,6
Enzkreis	169,6	20 366	12,0	38,7	31,6
Freudenstadt	98,7	13 739	13,9	39,0	31,8
RV Nordschwarzwald	488,4	64 914	13,3	38,3	32,0
Regierungsbezirk Karlsruhe	2 400,6	315 285	13,1	37,5	31,6
Stadtkreis Freiburg im Breisgau	175,0	24 162	13,8	34,6	33,6
Landkreise					
Breisgau-Hochschwarzwald	187,0	22 147	11,8	39,1	31,3
Emmendingen	127,1	15 258	12,0	37,5	31,6
Ortenaukreis	356,9	45 491	12,7	37,7	32,2
RV Südlicher Oberrhein	846,0	107 058	12,7	37,2	32,3
Landkreise					
Rottweil	127,7	17 032	13,3	39,2	31,4
Schwarzwald-Baar-Kreis	205,8	24 845	12,1	39,8	31,2
Tuttlingen	111,5	14 534	13,0	38,8	32,2
RV Schwarzwald-Baar-Heuberg	444,9	56 411	12,7	39,3	31,5
Landkreise					
Konstanz	252,7	29 960	12,9	38,3	32,3
Lörrach	196,3	24 090	12,3	39,4	30,4
Waldshut	143,4	17 786	12,4	40,4	31,6
RV Hochrhein	572,5	71 836	12,6	39,2	31,5
Regierungsbezirk Freiburg	1 865,2	235 305	12,6	38,3	31,9
Landkreise					
Reutlingen	236,7	29 799	12,6	37,8	32,4
Tübingen	164,5	17 231	10,5	37,1	32,8
Zollernalbkreis	176,5	21 849	12,4	38,0	30,9
RV Neckar-Alb	577,7	68 879	11,9	37,7	32,0
Stadtkreis Ulm	92,9	13 097	14,1	38,4	31,6
Landkreise					
Alb-Donau-Kreis	161,5	18 792	11,6	38,8	33,8
Biberach	150,2	18 137	12,1	40,3	32,8
RV Donau-Iller ²⁾	404,7	50 026	12,4	39,2	32,9
Landkreise					
Bodenseekreis	161,9	19 407	12,0	41,4	30,8
Ravensburg	225,1	27 980	12,4	40,3	32,2
Sigmaringen	115,2	13 184	11,6	39,9	33,5
RV Bodensee-Oberschwaben	500,2	60 571	12,1	40,6	32,0
Regierungsbezirk Tübingen	1 482,5	179 476	12,1	39,1	32,3
Baden-Württemberg	9 239,4	1 155 293	12,5	38,2	31,9

1) Im Alter von 65 und mehr Jahren.- 2) Soweit Land Baden-Württemberg.

15. Heime und Heimplätze für ältere Menschen am 3.4.1974 in den Stadt- und Landkreisen

Kreis Regionalverband (RV) Regierungsbezirk Land	Heime	Plätze	Davon Plätze in			Davon Plätze nach Trägern			Plätze ins- gesamt auf 1 000 ältere Menschen	Außerdem	
			Alten- wohn- heimen	Alten- heimen	Alten- pflege- heimen	öffent- liche	Gemein- nützige	Private		Schwesternalten- heime 4)	
										Heime	Plätze
	insgesamt					Anzahl					
Stadtkreis Stuttgart	39	3 928	1 297	1 819	812	537	3 391	-	44	11	454
Landkreise											
Böblingen	17	1 282	93	963	226	126	1 077	79	44	2	43
Esslingen	17	963	204	599	160	257	646	60	20	-	-
Göppingen	13	988	177	501	310	82	906	-	32	-	-
Ludwigsburg	22	1 566	189	1 019	358	450	1 032	64	55	1	8
Rems-Murr-Kreis	35	2 210	143	1 270	797	81	1 732	397	55	2	92
RV Mittlerer Neckar	143	10 937	2 103	6 171	2 663	1 533	8 804	600	59	16	597
Stadtkreis Heilbronn	5	438	-	279	159	100	338	-	31	-	-
Landkreise											
Heilbronn	21	819	58	630	151	-	493	326	28	-	-
Hohenlohekreis	7	358	4	209	145	175	115	68	32	-	-
Schwäbisch Hall	24	1 044	175	448	421	48	940	56	51	6	191
Main-Tauber-Kreis	10	420	-	230	190	204	246	-	23	3	78
RV Franken	67	3 079	217	1 796	1 066	527	2 102	450	33	9	269
Landkreise											
Heidenheim	4	379	-	256	123	86	293	-	23	1	10
Ostalbkreis	31	1 486	121	1 047	318	294	963	229	43	-	-
RV Ostwürttemberg	35	1 865	121	1 303	441	380	1 256	229	37	1	10
Regierungsbezirk Stuttgart	245	15 881	2 441	9 270	4 170	2 440	12 162	1 279	37	26	876
Stadtkreise											
Baden-Baden	17	658	127	401	110	206	239	173	70	1	90
Karlsruhe	38	3 219	900	1 234	1 085	432	2 093	694	81	3	181
Landkreise											
Karlsruhe	20	1 001	71	528	402	102	283	616	24	-	-
Rastatt	10	433	-	410	43	251	188	14	19	2	105
RV Mittlerer Oberrhein	85	5 311	1 098	2 573	1 640	991	2 823	1 497	46	6	376
Stadtkreise											
Heidelberg	14	1 434	221	699	514	139	1 272	23	78	-	-
Mannheim	24	1 854	298	910	646	433	1 097	322	40	1	161
Landkreise											
Neckar-Odenwald-Kreis	17	590	-	351	239	123	249	218	33	-	-
Rhein-Neckar-Kreis	20	1 283	120	803	360	245	896	142	24	2	39
RV Unterer Neckar	75	5 161	639	2 763	1 759	942	3 514	705	38	3	200
Stadtkreis Pforzheim	6	486	-	322	164	-	486	-	35	-	-
Landkreise											
Calw	25	1 028	-	457	371	89	184	755	61	2	70
Enzkreis	8	189	29	160	-	-	54	135	9	-	-
Freudenstadt	12	433	-	233	198	38	201	194	32	1	15
RV Nordschwarzwald	51	2 136	29	1 174	933	127	923	1 084	33	3	85
Regierungsbezirk Karlsruhe	211	12 608	1 766	6 510	4 332	2 060	7 262	3 286	40	12	661
Stadtkreis Freiburg im Breisgau	25	1 792	228	1 286	278	-	1 777	15	74	3	70
Landkreise											
Breisgau-Hochschwarzwald	14	473	-	386	87	130	272	71	21	1	95
Emmendingen	5	388	12	281	95	133	243	12	25	-	-
Ortenaukreis	28	1 608	49	908	651	133	1 415	40	35	5	290
RV Südl. Oberrhein	72	4 261	289	2 861	1 111	416	3 707	138	40	9	455
Landkreise											
Rottweil	11	431	20	348	63	174	243	14	25	-	-
Schwarzwald-Baar-Kreis	12	804	30	643	131	131	673	-	32	-	-
Tuttlingen	8	388	-	300	88	274	97	17	27	-	-
RV Schwarzwald-Baar-Heuberg	31	1 623	50	1 291	282	379	1 013	31	29	-	-
Landkreise											
Konstanz	25	1 691	403	983	305	260	1 323	106	56	-	-
Lörrach	14	873	82	503	288	344	529	-	36	-	-
Waldshut	12	595	8	326	261	129	380	86	33	-	-
RV Hochrhein	51	3 159	493	1 812	854	733	2 334	192	44	-	-
Regierungsbezirk Freiburg	154	9 043	832	5 964	2 247	1 728	6 954	361	38	9	455
Landkreise											
Reutlingen	13	730	-	502	228	222	508	-	24	-	-
Tübingen	12	737	56	449	232	181	556	-	43	-	-
Zollernalbkreis	9	518	134	290	94	50	433	15	24	-	-
RV Neckar-Alb	34	1 985	190	1 241	554	453	1 517	15	29	-	-
Stadtkreis Ulm	4	522	-	392	130	143	379	-	40	-	-
Landkreise											
Alb-Donau-Kreis	9	913	26	767	120	211	702	-	49	1	170
Biberach	9	358	-	330	28	157	201	-	20	1	137
RV Donau-Iller 2)	22	1 793	26	1 489	278	511	1 282	-	36	2	307
Landkreise											
Bodenseekreis	17	1 038	313	725	-	139	556	343	53	-	-
Ravensburg	27	1 770	101	1 288	381	443	1 232	95	63	-	-
Sigmaringen	11	440	37	363	40	193	247	-	33	1	81
RV Bodensee-Oberschwaben	55	3 248	451	2 376	421	775	2 035	438	54	1	84
Regierungsbezirk Tübingen	111	7 026	667	5 106	1 253	1 739	4 834	453	39	3	391
Baden-Württemberg	721	44 558	5 706	26 850	12 002	7 967	31 212	5 379	39	50	2 383

1) Außerdem 167 Plätze in 4 Altenheimen für Blinde und Gehörlose usw. - 2) Soweit Land Baden-Württemberg.

16. Beschäftigte und Umsätze der Industrie 1973

Industriegruppe ¹⁾ / Industriebereich	Beschäftigte			Gesamtumsatz			Auslandsumsatz		
	1 000	%	1960=100	Mill.DM ²⁾	%	1960=100	Mill.DM	%	1960=100
Grundstoff- und Produktionsgüter-industrien	202,0	12,8	121,1	21 430,0	18,9	332,2	3 218,2	12,8	676,9
darunter									
Steine und Erden	37,0	2,3	106,3	3 146,5	2,8	292,3	71,7	0,3	853,8
NE-Metallhalbzeugwerke	12,8	0,8	113,7	1 456,6	1,3	220,2	284,4	1,1	316,8
Eisen-Stahl- und Tempergießereien	15,4	1,0	91,2	817,5	0,7	205,1	117,1	0,5	642,7
Chemie	62,5	3,9	141,9	6 664,1	5,9	335,3	1 632,2	6,5	759,8
Sägewerke und Holzbearbeitung	12,4	0,8	77,4	1 195,4	1,1	218,0	85,6	0,3	293,6
Holzschliff-, Zellstoff-, Papier- und Pappeerzeugung	16,7	1,1	90,1	1 687,7	1,5	201,0	271,3	1,1	442,3
Gummi- und Asbestverarbeitung	24,8	1,6	243,3	1 408,9	1,2	558,5	480,8	1,9	1 592,4
Investitionsgüterindustrien	914,1	58,0	128,6	58 905,5	51,8	299,9	18 736,5	74,4	383,2
darunter									
Stahlverformung	31,5	2,0	134,5	1 706,5	1,5	286,2	189,3	0,8	570,6
Stahlbau	21,4	1,4	130,3	1 494,4	1,3	278,2	67,4	0,3	248,4
Maschinenbau ³⁾	292,6	18,6	130,5	17 332,8	15,3	292,3	7 235,9	28,7	403,6
Fahrzeugbau	166,5	10,6	142,9	13 237,7	11,6	288,1	5 211,4	20,7	341,6
Elektrotechnik	253,3	16,1	133,8	16 971,8	14,9	338,7	3 931,9	15,6	484,6
Feinmechanik, Optik und Uhren	66,0	4,2	97,1	3 116,0	2,7	256,3	1 179,1	4,7	267,0
Eisen-, Blech- und Metallwaren	79,6	5,0	112,3	4 938,0	4,3	285,4	904,0	3,6	352,4
Verbrauchsgüterindustrien	399,3	25,3	90,4	23 596,9	20,8	220,9	2 932,9	11,6	343,9
darunter									
Musikinstrumente, Spiel-, Sport- und Schmuckwaren	24,9	1,6	86,5	1 229,1	1,1	219,3	375,0	1,5	227,9
Holzverarbeitung	52,6	3,3	104,5	3 713,0	3,3	321,0	279,2	1,1	571,4
Papierverarbeitung	26,8	1,7	96,5	1 655,0	1,5	234,3	140,9	0,5	439,3
Druckereien	38,7	2,5	122,5	2 217,0	2,0	323,8	70,5	0,3	670,2
Kunststoffverarbeitung	38,3	2,4	206,8	2 599,7	2,3	559,4	437,6	1,7	753,3
Schuhherstellung	12,8	0,8	52,7	634,1	0,6	113,3	80,8	0,3	761,7
Textil	133,8	8,5	79,3	7 679,7	6,7	177,7	1 102,0	4,4	367,9
Bekleidung	47,5	3,0	86,3	2 400,9	2,1	206,4	166,7	0,7	407,2
Nahrungs- und Genußmittelindustrien	60,3	3,8	79,9	9 592,1	8,4	211,5	306,5	1,2	1 511,9
davon									
Ernährungsindustrie	55,9	3,5	102,2	8 234,0	7,2	211,0	298,4	1,2	1 509,7
Tabakverarbeitung	4,4	0,3	21,1	1 358,1	1,2	214,2	8,2	0,0	1 599,0
Industrie insgesamt	1 576,9	100,0	112,8	113 652,4	100,0	274,4	25 195,8	100,0	403,4

1) Hauptbeteiligte Industriegruppen.- 2) Ohne Mehrwertsteuer.- 3) Einschl.Büromaschinen und Datenverarbeitungsggeräte und -einrichtungen.

17. Entwicklung der Exportintensität der Industrie 1974

Industriegruppe/ ¹⁾ Industriebereich	Beschäftigte		Inlandsumsatz		Auslandsumsatz		Exportquote ²⁾	
			ins- gesamt	Veränderung gegenüber 1973	ins- gesamt	Veränderung gegenüber 1973	1974	1973
	1 000	%	Mill.DM	%	Mill.DM	%	%	
Grundstoff- und Produktions- güterindustrien	194,4	12,6	19 916,8	+ 9,4	4 118,5	+ 28,0	17,1	15,0
darunter								
Mineralölverarbeitung	2,0	0,1	3 587,1	+ 14,4	188,5	+ 33,6	5,0	4,3
Steine und Erden	34,0	2,2	3 000,8	- 2,4	86,5	+ 20,5	2,8	2,5
Chemie	62,9	4,1	5 646,6	+ 12,2	2 019,0	+ 23,7	26,3	24,5
Investitionsgüterindustrien	913,0	59,2	41 404,1	+ 3,1	22 448,8	+ 19,8	35,2	31,8
darunter								
Maschinenbau	271,9	17,6	9 972,7	+ 3,8	8 317,6	+ 21,9	43,5	41,5
Fahrzeugbau	165,7	10,7	7 773,8	- 3,1	6 055,8	+ 15,8	43,7	39,4
Elektrotechnik	255,3	16,5	13 688,0	+ 5,0	4 782,8	+ 21,6	25,9	23,2
Feinmechanik, Optik und Uhren	65,6	4,3	2 030,3	+ 4,8	1 327,0	+ 12,5	39,5	37,8
Eisen-, Blech- und Metallwaren	76,1	4,9	4 086,7	+ 1,3	1 093,7	+ 21,0	21,1	18,5
Verbrauchsgüterindustrien	376,1	24,4	22 067,0	+ 6,8	3 402,0	+ 16,0	15,4	12,1
darunter								
Holzverarbeitung	50,7	3,3	3 464,4	+ 0,9	332,5	+ 19,1	8,8	7,5
Papierverarbeitung	25,3	1,6	1 803,7	+ 19,1	177,5	+ 25,9	9,0	8,5
Druckerei	57,5	2,4	2 390,9	+ 11,4	79,4	+ 12,6	3,2	3,2
Kunststoffverarbeitung	59,8	2,6	2 477,2	+ 14,6	555,4	+ 26,9	18,5	16,8
Ledererzeugung	3,8	0,2	249,8	- 5,2	80,7	- 7,9	24,4	24,9
Lederverarbeitung	5,2	0,3	223,0	+ 0,6	37,9	- 11,0	14,5	16,1
Schuhherstellung	11,4	0,7	594,5	+ 7,4	65,6	- 18,8	9,9	12,7
Textil	122,0	7,9	6 982,0	+ 6,1	1 222,3	+ 10,9	14,9	14,3
Bekleidung	42,5	2,8	2 272,5	+ 1,7	197,4	+ 18,4	8,0	6,9
Nahrungs- und Genußmittelindustrien	58,7	3,8	9 990,9	+ 7,6	474,9	+ 54,9	4,5	3,2
darunter								
Ernährungsindustrie	54,6	3,5	8 585,0	+ 8,2	463,4	+ 35,3	5,1	3,6
Industrie insgesamt	1 513,2	100,0	93 519,2	+ 5,7	30 446,5	+ 20,8	24,6	22,2

1) Ausgewählte hauptbeteiligte Industriegruppen. - 2) Anteil des Auslandsatzes am industriellen Gesamtumsatz.

18. Beschäftigtenanteile nach Größenklassen in ausgewählten Wirtschaftsgruppen für Baden-Württemberg und das übrige Bundesgebiet 1970

Wirtschaftsgruppe	Gebiet	Beschäftigte insgesamt	Davon in Arbeitsstätten mit ... Beschäftigten							
			1 - 9	10 - 19	20 - 49	50 - 99	100 - 199	200 - 499	500 - 999	1 000 und mehr
			%							
Chem. Industrie (ohne Kohlenwertstoff- industrie)	a	69 137	2,62	2,98	6,87	6,60	7,47	16,25	17,45	39,76
	b	539 871	1,69	1,78	4,16	4,30	6,38	11,31	7,54	62,84
NE-Metallerzeugung	a	14 990	1,24	0,95	1,45	2,61	5,89	15,34	14,64	57,88
	b	83 000	0,53	0,76	2,03	2,67	4,24	15,64	19,06	55,07
Maschinenbau	a	305 469	3,02	2,58	6,30	8,25	11,63	18,59	14,91	34,72
	b	964 511	4,36	3,16	6,70	7,89	10,37	18,13	14,34	35,05
Straßenfahrzeugbau	a	183 970	6,89	3,90	4,00	2,45	3,63	3,86	9,30	65,97
	b	623 115	9,62	7,10	8,33	4,90	3,38	3,85	4,39	58,43
Elektrotechnik	a	264 688	2,13	1,71	4,00	5,17	7,68	14,41	17,80	47,10
	b	883 353	3,07	2,40	4,60	5,82	7,53	14,78	13,89	47,91
Herst. von EBM-Waren	a	91 182	4,48	4,36	10,25	11,26	17,15	26,58	13,66	12,26
	b	394 591	5,34	4,98	11,13	12,26	16,41	21,03	14,60	14,25
Holzverarbeitung	a	84 283	28,19	9,03	13,23	12,45	13,51	14,24	6,55	2,80
	b	364 028	32,05	11,29	14,67	11,58	11,53	11,78	5,00	2,10
Papier- und Pappeverarbeitung	a	31 708	4,43	3,71	11,21	13,39	17,01	29,08	13,18	7,99
	b	119 124	4,88	4,86	11,10	12,60	17,40	24,68	11,51	12,97
Textilgewerbe	a	156 870	3,20	3,60	10,57	12,28	15,34	26,42	19,58	9,01
	b	364 659	3,44	2,80	7,50	10,17	13,97	25,85	17,86	18,41
Schuhindustrie	a	18 293	1,19	1,43	9,97	11,26	13,54	23,33	9,65	29,63
	b	71 546	2,04	2,22	12,36	15,49	18,87	31,37	11,51	6,14
Ernährungsindustrie (ohne Tabak)	a	131 253	43,77	9,31	9,18	8,83	9,41	9,62	6,33	3,55
	b	808 754	34,93	10,47	10,04	8,77	9,86	11,64	7,56	6,73

a = Baden-Württemberg; b = Bundesgebiet ohne Baden-Württemberg.

19. Investitionskennziffern nach Beschäftigtengrößenklassen der industriellen Unternehmen

Beschäftigtengrößenklasse	Investitionsquote (%) Investitionen je Beschäftigten (DM)	1967	1968	1969	1970	1971	1972
50 - 99 Beschäftigte	%	5,0	5,1	6,0	6,5	6,5	6,1
	DM	2 101	2 163	2 947	3 512	3 778	3 882
100 - 199 Beschäftigte	%	4,8	5,1	5,4	6,0	6,6	5,8
	DM	2 198	2 298	2 624	3 195	3 831	3 583
200 - 299 Beschäftigte	%	4,9	4,8	5,9	6,5	6,2	5,3
	DM	2 148	2 142	2 899	3 523	3 595	3 298
300 - 399 Beschäftigte	%	4,6	6,0	6,1	6,1	7,2	5,2
	DM	2 038	2 598	3 028	3 331	4 295	3 587
400 - 499 Beschäftigte	%	4,5	4,6	5,8	5,6	5,3	5,1
	DM	2 037	2 235	3 087	3 281	3 275	3 493
500 - 999 Beschäftigte	%	4,7	4,8	5,4	6,7	6,0	5,5
	DM	2 090	2 271	2 788	3 826	3 804	3 677
1 000 - 1 999 Beschäftigte	%	4,5 ¹⁾	4,6	5,7	6,2	5,5	5,4
	DM	2 097 ¹⁾	2 131	2 948	3 354	3 447	3 713
2 000 - 2 499 Beschäftigte	%	.	2,8	4,9	6,2	6,7	5,7
	DM	.	1 322	2 150	3 159	3 974	3 625
2 500 - 4 999 Beschäftigte	%	5,5	5,4	6,5	7,0	9,7	6,8
	DM	2 774	2 786	3 818	4 549	6 616	5 112
5 000 und mehr	%	5,7	7,9	9,2	10,6	11,2	8,6
	DM	3 115	4 091	5 274	6 644	7 898	6 808
Industrie insgesamt	%	5,1	5,7	6,7	7,5	8,0	6,5
	DM	2 414	2 707	3 558	4 400	5 083	4 584

1) Beschäftigtengrößenklasse von 1 000 - 2 499 Beschäftigte.

20. Ausgewählte Kosten der industriellen Unternehmen nach Größenklassen der Gesamtproduktion im Bundesgebiet 1970

Gesamtproduktion von bis unter DM	Ausgewählte Kosten										
	Materialverbrauch und umgesetzte Handelsware		Verbrauch von Brenn- und Treib- stoffen, Energie, Wasser u. dgl.)	Personalkosten			Instand- haltungs- kosten 2)	Steuern	Mieten und Pachten	Sonstige Kosten 3)	
	ins- gesamt	darunter Fertigungs- stoffe		ins- gesamt	Löhne	Gehälter					Sozial- kosten
Maschinenbau											
500 000 - 2 Mill.	38,2	30,4	1,2	37,4	21,7	10,6	5,1	0,9	1,6	0,9	7,6
2 Mill. - 5 Mill.	38,7	30,0	1,3	37,9	21,3	11,1	5,5	0,9	1,5	0,4	8,0
5 Mill. - 10 Mill.	39,9	30,6	1,1	37,2	20,3	11,5	5,4	1,0	1,4	0,4	7,3
10 Mill. - 25 Mill.	41,9	32,1	1,1	35,5	19,2	11,3	5,0	0,9	1,4	0,4	8,0
25 Mill. - 50 Mill.	42,9	32,4	1,1	35,1	18,1	12,0	5,0	1,0	1,3	0,5	8,4
50 Mill. - 100 Mill.	42,8	32,9	1,1	35,3	18,5	11,9	4,9	1,0	1,3	0,6	8,4
100 Mill. - 250 Mill.	46,8	35,7	1,2	34,5	18,1	11,4	4,8	1,0	1,1	0,7	7,1
250 Mill. und mehr	47,3	38,7	1,6	33,5	17,8	10,8	5,1	1,6	1,4	0,4	7,0
Elektrotechnische Industrie											
500 000 - 5 Mill.	40,1	30,8	0,9	35,9	19,9	10,9	5,2	0,9	2,1	0,7	10,5
5 Mill. - 25 Mill.	45,4	34,1	0,8	31,7	16,7	10,1	4,9	0,8	2,0	0,6	9,3
25 Mill. - 100 Mill.	42,6	31,8	1,0	32,7	16,2	11,1	5,5	0,8	1,5	0,8	8,4
100 Mill. - 250 Mill.	52,2	35,5	1,3	26,7	13,6	8,7	4,5	1,0	1,5	0,7	8,3
250 Mill. und mehr	48,1	34,8	1,0	34,6	15,3	13,0	6,2	1,0	1,0	0,8	6,7
Uhrenindustrie											
100 000 - 1 Mill.	38,4	29,2	1,0	34,7	23,0	7,6	4,1	0,6	2,3	1,0	4,4
1 Mill. - 2 Mill.	45,0	37,5	0,8	27,8	18,7	5,7	3,3	0,7	1,6	0,8	3,4
2 Mill. - 5 Mill.	48,8	42,0	0,9	29,7	19,8	6,0	3,9	0,7	1,7	0,2	4,7
5 Mill. - 50 Mill.	44,8	38,2	0,7	36,6	22,9	8,3	5,4	0,7	1,4	0,3	5,8
Chemische Industrie											
500 000 - 5 Mill.	33,8	25,3	2,2	25,0	10,0	11,7	3,3	2,0	2,5	0,7	17,0
5 Mill. - 25 Mill.	42,0	31,5	1,7	25,4	9,3	12,4	3,7	1,4	1,7	0,5	17,0
25 Mill. - 100 Mill.	44,7	30,8	2,3	25,8	9,9	12,0	3,8	1,6	1,5	0,7	14,4
100 Mill. - 250 Mill.	42,1	26,8	4,6	23,4	9,6	10,1	3,7	1,8	1,4	0,7	13,4
250 Mill. und mehr	38,8	21,4	3,6	25,0	11,6	9,9	3,5	2,5	1,9	0,8	12,7
Druckereindustrie											
250 000 - 1 Mill.	30,1	20,8	1,5	45,3	29,0	10,6	5,7	1,1	1,6	1,5	6,0
1 Mill. - 2 Mill.	30,0	20,3	1,5	45,9	29,4	11,0	5,5	1,2	1,6	1,4	6,3
2 Mill. - 5 Mill.	33,7	24,4	1,2	41,7	25,7	10,6	5,4	1,3	1,4	1,0	6,3
5 Mill. - 10 Mill.	34,8	24,2	1,2	40,7	25,1	10,1	5,5	1,6	1,4	0,8	6,9
10 Mill. - 25 Mill.	34,4	26,1	1,1	42,8	26,9	9,7	6,2	1,5	1,2	1,1	6,4
25 Mill. - 100 Mill.	41,6	31,3	1,3	38,9	23,4	9,9	5,2	1,3	1,3	1,2	6,4
Möbelindustrie (ohne Herstellung von Büro-, Schul- und Sitzmöbeln sowie Tischen)											
250 000 - 1 Mill.	41,5	36,1	1,9	35,1	25,3	5,2	4,6	0,9	1,0	0,5	8,6
1 Mill. - 2 Mill.	42,0	35,5	1,8	33,1	22,7	5,8	4,5	1,3	1,6	0,3	8,2
2 Mill. - 5 Mill.	46,6	40,1	1,6	26,9	18,3	4,9	3,7	1,3	1,2	0,3	10,3
5 Mill. - 10 Mill.	48,8	41,2	1,8	26,3	17,9	4,7	3,8	1,3	1,3	0,5	8,4
10 Mill. - 25 Mill.	47,7	42,7	1,5	26,4	17,2	5,5	3,7	1,4	1,4	0,9	11,0
25 Mill. - 100 Mill.	47,8	40,0	1,4	27,2	17,5	5,6	4,2	1,0	1,1	0,8	10,7
Schuhindustrie											
500 000 - 2 Mill.	50,4	44,5	0,9	30,6	21,8	4,8	3,9	0,6	1,0	0,5	6,4
2 Mill. - 5 Mill.	44,7	41,2	1,0	36,4	25,5	6,1	4,8	0,9	0,9	0,7	7,5
5 Mill. - 10 Mill.	48,3	41,7	0,8	34,8	24,1	6,0	4,7	0,7	0,8	0,5	6,5
10 Mill. - 25 Mill.	49,5	43,4	0,7	34,8	24,2	5,8	4,9	0,6	0,9	0,8	7,3
25 Mill. - 150 Mill.	48,4	38,5	0,7	35,2	22,7	7,4	5,1	0,6	0,6	1,0	9,2

1) Nur Fremdbezug.- 2) Nur fremde Leistungen.- 3) Ohne kalkulatorische Kosten.

21. Wohnungen nach Baualtersgruppen am 31.12.1973 in den Stadt- und Landkreisen

Kreis Regionalverband (RV) Regierungsbezirk Land	Wohnungen am 31.12.1973	Baujahr der Wohnung							
		bis 1918	Anteil in %	1919-1948	Anteil in %	1949-1967	Anteil in %	1968 und später	Anteil in %
Stadtkreis Stuttgart	232 807	57 977	24,9	53 322	22,9	98 178	42,2	23 330	10,0
Landkreise									
Böblingen	101 917	16 234	15,9	10 301	10,1	54 478	53,5	20 904	20,5
Esslingen	147 112	34 554	23,5	18 549	12,6	68 373	46,5	25 636	17,4
Göppingen	81 938	24 737	30,2	11 508	14,0	34 841	42,6	10 852	13,2
Ludwigsburg	147 038	30 991	21,1	19 114	13,0	70 302	47,8	26 631	18,1
Rems-Murr-Kreis	122 801	26 483	21,6	16 244	13,2	58 787	47,9	21 287	17,3
RV Mittlerer Neckar	833 613	190 976	22,9	129 038	15,5	384 959	46,2	128 640	15,4
Stadtkreis Heilbronn	39 807	6 004	15,1	7 743	19,5	21 748	54,6	4 312	10,8
Landkreise									
Heilbronn	84 242	24 889	29,5	10 008	11,9	34 781	41,3	14 564	17,3
Hohenlohekreis	27 576	9 769	35,4	2 458	8,9	11 358	41,2	3 991	14,5
Schwäbisch Hall	50 327	16 945	33,7	5 605	11,1	19 992	39,7	7 785	15,5
Main-Tauber-Kreis	42 249	15 966	37,8	4 044	9,6	16 884	39,9	5 355	12,7
RV Franken	241 201	73 573	30,1	29 858	12,2	104 763	42,9	36 007	14,7
Landkreise									
Heidenheim	44 927	12 255	27,3	5 680	12,6	22 094	49,2	4 898	10,9
Ostalbkreis	92 699	26 918	29,0	9 782	10,6	42 947	46,3	13 052	14,1
RV Ostwürttemberg	137 626	39 173	28,5	15 462	11,2	65 041	47,3	17 950	13,0
Regierungsbezirk Stuttgart	1 215 440	303 722	25,0	174 358	14,3	554 763	45,7	182 597	15,0
Stadtkreise									
Baden-Baden	18 631	8 631	46,3	2 635	14,1	6 403	34,4	962	5,2
Karlsruhe	104 539	28 772	27,5	17 067	16,3	51 460	49,3	7 240	6,9
Landkreise									
Karlsruhe	130 492	34 965	26,8	16 032	12,3	56 141	43,0	23 354	17,9
Rastatt	68 307	20 492	30,0	8 655	12,7	29 203	42,7	9 959	14,6
RV Mittlerer Oberrhein	321 969	92 860	28,8	44 387	13,8	143 207	44,5	41 515	12,9
Stadtkreise									
Heidelberg	44 940	15 955	35,5	7 875	17,5	16 737	37,3	4 373	9,7
Mannheim	125 069	27 462	22,0	23 319	18,6	65 205	52,1	9 083	7,3
Landkreise									
Neckar-Odenwald-Kreis	44 477	13 759	30,9	3 953	8,9	20 477	46,1	6 288	14,1
Rhein-Neckar-Kreis	163 069	41 605	25,5	18 836	11,6	71 788	44,0	30 840	18,9
RV Unterer Neckar	377 555	98 781	26,2	53 983	14,3	174 207	46,1	50 584	13,4
Stadtkreis Pforzheim	37 160	5 853	15,8	5 665	15,2	22 529	60,6	3 113	8,4
Landkreise									
Calw	42 915	15 023	35,0	4 516	10,5	15 620	36,4	7 756	18,1
Enzkreis	60 360	18 033	29,9	7 829	13,0	23 373	39,0	10 925	18,1
Freudenstadt	35 492	13 036	36,7	4 597	13,0	12 369	34,8	5 490	15,5
RV Nordschwarzwald	175 927	51 945	29,5	22 607	12,9	74 091	42,1	27 284	15,5
Regierungsbezirk Karlsruhe	875 451	243 586	27,8	120 977	13,8	391 305	44,8	119 383	13,6
Stadtkreis Freiburg im Breisgau	62 536	14 925	23,9	8 770	14,1	29 661	47,6	8 980	14,4
Landkreise									
Breisgau-Hochschwarzwald	59 468	20 909	35,2	4 929	8,3	20 303	34,1	13 327	22,4
Emmendingen	41 615	15 225	36,6	4 548	10,9	14 469	34,8	7 373	17,7
Ortenaukreis	116 502	44 443	38,1	14 558	12,5	41 566	35,6	16 135	13,8
RV Südl. Oberrhein	279 921	95 502	34,1	32 803	11,7	105 799	37,8	45 815	16,4
Landkreise									
Rottweil	43 059	16 615	38,6	7 369	17,1	15 245	35,4	3 832	8,9
Schwarzwald-Baar-Kreis	68 969	20 007	29,0	10 158	14,7	26 836	38,9	11 968	17,4
Tuttlingen	39 416	14 356	36,4	5 269	13,4	14 637	37,1	5 154	13,1
RV Schwarzwald-Baar-Heuberg	151 444	50 978	33,7	22 796	15,1	56 716	37,5	20 954	13,8
Landkreise									
Konstanz	81 768	23 230	28,4	10 862	13,3	31 839	38,9	15 837	19,4
Lörrach	64 633	21 793	33,7	9 642	14,9	24 212	37,5	8 986	13,9
Waldshut	46 940	16 795	35,8	5 786	12,3	16 047	34,2	8 512	17,7
RV Hochrhein	193 341	61 818	32,0	26 290	13,6	72 098	37,3	33 135	17,1
Regierungsbezirk Freiburg	624 706	208 298	33,3	81 891	13,1	234 613	37,6	99 904	16,0
Landkreise									
Reutlingen	82 223	24 997	30,4	11 437	13,9	33 139	40,3	12 650	15,4
Tübingen	52 514	17 103	32,6	6 566	12,5	19 502	37,1	9 343	17,8
Zollernalbkreis	62 312	21 528	34,5	9 224	14,8	23 465	37,7	8 095	13,0
RV Neckar-Alb	197 049	63 628	32,3	27 227	13,8	76 106	38,6	30 088	15,3
Stadtkreis Ulm	31 270	6 726	19,6	6 775	19,8	17 062	49,8	3 707	10,8
Landkreise									
Alb-Donau-Kreis	50 771	16 611	32,7	5 284	10,4	20 909	41,2	7 967	15,7
Biberach	47 338	19 399	41,0	4 668	9,9	16 831	35,5	6 440	13,6
RV Donau-Iller ¹⁾	132 379	42 736	32,3	16 727	12,6	54 802	41,4	18 114	13,7
Landkreise									
Bodenseekreis	54 940	11 155	20,3	7 852	14,3	24 451	44,5	11 482	20,9
Ravensburg	69 256	24 490	35,4	8 681	12,5	24 899	35,9	11 186	16,2
Sigmaringen	35 081	14 915	42,5	3 621	10,3	12 170	34,7	4 375	12,5
RV Bodensee-Oberschwaben	159 277	50 560	31,7	20 154	12,7	61 520	38,6	27 043	17,0
Regierungsbezirk Tübingen	488 705	156 924	32,1	64 108	13,1	192 428	39,4	75 245	15,4
Baden-Württemberg	3 204 302	912 530	28,5	441 334	13,8	1 373 309	42,8	477 129	14,9

1) Soweit Land Baden-Württemberg.

22. Entwicklung der landwirtschaftlich genutzten Fläche (LF) 1960 bis 1973 nach Räumen des Landesentwicklungsplans

Gebietskategorie ¹⁾	1960 ²⁾	1973	Veränderung 1973 gegen 1960	
	Hektar		%	
Verdichtungsräume, Randzonen um Verdichtungsräume, Verdichtungsgebiete				
Verdichtungsraum Stuttgart	95 002	82 575	- 12 427	- 13,1
Verdichtungsraum Rhein-Neckar	26 888	22 107	- 4 781	- 17,8
Verdichtungsraum Karlsruhe	7 849	5 716	- 2 133	- 27,2
Verdichtungsraum Freiburg	2 853	2 012	- 841	- 29,5
Verdichtungsräume zusammen	132 592	112 410	- 20 182	- 15,2
Randzone des Verdichtungsraums Stuttgart	120 096	110 211	- 9 885	- 8,2
Randzone des Verdichtungsraums Rhein-Neckar	18 338	15 866	- 2 472	- 13,5
Randzone des Verdichtungsraums Karlsruhe	50 158	39 677	- 10 481	- 20,9
Randzone zwischen den Verdichtungs- räumen Karlsruhe und Stuttgart	30 997	25 451	- 5 546	- 17,9
Randzone des Verdichtungsraums Freiburg	15 511	14 582	- 929	- 6,0
Randzone des Verdichtungsraums Basel-Lörrach	12 403	10 023	- 2 380	- 19,2
Randzonen zusammen	247 503	215 810	- 31 693	- 12,8
Verdichtungsgebiet Offenburg-Lahr	10 499	8 370	- 2 129	- 20,3
Verdichtungsgebiet Balingen-Ebingen	17 187	13 366	- 3 821	- 22,2
Verdichtungsgebiet Villingen-Schwenningen	31 112	26 826	- 4 286	- 13,8
Verdichtungsgebiet Konstanz	9 190	7 579	- 1 611	- 17,5
Verdichtungsgebiet Ravensburg	16 880	15 387	- 1 493	- 8,8
Verdichtungsgebiet Ulm	7 010	6 000	- 1 010	- 14,4
Verdichtungsgebiet Aalen-Heidenheim	11 837	10 040	- 1 797	- 15,2
Verdichtungsgebiet zusammen	103 715	87 568	- 16 147	- 15,6
Insgesamt	483 810	415 788	- 68 022	- 14,1
Ländlicher Raum				
Insgesamt	1 423 517	1 336 684	- 86 833	- 6,1
Darunter strukturschwacher ländlicher Raum	738 737	695 728	- 43 009	- 5,8
Baden-Württemberg				
Insgesamt	1 907 327	1 752 472	- 154 855	- 8,1
Bundesgebiet einschl. Berlin (West)				
Insgesamt	14 266 217	13 428 615	- 837 602	- 5,9

1) Gebietskategorien im Sinne des Landesentwicklungsplans Baden-Württemberg vom 22.6.1971. - 2) Landwirtschaftliche Nutzfläche (LN) ohne Ziergärten und private Parkanlagen.

23. Entwicklung der brachliegenden, nicht mehr genutzten landwirtschaftlichen Flächen 1971 bis 1974 in den Stadt- und Landkreisen

Kreis Regionalverband (RV) Regierungsbezirk Land	1974	dagegen 1971	Veränderung 1974 gegen 1971	
			Hektar	
			absolut	%
Stadtkreis				
Stuttgart	748	718	+ 30	+ 4,2
Landkreise				
Böblingen	681	588	+ 93	+ 15,8
Esslingen	818	941	- 123	- 13,1
Göppingen	286	249	+ 37	+ 14,9
Ludwigsburg	428	559	- 131	- 23,4
Rems-Murr-Kreis	1 103	1 144	- 41	- 3,6
RV Mittlerer Neckar	4 064	4 199	- 135	- 3,2
Stadtkreis				
Heilbronn	159	158	+ 1	+ 0,6
Landkreise				
Heilbronn	974	1 160	- 186	- 16,0
Hohenlohekreis	413	450	- 37	- 8,2
Schwäbisch Hall	455	465	- 10	- 2,2
Main-Tauber-Kreis	2 198	2 378	- 180	- 7,6
RV Franken	4 199	4 611	- 412	- 8,9
Landkreise				
Heidenheim	542	643	- 101	- 15,7
Ostalbkreis	791	1 030	- 239	- 23,2
RV Ostwürttemberg	1 333	1 673	- 340	- 20,3
Regierungsbezirk Stuttgart	9 596	10 483	- 887	- 8,5
Stadtkreise				
Baden-Baden	695	374	+ 321	+ 85,8
Karlsruhe	87	175	- 88	- 50,3
Landkreise				
Karlsruhe	5 239	5 784	- 545	- 9,1
Rastatt	4 782	4 780	+ 2	+ 0,0
RV Mittlerer Oberrhein	10 803	11 113	- 310	- 2,8
Stadtkreise				
Heidelberg	72	31	+ 41	+ 132,3
Mannheim	45	10	+ 35	+ 350,0
Landkreise				
Neckar-Odenwald-Kreis	738	914	- 176	- 19,3
Rhein-Neckar-Kreis	2 318	2 534	- 216	- 8,5
RV Unterer Neckar	3 173	3 489	- 316	- 9,1
Stadtkreis				
Pforzheim	383	321	+ 62	+ 19,3
Landkreise				
Calw	1 190	1 213	- 23	- 1,9
Enzkreis	2 147	2 142	+ 5	+ 0,2
Freudenstadt	1 064	954	+ 110	+ 11,5
RV Nordschwarzwald	4 784	4 630	+ 154	+ 3,3
Regierungsbezirk Karlsruhe	18 760	19 232	- 472	- 2,5
Stadtkreis				
Freiburg im Breisgau	287	266	+ 21	+ 7,9
Landkreise				
Breisgau-Hochschwarzwald	1 709	1 525	+ 184	+ 12,1
Emmendingen	606	746	- 140	- 18,8
Ortenaukreis	1 486	1 893	- 407	- 21,5
RV Südlicher Oberrhein	4 088	4 430	- 342	- 7,7
Landkreise				
Rottweil	616	540	+ 76	+ 14,1
Schwarzwald-Baar-Kreis	563	759	- 196	- 25,8
Tuttlingen	1 475	1 681	- 206	- 12,3
RV Schwarzwald-Baar-Heuberg	2 654	2 980	- 326	- 10,9
Landkreise				
Konstanz	896	931	- 35	- 3,8
Lörrach	1 732	1 689	+ 43	+ 2,5
Waldshut	1 244	1 043	+ 201	+ 19,3
RV Hochrhein	3 872	3 663	+ 209	+ 5,7
Regierungsbezirk Freiburg	10 614	11 073	- 459	- 4,1
Landkreise				
Reutlingen	1 114	1 384	- 270	- 19,5
Tübingen	517	533	- 16	- 3,0
Zollernalbkreis	2 786	3 036	- 250	- 8,2
RV Neckar-Alb	4 417	4 953	- 536	- 10,8
Stadtkreis				
Ulm	108	145	- 37	- 25,5
Landkreise				
Alb-Donau-Kreis	459	421	+ 38	+ 9,0
Biberach	379	310	+ 69	+ 22,3
RV Donau-Iller ¹⁾	946	876	+ 70	+ 8,0
Landkreise				
Bodenseekreis	394	458	- 64	- 14,0
Ravensburg	249	331	- 82	- 24,8
Sigmaringen	334	318	+ 16	+ 5,0
RV Bodensee-Oberschwaben	977	1 107	- 130	- 11,7
Regierungsbezirk Tübingen	6 340	6 936	- 596	- 8,6
Baden-Württemberg	45 310	47 724	-2414	- 5,1

1) Soweit Land Baden-Württemberg.

24. Entwicklung der Flächennutzung im Siedlungsbereich 1960 bis 1973 nach Räumen des Landesentwicklungsplans

Gebietskategorie ¹⁾	Siedlungsfläche ²⁾				Darunter Bebauungs- und Verkehrsflächen ³⁾				Gebäude-/Verkehrsflächenverhältnis	
	1960	1973	Zunahme 1973 gegen 1960		1960	1973	Zunahme 1973 gegen 1960		1960	1973
	Hektar		%		Hektar		%		Verkehrsflächen= 1	
Verdichtungsräume, Randzonen um Verdichtungsräume, Verdichtungsbereiche										
Verdichtungsraum Stuttgart	29 462	42 480	13 018	44,2	24 685	36 087	11 402	46,2	1,06	1,43
Verdichtungsraum Rhein-Neckar	12 061	16 287	4 226	35,0	9 817	13 817	4 000	40,7	1,30	1,63
Verdichtungsraum Karlsruhe	4 364	7 253	2 889	66,2	3 781	6 445	2 664	70,5	1,53	2,24
Verdichtungsraum Freiburg	3 430	3 822	392	11,4	3 084	3 409	325	10,5	2,71	2,66
Verdichtungsräume zusammen	49 317	69 842	20 525	41,6	41 367	59 758	18 391	44,5	1,23	1,60
Randzone des Verdichtungsraums Stuttgart	16 164	23 402	7 238	44,8	15 363	21 512	6 149	40,0	0,68	1,05
Randzone des Verdichtungsraums Rhein-Neckar	2 918	4 815	1 897	65,0	2 799	4 409	1 610	57,5	1,26	1,59
Randzone des Verdichtungsraums Karlsruhe	10 323	14 118	3 795	36,8	9 131	12 681	3 550	38,9	1,20	1,64
Randzone zwischen den Verdichtungsräumen Karlsruhe und Stuttgart	7 085	9 730	2 645	37,3	6 377	8 553	2 176	34,1	0,65	0,95
Randzone des Verdichtungsraums Freiburg	3 416	4 534	1 118	32,7	2 959	4 031	1 072	36,2	1,44	1,61
Randzone des Verdichtungsraums Basel-Lörrach	3 883	5 160	1 277	32,9	3 563	4 710	1 147	32,2	1,56	1,69
Randzonen zusammen	43 789	61 759	17 970	41,0	40 192	55 896	15 704	39,1	0,92	1,26
Verdichtungsbereich Offenburg-Lahr	2 748	3 944	1 196	43,5	2 324	3 265	941	40,5	2,09	1,95
Verdichtungsbereich Balingen-Ebingen	3 948	4 734	786	19,9	2 348	3 066	718	30,6	0,79	0,96
Verdichtungsbereich Villingen-Schwenningen	6 012	8 837	2 825	47,0	5 341	7 438	2 097	39,3	0,62	0,85
Verdichtungsbereich Konstanz	3 176	4 276	1 100	34,6	2 854	3 706	852	29,9	1,37	1,22
Verdichtungsbereich Ravensburg	3 618	5 573	1 955	54,0	2 989	4 717	1 728	57,8	1,09	1,52
Verdichtungsbereich Ulm	2 977	4 137	1 160	39,0	2 734	3 667	933	34,1	1,12	1,49
Verdichtungsbereich Aalen-Heidenheim	3 251	4 102	851	26,2	3 077	3 820	743	24,1	1,08	1,22
Verdichtungsbereiche zusammen	25 730	35 603	9 873	38,4	21 667	29 679	8 012	37,0	1,01	1,21
Insgesamt	118 836	167 204	48 368	40,7	103 226	145 333	42 107	40,8	1,05	1,38
Ländlicher Raum										
Insgesamt	133 141	173 896	40 755	30,6	121 553	156 597	35 044	28,8	0,53	0,74
Darunter strukturschwacher ländlicher Raum	69 559	85 740	16 181	23,3	61 750	78 890	17 140	27,8	0,56	0,72
Baden-Württemberg										
Insgesamt	251 977	341 100	89 123	35,4	224 779	301 930	77 151	34,3	0,74	0,98
Bundesgebiet einschl. Berlin (West)										
Insgesamt	2 061 016	2 605 002	543 986	26,4	1 800 680	2 246 674	445 994	24,8	0,83	0,96

1) Gebietskategorien im Sinne des Landesentwicklungsplans Baden-Württemberg vom 22.6.1971.- 2) Gebäude- und Hofflächen, Straßen, Wege, Eisenbahnen, Park- und Grünanlagen, Ziergärten, Friedhöfe, Sport-, Flug- und Militärübungsplätze.- 3) Gebäude- und Hofflächen, Straßen, Wege, Eisenbahnen.

25. Daten zur Haus- und Sperrmüllbeseitigung 1974 in den Stadt- und Landkreisen

Kreis Regionalverband (RV) Regierungsbezirk Land	Anzahl der Gemeinden	Einwohner am 30.9.1973 in 1 000	Anzahl der 1974 noch verblei- benden Deponien	Darunter be- trieben durch Öffentliche Verwaltung direkt	Zahl der regelmäßig entsorgten Gemein- den	Davon werden entsorgt von		
						Einrichtun- gen der Öff- fentl. Hand	beauftragten Privatun- ternehmen	gemischten Betreibern gem. Sp. 6 und 7
Stadtkreis Stuttgart	1	627,1	3	3	1	-	-	1
Landkreise								
Böblingen	33	303,9	6	6	33	17	10	6
Esslingen	70	431,2	34	33	68	5	61	2
Göppingen	49	233,8	16	16	49	3	45	1
Ludwigsburg	51	426,1	1	1	51	51	-	-
Reims-Murr-Kreis	50	352,1	10	10	49	30	18	1
RV Mittlerer Neckar	254	2 374,2	70	69	251	106	134	11
Stadtkreis Heilbronn	1	106,0	1	1	1	-	-	1
Landkreise								
Heilbronn	75	247,0	39	38	70	14	54	2
Hohenlohekreis	37	85,1	12	11	26	6	20	-
Schwäbisch Hall	47	150,8	110	110	47	-	-	47
Main-Tauber-Kreis	51	127,8	48	47	28	13	15	-
RV Franken	211	716,7	210	207	172	33	89	50
Landkreise								
Heidenheim	19	127,4	19	19	13	13	-	-
Ostalbkreis	60	276,9	64	64	43	39	4	-
RV Ostwürttemberg	79	404,3	83	83	56	52	4	-
Regierungsbezirk Stuttgart	544	3 495,2	363	359	479	191	227	61
Stadtkreise								
Baden-Baden	1	44,7	4	4	1	-	-	1
Karlsruhe	1	261,3	3	3	1	-	-	1
Landkreise								
Karlsruhe	61	375,0	3	3	61	1	59	1
Rastatt	39	196,4	2	1	38	5	33	-
RV Mittlerer Oberrhein	102	877,4	12	11	101	6	92	3
Stadtkreise								
Heidelberg	1	120,7	2	2	1	1	-	-
Mannheim	1	326,3	1	1	1	1	-	-
Landkreise								
Neckar-Odenwald-Kreis	68	132,8	6	6	41	19	22	-
Rhein-Neckar-Kreis	71	454,2	59	55	71	5	64	2
RV Unterer Neckar	141	1 034,0	68	64	114	26	86	2
Stadtkreis Pforzheim	1	94,1	3	3	1	1	-	-
Landkreise								
Calw	71	125,7	3	3	69	30	38	1
Enzkreis	55	169,3	2	2	55	-	-	55
Freudenstadt	54	99,0	7	7	53	9	44	-
RV Nordschwarzwald	181	488,1	15	15	178	40	82	56
Regierungsbezirk Karlsruhe	424	2 399,5	95	90	393	72	260	61
Stadtkreis Freiburg im Breisgau	1	173,1	1	1	1	1	-	-
Landkreise								
Breisgau-Hochschwarzwald	98	186,2	2	2	98	-	-	98
Emmendingen	46	126,7	1	1	46	-	46	-
Ortenaukreis	94	357,3	29	28	93	4	88	1
RV Südlicher Oberrhein	239	843,3	33	32	238	5	134	99
Landkreise								
Rottweil	47	127,9	17	17	31	31	-	-
Schwarzwald-Baar-Kreis	40	205,4	29	29	31	1	26	4
Tuttlingen	44	111,4	30	30	33	4	29	-
RV Schwarzwald-Baar-Heuberg	131	444,7	76	76	95	36	55	4
Landkreise								
Konstanz	76	232,7	9	9	76	13	63	-
Lörrach	93	196,4	9	7	93	93	-	-
Waldshut	88	143,8	6	6	43	5	38	-
RV Hochrhein	257	572,9	24	22	212	111	101	-
Regierungsbezirk Freiburg	627	1 860,9	133	130	545	152	290	103
Landkreise								
Reutlingen	74	236,0	58	58	44	10	33	1
Tübingen	24	163,4	9	9	19	5	13	1
Zollernalbkreis	47	177,0	47	47	33	5	27	1
RV Neckar-Alb	145	576,4	114	114	96	20	73	3
Stadtkreis Ulm	1	93,2	1	1	1	-	-	1
Landkreise								
Alb-Donau-Kreis	105	161,7	2	1	77	35	42	-
Biberach	105	150,4	28	28	10	5	5	-
RV Donau-Iller ¹⁾	211	405,3	31	30	88	40	47	1
Landkreise								
Bodenseekreis	32	162,3	16	15	25	3	20	2
Ravensburg	45	224,8	10	8	45	-	43	2
Sigmaringen	100	113,4	100	100	36	13	16	7
RV Bodensee-Oberschwaben	177	500,5	126	123	106	16	79	11
Regierungsbezirk Tübingen,	533	1 482,2	271	267	290	76	199	15
Baden-Württemberg	2 128	9 237,8	862	846	1 707	491	976	240

1) Soweit Land Baden-Württemberg.